Antifaschistisches
INFO 44
BLATT
Juni/Juli 1998 6,– DM

»Die netten Kids von nebenan«
Rechte Jugend zwischen Mainstream, Clique & Partei



Freyflug nach Bonn?
Die Rechtsparteien nach Sachsen-Anhalt

Europa
Fessel oder Sprungbrett?

Verdächtige Gene
Ermittler im Erfassungsrausch



Steine, Scherben & Standarten
Die Nazi-Szene in Leipzig und danach

MIT 10 SEITEN
Was geht ab?!

Impressum

Antifaschistisches Info-Blatt
12. Jahrgang
Nr. 44, Juni/Juli 1998



Redaktion:
AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax: 030/694 67 95
e-mail: aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib

e-mail & pgp:
Mails bitte nur als ascii-, MS-DOS-Text oder per pgp verschlüsselt und mit einer Postanschrift anbei. Den pgp-key gibt es auf unserer WWW-Seite oder auf Anfrage, der Fingerabdruck des keys lautet »07 E8 99 62 CE 2E BD 4D BA AE BA 99 62 7A 1B 2E«.

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Konto:
J. Lehmann, 411 960 - 105,
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Erscheinungsweise: Fünf mal im Jahr

Preis: 6,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Inhalt

Antifaschismus mit Biß!

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen!

Allerorts war das Erstaunen groß: Rund 13 Prozent für die DVU in Sachsen-Anhalt. Acht Jahre nach der »Wiedervereinigung« schlagen sich zur dritten Legislaturperiode die Ausmaße des Rechtstrends in Deutschland auch in Wahlergebnissen nieder. Verwundern kann dies angesichts der weiten Verbreitung von Rassismus, Autoritätsdenken und der Ablehnung liberaler und emanzipatorischer Werte kaum. Erstaunlich scheint vielmehr, daß es den etablierten Parteien mit immer extremer werdenden rechten Parolen bis heute gelungen ist, dieses Potential bei Wahlen auf lange Sicht zu binden. RentnerInnen, die immer noch auf die *»blühenden Landschaften«* warten und langsam merken, daß weder CDU noch SPD ihnen diese bescheren können, RassistInnen im besten Alter; vor allem aber die jungen WählerInnen, unter denen die DVU stärkste Partei wurde: Junge Neonazis, rechte Jugendliche und all jene, die in den vergangenen Jahren die besonders in Ostdeutschland stärker und immer bestimmender werdende rechte Jugendkultur durchlaufen haben. Sie alle haben mit der DVU nun lieber das Original gewählt und einen Vorgeschmack auf das gegeben, was uns in den kommenden Jahren bevorsteht.

Sachsen-Anhalt wird mit Sicherheit nicht das letzte Bundesland bleiben, in dem einer der neofaschistischen Parteien ein derartiger Erfolg gelingt. Auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern wäre der Erfolg einer neofaschistischen Partei lediglich die Umsetzung des gesellschaftlichen Zustandes: Umfragen belegen, daß das Wählerpotential für rechtsextreme Parteien bei 20 Prozent liegt. Ein Mehrfaches davon äußert Zustimmung für einzelne Parolen der Neofaschisten. Ist der Osten erst einmal erobert und gelingt es einem der drei aussichtsreichen Kandidaten DVU, NPD und Reps, sich gegen die beiden anderen durchzusetzen, liegt die dauerhafte Etablierung einer Partei rechts der Union im Bereich des Möglichen. Mehr dazu findet Ihr in den beiden Artikeln im Ressort Braunzone.

An der Brisanz der Situation kann die noch am Wahlabend von der Union reflexartig vorgetragene Ankündigung, Themen wie Asylpolitik und Innere Sicherheit mit noch rechteren Positionen besetzen zu wollen, nichts mehr ändern. Das Wahlergebnis hat vielmehr vor Augen geführt, wie scheinheilig und kontraproduktiv diese Strategie ist, derer sich SPD und Union in den vergangenen Jahren wiederholt bedient haben. Zwar war es ihnen nach Rostock gelungen, den von ihnen zur Durchsetzung ihrer Ziele aufgehetzten rassistischen Bürgermob im Gegensatz zu den Neonazis mehr oder weniger ruhigzustellen, indem sie das Asylrecht abschafften, somit Brandsätze in aller Öffentlichkeit legitimierten und einige Neonazi-Organisationen verbieten ließen. Letztendlich aber haben sie auf diesem Wege den gesellschaftlichen Rechtsruck der vergangenen Jahre vorangetrieben.

Ergebnis dessen ist nicht etwa, daß dem organisierten Neofaschismus das »Wasser abgegraben« worden wäre, wie es immer so schön heißt. Vielmehr ist der gesellschaftliche Boden für die Faschisten nun um so besser bereitet, wie eine Umfrage für den Spiegel in Ostdeutschland im Frühjahr erschreckend eindrucksvoll unter Beweis stellte: 65 Prozent der Befragten waren der Meinung, daß zu viele AusländerInnen in Deutschland leben würden. Eine breit angelegte Umfrage unter Berliner Jugendlichen förderte zutage, daß bis zu ein Drittel der Befragten neofaschistisch wählen würde, und daß sich dieser Trend auch bei GymnasiastInnen bemerkbar zu machen beginnt. Auf dieser Grundlage treten die Faschisten jetzt mit neuer Kraft auch auf die etablierte politische Bühne. Daß in dieser Situation Schwenke der etablierten Parteien nach rechts nicht einmal mehr einen kurzzeitigen Integrations-»Erfolg« erbringen, zeigt das Beispiel der Hamburger Bürgerschaftswahl im vergangenen Jahr: Obwohl die SPD (Parole: *»Law and Order is a Labour Issue«*) und die ihr in diesem Fall nacheifernde CDU extrem rechte Parolen anschlugen, verfehlte die DVU den Einzug in die Bürgerschaft nur denkbar knapp. Offen bleibt zudem, wieweit nach rechts die Konservativen noch schwenken wollen, nachdem in Bayern nun gar eine Sippenhaftung eingeführt wurde: Die Ausländerbehörde des CSU-regierten Bundeslandes hat die Ausweisung einer bereits seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden türkischen Familie angeordnet, weil ihr 13jähriger Sohn wiederholt straffällig geworden war.

Die andere Reaktion aus den Reihen der Konservativen auf den Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt muß den Eindruck erwecken, als soll die Vehemenz, mit der sie vorgetragen wird, ihre fehlende Richtigkeit ersetzen: Die Unionsredner beten mit sich überschlagender Stimme die plattesten Versionen der Totalitarismusthese herunter und versuchen, die PDS für den Erfolg der DVU verantwortlich zu machen. Besonders infam muß da erscheinen, daß die PDS gerade dort heftig attackiert wird, wo sie sich wirklich antifaschistisch positioniert: Ein PDS-Stadtrat in Berlin-Marzahn, der von der eigenen Partei abgemahnt wurde, da er der NPD im Mai Räume für eine Wahlkampfveranstaltung zur Verfügung gestellt hatte, konnte sich der Solidarität der bürgerlichen Mitte sicher sein; die Fraktionsvorsitzende der PDS im sachsen-anhaltinischen Landtag, Petra Sitte, mußte sich Vorwürfe gefallen lassen, der DVU zum Medienerfolg verholfen zu haben, da sie sich in der ersten Landtagssitzung stellvertretend für ihre Fraktion als einzige öffentlich gegen die DVU und die Rede von deren Alterspräsidenten ausgesprochen hatte. Alle anderen Parteien hatten sich im Totschweigen versucht. Mit der von der Union mittels der Totalitarismusthese angetretenen Flucht nach vorn hat diese rechts und links gleichsetzende, den Faschismus und die NS-Verbrechen relativierende These nun mit neuer Qualität die parlamentarische Ebene erreicht. Infolgedessen wird sich nicht nur die antifaschistische Bewegung in Zukunft wohl noch stärker der Gleichsetzung mit den Faschisten erwehren müssen.

Die praktischen Auswirkungen dieser veränderten Situation waren in den vergangenen Monaten bereits wiederholt zu beobachten: Eine für den 9. Mai geplante antifaschistische Demonstration im brandenburgischen Premnitz, die an den Jahrestag der Befreiung vom Faschismus erinnern und auf die Umtriebe der örtlichen Neonazis aufmerksam machen wollte, wurde de facto von Neonazis verhindert,

Bilder auf der Titelseite: Das Hintergrundbild der Montage zeigt den Sänger der englischen Nazi-Band »No Remorse«. Im Vordergrund ist ein Nazi-Skinhead zu sehen, dem wir den Pullover von StreetworkerInnen aus dem thüringischen Saalfeld angezogen haben. Die beiden kleinen Fotos zeigen DVU-Wahlwerbung in Sachsen-Anhalt in diesem Jahr und einen Wasserwerfereinsatz gegen eine antifaschistische Kundgebung am 1. Mai in Leipzig.

Bilder auf der Rückseite: Das obere Foto in der Montage zeigt den tschechischen Ort Lidice nach dem Massaker vom 10. Juni 1942, das die Nazis aus Rache für die Ermordung von Reinhard Heydrich durch tschechische Widerstandskämpfer verübten. Heydrich war SS-Obergruppenführer und sogenannter »Reichsprotektor« in der besetzten Tschechischen Republik. Das untere Foto zeigt das Gelöbnis einer Panzerbrigade in Berlin im Juni 1997.

»Zwischen Mainstream, Clique & Partei«

Obwohl der Blick auf die rechte Jugendszene nicht nur im Osten schon des öfteren Thema im AIB gewesen ist, haben wir uns entschlossen, dieser Problematik in der vorliegenden Ausgabe einen ganzen Schwerpunkt zu widmen, den Ihr unter dem Titel »Zwischen Mainstream, Clique und Partei« findet. Für diese Entscheidung gab es verschiedene Gründe: Zum einen wollten wir eine tiefgreifendere Analyse der Thematik bieten. Viele Fragen zu dem für die antifaschistische Arbeit relativ neuen Phänomen der rechten Dominanz in der Jugend sind nach wie vor offen, und wir halten die derzeitige Entwicklungen in diesem Bereich für überaus gefährlich. Schlußendlich ist es ja auch so, daß die rechten Jugendlichen, die jetzt Angriffe verüben, zu rechten Erwachsenen werden, die den gesellschaftlichen Rechtstrend noch weiter verstärken werden. Außerdem stellte sich heraus, daß viele Grundbegriffe, die bei der Beschreibung rechter Jugendkultur verwendet werden, nicht definiert sind.

Andererseits wollen wir nicht nur eine genauere Analyse anbieten, sondern hoffen auch, daß die Informationen und Einschätzungen in der weiteren Diskussion um antifaschistische Perspektiven und Arbeitsfelder von Nutzen sein können. Aus diesem Grund findet ihr in dem Schwerpunkt auch einiges zu Lösungsansätzen und insbesondere zum Bereich »akzeptierende Sozialarbeit«. Mittlerweile läuft der »Feldversuch« dieses Konzepts seit über fünf Jahren und die Ergebnisse sind in den meisten Projekten erschreckend und bestätigen alle Kritik und Befürchtungen. Mehr dazu findet Ihr in einem Interview mit dem Bremer Hochschulprofessor Franz Josef Krafeld, der diese Konzepte entscheidend mitgeprägt hat.

Die Diskussion um antifaschistische Ansätze, Projekte und Initiativen in diesem Bereich wird oft nur ansatzweise geführt. Wir stellen deshalb in diesem Schwerpunkt auch einige Ideen und Erfahrungen vor und sind auf Eure Kritik gespannt. In mehreren Artikeln finden sich darüber hinaus Überlegungen zu Perspektiven antifaschistischer Arbeit. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß wir mehr Fragen als Antworten haben. Nach wie vor sind wir aber davon überzeugt, daß eine Mischung aus offensivem antifaschistischen Auftreten, linker Sozialarbeit, Bündnisarbeit und dem Aufbau und Erhalt linker Gegenkulturen notwendig ist, um der rechten Dominanz unter der Jugend und dem Aufschwung der Neofaschisten langfristig erfolgreich entgegentreten zu können.

indem diese unter Führung des NPD-Bundesvorstandsmitglieds Frank Schwerdt einen Aufmarsch als Gegenveranstaltung anmeldeten. Anstatt einfach nur den Neonazi-Aufmarsch zu untersagen, der zudem später angemeldet worden war, verboten die zuständigen Stellen kurzerhand beide Veranstaltungen und ließen sich dies vom Verwaltungsgericht Potsdam bestätigen. Die Neonazis freuten sich im Nachhinein in der Berlin-Brandenburger Zeitung: *»So mußten die Berufsverfolgten des VVN ihren Gedenkkranz, den sie am OdF-Denkmal abwerfen wollten wieder mit nach Hause nehmen.«* (Kommasetzung im Original) Ein ähnlicher Fall hatte sich bereits wenige Monate zuvor im sächsischen Leisnig ereignet, und auch das bislang als Extremfall angesehene Beispiel Saalfeld scheint mittlerweile Schule zu machen: In Offenbach sieht sich eine Kampagne gegen einen Nazi-Rock-Laden ebenfalls mit den praktischen Auswirkungen der Totalitarismusthese konfrontiert. Nahtlos eingereiht in diese Linie hat sich am 12. Mai schließlich die bundesweite Großrazzia gegen antifaschistische Zusammenhänge wegen »Gründung einer kriminellen Vereinigung«. Mehr zu dieser Problematik findet Ihr in dem Artikel im Schwerpunkt; einen Artikel zu den Durchsuchungen gibt es im Ressort Staat & Repression.

Der Aufschwung der extremen Rechten bleibt unterdessen ungebrochen: Rund 4.000 Neonazis kamen auf die NPD-Kundgebung am 1. Mai in Leipzig, die damit die bislang größte in den fünf neuen Bundesländern war. Von den angekündigten 15.000 Neonazis konnte zwar keine Rede sein, aber die Mobilisierung muß dennoch als Teilerfolg für die NPD interpretiert werden (siehe Artikel im Ressort Nazi-Szene). Fußballvereine klagen bundesweit über einen dramatischen Anstieg von neofaschistischen Tendenzen und Aktionen unter ihren Anhängern und auch der Verfassungsschutz kommt nicht umhin zu vermelden, daß in Deutschland im vergangenen Jahr so viele rechtsextreme Straftaten erfaßt wurden, wie nie zuvor in der Bundesrepublik.

Neofaschismus wird mit jedem Tag normaler und alltäglicher; er ist längst kein Randphänomen mehr, und alle sich als progressiv und antifaschistisch verstehenden gesellschaftlichen Gruppen sind gefordert, sich dem entgegenzustellen. Diese Einsicht verlangt ein Überdenken antifaschistischer Konzepte und Strategien, da selbige immer seltener angemessene Antworten auf die gegenwärtige Situation finden. Im Schwerpunkt dieser Ausgabe haben wir uns daher bemüht, einerseits die gesellschaftliche Situation insbesondere in Ostdeutschland analytisch zu erfassen: Staatliche Konzepte gegen den erstarkenden Neofaschismus und deren Verantwortung für selbigen, sowie die staatliche und gesellschaftliche Reaktion auf antifaschistisches Engagement werden unter die Lupe genommen. Andererseits werdet Ihr einiges finden zur rechten Dominanz in der Jugend, neofaschistischer Kultur und dem, was als »befreite Zone« durch alle Medien geistert, aber alles andere als befreit ist. Erscheinungen, die sowohl Ausdruck als auch Wegbereiter der Normalität des Neofaschismus sind. Bei der Betrachtung dessen kann es nur wenig um Namen, Daten, Fakten und Recherche gehen, die Ihr demzufolge im Schwerpunkt kaum finden werdet, und die angesichts der Größe des Problems und des Potentials auch nur bedingte Wirksamkeit entfalten könnten. Wir finden es vielmehr wichtig, die Entwicklungen, ihre Wirkung und Funktion einzuschätzen und auf dieser Grundlage einen politischen Umgang damit zu formulieren. In einem zweiten, kleineren Schwerpunkt in dieser Ausgabe haben wir nun endlich auch das Thema Europäische Währungsunion und -einigung aufgegriffen. In diesem Schwerpunkt und auch in kommenden Ausgaben in den jeweiligen Ressorts wollen wir sowohl linke Positionen zu diesem Themenkomplex darstellen als uns auch mit den Versuchen der extremen Rechten beschäftigen, dieses Thema für sich zu besetzen.

Die Soziale Frage und andere gesellschaftliche Probleme werden von rechts mit Rassismus, Nationalismus, Neoliberalismus, Innerer Sicherheit und konservativem Rollback scheinbar beantwortet oder in den Hintergrund gedrängt. Dem wirklich etwas entgegensetzen können wir nur, wenn wir über den eigenen Tellerrand hinausschauen und uns mit denen zusammentun, die sich der Ellenbogengesellschaft, in der die Gewinne der Konzerne parallel zu den Arbeitslosenzahlen steigen, dem alten »neuen« Deutschland, und der Normalität von Faschismus und Rassismus noch nicht ergeben haben. Wenn es uns so gelingt, eine Alternative zum Rechtsruck, den herrschenden Zuständen und anstehenden Entwicklungen zu formulieren und zu formieren, dann stehen unsere Chancen für Veränderung nicht schlecht. Denn: Eine Antwort auf die Probleme hat niemand. Viel Spaß beim Lesen wünscht

Eure AIB-Redaktion

An die Gruppe »Germany is our Problem«: Wir haben Euren Diskussionsbeitrag erhalten. Leider haben wir in dieser Ausgabe keinen Platz mehr gefunden, um ihn abzudrucken. Meldet Euch doch bitte bei uns oder laßt uns eine Adresse zukommen, wo wir Euch erreichen können, um die genauen Modalitäten des Abdrucks zu klären und mit Euch Rücksprache halten zu können.

Der derzeitige Höhenflug des Neonazismus scheint bereits klar analysiert. Zum einen hat die neonazistische Jugendkultur, getragen vom rassistischen Konsens in der Gesellschaft, mancherorts eine Hegemoniestellung erreicht und zum anderen ist den »organisierten« Neonazis gelungen, in diese Kultur einzubrechen und dort als politischer Arm akzeptiert zu werden. Dieses Zusammenspiel verschafft der neonazistischen Bewegung Dynamik und Integrationskraft. Diese Grobanalyse bleibt aber häufig nur an der Oberfläche. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Tatsache, daß die Oberbegriffe »Politik«, »Organisierung« und »Kultur« sehr schematischen Vorstellungen unterliegen und daß Begriffe wie »Subkultur« oder »Dominanzkultur«, »Szene« oder »Bewegung« mit einer gewissen Beliebigkeit benutzt werden, obwohl sie unterschiedliche, z.T. gegenläufige, Bedeutungen haben.

Kultur und andere Begrifflichkeiten

Den Begriff »Kultur« kurz zu fassen und zu definieren, ist in der Tat nur schwer möglich, denn seine Bedeutung ist zu umfassend, seine Anwendbarkeit zu vielfältig. Grundsätzlich läßt sich unter Kultur der gesellschaftliche Überbau verstehen, das Sammelsurium aller Faktoren, die die Lebensform bestimmen: moralische, ästhetische, politische Normen und Wertvorstellungen sowie die davon geprägten Ausdrucks-, Produktions- und Gestaltungsformen. Dieses als ein »Lebensgefühl« zu beschreiben ist sicher zutreffend, birgt aber die Gefahr der Falschinterpretation des Wortes »Gefühl« als etwas, was quasi »aus dem Bauch heraus« kommt und rational nicht greifbar ist. Tatsächlich steht »Kultur« aber für klare, vorgegebene Muster für Verhaltensweisen und zur Selbstidentifizierung.

Obwohl die Kultur damit ein ganz entscheidender Träger von politischem Konsens und politischen Positionen ist, ist sie dem »Politik«-Begriff stets untergeordnet. Ob in den Medien, Antifa-Magazinen oder Verfassungsschutzberichten: Stets wird ein Bild von (politisch) *»organisierten«* Neonazis und einem *»kulturellen Umfeld«* gezeichnet, in dem die Kultur den Beigeschmack des Unverbindlichen, Jugendlichen, Diffusen und Spaßorientierten erhält. Eine *»Organisierung«* wird oft von der bloßen Mitgliedschaft in einer neonazistischen Gruppe oder Partei abhängig gemacht. Bei der Darstellung beispielsweise der Naziskinheads bleibt wiederum das kulturelle Element sehr oft auf Identifizierungsmerkmale wie Kleidung oder Musik beschränkt. Die dort bestehenden Netzwerke, Läden, Plattenlabels und Vertriebe erscheinen lediglich als strukturelle Gebilde oder, wie es der Verfassungsschutz beschreibt, als *»Strukturierungsversuche«*. Diese Darstellung ignoriert, daß Kultur eine soziale Organisierung im Alltag umfaßt, die sich teilweise auf hohem Niveau bewegt und in der Leistungsprinzipien, Solidaritätsgefüge wie auch psychische Abhängigkeitsverhältnisse, oft sehr ausgeprägt sind.

Die Tatsache, daß der Neonazismus, bzw. seine Erscheinungsformen, auch nur Ausdruck eines bestimmten Kulturverständnisses sind, könnte letztendlich dazu verleiten, alle Begriffe in einen Topf zu schmeißen und einen braunen Einheitsbrei anzurühren. Produktiv wäre das sicher nicht. Denn es nimmt der antifaschistischen Bewegung die Möglichkeit von einem differenzierten Vorgehen. Es steht außer Frage, daß beispielsweise konspirative politische Gruppierungen anders bekämpft werden müssen als der rassistische Konsens in der Gesellschaft.



Deshalb sollte der Versuch unternommen werden, »Kultur« und »Politik« als zwei gleichwertige und sich bedingende Faktoren nebeneinander zu stellen. Der Begriff »organisierte Neonazis« wäre dabei auf die Personenkreise anzuwenden, die den Entwurf und die Vermittlung von Ideologien und Strategien leisten. Diese sind ihrerseits wertlos sind, wenn sie sich nicht der »Kultur« als Multiplikator bedienen können.

Ein Einbruch in die Jugendkultur, wie bspw. von der NPD und den Jungen Nationaldemokraten (JN) vollzogen, bedeutet, daß sich die Bereiche »Politik« und »Kultur« nun direkt aufeinander beziehen und sich bewußt ergänzen. Das fördert die Transparenz und die Übernahme von ideologischen Grundlagen und strategischen Konzepten und somit die Entwicklung eines ideologisch-moralischen Konsens, der über den Parteirahmen in die infiltrierten Kulturbereiche und darüber weiter in die Gesellschaft hinein getragen wird.

Von der Szene zur Bewegung

Mit dieser Entwicklung können die Neonazis auch einen Anspruch einlösen, den sie schon seit Jahrzehnten mit sich herumtragen – eine Bewegung zu sein. Die Vor- und Parallelstufe der Bewegung, die »Szene«, charakterisiert die gemeinsame Identifizierung von Personen über eine bestimmte Lebenform, die oft über spezifische Verhaltensmuster (z.B. Kleidung, Musik, Freizeitgestaltung) festgelegt wird oder darauf basiert. Im weitesten Sinne läßt sich dieses als eine Inter-

essengemeinschaft verstehen. Der Übergang zur Bewegung kennzeichnet sich durch die Entwicklung oder Übernahme ideologischer Leitlinien und Strategien, den Aufbau bestimmter Führungssysteme und durch das erklärte Bemühen, die eigenen Interessen nach außen zu vertreten, um in weitere Bereiche der Gesellschaft hineinzuwirken und dort die bestehenden Kräfteverhältnisse zu ändern. Der Schritt zur Bewegung ist spätestens dann vollzogen, wenn es gelingt, ein politischer Faktor zu werden oder zumindest eine breitere Wahrnehmung zu erreichen.

In der Differenzierung von »Bewegung« und »Szene« offenbart sich auch die grundsätzliche Schwierigkeit, die zum Teil unterschiedlichen Entwicklungen in den Regionen zusammenfassend zu charakterisieren. Während mancherorts das Soll längst erfüllt scheint, ist z.B. in vielen Städten Westdeutschlands zumindest von einer »Bewegung« nicht viel zu erkennen. Die Frage, ob es nun eine bundesweite Neonazibewegung gibt, die die verschiedenen regionalen Aktivistenkreise einschließt, oder ob der Bewegungsanspruch nur dort eingelöst ist, wo es die Neonazis tatsächlich zum politischen Faktor geschafft haben, läßt verschiedene Interpretationsmöglichkeiten zu.

»Subkultur« oder »Dominanzkultur«

Der Begriff Subkultur soll hier verstanden werden als »Teilkultur« und entstammt der sozio-kulturellen Wissenschaft Mitte dieses Jahrhunderts. Er umschreibt vor allem jugendspezifische Lebensformen, die in Abgrenzung zum herrschenden Konsens eine eigene Wertewelt entwickeln.

Während Hippies, Punks oder in Teilen auch die Jugendgang-Szenen prädestiniert für diese Charakterisierung sind, ist dies bspw. bei den Naziskinheads nicht so eindeutig. Zwar zeigt sich in deren ästhetischen und musikalischen Ausdrucksformen, in einer offenen Gewaltbereitschaft und in dem bewußt provokativen Auftreten durchaus eine Ablehnung existierender Normen. Andererseits haben Studien dargelegt, daß ihre vorherrschenden Wertevorstellungen im Wesentlichen bürgerlich und reaktionär besetzt sind. So resultiert ihr Rassismus aus einer Abwehrhaltung gegen alle diejenigen, die als leistungsunfähig gelten oder angeblich ohne eigene Leistung versorgt werden, was nur vor dem Hintergrund einer ausgeprägten Identifikation mit den Werten Leistung, Wohlstand, Karriere und Geld verständlich wird. Parallel dazu verläuft die Abgrenzung zu den Erscheinungsformen der »modernen« Gesellschaft und äußert sich in einem unbedingten Anti-Individualismus, in patriarchalen Gruppen- und Familienstrukturen und in einem völkisch-elitären Staatsverständnis.[1]

Die Nonkonformität (das »Sub«) dieser Kultur liegt demnach nicht im Wertesystem an sich, sondern vielmehr der Überhöhung jener Werte und in den eingesetzten Stilmitteln. In den offiziellen Darstellungen bleibt diese Erkenntnis meist unberücksichtigt, denn sie belegt, daß diese Subkultur in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt ist und daß sich die Neonazis (nicht ganz zu Unrecht) darüber legitimieren können, einen Teil der Bevölkerung zu repräsentieren.

Vor diesem Hintergrund muß überdacht werden, ob die gängigen Kulturbegriffe überhaupt noch geeignet sind, die Situation und die neue Qualität des Neonazismus zu erfassen. Da der Begriff »Jugendkultur« auf eine altersspezifische Darstellung begrenzt ist, hält es auch der Politologe Bernd Wagner in seiner Studie *»Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern«* für legitim, *»von Lifestyleströmungen zu sprechen, die sich über das Jugendalter hinaus fortsetzen«.*[2]

Den Begriff »Subkultur« wiederum umgibt die Definition des Randständigen, was im allgemeinen das Verständnis ausschließt, daß sie zu einem zentralen politischen Faktor werden kann. Doch genau das hat sie in manchen Regionen geschafft. Dort ist es durch die Majorisierung der Jugend und dem Rückhalt aus der Bevölkerung gelungen, einen Teil der staatlichen Institutionen zu beeinflussen. Diese zeigen sich oft paralysiert und versuchen, den inneren Frieden darüber zu stabilisieren, daß sie sich um die Koexistenz mit den Neonazis bemühen. Ob diese Realität wiederausreicht, um von »Dominanzkultur« zu reden, ist umstritten. Zwar sind die Neonazis in »ihren« Gebieten zur beherrschenden Gruppe geworden, die faktisch Macht- und Kontrollfunktionen ausübt, doch basiert eine »Dominanzkultur« grundsätzlich darauf, daß sie von Staat und Gesellschaft getragen wird. Die Repression sowie die überwie-



gend negative mediale Darstellung belegen, daß es eben nur ein Teil der Gesellschaft ist, auf den sich die Neonazis stützen können.

Wenn politische EntscheidungsträgerInnen offen mit Neonazis sympathisieren, wie im sächsischen Wurzen, wo Stadtverordnete der mitregierenden DSU Flugblätter der NPD bei Stadtratssitzungen auslegten, dann scheint der Schritt in die staatlichen Institutionen geschafft. Durch die Tendenz, mit Hilfe lokaler Medien die örtlichen Neonazis zu *»ganz normalen Jugendlichen«* zu erklären (wie z.B. in Wurzen und in Saalfeld) und deren Ideologie einfach zu verleugnen, wird die ideologische Auseinandersetzung und damit die grundsätzliche Unvereinbarkeit zwischen Staat und Neonazismus umgangen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, zwischen »Subkultur« und einer »beherrschenden Subkultur« mit Ansätzen einer »Dominanzkultur« genaue regionale Unterscheidungen zu treffen. ■

---

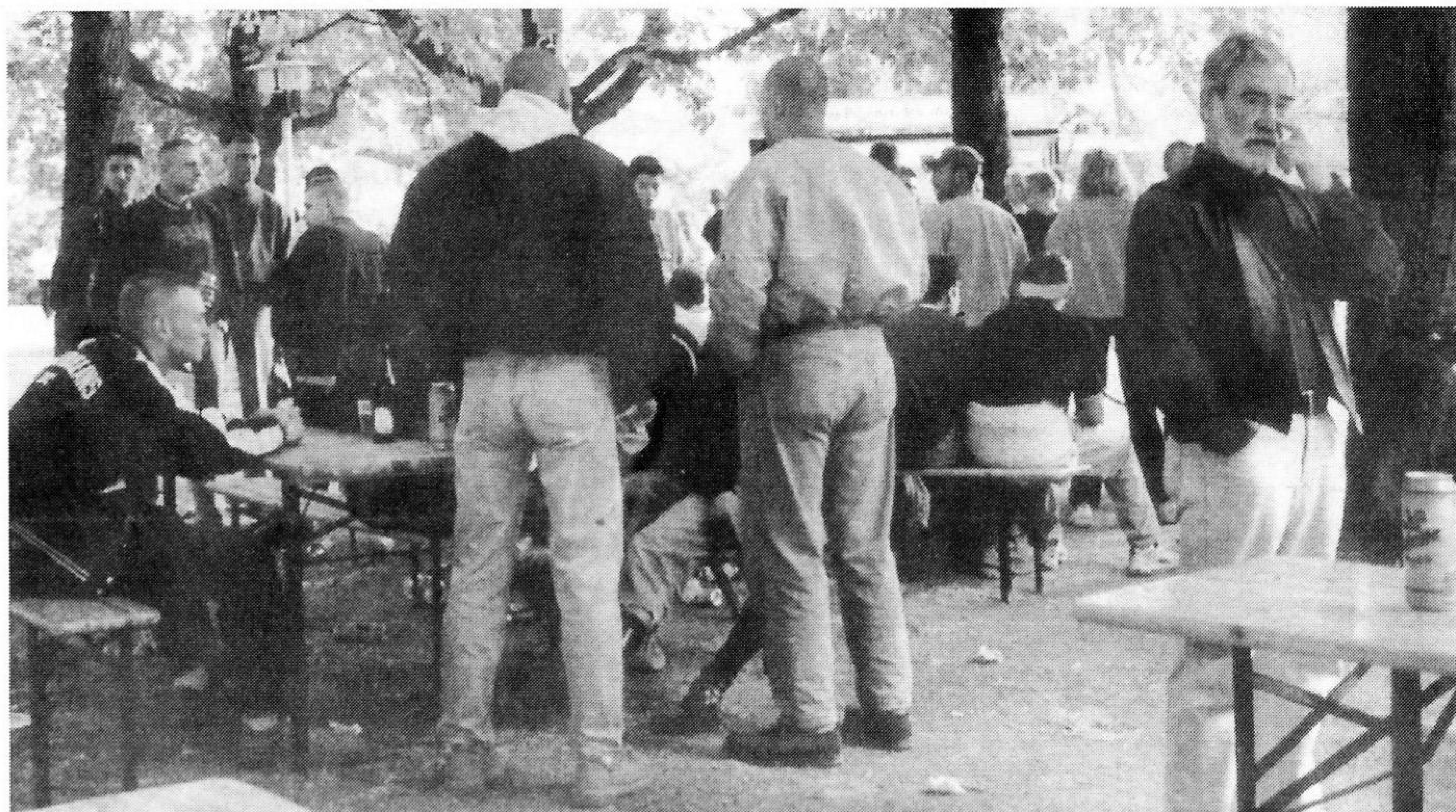
1) Der scheinbare Zwiespalt, daß mensch sich auf »alte« Werte bezieht und dennoch der Mittel der Moderne, in diesem Fall z.B. der Computertechnologie und relativ junger Musikstile, bedient, kann an dieser Stelle nicht weiter aufgeschlüsselt werden. Jedoch war es schon ein Ausdruck des Nationalsozialismus, reaktionäre politische Orientierungen mit neuen Technologien scheinbar widerspruchslos zu verknüpfen.

2) vgl. »Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern«, Zentrum Demokratische Kultur, Berlin, 1998, S.48f

Die rechte Vormachtstellung im Osten

Dominanz statt Subkultur

Marschmusik dringt aus den runtergekurbelten Fenstern. Etwa zehn Fahrzeuge stehen auf dem kleinen Platz an der Tankstelle. Daneben eine Gruppe von Gestalten, die Haare auffällig kurz. Das dumpfe Stimmengewirr steigert sich, unverständlich werden Parolen gebrüllt. Schon lange sind sie die einzigen hier. Der Tankstellenpächter ist genervt, die Kundschaft blieb aus, seitdem die Rechten aus dem Ort hier ihren allabendlichen Treffpunkt gefunden haben. Das Szenario ist austauschbar. Fast überall in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands sieht man sie, auf Parkplätzen, Tankstellen, am Bahnhof. Eine Randgruppe, das sind sie schon lange nicht mehr. Sie dominieren die Jugendkultur im Osten, ihre Hochburgen sind die Kleinstädte und die Plattenbausiedlungen. Sie sind nicht unbedingt überzeugte Neonazis, sie bezeichnen sich selbst als rechts oder als Stinos (Stinknormale). Doch in einem sind sie sich einig: Die »Asylanten« und die »Zecken« sind ihre Feinde. Sie sind stolz darauf, deutsch zu sein. NPD und DVU, die würden sie wählen, die vertreten deutsche Interessen.



Im Osten sind die Grenzen verschwommen, die Grenzen zwischen rechter Jugendkultur und Mainstream. Rassistische Weltanschauungen gelten nicht als etwas Negatives. Der Begriff politisch rechts ist positiv besetzt und rechts zu sein ist chic. Die rechte Dominanz unter den Jugendlichen Ostdeutschlands ist kein neues Problem, auch wenn sie durch den Aufwind der NPD und den Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt Thema in allen Medien ist. Die Analyse der Ursachen durch die bürgerlichen Medien beschränkt sich auf hohe Arbeitslosigkeit und Protestwahlverhalten, doch die Ursachen liegen tiefer und einfache Erklärungen gibt es nicht. Das gesellschaftliche Klima im Osten war auch nach 1989 noch stark durch die DDR beeinflußt. Latenter Militarismus und Intoleranz gegenüber allen, nicht die deutschen Sekundärtugenden verkörpernden Menschen, waren Staatsdoktrin. Daraus resultierende rassistische Ressentiments und Autoritätsdenken wurden auch der Nachwendegeneration mit auf den Weg gegeben. Der im Zuge der deutschen Vereinigung propagierte Rassismus und Nationalismus führte zur Bildung eines rechten Klimas. Vor allem jugendliche Nazis fühlten sich bei ihren Aktionen als Vollstrecker eines nicht näher definierten Volkswillens. Der staatlich geschürte Rassismus mündete schließlich in der Pogromwelle anfang der Neunziger. Während dieser Pogromwelle zeigte sich deutlich die Zustimmung anderer Teile der Bevölkerung für die Aktionen der Neonazis. Vielerorts äußerte sie sich durch Beifallklatschen, während jugendliche Nazis Steine und Brandsätze gegen Flüchtlingsunterkünfte warfen. Auch wenn die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung der Brutalität der rassistischen Übergriffe ablehnend gegenüber stand, zeigte sie doch Verständnis und Sympathie für die dahinterstehenden Weltbilder.

Die Dominanz der rechten Jugendkultur zeigt sich im Osten insbesondere in den Plattenbausiedlungen der Großstädte und den ländlichen Regionen. Dort sind Neonazis nicht nur der bestimmende Faktor, die daraus entstandene rechte Hegemonie unter Jugendlichen macht es anderen schwer, sich ihr zu entziehen. In die cliquenartigen Zusammenhänge von Neonazis sind auch Jugendliche integriert, die zwar AnhängerInnen des rechten Lifestyles sind, sich jedoch nicht mit nationalsozialistischer Ideologie identifizieren. Diese Jugendlichen werden oftmals nicht als rechtsradikal wahrgenommen, da sie sich teilweise anderen Jugendkulturen (Stilen) zugehörig fühlen. Die Entwicklung von einer an die Identifizierung als rechter Skinhead gebundenen Jugendkultur hin zum Mainstream und zu einem Lifestyle unter dem Motto: »Wir sind deutsch und rechts« ermöglicht die Integration anderer kultureller Stile, von Techno bis Death-Metal. Deren entscheidender Identitätsfaktor ist das Bewußtsein, zu etwas wie einer »völkischen Avantgarde« zu gehören. Dieser Avantgardeanspruch wird von den einzelnen rechten Cliquen militant durchgesetzt. Dabei geht es nicht um die gesellschaftliche Provokation, sondern um das Sichern und Ausweiten des eigenen Territoriums gegen – entsprechend der rechten Ideologie – als »minderwertig« angesehene Menschen. Das Okkupieren von Jugendeinrichtungen, Kneipen etc. gehört ebenso dazu. Dabei besteht bezüglich der eroberten Klubs und Kneipen gar kein Bedürfnis, diese zu besuchen, zumal das Kulturangebot zumeist als anders oder gar feindlich angesehen wird. Dieses Handeln dient einzig und allein dem Ausbau der eigenen Vormachtstellung, der eigenen kulturellen Dominanz. Der rechte Lifestyle hat sich im Osten auf die jeweils nachwachsenden Kinder und Jugendlichen übertragen, da ihnen von den älteren rechten Gruppen und Cliquen vorgelebt wurde, wie sie sich durchzusetzen haben und daß jegliches Abweichen vom rechten Lifestyle gefährlich wäre. Gerade diese nachwachsenden, oftmals weit jünger als 16 Jahre alten, »Jungrechten«, machen einen Großteil des rechten Gewaltpotentials aus. Die Dominanz von Rechten in ihrem Dorf, in ihrem Wohnbezirk und der daraus resultierende Drang dazuzugehören, führt oftmals dazu, daß sie sich durch besonders brutale Aktionen hervortun. Das bedeutet nicht, daß diese Jugendlichen nicht wüßten, was sie tun. Nein, das ist ihnen nur zu gut klar, doch diese Taten sind weniger Ausdruck einer direkt politisch motivierten Handlung, als vielmehr eines alltäglichen und kollektiven Handlungsschemas. Sie wurden Bestandteil der Lebensart und Alltagskultur des rechten Lifestyle, losgelöst von Unrechtsbewußtsein oder etwaigen

moralischen Erwägungen. Ebenso sind sie Ausdruck des Elite- bzw. Avantgardebewußtseins, eben jene zu sein, die den, in ihren Augen existierenden, »Volkswillen« der Deutschen durchsetzen. Vor diesem Hintergrund sind beispielsweise die Morde an Frank Böttcher in Magdeburg und Jana Georgi in Saalfeld zu bewerten. Gerade in Ostdeutschland zeigt sich, daß entgegen der landläufigen Meinung Neofaschismus keines hohen Organisierungsgrades bedarf, um Möglichkeit zur festen Mitgliedschaft. Ihre Fähigkeit, Massenerlebnisse zu bieten, macht sie interessant. Das Erleben der eigenen Stärke bei Konzerten, aber eben vor allem auf der Straße, bei Anlässen wie in München, Passau oder Leipzig sind wichtiger Identifikationspunkt für die extreme Rechte. Insofern bedingen sich rechte Jugenddominanz und organisierte politische Gruppen wie die NPD gegenseitig. Ohne die breite Basis wären Naziaufmärsche in der Dimension von


Neonazis aus Sachsen-Anhalt am 1. März 1997 in München

Ausstrahlungskraft zu erhalten. Die Überlegungen, es müßten nur alle faschistischen Organisationen zerschlagen werden und das Problem wäre gebannt, erweisen sich zunehmend als falsch, denn Neofaschismus ist in Ostdeutschland momentan eine Kulturbewegung mit Tendenz zur sozialen Bewegung mit einer organisierten politischen Komponente und nicht umgekehrt.

An diesem Punkt lassen sich Unterschiede in der Ausrichtung der rechten Bewegung in den alten und neuen Bundesländern feststellen. In Westdeutschland ist Neofaschismus eher noch an Vereinen, Parteien und festen Gruppen orientiert, die ihre Ziele ideologisch klarer umreißen und ihre politischen Bemühungen meist stark an der medialen Aufmerksamkeit und möglichen Wahlteilnahmen ausrichten. Im Osten fällt jedoch zuerst die starke Gewalt- und Militanzorientierung und das kulturelle und ideologische Dominanzstreben auf. Die Szene ist dort zudem vielmehr in der Jugend verankert und orientiert sich mehr an ihrem kulturellen Umfeld. Auffällig werden diese Unterschiede im Zusammenhang mit dem momentanen Aufschwung der NPD/JN, die ihre Basis vor allem im Osten hat. Ihre Faszination für die Nazis im Osten erlangt sie nicht durch ein Parteiprogramm oder die München etc. nicht möglich, doch ohne diese Anlässe würde die weitere Politisierung der rechten Jugendkultur erschwert. Seit mehreren Jahren ist zu beobachten, daß die rechte Jugendkultur im Osten sich zum Mainstream entwickelt hat, sie hat die Transformation von einer Subkultur zu der dominierenden kulturellen Orientierung von Jugendlichen abgeschlossen. Das bedeutet, daß für Jugendliche, die sich nicht dieser Dominanzkultur anpassen wollen, die Situation schwieriger wird. Sie werden bedroht, angegriffen, ausgegrenzt. Vielerorts kann von einer kulturellen Hegemonie der Rechten gesprochen werden, deren Einfluß nicht auf Jugendliche begrenzt ist. Auch ältere Generationen verfügen oftmals über ein rechtes bzw. rassistisches Weltbild, sie zeigen Verständnis bis Sympathie für die Weltanschauung ihrer Sprößlinge. Auch wenn die militanten Aktionen nicht unbedingt gutgeheißen werden, so werden sie lieber verharmlost und weggeredet. Das gesellschaftliche Klima im Osten wird rauher, es verschiebt sich immer weiter nach rechts. Trotz allem gibt es noch etliche Menschen, die sich nicht in den rechten Mainstream integrieren wollen, die aber lieber wegsehen und schweigen. Der Einfluß, den die NPD/JN mittlerweile innerhalb der rechten Bewegung hat, ist nicht zu unterschätzen. Sie hat es als erste Organisation geschafft, die sehr heterogene rechte Jugendkultur für sich zu begeistern und massiven Einfluß auf sie auszuüben. Somit kann sie auf eine relativ große Basis zurückgreifen, die aber sicherlich entgegen den Wünschen der NPD-Kader nicht total auf die NPD einzuschwören ist. Momentan ist dieses Spektrum für die NPD nicht nur leicht mobilisierbar, sondern läßt sich auch noch kontrollieren und disziplinieren. Sollte die NPD nicht mehr in der Lage sein, Massenveranstaltungen zu organisieren und vielleicht aus wahltaktischen Überlegungen heraus ihre Radikalität einbüßen, wird sich die Basis nicht unbedingt weiter an der NPD orientieren. Angesichts der beschriebenen Situation stehen AntifaschistInnen vor dem Problem, verstärkt mit einer undurchsichtigen Szene, die sich viel auf kulturelle und soziale Bindungen, anstelle fester Parteistrukturen stützt, konfrontiert zu sein. Unsere bisherigen Konzepte, immer nach organisierten Strukturen zu suchen, die Verantwortlichen an die Öffentlichkeit zu zerren und politischen Druck zu erzeugen, kommen an diesem Punkt kaum weiter. In einem Stadtteil wie Magdeburg-Olvenstedt nach den für die faschistischen Übergriffe verantwortlichen Nazistrukturen zu fahnden, dürfte sich schnell als sinnlos erweisen. In den Regionen, in denen es keine antifaschistischen Strukturen gibt, erschöpfen sich unsere Interventionsmöglichkeiten ohnehin sehr schnell. Gegen eine rechte Jugenddominanz von außen zu demonstrieren kann allenfalls die antifaschistischen Strukturen vor Ort stärken, wobei abzusehen ist, daß ein solcher Erfolg nur von sehr kurzer Dauer ist. Eine Jugendkultur läßt sich nicht wegdemonstrieren. Mit der kulturellen Vorherrschaft der Rechten haben sich im Osten Gesellschaft und staatliche Institutionen bestens arrangiert. Eine liberale Öffentlichkeit fehlt nahezu völlig.

Um die extreme Reproduktionsfähigkeit der rechten Jugendkultur und ihre damit einhergehende Dominanz zu brechen, scheint es sinnvoller, eine Politik der kleinen Schritte zu betreiben. Die Situation ist viel zu verhärtet, als daß mit kurzfristigen Erfolgen gerechnet werden könnte. Die weitere Stärkung antifaschistischer Strukturen und vor allem einer linken kulturellen Alternative vor Ort, schafft die Freiräume, die es ermöglichen könnten, den rechten Aufschwung zurückzudrängen. Dazu bedarf es aber langfristiger Konzepte, die nicht am eigenen Szene-Tellerrand enden und einer genauen Analyse der regional oft sehr unterschiedlichen Situation. ■

Die 1986 in den USA gegründeten Hammerskins empfinden sich als eine Kaderauslese der Naziskinheadbewegung. Anfang der 90er Jahre entstanden erste Ableger in Europa, zunächst in der Schweiz (»Schweizer Hammerskins«) und ab etwa 1993 auch in Deutschland. Das derzeitige zentrale Postfach der deutschen Hammerskins befindet sich in Schwetzingen (bei Heidelberg) und wird unterhalten von Marco Grün, einem ehemaligen Aktivisten der Deutschen Alternative. Nach eigenem Selbstverständnis stellen die Hammerskins eine »weiße rassistische Bruderschaft« dar, in der nach verbindlichen Regeln gelebt und gehandelt werden muß, und in der beispielsweise MitgliedsanwärterInnen einer Probezeit unterliegen.

Mit Kaderauslese, festen Strukturen und internationalem Netzwerk tun sich die Hammerskins bei der Organisierung der Naziskin-Szene hervor

Bonehead auf Probezeit



Bereits im AIB Nr. 34 (»Verdeckte Kaderstrukturen und subkultureller Rassenkrieg«) haben wir über die Organisierung der Hammerskins in klandestinen, regionalen Kleingruppen und über deren Faible für das terroristische Konzept des »leaderless resistance« (führerloser Widerstand) berichtet. Der vor allem durch den selbstgeschaffenen Mythos entstandene Erfolg der deutschen Hammerskins in den vergangenen Jahren ist unübersehbar und zeigt sich vor allem in deren Zulauf (die Popularität hat jedoch auch zur Folge, daß sich zunehmend Mitläufer eigenmächtig des »Gütesiegels« Hammerskin bedienen und die »wahren« Hammerskins um ihre exponierten Stellungen fürchten lassen). In verschiedenen Regionen entstanden Sektionen; die Schwerpunkte bildeten sich hierbei in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Sachsen, Baden-Württemberg sowie im Raum Hamburg/Bremen. Neben der Schweiz, Tschechien und Frankreich hat sich Deutschland zu einem der Knotenpunkte in der europäischen Vernetzung entwickelt. Dies belegen eine ganze Anzahl neuerschienener Hammerskin-Fanzines: Die von Mirko Hesse herausgegebene Hass-Attacke aus dem sächsischen Sebnitz beispielsweise gehört mit einer Auflage von knapp 1.000 Exemplaren mittlerweile zu den führenden deutschen Neonaziheften.

Als Beispiel für den Organisierungsgrad der Hammerskins mögen die Geschehnisse im oberschwäbischen Feldstetten dienen, wo bis 1995 in einer Gaststätte beinahe wöchentlich Treffen von Hammerskins aus Deutschland, der Schweiz und dem österreichischen Vorarlberg stattfanden. Die TeilnehmerInnen verhielten sich auffallend diszipliniert und boten schließlich dem Pächter eine monatliche Zahlung von mehreren tausend Mark dafür, daß die Gaststätte ausschließlich ihnen vorbehalten bleibt. Erst nach einiger Zeit entschlossen sich die Behörden zum Eingreifen und erwirkten eine behördliche Schließung der Lokalität.

Dies hält den Verfassungsschutz allerdings nach wie vor nicht davon ab zu behaupten, die »*rechtsextremistische Skinheadszene*« sei »*von einer Abneigung gegen feste Strukturen geprägt*« und »*eine Einbindung in rechtsextremistische Organisationen*« bestehe »*nur selten*«.[1] Über »*stärkere szeneinterne Strukturierungsversuche*« des Blood & Honour-Netzwerkes und der Hammerskins sei es allenfalls möglich, die Szene besser als zuvor »*neonazistisch zu beeinflussen*«. Eine Korrektur dieser Darstellung kommt auch nach den Aufmärschen von München, Dresden, Passau und Leipzig nur halbherzig: Das »*Aktionsbündnis*« zwischen der NPD »*mit jugendlichen Neonazis und Skins*«, so hieß es in den letzten Monaten, bewirke die Anbindung und ideologische Unterfütterung der »*dumpf anpolitisierten*« Gruppen und sei deswegen »*ganz gefährlich*«.[2] Zwar vermag der VS zumindest in Sachsen in der Blood & Honour-Strategie, »*Ideologisierung über Musik zu betreiben*«, ein zentrales Problem zu erkennen[3], doch der Organisierungsgrad innerhalb dieser Netzwerke bleibt stets unerwähnt.

Bei den Kollegen im Ausland, die sich in den vergangenen Jahren auch nicht gerade durch besonderes Engagement bei der Bekämpfung der Naziskinheadgruppen hervorgetan haben, hört sich das mittlerweile allerdings etwas anders an: Nach einer Großrazzia gegen die Charlemagne-Hammerskins in Südfrankreich im Februar diesen Jahres sprachen die französischen Ermittler von einer Gruppe, die »*in ganz Europa 2000 Anhänger*« habe und »*perfekt organisiert*« (sic!) sei. Hausdurchsuchungen bei Hammerskins in Italien Ende Mai förderten »*ein europaweit agierendes neonazistisches Netzwerk*« zutage, so die Beamten. Der VS in Deutschland winkt derweil ab: »*Die Hammerskins sind in Deutschland seit etwa 1995 bekannt. Ihr Einfluß stagniert derzeit, da sie nur wenige Aktivitäten mit Außenwirkungen entfalten.*«[4] ■

1) Verfassungsschutzbericht 1997
2) Hans-Jürgen Förster, Chef des VS Brandenburg, zitiert nach Berliner Zeitung vom 23. Februar 1998
3) Frankfurter Rundschau vom 24. Februar 1997
4) Verfassungsschutzbericht 1997

Je mehr sich das neonazistische Lifestylesyndrom etabliert, um so schwieriger gestaltet sich die Suche nach passenden Antworten – eine Erfahrung, die AntifaschistInnen beinahe überall machen müssen, wo kampagnenartig versucht wird, dies öffentlich zu thematisieren und Gegenkonzepte zu entwickeln. Als besonderes Hindernis erweisen sich immer wieder die Auseinandersetzung mit Lokalpolitik, Polizei und Medien. Die werden ihrerseits nicht müde, die Gefahr herunterzuspielen und jegliche Bemühungen zu diskreditieren, die den Neonazismus als Resultat einer verfehlten Politik – und nicht etwa als ein Problem der inneren Sicherheit – erkennen. In einem Land, das sich im Zeitalter der Globalisierung ausschließlich als Wirtschaftsstandort definiert und in dem jede politische Auseinandersetzung auf die Standortdiskussion zugeschnitten ist, scheint kein Platz mehr für die Ideale einer zivilen Gesellschaft.

Antifaschismus am Standort Deutschland

Gegenstand der meisten Diskussionen, die in der Öffentlichkeit geführt werden, sind die sogenannten »nationalbefreiten Zonen«. Nur sehr zögerlich findet eine Analyse Einzug ins öffentliche Bewußtsein, wonach die kulturelle Dominanz der Neonazis auf einem gesellschaftlichen Konsens basiert. Die Betrachtungen im Ausland waren und sind oft präziser. Die britische Tageszeitung »The Guardian« stellt fest, daß »*weite Teile Ostdeutschlands*« im Begriff seien, »*buchstäblich No-Go-Areas für Ausländer und deutsche Außenseiter*« zu werden, und macht dafür die »*stillschweigende Zustimmung weiter Bevölkerungsteile zu rassistischen Ideen und Aktionen*« sowie Defizite im bildungspolitischen Bereich verantwortlich. An die offiziellen Statistiken ergeht die Kritik, »*das Ausmaß der Krise herunterzuspielen*«.[1] Das Stephen-Roth-Institut der Universität Tel Aviv hat in seiner aktuellen Studie »Antisemitism Worldwide« allein in den neuen Bundesländern 25 »nationalbefreite Zonen« gezählt. Auch im Inland mehren sich die Stimmen, die dies durchaus als Problem erkennen. Der Generalstaatsanwalt von Brandenburg, Erardo Rautenberg, sprach angesichts der No-go-Areas von einem »*gesellschaftlich unerträglichen Zustand*«, wogegen nur noch ein Krisenbündnis »*von Konservativen bis Autonomen*« helfen könne.[2] Eine recht bemerkenswerte und in ihrer Konsequenz auch isolierte Meinung, die jedoch zeigt, wie tief der Karren mittlerweile in den Dreck gefahren ist.

Bei der Suche nach diesen zahlreichen »nationalbefreiten Zonen« zeigt sich allerdings, daß hierfür gerade auf den lokalpolitischen Ebenen der betroffenen Regionen so gut wie kein Problembewußtsein existiert. Zu stark ist die Identifizierung mit den Neonazis als »ihren« Jugendlichen, zu groß ist die Angst, einer antifaschistischen und pauschal »linksextremistischen« Bewegung Vorschub zu leisten. Vor allem sind lokale PolitikerInnen und Medien darum bemüht, ein negatives Image zu vermeiden. Die auffallende Tatsache, daß sich faschistische Übergriffe und Aktivitäten, oft in den Einzugsgebieten von bestimmten Projekten der akzeptierenden Sozialarbeit häufen, würde von den Verantwortlichen zudem ein Eingeständnis politischen Versagens fordern. Zwar wird im Allgemeinen die Existenz derartiger Freiräume bestätigt, kein Ort will sie jedoch für sich zugeben. Dabei liegt die große Gefahr darin, daß die mediale Aufmerksamkeit den Neonazis – sicher unfreiwillig – Publicity und Mythos verschafft, andererseits jedoch vor Ort alle wirksamen Gegenmaßnahmen blockiert werden. Statt einer Sensibilisierung wird in der Bevölkerung eine Solidargemeinschaft geschaffen, die sich nicht etwa gegen die Neonazis richtet, sondern gegen die »von außen« hereingetragene Unruhe. Daß dies die Neonazis in vielfacher Hinsicht in ihrem Treiben und in ihrer Auffassung, die Meinung des Volkes zu vertreten, bestärkt, ist die nächste Konsequenz.

Die Geschehnisse im sächsischen Wurzen und im thüringischen Saalfeld mögen hierfür beispielhaft sein. In der Neonazihochburg Wurzen, das längst ins internationale Blickfeld gerückt ist, beteuert der Bürgermeister gebetsmühlenartig, es gäbe in der Stadt keine neonazistische Szene und schon gar kein neonazistisches Problem. Oder in Saalfeld, wo mit Hilfe der Medien – allen voran BILD – eine regelrechte Hetzkampagne gegen den Gewerkschafter Angelo Lucifero gestartet wurde, der es sich erlaubt hatte, neonazistische Umtriebe öffentlich zu machen und sogar zwei Demonstrationen dagegen anzumelden. Bisheriger Höhepunkt war die Berichterstattung nach dem Mord an der 14-jährigen Jana Georgi, begangen am 26. März von einem – so die Polizei – »*Möchtegern-Anhänger der rechten Szene*«, in der die BILD den aktiven Gewerkschafter für den Mord verantwortlich machte, da dieser quasi das Klima vergiftet und die Stimmung aufgeheizt habe.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich, um zwei aktuelle Beispiele aufzugreifen, auch in anderen Regionen. Im Rhein-Main-Gebiet, wo sich die Kampagne »Weg mit rechtem Sounddreck« bemüht, der expandierenden neofaschistischen Jugendkultur in der Region zu begegnen und sich zur Zeit auf das neonazistische Blood & Honour-Netzwerk im Offenbacher Stadtteil Bieber, und als deren Knotenpunkt auf das Ladengeschäft CD-Room, konzentriert. In der Tatsache, daß der Stadtteil zum Treffpunkt für Neonazis aus der ganzen Region geworden ist, sehen die örtlichen Antifas den Anfang einer Entwicklung, »*die noch nicht die Ausmaße mancher Regionen in den neuen Bundesländern erreicht hat und gerade deshalb rechtzeitig thematisiert und gestoppt werden muß.*«[3] Die Standardfloskeln der zuständigen Polizeibehörde, sie hätte »*die Einrichtungen seit langem im Auge*«, jedoch seien im Angebot des CD-Rooms keine »*strafrelevanten Waren*« ausfindig zu machen, werden vor Ort dankbar aufgegriffen. Dabei suggerieren sie lediglich, die Polizei habe alles im Griff, und außerdem sei es doch gar nicht so schlimm. So erreicht die Berichterstattung nicht nur einen tendenziösen, sondern auch einen verfälschenden Charakter. Die Offenbach-Post zeigt sich ob der friedlichen Kundgebung von 200 AntifaschistInnen direkt vor dem CD-Room sichtlich irritiert. Sie ignoriert geflissentlich Übergriffe neonazistischer Schläger auf einzelne KundgebungsteilnehmerInnen, zeichnet das Szenario von BürgerInnen, die »*verängstigt und unsicher*« auf die »*verbalen Aggressionen*« der AntifaschistInnen reagiert hätten und stimmt suggestiv in deren angebliche Forderungen ein: »*Die sollte man einsperren.*«[4]

Vor ähnlichen Problemen stand die Kampagne gegen den Laden Hehl's World in Ludwigshafen. Die politisch Verantwortlichen übten sich im Ausschweigen des Problems, die Polizei sagte ihr Standardsprüchlein auf, und die Presse warf AntifaschistInnen indirekt vor, ein Problem zu produzieren und unfreiwillig Werbung für den Laden zu machen. Da der Widerstand jedoch von den betroffenen BürgerInnen im Stadtteil getragen wurde, die ihrerseits immer stärker an die überregionale Öffentlichkeit gingen, wurde Hehl's World zum Imageproblem. Die politisch Ver-

antwortlichen schwenkten um und sahen die Chance, diesen Imageverlust auszugleichen, indem sie Hehl's World ein Ende machten. Die Polizei fand bei näherer Prüfung nun doch »*Strafrelevantes*« im Angebot, die Stadt setzte sich bei der Vermieterin für eine Kündigung des Ladens ein. Das Ordnungsamt kam dem zuvor, in dem es Christian Hehl kurzfristig wegen »Unzuverlässigkeit« die Ausübung eines Gewerbes untersagte und den Laden schließen ließ. Der Oberbürgermeister Wolfgang Schulte wertete die Schließung als Erfolg eines »*aktiven bürgerschaftlichen Engagements in Zusammenarbeit mit einer bürgernahen Verwaltung*« und zeigte sich zuversichtlich, daß die Stadt nun »*aus den negativen Schlagzeilen heraus*« komme. Ludwigshafen, so Schulte, zeichne sich durch Toleranz und Weltoffenheit aus, für »*politische Extreme*« aber gebe es keinen Platz.[5]

In das allgemeine Schulterklopfen und in den Versuch, einen Teil der Lorbeeren selbst einzuheimsen, mischt sich somit die tiefe Sorge, nun dem anderen »politischen Extrem«, der Antifa nämlich, ein Erfolgserlebnis bereitet zu haben. Der Bürgermeister fungiert dabei als oberster Stichwortgeber, den Rest erledigt – wie gehabt – die Presse. »*Die Angst marschierte am Rande mit*« betitelt der Mannheimer Morgen seinen Kommentar zur Antifa-Demo am 16. Mai im Ludwigshafener Südviertel, die mit 500 Menschen recht gut besucht war und einen durchweg entspannten Charakter hatte. In Erinnerung an »*die Straßenschlachten zwischen links und rechts, die einst den Niedergang der Weimarer Republik so furchtbar begleiteten*« wird »*ein Aufatmen spürbar*«, als am Ende doch alles friedlich verläuft. Gerne zitiert sie den städtischen Sicherheitsdezernent, wonach »*die Teilnahme so vieler Autonomer den Wert dieser Demonstration in den Augen der Bürgerschaft sicher geschmälert hat*«.[6]



In der öffentlichen Diskussion wird Neofaschismus ausschließlich als Problem der »Inneren Sicherheit« angesehen, gegen das man, wie im Bild oben, nur mit polizeilichen Maßnahmen vorzugehen bräuchte. Die gesellschaftliche Dimension des Problems wird wissentlich ignoriert.

Die Gleichsetzung von links und rechts und die These, wonach sich die »politischen Extreme« einander bedingen, gegenseitig produzieren und so zur Destabilisierung vorgeblich demokratischer Verhältnisse beitragen, ist dabei nicht nur Grundsatz eines »antitotalitaristischen« Staatsverständnisses, sondern aktuell ein wichtiger Argumentationsstrang in den Debatten zur »Inneren Sicherheit«. Jeder öffentlichen Beschäftigung mit Neonazis wird umgehend quasi das linke Pendant gegenübergestellt und somit verhindert, daß fortschrittliche Kreise die Diskussion bestimmen. Dementsprechend verweigerte sich die CDU einem gemeinsamen Bündnis gegen die DVU in Sachsen-Anhalt, solange sich dieses nicht ebenso gegen die in ihren Augen »*linksextremistische*« PDS richte. Franz Josef Krafeld, Vordenker der akzeptierenden Jugendarbeit, beschrieb dies schon 1993 als »*Bild von der Rechts-Links-Gewaltspirale*«, welches immer neue Konjunkturen erlebe und dazu führe, daß die Antifa »*immer mehr in die Rolle von ausgegrenzten Aussätzigen im Kampf gegen den Rechtsextremismus gedrängt*« werde.[7] Bezeichnend für den Umgang mit dem Neonazismus ist die Tatsache, daß den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden nicht nur die Aufgabe der Bekämpfung übertragen wird, sondern auch, daß sie die maßgeblichen meinungsbildenden Instanzen sind. Für den Ex-Polizisten Bernd Wagner vom Zentrum Demokratische Kultur ist dies eine grundsätzlich »*verhängnisvolle*« Angelegenheit, »*als die Sichtweisen dieser Institutionen ausschließlich organisationspolitische Zusammenhänge wahrnehmen*« und »*die gesamte alltagskulturelle Dimension des Rechtsextremismus, das heißt seine neue Qualität in Deutschland*«[8] ignorieren würden. Vor diesem Hintergrund reduziert sich die Auseinandersetzung mit dem Neonazismus auf die Frage, ob etwas verboten sei oder verboten werden könne bzw. müsse und zielt damit meilenweit am Kern des Problems vorbei.

Hier zeigt sich das gesamte Ausmaß des gesellschaftlichen Dilemmas. Probleme werden an Politik und Exekutive delegiert. Das eigene Demokratieverständnis erschöpft sich im Ruf nach Recht und Ordnung, die tragenden Elemente einer zivilen Gesellschaft – wie Eigenverantwortung, soziale Kontrolle oder die vielbeschworene Zivilcourage – werden nicht mehr wahrgenommen. Die Forderung der Ausländerbeauftragten Almuth Berger nach einem polizeilichen »Marsch« in die »nationalbefreiten Zonen« ist dafür symptomatisch. Antifaschistische Initiativen lassen sich dabei leicht in die Beweispflicht drängen, den Neonazis etwas Illegales nachweisen zu müssen, um wahrgenommen zu werden und um überhaupt noch Druck auf die politisch Verantwortlichen ausüben zu können.

Die Analyse, daß rassistische und neonazistische Aktivitäten im Kontext einer politischen und gesellschaftlichen Entwicklung stehen, gerät dabei genauso ins Hintertreffen wie die logische Konsequenz einer derartigen Analyse, die nur die Forderung nach einem grundlegenden Politik- (und nicht etwa Regierungs) wechsel sein kann. Ob da ein Bündnis von »Konservativen bis Autonomen« helfen kann, scheint mehr als fraglich. Auch wenn sich die Antifa davor hüten sollte, Avantgardepositionen einzunehmen, so ist leicht vorauszusehen, daß sich jeglicher progressive Ansatz in einem derartigen Bündnis bis zur Unkenntlichkeit verbiegen müßte. Auch würde die gesellschaftliche Realität auf den Kopf gestellt. Aus der Analyse, daß die Neonazis eben ein Produkt eines gesellschaftlichen Umbruchs sind, für den maßgeblich die Konservativen verantwortlich zeichnen, gilt es vielmehr zu verhindern, daß diese antifaschistische Themen und Felder besetzen.

Vielmehr muß sich die Antifa als gesellschaftliche Alternative verstehen und die Gemeinsamkeit mit den Kräften suchen, die die Ideale einer humanistischen Gesellschaft noch nicht aufgegeben haben. Und darin ist der Antifaschismus – und der reine Anti-Nazi-Kampf sowieso – wiederum nur ein Teilbereich. ■

1) The Guardian, 22.1.1998
2) Rautenberg im Interview in der Taz, 24.12.1997
3) aus einem Redebeitrag auf der Demonstration gegen den CD-Room am 18.4.1998
4) Offenbach-Post, 20.4.1998
5) zitiert nach Mannheimer Morgen, 22.4.1998
6) Mannheimer Morgen, 18.5.1998
7) Franz Josef Krafeld in: Schacht/Leif/Janssen, Hilflos gegen Rechtsextremismus, Köln, 1995, S.385ff
8) Zentrum Demokratische Kultur, Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin 1998

Akzeptierende Gewaltarbeit

Zum Umgang mit neonazistischer Jugendkultur im Bereich der Sozialarbeit und Jugendpolitik

Der ersten großen Welle rassistischer Gewalt Anfang der 90er folgte vielerorts die Beschäftigung mit den Tätern. Sozialwissenschaftliche Studien wurden in Auftrag gegeben, um die Motivationsgrundlagen der meist jugendlichen Gewalttäter zu ergründen und wissenschaftlich aufzuarbeiten. Doch obwohl vielfach ein direkter Zusammenhang zwischen der herrschenden Politik und der rassistischen Gewalt der Straße festgestellt wird, finden nur die Erklärungsmuster offizielle Beachtung, die den oft tief verwurzelten Rassismus der jugendlichen Neonazis mit dem Begriff »politisch diffus« entpolitisieren, die gruppendynamische Prozesse mit »Einzeltäter«-Thesen verschleiern und die Werteverluste, Arbeitslosigkeit sowie interkulturelle Verständigungsschwierigkeiten als Ursachen der Gewalt ausmachen. Das der Öffentlichkeit präsentierte Bild ist das des entwurzelten, perspektiv- und orientierungslosen Jugendlichen, der, von Zukunftsängsten geplagt, sein Heil in der Gewalttätigkeit sucht. Basierend auf der These vom sogenannten »Modernisierungsverlierer« entstehen die Projekte der akzeptierenden Jugendarbeit. Ihr erklärtes Ziel, neonazistische Jugendliche von der Gewalt abzubringen, wird nur in wenigen Fällen erreicht. Stattdessen werden mancherorts Nazistrukturen gestärkt, die Existenz einer rechten Szene abgesichert und deren Gewalttätigkeiten lediglich verlagert. Die Täter werden zu Opfern erklärt und dem Rassismus wird weiter Vorschub geleistet.

Daß die statistischen Erhebungen die These des »Modernisierungsverlierers« nicht stützen, wird zwar häufig festgestellt, hat aber auf die derzeitigen jugendpolitischen Konzepte wenig Einfluß. Ein Zusammenhang zwischen rassistischen Einstellungen und sozialer Stellung konnte nicht belegt werden, und signifikante Ergebnisse brachten die Studien nur an dem Punkt, daß vor allem bei den Tätern aus gut situierten Verhältnissen ein direkter Zusammenhang von »instrumentalischer Arbeitsorientierung« – sprich dem vorrangigen Interesse an Geld, Aufstieg und Status – und extrem rechten Orientierungen existiert. Stärke und Überlegenheit sind für diese Jugendlichen die wichtigsten Normen, andere Menschen werden von ihnen primär unter dem Aspekt des Nutzens beurteilt. Aus dieser forcierten Identifikation mit den Werten Leistung, Wohlstand, Karriere und Geld resultiert die Abwehr gegen alle diejenigen, die als leistungsunfähig gelten oder angeblich ohne eigene Leistung versorgt werden. Der eigenen Einschätzung nach gehören die Täter einer Elite an, die sich zu behaupten habe und die das Leben als ständigen Kampf ansieht, in dem sich der Stärkere durchsetzt. Die Feindbilder sind dabei recht stabil, und die Ausschließungsmechanismen richten sich nicht nur gegen Flüchtlinge, MigrantInnen und Schwarze, sondern zunehmend auch gegen Behinderte, Schwule und Lesben, Obdachlose, Frauen und Andersdenkende.

> **»Ziel akzeptierender Pädagogik ist es, den rechtsorientierten Kindern und Jugendlichen Schutz und Experimentierraum zu geben, in dem sie ihre Haltungen und Handlungen reflektieren können.«**
>
> Benedikt Sturzenhecker, leitender Mitarbeiter im Arbeitskreis Offene Jugendarbeit, Münster

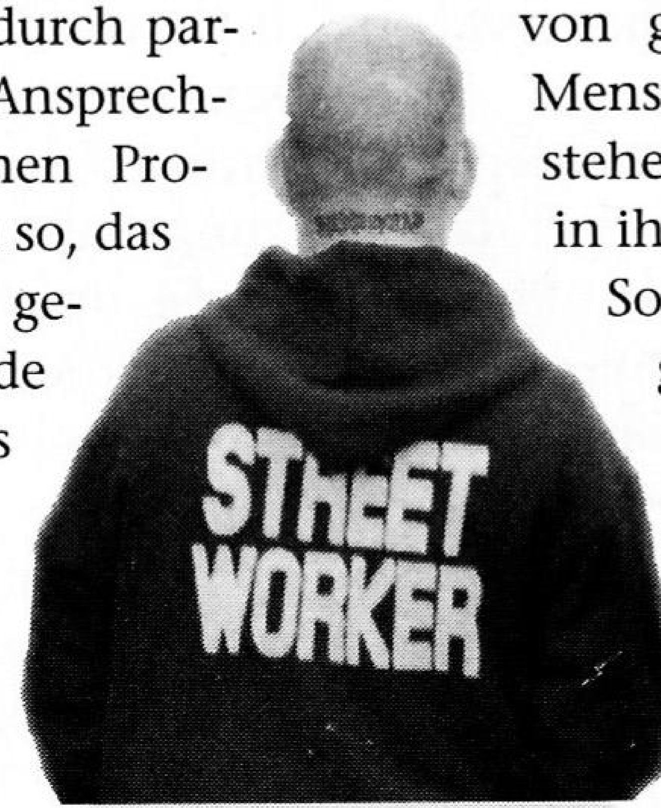
Dadurch, daß diese Fakten aus der Diskussion weitgehend ausgeblendet werden, erscheinen die Neonazis lediglich als Randerscheinung des gesellschaftlichen Umbruchs, dem mit staatlicher Fürsorge und mit Arbeitsbeschaffung zu begegnen ist. Darüber hinausgehend werden Staat und Gesellschaft aus ihrer Verantwortung entlassen. Die politisch Verantwortlichen können ihre rassistisch gefärbte Abschottungspolitik mit dem Hinweis auf das Volksempfinden, den »Druck der Straße«, weiter verschärfen.

»... aus eigener Angst andere ängstigen«

Die ersten Projekte der »akzeptierenden Sozialarbeit« beschäftigten sich in den frühen 80er Jahren mit Hooligans, mit Punks und – als große Gruppe – mit den Drogensüchtigen in den bundesdeutschen Großstädten. Grundlage dieser aufsuchenden Sozialarbeit, dem sogenannten »Streetwork«, war der Ansatz, gesellschaftliche »Problemgruppen« nicht länger ausschließlich mit Repression, Ausgrenzung und Stigmatisierung zu belegen, sondern ihre Lage ernst zu nehmen und als reales Problem anzuerkennen. Die Gruppen wurden an ihren Treffpunkten aufgesucht, SozialarbeiterInnen boten sich durch parteiliche Unterstützung als AnsprechpartnerInnen in verschiedenen Problemlagen an und versuchten so, das Vertrauen ihres Klientels zu gewinnen. Hilfestellung wurde angeboten, um ein weiteres Absacken in Beschaffungskriminalität, Prostitution etc. zu verhindern und Ablösungsprozesse aus der Szene zu unterstützen. Die Sozialarbeit verstand sich hier als Sprachrohr und als notwendige Lobby einer Randgruppe, die oftmals nicht in der Lage war, eigene Belange zu formulieren, geschweige denn durchzusetzen. Hier erzielte dieser sozialarbeiterische Ansatz Erfolge und konnte sich schließlich gegenüber seinen KritikerInnen behaupten.

Basierend auf diesen Arbeitshypothesen wird die akzeptierende Sozialarbeit seit Anfang der neunziger Jahre auch mit rechten gewalttätigen Jugendlichen, vor allem mit Naziskinheadgruppen, praktiziert. Der bereits vorhandene Arbeitsansatz wurde schlichtweg übertragen. Schließlich hatten die Pogrome für Aufsehen im In- und Ausland gesorgt, das »Ansehen der BRD« hatte stark gelitten. Die Zielsetzung dabei ist primär die Eindämmung der Gewalt, bei grundsätzlicher Akzeptanz der Jugendlichen und damit auch ihrer politischen Anschauungen. Sinn der Arbeit ist es, so Benedikt Sturzenhecker, leitender Mitarbeiter im Arbeitskreis Offene Jugendarbeit, *»die Selbst- und Fremdachtung (...) der rechten Kids«* zu stärken und deren *»Angst«* zu vermindern ebenso wie *»ihre Handlungsweise, aus eigener Angst andere zu ängstigen.«*

Treffs werden an Brennpunkten der rechten Szene geschaffen, Räume freigemacht, Beschäftigungs- wie Freizeitprogramme entworfen und allseits für Verständnis geworben. Die häufig hohen finanziellen Kosten werden bisweilen aus anderen Projekten abgezogen. Doch bei Übertragung der Erfahrungen und Konzepte der oben beschriebenen Projekte bleibt weitgehend unberücksichtigt, daß diese auf dem Reintegrationsbemühen von gesellschaftlich ausgestoßenen Menschen basieren. Nun allerdings stehen Jugendliche im Blickfeld, die in ihren Hochburgen (dort setzt die Sozialarbeit schließlich an) weitgehend akzeptiert und integriert sind, die sich selbst als die militante Vorhut des »gesunden Volksempfindens« verstehen und die ihre Legitimation auf klammheimliche und offene Sympathien



in weiten Teilen der Bevölkerung und auf ein beinahe alltägliches Lebensgefühl stützen. Dort mit einem sozialarbeiterischen Konzept einzugreifen, welches eine bewußte Interessenvertretung und Parteinahme vorsieht und als Lobby funktionieren soll, bedeutet, zusätzliche Rückendeckung zu geben, wo es notwendig wäre, die schon bestehende Rückendeckung zu entziehen. Der Erklärungsansatz des »Modernisierungsverlierers« entbindet die TäterInnen von der Verantwortung für ihr Handeln. Er trägt ihnen die Opferrolle geradezu an und bestärkt sie dadurch in ihrem vermeintlichen Recht, sich ja »nur« gegen Mißstände zu wehren. Die Aufmerksamkeit und Fürsorge, die den Jungnazis so widerfährt, bestätigt allzu viele in der Ansicht, richtig gehandelt zu haben und zu handeln.

Dieser Lobbyismus beeinflußt mancherorts natürlich die öffentliche Wahrnehmung. Dieselben Neonazis, die bislang eher als »Ärgernis« galten, werden durch die Protektion der Sozialarbeit aus ihrer Isolation herausgeführt, können ungeniert Imagepflege betreiben und finden teilweise gar Einzug in lokale jugendpolitische Gremien. Das Primärziel, die Gewalt unter dem Deckel oder zumindest unter Kontrolle zu halten, scheint bei gleichzeitiger Akzeptanz der Ideologie unerreichbar und verschleiert vielmehr, daß Gewalt eine unbedingte, wenn nicht die zentrale, Ausformung rechter Ideologie ist.

Für die potentiellen und tatsächlichen Opfer der rassistischen Gewalt hingegen gibt es von Staats wegen kaum Verständnis und noch weniger tatkräftige Hilfe. Das daraus abzuleitende Prinzip, daß den politisch Verantwortlichen die »eigenen« Täter näher stehen als die »fremden« Opfer, forciert deren Ausgrenzung. Weitere rassistische Gewalt scheint vorprogrammiert. Die Leidtragenden sind darüber hinaus die Jugendlichen, die eben nicht rechts sind. Sie werden gegenüber den Neonazis insofern benachteiligt, daß es für sie vielerorts keine eigenen Räume, keine Freizeitangebote und keine kostspieligen Berufs- und Beschäftigungsprogramme gibt. Und genau hierin liegt der Kardinalsfehler. Wenn als ein Grundziel der akzeptierenden Sozialarbeit das Herauslösen Einzelner aus der Szene, also die Trennung zwischen hartem Kern und Umfeld, festgelegt ist, dann muß es für diese auch Alternativen geben. Angebote müssen bereitgestellt werden, die attraktiver erscheinen, bereits bestehende Initiativen müssen entsprechend gefördert und geschützt werden. Nur unter diesen Rahmenbedingungen können Projekte akzeptierender Jugendarbeit sinnvolle Arbeit leisten. Werden jedoch zugunsten von Nazibanden andere Projekte beschnitten und werden unpolitische, linke oder ausländische Jugendliche aus öffentlichen Räumen verdrängt, dann verlieren die kulturellen Gegenpole ihre Basen. Antifaschistische und antirassistische Projekte sehen sich darüber hinaus oft einer Repression ausgesetzt, und letztendlich pervertiert die Bekämpfung rassistischer Gewalt zur Bekämpfung ihrer GegnerInnen und Opfer.

Wenn der Ministerpräsident die Kameradschaft lädt...

Ein Umdenken in der Jugendpolitik, das ist auch die Erkenntnis der SPD nach der Wahl in Sachsen-Anhalt. Präzisiert hat sie diesen Gedanken noch nicht. Es bleibt zu hoffen, daß der jüngste Auftritt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Beck nicht ein Vorgeschmack auf das war, was die designierte Regierungspartei unter Umdenken versteht. Als Reaktion auf neonazistische Zwischenfälle in Annweiler lud Beck Aktivisten der neonazistischen Kameradschaft Annweiler zum Gespräch ein, um ihnen das Gefühl zu geben, nicht ausgegrenzt zu sein. Die Neonazis jedoch konnten auf die Streicheleinheiten verzichten. Als beim Thema »Verbot von Neonazipropaganda« Meinungsverschiedenheiten auftraten, brüskierten sie den Ministerpräsidenten, indem sie das Gespräch abbrachen.

Gesprächspartner von Ministerpräsident Beck: Skinheads Annweiler



> »Als Basis für diese Reflektion und Versuche ist es Ziel, ihre Selbst- und Fremdachtung zu stärken, dem verbreiteten Gefühl der rechten Kids, *»wir sind der letzte Dreck«*, soll die Erfahrung und Entwicklung eigener Fähigkeiten gegenüber gestellt werden. Ihre Angst soll vermindert werden, ebenso ihre Handlungsweise, aus eigener Angst andere zu ängstigen.«
>
> »Zielgruppenorientierte Konzepte. Pädagogik mit rechtsorientierten Kindern und Jugendlichen«
> Benedikt Sturzenhecker,
> Leiter des Skinprojektes in Nottuln, Münster 1993

Die Dominanzkultur in den no-go-areas

Projekte im Rahmen der akzeptierenden Jugendarbeit sichern heute vielerorts die Existenz einer rechten Jugendbewegung. Die geschaffenen Jugendzentren und Wohngruppen werden geschickt in die Strategien organisierter Neonazis eingebunden und als Rekrutierungs- und Anlaufpunkte ausgebaut. Dies schränkt die Einflußmöglichkeiten der SozialarbeiterInnen zusätzlich ein, vielfach werden sie auch mit massiven Drohungen unter Druck gesetzt. Gängiger Reflex ist das schrittweise Abrücken von selbstgesteckten Grundsätzen und Zielen. An diesem Punkt sind derartige Projekte offensichtlich gescheitert, deren Weiterführung ist nur noch sozialarbeiterische Arbeitsplatzerhaltung und unter Umständen auch das (sicher unfreiwillige) Heranführen neuer Klienten an den harten Kern. Spätestens hier müssen sich Projekte der akzeptierenden Jugendarbeit selbst auf die Erreichung der gesteckten Ziele überprüfen bzw. von einer kritischen Öffentlichkeit einer solchen Überprüfung unterzogen werden. Stattdessen wird Kritik an derartigen Pro-

jekten meist als verfrüht und undifferenziert zurückgewiesen. Die Arbeit benötige Zeit, um das Vertrauen des Klientels zu erlangen, erst dann seien Resultate zu erwarten. Doch genau diese Zeit hat die Neonazi-Bewegung mancherorts genutzt, um ihre kulturelle Dominanz zu festigen. In den durch den herrschenden gesellschaftlichen Konsens sowie durch die verfehlten Ansätze der Sozialarbeit und der Jugendpolitik entstandenen und entstehenden politischen wie territorialen Freiräumen ist ein immer stärkeres Zusammenwirken von rechter Subkultur mit neonazistischen Strategien und Organisierungsmodellen feststellbar. Die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN sahen bereits 1993 im Rechtsrock die »*Einstiegsdroge in die nationalistische Jugendszene*« und sich selbst vor der Aufgabe, über »*die Integration der Skins in die nationalistische Szene*«, das »*Kulturmonopol der Etablierten*« zu knacken. Der somit vorgegebene strategische Rückgriff auf die »Kultur« als Identifizierungsmerkmal, als vorpolitische Erlebniswelt und als Aktionsfeld fließt vielfach mit den innerkulturellen Organisierungsmodellen beispielsweise der BLOOD & HONOUR-Bewegung und der HAMMERSKINS zusammen und erschwert zunehmend die Differenzierung zwischen der »Kultur« und dem »organisierten« Spektrum.

Diese Wechselwirkungen legen den Grundbaustein dessen, was unter dem Namen »nationalbefreite Zonen« zum neonazistischen Eldorado geworden ist. Dies zu erkennen, ist längst nicht mehr die Domäne der Antifa. Selbst die Medien, wie zum Beispiel die Berliner Zeitung, verweisen auf die inhaltliche Deckungsgleichheit des Konzeptionspapieres »Schafft Befreite Zonen« mit dem kulturellen Hegemonialstreben der »rechten Gegenkultur-Ost«, deren »Macher« strategisch denken und zudem wüßten, »*wie man 'Staatsknete' erobert, in Jugendzentren die Böcke zu Gärtnern macht*«. Das Zentrum Demokratische Kultur in Berlin zeichnet in seiner aktuellen Studie nach, wie der Strategiebegriff der »befreiten Zonen« seine eigendynamische Umsetzung findet und so auf eine zentrale Steuerung verzichten kann – das recht treffende Fazit: »*Man braucht es nicht herzustellen, es stellt sich von selbst ein.*«

Auch wenn der Osten Deutschlands in dieser Entwicklung eine Vorreiterrolle spielt, darf nicht außer acht gelassen werden, daß mittlerweile auch im Westen, gerade in ländlichen Gebieten, braune Inseln entstanden sind. Martialische Skinheadbanden beherrschen dort die Straßenbilder und bilden die »Macht am Dorfbrunnen«. Von ihnen geht die Faszination der Macht aus, von der sich gerade sehr junge Menschen angezogen fühlen. Mit brachialen Methoden wird das eigene Territorium abgesteckt und erweitert, die Entwicklung einer Alternativkultur verhindert und darüber die Sozialisation von vielen Jugendlichen im lokalen Einflußbereich geprägt. Vor diesem Hintergrund bleibt festzuhalten, daß ein ausschließlich auf Integration angelegter jugendpolitischer Ansatz wenig Aussicht auf Erfolg hat. Da aber die notwendige Isolierung zum heutigen Zeitpunkt in vielen Regionen zumindest mittelfristig nicht mehr machbar erscheint, bedarf es längerfristiger Konzepte vor allem im gesellschaftspolitischen Bereich. Es gilt einen Wohlstandschauvinismus zu thematisieren, der in der gesellschaftlichen Mitte angesiedelt ist, und der sich in einer patriarchalen und rassistischen Dominanzkultur niederschlägt. Dem – gerade bei der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen zum Ausdruck kommenden – Prinzip, Probleme an Institutionen zu delegieren um darüber Gewissensberuhigung zu betreiben, muß gegenübergestellt werden, daß jede und jeder in der Verantwortung stehen. Deshalb müssen in der Bildungs- und Jugendpolitik intensive antirassistische Initiativen ansetzen, um langfristig braunen Rattenfängern und ihren politischen StichwortgeberInnen den Nährboden zu entziehen. ■

Wenn Neonazis Sozialarbeit funktionalisieren...

Wie Projekte der akzeptierenden Sozialarbeit von Neonazis funktionalisiert werden, zeigt sich beispielsweise in Bremen und Umland, wo sich ein Projektverbund für akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Gewalttätern rühmt, die meisten Kristallisationspunkte und Treffs der rechten Szene zu betreuen. Der Projektverbund stellt jedoch exakt die regionale Struktur der organisierten Neonazis dar, worin AntifaschistInnen den schmalen Grad von Akzeptanz zur faktischen Unterstützung und Handlangertätigkeit für rechte Organisierung überschritten sehen. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich an vielen neonazistischen Brennpunkten. Der von Saalfeld aus agierende THÜRINGER HEIMATSCHUTZ hat seine Zentrale in einem Stadtteil- und Jugendzentrum aufgeschlagen. Thüringer SozialarbeiterInnen wiederum transportieren ihr Klientel – offensichtlich auf Staatskosten – zu neonazistischen Aufmärschen wie beispielsweise zur ANTI-ANTIFA-Demo am 14. März '98 in Saalfeld (siehe Foto).

Dabei stehen Projekte nach dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit leider nur symptomatisch für die Hilflosigkeit und für die oft gefährliche Verharmlosung (nicht nur) jugendlicher Neonazis. Mitglieder der Magdeburger Neonaziband DOITSCHE PATRIOTEN brüsten sich damit, als Jugendbetreuer für Fußballfans beschäftigt zu sein; für den Ludwigshafener CHRISTIAN HEHL, einer führenden Figur der regionalen Naziskinszene, reichte es bei einem Prozeß wegen Körperverletzung schon aus, nicht mehr ganz so gewalttätig zu sein, oder sich nicht mehr so oft erwischen zu lassen, um eine günstige Sozialprognose zu erhalten. Als Ausdruck seiner »*positiven Lebensgestaltung*« eröffnete er kurz darauf das Ladengeschäft HEHL'S WORLD, das sich schnell zu einer zentralen Anlaufstelle der Neonazis entwickelte.

Begleiten ihre »Schäfchen« auf Anti-Antifa-Aufmärsche: Thüringer SozialarbeiterInnen am 14. März 1998 in Saalfeld



Das Konzept der akzeptierenden Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen wird von AntifaschistInnen vehement kritisiert. Professor Franz Josef Krafeld vom Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Bremen gilt als derjenige, der dieses Konzept federführend eingeführt hat. Das AIB diskutierte mit ihm das Konzept und seine Auswirkungen.

»Jugendarbeit kann politische Fehler nicht ausbügeln«



AIB: In einer Ihrer Publikationen schreiben Sie: »*Akzeptierende Jugendarbeit betont den Abschied von der Illusion, mit Belehrung oder Bekämpfung rechtextremistische Orientierung und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen tatsächlich zurückdrängen zu können*«. Ihrer Ansicht nach besteht die einzige Chance darin, sich um die Probleme zu kümmern, die die rechten Jugendlichen haben, und nicht mit den Problemen, die sie machen. Sie wollen »*trotz allem aus ihren Leben etwas machen*«. Das heißt doch eigentlich, daß Sie Rechte mit ihrer Weltanschauung in die Gesellschaft integrieren wollen, so wie siesind, und aus derem Leben etwas machen wollen.

Krafeld: Zunächst einmal: Mir geht es nicht darum, sich nur um die Probleme zu kümmern, die Jugendliche haben, sondern zu sagen, wir müssen an den Problemen ansetzen, die sie haben. Nur dann können wir auch zu den Problemen kommen, die sie machen. Denn nur wenn Jugendliche erleben, daß sich Leute auf ihre Probleme einlassen, haben wir überhaupt Chancen, daß sie sich auch damit auseinandersetzen, welche Probleme andere mit ihnen haben.

Die Zielsetzung unserer Arbeit ist zunächst einmal, Auffassungen und Verhaltensweisen zu entwickeln, die sozial verträglich sind. Das Ziel ist, Jugendliche dazu zu bringen, daß sie in ihrem Verhalten und ihrem Denken akzeptieren, daß andere Menschen die gleichen Rechte und Ansprüche haben wie sie. Letztlich sind das die Grundwerte der bürgerlichen Gesellschaft und der Aufklärung. Auch wenn die meisten, die in diesem Feld arbeiten, als Linke unterschiedlichster Couleur damit weitergehende Zielsetzungen verbinden.

AIB: Klassisch geht man in der Pädagogik davon aus, daß es für Veränderung eine Motivation gibt. Und wo soll die liegen, wenn – wie in Ihrem Konzept – erst das, was eigentlich kritisiert wird, dazu führt, daß den Jugendlichen bestimmte Vorteile eingeräumt werden. Das heißt, rechtsextreme Verhaltensmuster, zumeist noch in Koppelung mit Gewalt führen dazu, daß sich jemand um sie kümmert, daß sie Räume bekommen. Das bietet überhaupt keine Motivation, sich von solchen Verhaltensmustern zu lösen.

In der Tat bringt uns das in der Jugendarbeit immer wieder in sehr prekäre Lagen. In einem Umfeld etwa, wo ein großer Teil der Erwachsenenwelt, oder vielleicht sogar die Mehrheit, Auffassungen von Jugendlichen teilt – ich denke etwa an diese sogenannten »national befreiten Zonen« in Ostdeutschland – erfahren Jugendliche möglicherweise Bestätigung und Anerkennung. Sie erreichen vielleicht sogar leichtere gesellschaftliche Integration, wenn sie das martialisch und gewaltförmig ausführen, was Erwachsene am Stammtisch reden. Und wenn wir immer wieder in der Pädagogik, gerade in der Jugendarbeit, als 'geheimen Lehrplan' erleben, daß angesichts knapper Kassen nur oder vorrangig für diejenigen Geld da sein soll, die besonders extrem auffällig werden, dann ist das höchst brisant.

AIB: Aber es ist doch eine Tatsache, daß die Jugendlichen in dem Moment, wo sie sich anders verhalten würden, Nachteile hätten.

Das sehe ich so nicht. Jedenfalls in den Projekten, in denen die Arbeit auch theoretisch fundiert angegangen und entsprechend begleitet und unterstützt wurde – was durchaus nicht für alle Projekte gilt –, ist deutlich geworden, daß für die Jugendlichen ein zunehmendes Maß an Auseinandersetzung mit ihrem Verhalten und ihren politischen Auffassungen stattgefunden hat. Es geht uns darum, daß die Jugendlichen über einen persönlichen Bezug ein Interesse an dem Anderssein entwickeln. Dadurch sollen sie bisher gängige und für sie auch relativ erfolgreiche Muster in Frage stellen. Und gleichzeitig geht es darum, bei den Jugendlichen den Eindruck zu schaffen, daß ihnen dieses differenziertere Denken und Handeln mit sich und ihrer Umwelt nützt – in ihren Alltagssituationen, bei ihrer Lebensorientierung und auch dabei, gesellschaftlich integriert zu werden.

> **»Sie erreichen vielleicht sogar leichtere gesellschaftliche Integration, wenn sie das martialisch und gewaltförmig ausführen, was Erwachsene am Stammtisch reden.«**

AIB: Einer unserer großen Kritikpunkte an der akzeptierende Jugendarbeit ist, daß zwar von Gewalt gesprochen wird, aber nicht von rechtsextremen Inhalten. Für uns ist das eine Befriedungstaktik, die zwar auffällige Jugendliche von der Straße holt und sie vielleicht sogar von Gewalttaten abhält. Man kann den Jugendlichen auch klarmachen, daß Gewalttaten vielleicht Repression zur Folge haben, aber die Denkmuster werden nicht verändert. Die Jugendlichen werden nur aus dem medialen und gesellschaftlichen Blickfeld geschoben und befriedet.

Ich finde, wenn es über diese Arbeit gelingt, daß auch nur einige Gewalttaten weniger passieren, ist schon verdammt viel erreicht. Zumindest im Vergleich zu dem wenigen, was Jugendarbeit sonst häufig erreicht. Zum zweiten finde ich es wichtig, gerade wenn es um politische Zusammenhänge geht, auseinanderzuhalten, was pädagogische und was politische Möglichkeiten und Aufgaben sind. Die Erfolglosigkeit der bisherigen politischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus hat zu einer Überforderung der pädagogischen Arbeit geführt. Wenn ich aktuell in Bayern sehe, daß die DVU dort nicht antritt mit der Begründung, nach Sachsen-Anhalt hat die CSU weitgehend ihre Positionen übernommen, dann macht das ganz deutlich, daß die politischen Probleme woanders liegen; daß der politische Entscheidungsort nicht bei 17 bis 20jährigen Jugendlichen liegt, sondern daß die politische Gefahr des Faschismus ein ganzes Stück mitten in unserer Gesellschaft liegt.

> **»Es ist nicht möglich, in jeder Situation des Umgangs mit den Jugendlichen gleichzeitig die politische Fahne rauszuhängen und umgekehrt.«**

AIB: Wir finden, daß Sie eigentlich Ihre eigene Verantwortung immer mit dem Hinweis auf die politische Verantwortung ablehnen. Trotzdem erfüllt aber die akzeptierende Jugendarbeit eine Funktion, weil sie von politischer Seite als Lösung für die Probleme angeboten wird und selten wirklich Alternativen bietet.

Es ist sicher eine Schwierigkeit, in der pädagogischen Alltagsarbeit einen politischen Kontext immer im Blick zu haben.

Andererseits sehe ich ein ungemein wichtiges Moment in der personenbezogenen Auseinandersetzung, wie sie in der Alltagsarbeit stattfindet. Weiterhin halte ich es für wichtig, daß wir über diese Arbeit Möglichkeiten bekommen haben, uns in den politischen Umgang mit Rechtsextremismus einzumischen. Diese Möglichkeiten haben wir relativ offensiv genutzt. Aber es sind zwei Seiten einer Arbeit, in denen möglicherweise unterschiedlich agiert werden muß. Es ist nicht möglich, in jeder Situation des Umgangs mit den Jugendlichen gleichzeitig die politische Fahne rauszuhängen und umgekehrt. Auch wenn wir es für eine ganz zentrale Position halten, daß MitarbeiterInnen der akzeptierenden Jugendarbeit von Anfang an völlig deutlich machen: *»Ich habe eine ganz andere Position als Ihr. Ich finde Eure Position teilweise erschreckend. Trotzdem interessiert Ihr mich, trotzdem lasse ich mich auf Euch ein. Ich breche nicht den Kontakt zu Euch ab, aber ich will auch die Auseinandersetzung mit Euch darum. Ich will sie aber nicht erst, ehe ich mich weiter auf Euch einlasse, ich will sie später.«*

Wir haben teilweise in Projekten u.a. in Ostdeutschland Situationen gehabt, wo z.B. MitarbeiterInnen politische Äußerungen verboten wurden. Oder wo Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unter dem Etikett akzeptierende Jugendarbeit verstanden haben, hinzunehmen, was für politische Vorstellungen rechte Jugendliche haben. Das halten wir für eine fatale Entwicklung. Da sehen wir aber auch die politische Verantwortung derer, die gesellschaftliche Probleme zu Jugendproblemen und auch entsprechend pädagogisch umdefinieren. Das ganze Konzept etwa des *»Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt« (AgAG)* der Bundesregierung von 1992 war auf tönernen Füßen aufgebaut und hat an manchen Stellen wirklich schlimme Entwicklungen hervorgebracht.

> **»Das ganze Konzept etwa des AgAG der Bundesregierung von 1992 war auf tönernen Füßen aufgebaut und hat (...) wirklich schlimme Entwicklungen hervorgebracht.«**

AIB: Aber wenn Sie z.B. schreiben, *»ohne Änderung sollen diese Jugendlichen einen Platz in der Gesellschaft finden«*, sehen wir die Gefahr, daß sie bei ihrer rechtsextremen Einstellung bleiben. Und damit etablieren Sie einen Rechtsextremismus, der ohnehin schon in der Mitte der Gesellschaft ist.

Dieses Risiko besteht allerdings, und es beschäftigt uns auch ganz massiv. Die Alternative, zu sagen, wer weiter rechten Mustern anhängt, soll gesellschaftlich nicht integriert und ausgegrenzt werden, ist sowohl politisch fatal als auch Traumtänzerei.

AIB: Sie schreiben selber, daß Sie gesellschaftspolitische und lebensorientierte Aufgaben auseinanderdifferenzieren wollen. Wir würden sagen, in dem Moment, wo man diese Trennung vornimmt, hat man die Gefahr, daß Personen etabliert werden, ohne daß sie eine inhaltliche Wandlung vornehmen. Es geht auch darum, die strukturellen Bedingungen von Rechtsextremisten zu verschlechtern. Was hier passiert ist, daß sie verbessert werden, ohne daß gewährleistet ist, daß eine inhaltliche Änderung erfolgt.

Das sehe ich überhaupt nicht so. Ich mache die Teilhabe an gesellschaftlichem Leben nicht abhängig davon, daß ein Mensch bestimmte Auflagen erfüllt. Das halte ich letztlich für eine dikatorische Position. Für fatal halte ich sie, weil darüber sicher keine Änderungen, sondern allenfalls Verfestigungen von Fronten erreicht werden.

AIB: Wir erleben in einigen Städten und Regionen – zum Großteil im Osten, aber nicht nur dort –, daß Rechte durch akzeptierende Jugendarbeit Zugang zu öffentlichen Räumen bekommen, daß sich dann Strukturen bilden oder verfestigen und daß dann für linke oder«normale« Jugendliche überhaupt keine Räume mehr übrigbleiben.

Ich kann die Situation in Ostdeutschland nur von Außen betrachten. Mich beschleichen aber auch immer wieder sehr ungute Gefühle, wenn ich sehe, was in Ostdeutschland in etlichen Projekten läuft. Auf der einen Seite gibt seit Anfang der neunziger Jahre gerade in Ostdeutschland ein immenses Engagement von etlichen Leuten im Feld der Jugendarbeit, ohne daß sie irgendeine Unterstützung im Sinne von Ausbildung, wissenschaftlicher Begleitung, Supervision usw. erhalten. Andererseits sehe ich genau in diesem Kontext eine erhebliche Gefahr, daß sich in etlichen Projekten eine Auffassung etabliert hat, die ich allerdings für schlimm halte. Damit meine ich, daß politische Mehrheitsmeinungen als unpolitisch dargestellt und nicht hinterfragt werden, weil sie gängige Mehrheitsmeinungen sind. Oder daß unter Akzeptieren ein selbstverständliches Hinnehmen verstanden wird. Oder daß sich da, wo sich rechte Gruppierungen zu Mehrheiten oder zu dominanten Kräften von Lebensumfeldern von Jugendlichen entwickeln, ein anderer Anspruch akzeptierender Arbeit ganz schnell völlig in ein Gegenteil verkehrt wird, nämlich das Akzeptieren des Andersseins. Dieses Konzept wird mißverstanden, wenn Projekte mit rechten Cliquen gemacht werden, die gleichzeitig zur Ausgrenzung und Vertreibung von anderen Jugendkulturen führen. Und das ist ein Phänomen, was wir in Ostdeutschland scheinbar in etlichen Orten haben. Allerdings gibt es das auch in Westdeutschland inzwischen in einigen Orten – vor allem im ländlichen Raum. Auch wenn das nicht so offen diskutiert und publiziert wird.

> **»...zu sagen, wer weiter rechten Mustern anhängt, soll gesellschaftlich nicht integriert und ausgegrenzt werden, ist sowohl politisch fatal als auch Traumtänzerei.«**

AIB: In Ihren Publikationen finden sich immer wieder die Grenzziehungen, unter denen solche Projekte laufen sollen. Die haben Sie ja auch gerade angesprochen, und die hören sich so an, als ob das eine Absicherung sei, damit Ihre Arbeit mit Rechten nicht kippt. Wir haben uns einige Projekte der akzeptierenden Jugendarbeit angeschaut und hatten den Eindruck, daß fast alle Projekte, wenn man Ihre Grenzen zugrundelegen würde, beendet werden müßten.

Das sind zwei verschiedene Aspekte. Zunächst einmal würde ich behaupten, daß in kaum einem Feld sozialer Arbeit in den letzten Jahren soviel über Grenzen und Risiken diskutiert worden ist wie hier. Dazu hat sicherlich die teilweise vehement kritische Außenbetrachtung unserer Arbeit, nicht zuletzt von der Antifa, mit beigetragen. Ich halte in diesem Zusammenhang die Antifa für einen wichtigen Beständteil der Auseinandersetzung um tragfähige Wege, den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Und ich halte es für eine gefährliche Strategie, aus diesem Zusammenhang des Kampfs gegen Rechtsextremismus die Antifa ausgrenzen zu wollen – mit politischen oder juristischen Mitteln oder auch mit Verfassungsargumenten.

Gleichzeitig kann die Diskussion um Grenzen nie dazu führen, eine Sicherheit zu haben, daß nichts mehr schief geht. Traditionelle Muster, sich überhaupt nicht auf diese Jugendlichen einzulassen und sie auszugrenzen, schützen natürlich davor, irgendetwas falsch zu machen, nur erreichen sie leider auch nichts. Insofern muß ich davon ausgehen, daß in allen Projekten auch Fehler gemacht worden sind. Von einigen, fatalen Fehlern habe ich eben pauschal schon gesprochen. Ich würde nicht die Sicht teilen, daß danach alle oder fast alle Projekte geschlossen werden müßten. Ich finde es aber – gerade in Ostdeutschland – schon notwendig, die Auseinandersetzung offensiv darum zu führen, wo eigentlich Grenzen und Risiken in dieser Arbeit liegen. Allerdings zu-





sammen mit einer Unterstützung und Förderung, sich in der Arbeit auch qualifizieren zu können. Ich finde es teilweise fatal – auch wenn ich es von einer Antifaposition aus verstehen kann – wie SozialarbeiterInnen vehemente Vorwürfe gemacht werden. Denn letztendlich werden sie sozusagen stellvertretend von politischer Seite ins Feuer geschickt und verheizt.

AIB: Das hört sich jetzt so an, als wenn es schlimme Fälle in der akzeptierenden Sozialarbeit gibt, wo Fehler passieren, die aber auf mangelnde Supervision, personelle Ausstattung etc. zurückzuführen sind. Wir glauben, daß das zum Teil im Konzept liegt. Zum Beispiel, daß organisierte Nazikader nicht ausgegrenzt werden sollen, wenn sie zur Clique gehören.

Ich würde dafür plädieren, nicht mit Kadern zu arbeiten. Der Unterschied liegt aber darin, daß ich für eine Arbeit dann plädieren würde, wenn nicht entschieden ist, ob diese Kader tatsächlich Einfluß gewonnen haben, d.h. wenn sie eher am Rande sind oder die Entscheidung noch offen ist. Wenn die Entscheidung darauf hinausläuft, daß sie mehr Einfluß gewinnen, daß sie letztlich möglicherweise Angebote von Jugendarbeit noch für ihre Ziele nutzen können, bin ich eindeutig dafür, eine entsprechende Maßnahme abzubrechen.

AIB: Welche Konsequenzen wären denn Ihrer Meinung nach nötig, wenn es zu Gewalttaten von rechten Jugendlichen kommt?

Es sollte eine offensive Auseinandersetzung mit diesen Jugendlichen um ihr Gewaltverhalten und ihre politischen Auffassungen stattfinden. Ein zweiter Punkt in diesem Zusammenhang wäre, die ausdrückliche Empörung über so eine Gewalttat oder überhaupt über Gewalttaten, auch offensiv in die Arbeit mitreinzubringen. Das heißt nicht, Ermittlungstätigkeiten der Polizei zu übernehmen oder die Rolle der Justiz zu übernehmen.

AIB: Noch einmal zurück zur Frage der Befriedung. Es gibt einige Projekte, wo die Jugendlichen inzwischen gelernt haben, sich innerhalb des Jugendzentrums zu benehmen, um den Raum nicht zu gefährden. Gleichzeitig läuft dort trotzdem eine massive rechte Organisierung.

Ich halte es auch für problematisch, den Ansatzpunkt der Arbeit auf Umgang mit Gewalt zu reduzieren. Gerade in Ostdeutschland, aber auch in Westdeutschland erleben wir gegenwärtig in der rechten Parteien– und Organisationsszene eine immense Aufbruchstimmung und gleichzeitig einen ziemlichen Modernisierungsschub.

Wir müssen unsere Arbeit und Konzepte an bestimmten Stellen neu hinterfragen, z.B. wenn da von organisierten Rechtsextremisten gesagt wird: »*Kümmert Ihr Euch um unseren Plebs, damit die nicht mehr soviel Randale machen und nicht mehr soviel saufen. Wenn Ihr die ein Stück zur Ordnung gebracht habt, dann können wir die als Kader und als Funktionäre gebrauchen.*« Das ist natürlich eine Frage an unsere Arbeit, ob wir uns da möglicherweise in die Rolle der nützlichen Idioten drängen lassen wollen. Und das stellt entsprechende Fragen an Erfolgsmaßstäbe. Wenn Aggressivität, immenser Alkoholkonsum, Gewaltverhalten, Randale zurückgehen, dann muß das nicht unbedingt ein Erfolg sein, sondern kann in so einem Kontext vielleicht sogar ein Warnsignal sein.

AIB: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Bernau: Jugendarbeit gegen den rechten Mainstream

Bernau – eine Kleinstadt mit 24.000 EinwohnerInnen nordöstlich von Berlin. Die Arbeitslosenquote liegt bei 24%. Ein rechter Mainstream ist hier im Alltag spürbar und sichtbar. Nationalismus, Rassismus und Homophobie gehören zum »guten Ton« unter Jugendlichen. Rechte Cliquen bieten ideale Voraussetzungen für JN/NPD-Aktivitäten, die sich in zahllosen Parteiaufklebern und Postwurfsendungen, z.B. vom Donnerversand und dem Kameradschaftsbund Barnim, ausdrücken.

Dennoch gibt es in Bernau im Vergleich zu anderen Städten gewisse Unterschiede. Insbesondere in der Jugendarbeit haben wir noch die Möglichkeit, auf diese Entwicklung Einfluß zu nehmen. Wir vom Jugendtreff »DOSTO« versuchen seit drei Jahren, durch Jugend- und Bildungsarbeit – ohne eine aktive Antifagruppe – antirassistische, antifaschistische und emanzipatorische Positionen einzubringen. Seit der Veranstaltungsreihe »Am Rande des Wahnsinns« im Sommer 1993, findet jährlich ein Antifa-Straßenfest im Zentrum Bernaus statt. Organisiert wird das Fest von Jugendlichen aus unterschiedlichen Jugendeinrichtungen, und es wird von der Stadt Bernau unterstützt. In diesem Jahr fand das Fest am 10. Mai auf dem Vorplatz des »rechten« Jugendclubs statt. Sämtliche Sozialarbeiter aus den Jugendeinrichtungen – auch aus dem rechten Treff – waren an den Festvorbereitungen beteiligt. Ziel war es, zu verhindern, daß der Platz den Nazis als Rekrutierungsfeld dienen kann.

Obwohl bei uns unterschiedliche Auffassungen über die sogenannte akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen existieren, wird diese Jugendarbeit unter bestimmten Voraussetzungen als Pädagogik gegen Rechts verstanden. Sie muß politisch bestimmt werden, sonst besteht die Gefahr, daß aus einer akzeptierenden eine betreuende und somit eine unterstützende Jugendarbeit wird! Wir versuchen, diesen Ansatz kritisch zu beobachten und gegebenenfalls zu intervenieren.

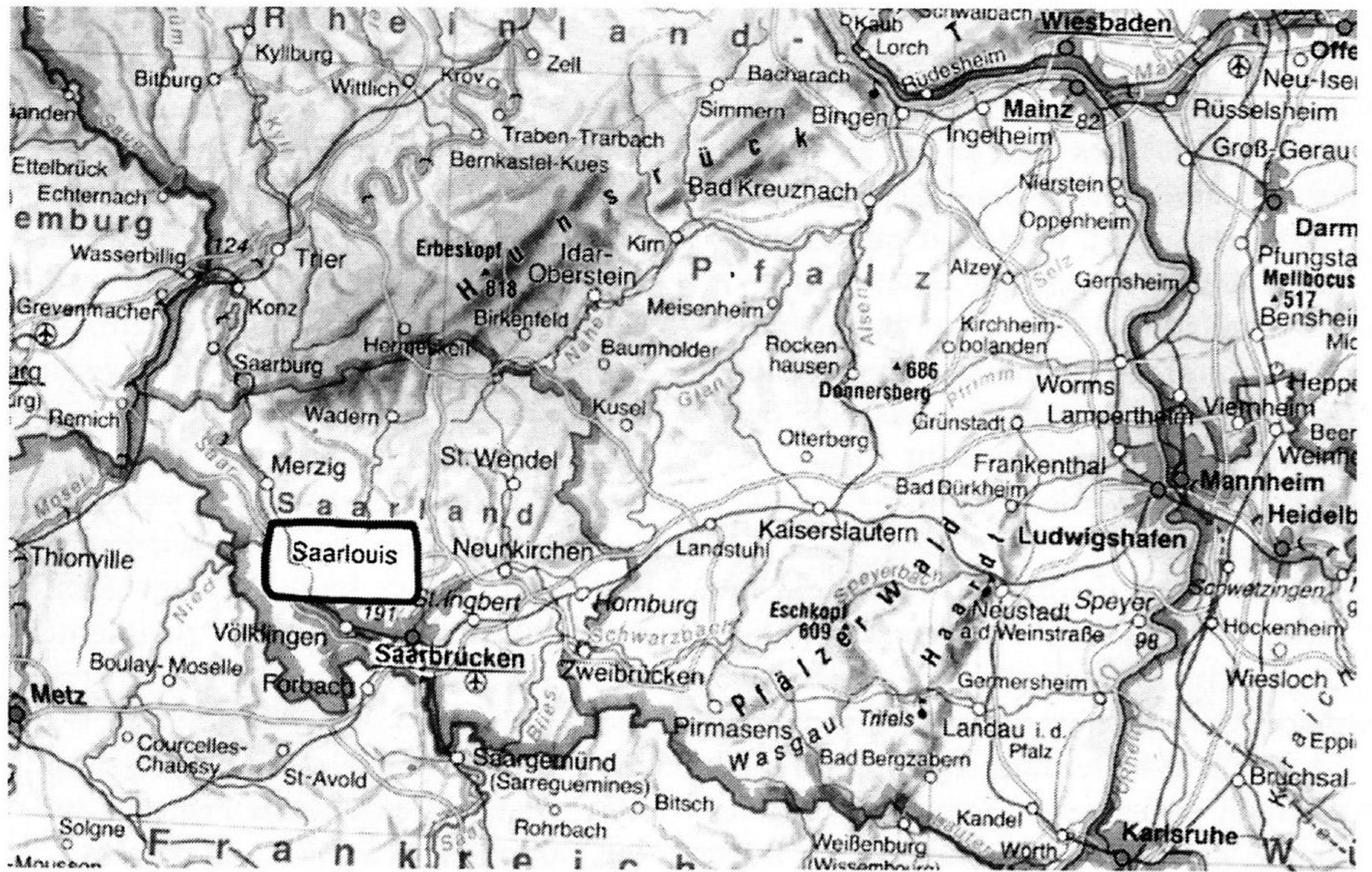
Aus unseren Erfahrungen plädieren wir trotzdem dafür, politische Bildung und Jugendarbeit in Jugendeinrichtungen als wichtigen Bestandteil antifaschistischer Arbeit zu betrachten. Dabei wird es unumgänglich sein, nicht nur die zu erreichen, die für neonazistische Parolen kaum anfällig sind, sondern auch die, die sich daran orientieren könnten. Bündnisarbeit und gesellschaftliche Akzeptanz für unsere Inhalte müssen unbedingt einbezogen werden. Und dies kann durch Jugendtreffs leichter umgesetzt werden. So haben wir zum Beispiel Ende Januar eine Antifawoche in Zusammenarbeit mit zwei nicht-rechten Jugendeinrichtungen veranstaltet. Auf zwei Konzerten waren jeweils um die 180 BesucherInnen. Dieselbe Anzahl beteiligte sich auch am Fußballturnier, bei dem auch zwei rechte Teams mitspielten. Seminare und Veranstaltungen zu Themen wie »Rechte Ökologie«, »Arbeitsmarkt und Nationalismus« etc. lockten dagegen viel weniger Interessierte an. Die Zielsetzungen waren, ein Wir-Gefühl gegen Rechts zu erzeugen, Politisierungsprozesse zu erreichen und eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Clubs voran zu treiben.

Für die Zukunft wird es entscheidend sein, soziale und kulturelle Strukturen als Voraussetzung für antifaschistische Politik zu nutzen, und in vielen ländlichen Regionen im Osten wird dies nur durch (offene) Jugendarbeit möglich sein. ■



Umgang mit akzeptierender Sozialarbeit vor Ort

mit Clemens, einem Antifaschisten aus Saarlouis



AIB: Seit wann gibt es in Saarlouis akzeptierende Sozialarbeit mit Neonazis?

Clemens: Die Arbeit begann 1992 in Form eines Streetwork-Projektes.

AIB: Heißt das, daß SozialarbeiterInnen beschlossen haben, sich mit den Nazis zu beschäftigen, weil die örtliche Faschoszene gerade »besonders auffällig« war? Oder haben zuerst Nazis was gefordert?

Das ist uns nicht ganz klar. Allem Anschein nach gab es wohl eine Gruppe faschistischer Skinheads, die einen Raum wollten und von städtischer Seite Interesse, ein Projekt zu schaffen. 1991 gab es einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim, bei dem ein Flüchtling getötet und zwei verletzt wurden, und das war damals nicht der einzige rassistische Anschlag in der Region. Mit dem Projekt konnten KommunalpolitikerInnen sagen, daß »was getan wird«.

> **»...ist festzuhalten, daß die neonazistische Skinheadszene seit Beginn des Projektes auf mindestens das Dreifache angewachsen ist.«**

AIB: Und wie hat sich daraufhin die Fascho-Szene entwickelt?

Das ist schwierig zu beantworten, da es erst seit 1996 organisierte Antifas in Saarlouis gibt. Unser Wissen über die Zeit davor ist ziemlich bruchstückhaft. Fakt ist, daß es sich bei dem Klientel der SozialarbeiterInnen um faschistische Skins handelt, die zum Teil der FAP angehörten. Das Sozialarbeiterprojekt bot immer mal wieder Aktionen wie Fußballspielen oder Fahrten für die Skins an und stellte damit einen Rahmen, in dem sie sich treffen konnten. Insgesamt ist festzuhalten, daß die neonazistische Skinszene seit Beginn des Sozialarbeiterprojekts auf mindestens das Dreifache angewachsen ist und sich festigen konnte. Übergriffe von Seiten der Faschos hat es weiterhin gegeben.

AIB: Wie treten denn die Faschos zur Zeit in der Öffentlichkeit auf? Ist da ein Unterschied im Vergleich zu der Zeit zu bemerken, als es das Projekt noch nicht gab?

Seit etwa 1996 ist eine verstärkte Politisierung und Anbindung an die NPD/JN festzustellen. Außerdem existiert mittlerweile mit der Kameradschaft Saarlautern (Saarlouis hieß im NS Saarlautern) eine unabhängige Kameradschaft, wie sie im Konzept der NPD/JN propagiert wird. Seit April beflaggen sie ihren lokalen Treffpunkt, den Ludwigspark in Saarlouis, mit Reichsfahnen, dann haben sie im Mai einen Pavillon, der dort steht, schwarz-weiß-rot angestrichen... Mitglieder dieser Kameradschaft nehmen z.B auch an sämtlichen bundesweiten Aufmärschen teil. (1998 waren das bisher die Aufmärsche in Dresden, der NPD Bundeswahlkongreß in Passau, der Aufmarsch in Lübeck und die Kundgebung am 1. Mai in Leipzig.)

AIB: Wie würdet denn Ihr die Faschos charakterisieren, um die sich im Rahmen des Projekts gekümmert wird?

Das Sozialarbeiterprojekt ist so angelegt, daß »niemand ausgegrenzt wird«. Das heißt, daß sogar ein besonderes Interesse besteht, Kader, wie z.B. den Kameradschaftsführer Strumpler zu integrieren. Der übernahm z. B. teilweise die Funktion des Fußballtrainers für seine Kameraden. Laut Aussage des Sozialarbeiters uns gegenüber sind dann *»auch welche dabei, die das Wort Politik noch nicht einmal buchstabieren können.«*, aber eben auch Faschisten wie Strumpler, die das Projekt für sich nutzen bzw. bestimmen, wie weit die Einflußnahme der SozialarbeiterInnen auf die Skins gehen darf.

AIB: Wie kam der Kontakt zwischen Sozpäds und Euch Antifas zustande?

Ein Sozialarbeiter sprach uns nach einer Kundgebung am 19. September 1996 anläßlich des fünften Todestages von Samuel Yeboah an. Er ging gezielt auf die Person, die den Redebeitrag gehalten hatte, zu, hinterließ seine Telefonnummer und tauchte dann zu den Öffnungszeiten des Infoladens auf. Seiner Ansicht nach stünde die Situation in der Stadt kurz vor einer Eskalation der Gewalt, und darüber wollte er mit uns reden. Unser Interesse wäre es gewesen, an Infos zu kommen; aus diesem Grund haben wir selbst noch ein weiteres Treffen mit ihm initiiert. Da hat sich dann herausgestellt, daß er uns im Sinne der Deeskalation zur Einstellung unserer Öffentlichkeitsarbeit bewegen wollte, woraufhin wir den Kontakt abgebrochen haben.

AIB: Wie haben die SozialarbeiterInnen Euch gegenüber ihre Arbeit dargestellt? Und wie ist ihr Umgang mit Kritik, die es ja sicherlich gegeben hat?

Eine Diskussion über ihre Arbeit war von ihrer Seite ausdrücklich nicht gewollt. Die Darstellung ihrer Arbeit war immer sehr ungenau, erwähnt wurden nur einige wenige Programmpunkte wie Fußballtraining oder Ausflüge, wohl deshalb, weil er uns keine Angriffspunkte liefern wollte. Uns ist zum Beispiel bekannt, daß es auf diesen Ausflügen immer wieder zu rassistischen und faschistischen Übergriffen kam. Kritik wurde erst überhaupt nicht angehört, denn schließlich sei nicht das Sozialarbeiterprojekt Thema unseres Treffens, sondern die Situation vor Ort. Und da

wurde dann sogar ganz schnell der Spieß herumgedreht, indem uns die Verantwortung für die Situation in die Schuhe geschoben wurde.

AIB: Wie schätzen die SozialarbeiterInnen selbst ihre Arbeit ein?

Der Sozialarbeiter, mit dem wir uns unterhalten haben, denkt, daß zum Teil Erfolge erzielt werden, z. B. wird der Wegzug und das Aussteigen von Neonazis als ihr Erfolg bewertet. Auf der anderen Seite mußte er jedoch einräumen, daß sie die Neonazis überhaupt nicht im Griff haben. Anfang 1997 war in seinem Beisein nur ein Thema für die Faschos relevant: »Wie bekommen wir die Autonomen aus der Stadt?« Er macht ihnen wohl schon klar, daß er zur Anzeige verpflichtet ist, wenn in seinem Beisein Straftaten geplant werden. Allerdings ist es auch so, daß er, nach eigener Darstellung, den Raum verläßt, wenn ihn die Faschos dazu auffordern.

AIB: Was für einen Anspruch hat er Eurer Ansicht nach an seine Arbeit?

Er betrachtet das Sozialarbeiterprojekt als Beitrag gegen »Rechtsextremismus«.

AIB: Ist im Verhalten Bullen & Justiz gegenüber den Faschos eine Veränderung im Vergleich zu früher zu bemerken?

Die Frage können wir so nicht beantworten, da uns Informationen dazu fehlen, wie die Situation früher war. Allerdings ist bekannt, daß sich einige Bullen mit den Faschos duzen. Ein Bulle hat im Zusammenhang mit den Fotoaktionen der Faschos um den Infoladen herum wohl auch mal fallengelassen, daß er es okay findet, wenn Faschisten Dateien von Antifas erstellen. Bei ihren Aktionen gab es Absprachen zwischen Faschos und Bullen, was uns dann vorgehalten wurde, weil wir ja nicht gesprächsbereit seien. Über einen bestimmten Zeitraum gab es wohl auch kontinuierliche Treffen und Gespräche zwischen Skins und Bullen. Ein erklärtes Ziel der akzeptierenden Sozialarbeit ist ja auch, eine Vermittlerrolle zu übernehmen und sich für die »Schützlinge« einzusetzen, und das haben auch die Saarlouiser SozialarbeiterInnen praktiziert. Der 3.Welt-Laden hier, dessen Scheiben immer wieder eingeworfen wurden, wurde so z. B. umgestimmt und sah von einer Anzeige gegen die Faschos ab. Von Seiten der SozialarbeiterInnen werden Aktionen mit ganz klar politischem Charakter verharmlost, wenn nicht sogar unterstützt, z.B. der Aufmarsch *»Gegen Gewalt, für mehr Akzeptanz jugendlicher Subkulturen«* vom 23. März 1996 in Saarlouis hatte im Vorfeld klar sozialarbeiterische Züge. Das Motto wollte sich im Nachhinein der Anmelder selbst ausgedacht haben. Die SozialarbeiterInnen waren bei diesem Aufmarsch vor Ort und sahen zu, wie die drei Strophen der Nationalhymne gesungen wurden. Später im Gespräch mit uns meinte der eine: *»Besser sie marschieren, als daß sie Häuser anzünden«*.

» Das heißt, daß sogar ein besonderes Interesse besteht, Kader (...) zu integrieren. «

AIB: Und wie verhalten sich die Stadtobersten?

Zwischen OB Fontaine Saarlouis (CDU) und Strumpler gab es 1997 ein Gespräch. Kurze Zeit später ließ Fontaine verlautbaren, daß die Skins Räume bekommen würden. Das Projekt wird aber nicht nur von der CDU, sondern von allen Stadtratsparteien getragen und für gut befunden. Seine Alibifunktion ist von Bedeutung, denn nach dem Brandanschlag 1991 soll das Image der Ausgeh- und Einkaufsstadt Saarlouis keinen Schaden nehmen. So wird auch konsequent geleugnet, daß Saarlouis im südwestdeutschen Raum eine faschistische Hochburg ist.

» Allerdings ist es auch so, daß er, nach eigener Darstellung, den Raum verläßt, wenn ihn die Faschos dazu auffordern. «

AIB: Jetzt sag doch mal was zu linken Gruppen in Saarlouis und dazu, wie der lokalpolitische Umgang mit diesen Gruppen ist.

Linke Gruppen gibt es hier im Prinzip kaum; im weiteren Sinne gehören wohl die Jusos im Unterbezirk Saarlouis dazu und der Ausländerbeirat. Dies waren auch die einzigen politischen Strukturen, die sich gegen den Faschoaufmarsch vom 23.März 1996 geäußert haben. Mit diesen beiden Gruppierungen haben wir punktuell zusammengearbeitet und positive Erfahrungen gemacht. Dann gab es ein knappes Jahr den Infoladen Bambule. Der entstand aus der Antifa heraus, die sich nach dem Faschoaufmarsch vom März 1996 gründete. Den Raum haben wir dann im Sommer 1996 bekommen, und der Infoladen eröffnete im Oktober 1996. Der Infoladen war eingebunden ins »Kommunikationszentrum Saarlouis« KOMM, dessen Trägervereins-Vorstand derzeit stark von den Bündnis-Grünen dominiert wurde.

AIB: Was hat sich an der lokalpolitischen Situation oder am Umgang mit dem Infoladen oder anderen linken Projekten wann/wie verändert?

Zunächst hatten wir als Infoladen keine Probleme – wir waren einfach da. Politisch hat der KOMM-Vorstand aber nie für uns Stellung bezogen, sondern eher Angst gehabt, der Infoladen könnte dem Ruf des lokalpolitisch umstrittenen KOMMs schaden. Die ersten Reaktionen gab es anläßlich der antifaschistischen Aktionstage in Saarlouis vom 07.-13. Oktober 1996. Hier liefen mehrere Veranstaltungen im Infoladen bzw. im KOMM. Eine Veranstaltung mit einem Referenten des DISS thematisierte die Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen und ging auch auf die Hintergründe dieser Projekte ein. Das war überhaupt kein direkter Angriff auf das örtliche Projekt, rief aber trotzdem heftige Reaktionen hervor. Seitdem gab es von Seiten der Bullen immer wieder Gesprächsversuche mit uns.

Seit dem Frühjahr 1997 hatten wir verstärkt Streß mit Strumpler und seinen Kameraden, die immer wieder vor dem KOMM auftauchten und uns abfotografierten. Daß uns das störte, stieß allseits auf völliges Unverständnis. Stattdessen wurde unser antifaschistischer Selbstschutz zum Anlaß für acht Ermittlungsverfahren gegen Antifas genommen, von denen nach unserem Wissen erst eines eingestellt ist. In der Folgezeit wurde uns von Seiten des KOMM-Vorstandes mit dem Rausschmiß gedroht, wenn wir uns nicht auf Verhandlungen mit den Bullen einlassen würden. Namentlich fielen uns dabei zwei grüne Lokalpolitiker, die um den Ruf der Grünen und des KOMM fürchteten, in den Rücken.

Der Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen im Landtag, Hubert Ullrich, erklärte den Gesprächsversuch mit uns für gescheitert. Wir rechneten von da an jeden Tag mit dem Rausschmiß. Für den 14. Juli war eine Veranstaltung über die Jungen Nationaldemokraten gemeinsam mit der Autonomen Antifa Heidelberg im großen Saal des KOMM geplant. Als bei Plakatankündigungen der Inhalt der Veranstaltung bekannt wurde, wurde uns trotz vorheriger Zusage die Nutzung des großen Saals untersagt, woraufhin die Veranstaltung im viel zu kleinen Infoladen stattfinden mußte. Später wurde z.B. in der Kommunalpresse dann immer von einer verbotenen Veranstaltung gesprochen. Der Angriff von Faschisten auf BesucherInnen der Veranstaltung, die sich auf dem Nachhauseweg befanden, dem entschlossen entgegengetreten wurde, beantwortete der SBS e.V. mit der Kündigung der Räume am 15. Juli 1997.

AIB: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Jugendprojekte-Vernetzung in Rostock

In den vergangenen Jahren haben sich Antifa-Gruppen immer wieder gefragt, ob es nicht auch sinnvoll und notwendig ist, die Arbeit in Jugendfreizeitstätten mit rechtsorientierten Jugendlichen kritisch zu beeinflussen. Im folgenden Beitrag möchten wir die sich im Rahmen einer Projektevernetzung ergebenen Eingriffsmöglichkeiten aufzeigen.
Nach der Einführung des bundesweiten »Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt« (AgAG) im Jahr 1992, entstand in Rostock das AgAG[1]-Projekteplenum. Die Entwicklung einer sich an demokratischen Grundsätzen orientierenden Jugendprojektelandschaft war in Rostock wesentlich mit der Umsetzung des heiß diskutierten AgAG-Programms verbunden.

Mit dem Start von AgAG in den fünf neuen Bundesländern begann eine Diskussion darüber, wie die nicht unerheblichen finanziellen Mittel für Projekte im Jugendfreizeitbereich sinnvoll verwendet werden könnten. Die programmatische Umsetzung durch die jeweils zuständige Landesverwaltung beinhaltete zunächst die Benennung von Förderschwerpunkten, darunter auch die Stadt und der Landkreis Rostock.

Neben der Projektförderung gehörte zum AgAG-Programm auch die Durchführung einer fachlichen Begleitung. In Mecklenburg-Vorpommern ist dazu das Institut für Soziale Praxis Hamburg engagiert worden. Jeder Förderregion wurde ein Projektberater beigeordnet. Diese übernahmen neben der direkten Projektberatung und der Vermittlungstätigkeit zwischen Projekten und Behörden von sich aus zunehmend auch strukturbildende Aufgaben.

Zunächst erstritten sie sich in Diskussionen mit dem zuständigen Bundesministerium und der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern einen Spielraum bei der konzeptionellen Umsetzung der zwar tendenziösen, aber doch schwammigen Richtlinien des AgAG-Programms. Ihr Ziel war es, von Beginn an eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Projektansätze in eine AgAG-Förderung miteinzubeziehen. Damit erhielten etliche aus basisdemokratischen Initiativen entstandene oder sich regional entwickelnde, noch junge Träger der freien Jugendhilfe die Möglichkeit zur Weiterentwicklung. Als besondere Beispiele können die großzügige Förderung eines Vereins für alternative Behindertenfreizeitgestaltung (BAF), das Jugendalternativzentrum JAZ und die vietnamesische Begegnungsstätte »Dien Hong« in Rostock-Lichtenhagen angeführt werden. Infolgedessen wurden in Mecklenburg-Vorpommern zahlenmäßig mehr Projekte im Rahmen von AgAG gefördert als in den übrigen neuen Bundesländern zusammen. Zum Vergleich sei angemerkt, daß in Brandenburg mit der Begründung, die Gelder direkt in die Projekte geben zu wollen, fast vollständig auf eine projektbegleitende Beratung verzichtet worden ist. In Sachsen wurde diese von einem kirchlichen Träger mit der Absicht realisiert, einzelne mittelintensive Modellprojekte in Brennpunktregionen zu schaffen. Auf diese Weise konnten Zentren entstehen, die in der Anlage und ihrem Etat überdimensioniert waren, und in denen häufig unerfahrene oder überforderte SozialarbeiterInnen nicht verhindern konnten oder wollten, daß rechte Jugendcliquen die Einrichtungen für sich vereinnahmten.

Das stadtweite Projekteplenum

In einem zweiten Schritt ist in Rostock versucht worden, die aus dem AgAG-Topf geförderten Projekte in regelmäßig stattfindenden Treffen zusammenzuführen. Die Beratungsfunktion des AgAG-Programms sowie der Gedanke des Aufbaus einer vielfältigen Jugendhilfestruktur sollte durch ein basisdemokratisches Gremium der Förderungsadressaten ergänzt bzw. befördert werden. Ausgangspunkt dafür war die von einigen formulierte Forderung nach einem Mitspracherecht bei der Mittelvergabe und das Bedürfnis nach fachlichem Austausch. Etwa 20-30 Projekte der offenen Jugendfreizeitarbeit treffen sich seit Mitte 1992 einmal im Monat. Im Laufe der Zeit ist in Absprache mit dem zuständigen Bundesministerium und mit Landes- und Kommunalverwaltung sowie dem Jugendhilfeausschuß vereinbart worden, daß ein Teil der AgAG-Mittel in Höhe von 100.000 DM vom Projekteplenum in eigener Entscheidung vergeben wird. Darüber hinaus wurde für den anderen Teil der Mittel dem Projekteplenum eingeräumt, Anträge zu befürworten oder abzulehnen. Diese Mitspracherechte sind damit begründet worden, daß die am Plenum beteiligten ProjektmitarbeiterInnen die »Experten vor Ort« sind und eine Mittelbedürftigkeit am ehesten einschätzen können. An die Möglichkeit, über eine Teilnahme am Plenum auch für eigene Projekte und Maßnahmen mit Jugendlichen relativ unbürokratisch Gelder erhalten zu können, ist die Bereitschaft zu einem fachlichen Austausch im Plenum geknüpft worden. Dieser beinhaltet, sich gegenseitig vorzustellen, Entwicklungen nachvollziehen zu können, Projekte und Maßnahmen in ihren Wirkungen zu reflektieren. Für Beschlüsse über Mittelbewilligungen sind gemeinsame Regeln auf der Basis des Konsensprinzips entwickelt worden. Die verwaltungstechnische Begleitung wird von einer Person aus dem Jugendamt gewährleistet.

Trotz der oft schwierigen Auseinandersetzung zwischen einzelnen Projekten ist ein Raum für gegenseitiges Verständnis und Vertrauen entstanden. Gemeinsame Projekte wurden durchgeführt, die Arbeit in einzelnen Stadtteilen oft abgestimmt, auf Fachtagungen zu verschiedensten Themen (Rechtsextremismus, Drogen, Selbstevaluation) konnten Tips und Erfahrungen ausgetauscht werden.

Sogar eigene Vorstellungen zu den Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Jugendarbeit in der Stadt konnten politisch durchgesetzt werden. Die Koppelung von fachlichem Diskurs und Mittelvergabe ermöglichte eine qualitative Selbstkontrolle, die durch die Verwaltung im Rahmen der Fachaufsicht nicht geleistet werden kann. Darüberhinaus sind durch das Plenum fachliche Standards für die qualitative Bewertung von Jugendarbeit entwickelt worden.

Im Rahmen einer solchen Zusammenarbeit war es auch möglich, grundlegende Vereinbarungen über den Umgang mit rechten Jugendlichen in Jugendzentren zu treffen.

Auseinandersetzung oder Ausgrenzung?

Im Rahmen des gegenseitigen Austausches von Informationen wurde offensichtlich, wie rechte Jugendgruppen sich genau in die Klubs orientieren, in denen ihnen am meisten Freiraum beim Ausleben ihrer Vorstellungen gelassen wurde. Dabei spielt es nicht unbedingt eine Rolle, in welchem Stadtteil sich der Klub befindet. Um einen Klub für sich zu haben, sind sie auch bereit, in andere Teile der Stadt zu fahren. Während sich das rechte Klientel den Zentren entzieht, in denen die klare Positionierung gegen rechte Positionen zum Konzept dazugehört, wird in einem Klub mit größerem »Entgegenkommen« ein sozi-

alarbeiterisches Wirken allein schon wegen der Anzahl an rechten Jugendlichen unmöglich. Unter anderem diese Erfahrung war Ursprung für die Einsicht, daß es notwendig ist, Jugendprojekte untereinander konzeptionell abzustimmen und eine einheitliche Position im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen zu vereinbaren.

In den vom AgAG-Plenum entwickelten Standards zur Bewertung einzelner Projekte heißt es dazu: »*Die Projektmitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Aufgabe, sich mit jeglichen Artikulationen, Dokumentationen und Betätigungen von extremistischen, menschenverachtenden Positionen, Gruppierungen und Organisationen klar und deutlich auseinanderzusetzen. Diese dürfen entsprechend den Grundregeln des AgAG-Programms kein Platz in AgAG-Projekten haben.*«

Oft wurde in den Diskussionen behauptet, daß die meisten Jugendlichen sogenannte »Normale« seien. Diese Feststellung war durchaus richtig. Doch eine genügende Aufmerksamkeit vorausgesetzt, begegnen nahezu jedem bei der alltäglichen Arbeit mit Jugendlichen Hinweise, Anzeichen u.a. für das Vorhandensein oder die Herausbildung von rechtstendenziösem Denken, rechter Ideologie oder rechtsorganisatorische Strukturen. Gerade SozialarbeiterInnen, die mit rechtsorientierten Jugendlichen arbeiten, müssen entsprechende Anzeichen und Hinweise aber auch erkennen wollen.

Wenn Projekte überwiegend von rechtsorientierten Jugendlichen aufgesucht werden, dann muß auch das »Rechtssein« zum Thema der Auseinandersetzung im Klub gemacht werden. Projekte, in deren Praxis diese Jugendlichen auf Probleme in Arbeit (Schule), Elternhaus und Partnerschaft reduziert werden, laufen Gefahr, funktionalisiert zu werden. Eine oft unterschätzte, aber notwendige Voraussetzung für die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen ist daher eine umfangreiche Auseinandersetzung der SozialarbeiterIn mit Nationalsozialismus, Neofaschismus, eine Kenntnis über aktuelle Strukturen, Strategien und Erscheinungsformen der rechten Szene. Nur dann können Zeichen auch eingeordnet und darauf reagiert werden.

Häufig wurde von SozialarbeiterInnen argumentiert, rechtsorientierte Jugendliche könne man nicht allein lassen, sie hätten schließlich auch eine Menge an Problemen. Wenn sie in dem Klub ausgegrenzt würden, dann erst würden sie sich in viel stärkerem Ausmaß organisieren. In der Auseinandersetzung um den Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen stellte sich dann heraus, daß es nicht sinnvoll ist, einen akzeptierenden Ansatz und einen ausgrenzenden als unvereinbar gegenüberzustellen.

Eine Ausgrenzung der Ideen kann auch auf argumentativer Ebene stattfinden. Und umgekehrt muß Auseinandersetzung oder Akzeptanz nicht heißen, keine Grenzen setzen zu dürfen. Viel wichtiger als der Streit um einen theoretischen Ansatz ist, welches Klima tatsächlich im Jugendklub herrscht. Stößt eine rechte Position auf kritische Fragen?

Es geht darum, als SozialarbeiterIn klare Positionen gegen rechte Ideen und Aktivitäten der Jugendlichen zu beziehen. Ein sozialpädagogisches Konzept muß so angelegt sein, daß dies auch möglich ist. Den richtigen Weg wird man nur in einer ständigen selbstkritischen Reflexion der eigenen Arbeit finden, verbunden mit einer permanenten Rückkopplung von außen.

Ein zumindest regionaler Austausch von Informationen über Aktivitäten rechtsorientierter Jugendlicher zwischen den Projekten ist notwendig, um Entwicklungsprozesse nachvollziehen zu können. Klar sollte aber sein, daß eine Sozialarbeit mit überzeugten rechten Jugendlichen, geschulten Kadern oder langjährig zur Szene gehörigen Jugendlichen zwecklos ist. Sozialarbeiterische Mittel haben ihre Grenzen, wenn sie auf feste Überzeugungen und Glaubensbekenntnisse stoßen.

Der Versuch, den einen oder anderen »umzupolen«, erscheint vielleicht lohnenswert. Eine Konsequenz darf dabei aber nicht vergessen werden: Einen Klub für Rechte zu betreiben, bedeutet fast immer auch, keinen Treffpunkt für andere Jugendliche zu haben. Darüberhinaus besteht die Gefahr, in Projekten mit Rechten eine gewisse Anziehungskraft auf Jüngere zuzulassen. Einer Ausgrenzung andersdenkender Jugendlicher kann nicht entgegenwirkt werden. Und ungewollt wird zur Verbreitung rechten Gedankenguts beigetragen bzw. eine rechte Grundstimmung im Umfeld begünstigt. Einige Projekte rechtfertigen ihr Konzept damit, daß sie eine soziale Kontrolle von rechten Jugendgruppen vornehmen würden, da diese ansonsten noch unkontrollierbarer wären. Das ist aber nicht Aufgabe von Sozialarbeit.

Die Argumentation und die politischen Parolen der extremen Rechten beziehen sich zunehmend auf die soziale Krise. Eine genaue Kenntnis des Lebensumfeldes und ein Aufgreifen sozialer Themen außerhalb eines nationalen Kontextes können zu einem kritischem Denken beitragen. Eine Zusammenarbeit mit MigrantInnengruppen bietet viele Möglichkeiten. Pädagogische Mittel der Erlebnispädagogik, Film, Theater u.a. können bei der Vermittlung humanistischer Werte und Ethik hilfreich sein.



In Jugendprojekten mit überzeugten Rechten sieht es häufig so aus. Sinnvolle Sozialarbeit scheint hier unmöglich.

Und das Ergebnis?

Für die Entwicklung des allgemeinen Klimas in einem Stadtteil sind sicherlich viele Faktoren bestimmend. Rückblickend läßt sich jedoch für Rostock feststellen, daß die Arbeit in Jugendklubs sicherlich ihren Anteil daran hat, daß es eine vorherrschende rechte Subkultur hier nicht gibt. Aber gerade in dem Stadtteil, in dem rechtsorientierten Jugendlichen ein Freiraum im Jugendzentrum eingeräumt wird, ist dies auch im Umfeld deutlich spürbar. ■

1) Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, Jugendförderprogramm des Bundes, später mit Beteiligung von Ländern und Kommunen, mit dem Ziel, Jugendfreizeitprojekte in Brennpunktregionen zur Gewaltprävention aufzubauen. AgAG war die »offizielle« Antwort der Bundesregierung auf die rassistische Pogromwelle Anfang der 90er Jahre.

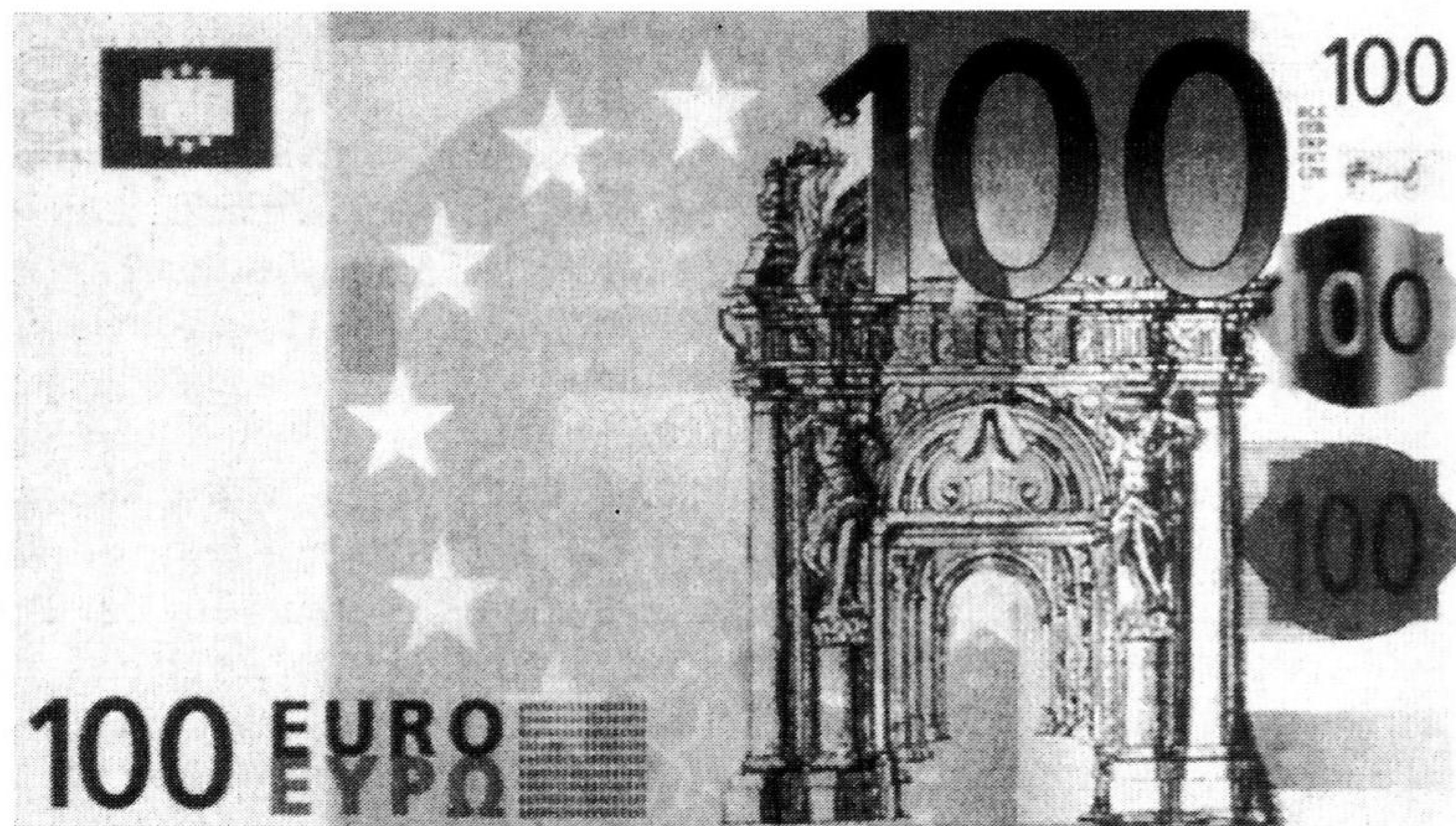
Der Euro und die Linke

Im nächsten Jahr soll der Euro als gesamteuropäische Währung eingeführt werden. Gleichzeitig wird damit der sogenannte »europäische Einigungsprozeß« entscheidend vorangetrieben und die Macht der EU und ihrer Institutionen weiter ausgebaut. Die Themen Euro und EU sind sowohl im kommenden Bundestagswahlkampf »heiße Eisen« als auch in der Propaganda von Rechten und Neonazis. Nur die außerparlamentarische und radikale Linke verhält sich zu den Themen merkwürdig still. Es gibt einige wenige linke Gruppen, die sich mit dem Thema genauer auseinandergesetzt und Texte dazu veröffentlicht haben. Um die dringend notwendige Diskussion über eine linke, antifaschistische Position zu den Themen EU und Euro auch innerhalb der Antifa-Bewegung zu beginnen, wollen wir in den kommenden Ausgaben unterschiedliche Gruppen zu Wort kommen lassen. Der erste Beitrag kommt aus Tübingen vom »ZAK Tübingen« (Zwiespältig Aber Konsequent, früher: Zentralamerikakomitee). Wie immer sind wir gespannt auf Reaktionen und Kritik von Euch.

Seit Anfang Mai ist es offiziell: Der »Euro« kommt. Was sagen Linke in Deutschland dazu? Die Palette der Positionen ist breit: Grüne, Gewerkschaften und linke SozialdemokratInnen begrüßen den Euro und hoffen auf eine »*europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik*«. Antinationale setzen darauf, daß die europäische Integration das deutsche Großmachtstreben bändigen wird. Dagegen lehnen PDS und manche Autonome (z.B. die Antifa AG der Uni Hannover) den Euro ab und fordern eine Volksabstimmung.

Mit dem Thema Europa haben wir schon lange unsere Schwierigkeiten.





Schon in den 80er Jahren gab es in der Westlinken immer wieder (meist folgenlose) Appelle, sich endlich mit dem EG-Imperialismus zu beschäftigen. Spätestens mit dem Beginn des EG-Binnenmarkts Anfang 1992 und zu »*500 Jahre Conquista*« im selben Jahr gab es dann bundesweit Kampagnen und Aktionen. Die wichtigsten Schlagworte unserer Kritik waren: Europa der Banken und Konzerne, Europa als rassistische (Wohlstands) Festung gegen die berechtigten Ansprüche der Menschen im Süden, Repression und Überwachung nach innen. Dagegen hat sich die unabhängige Linke bisher wenig um die »Niederungen« der Sozial-, Wirtschafts- und Währungspolitik gekümmert.

Fessel oder Sprungbrett für Deutschland?

Manche (»antinationale«) Linke hoffen, daß die Einbindung Deutschlands in supranationale Strukturen künftige deutsche »Alleingänge« verhindern wird. Wir bezweifeln aber, daß die EU deutsche Großmacht-Ambitionen bändigen kann. Die BRD spielt in der EU schon jetzt eine dominierende Rolle. Zwei Beispiele:

– Mit der Anerkennung von Kroatien und Slowenien war Deutschland kriegstreibende Partei im Jugoslawien-Konflikt gegen Widerstand u.a. aus Frankreich und Großbritannien;

– Bei Sitz und Charakter der neuen Europäischen Zentralbank hat sich die deutsche Bundesbank weitgehend durchgesetzt. Der Euro folgt dem Vorbild der D-Mark: Geldwertstabilität und Unabhängigkeit von politischen Vorgaben gehen über alles. Andererseits stößt die BRD-Regierung mit ihrem harten neoliberalen Kurs in der EU auch immer wieder auf Schwierigkeiten. Die französische Regierung hat ihr bei der Beschäftigungspolitik einige (kosmetische?) Zugeständnisse abgerungen.

Der sogenannte Stabilitätspakt (und damit der Zwang zu rigoroser staatlicher Sparpolitik) wurde abgeschwächt. Trotzdem: Wir gehen davon aus, daß die deutsche Dominanz in der EU mit der neuen Währung eher noch zunehmen wird. Es ist zu befürchten, daß aus dem Vereinigungsprozeß nicht ein europäisch gezähmtes Deutschland hervorgeht, sondern ein »deutscheres« Europa. Die EU dient den deutschen Eliten als Sprungbrett zur Weltmacht. Das dürfte auch ein wichtiges Motiv von Kohl, Schäuble etc. sein, weshalb sie für den Euro eintreten.

Daß wir uns wenig von einer »europäischen Zähmung« Deutschlands versprechen, liegt auch an der europäischen Geschichte, die eine Geschichte von Ausgrenzung und Ausbeutung ist. Die Europa-BefürworterInnen wollen eine »*europäische Identität*« konstruieren. Dieses Konstrukt hat jedoch Wurzeln, die uns nur wenig sympathischer erscheinen als der deutsche Nationalismus. Die jahrhundertelange Tradition des christlich-abendländischen Rassismus reicht von den Kreuzzügen über Antisemitismus und Kolonialismus bis zum aktuellen Feindbild Islam.

Comeback der Politik?

Die ökonomische Globalisierung läßt die »Handlungsreichweite« von Nationalstaaten schrumpfen. Die KapitalistInnen treten weltweit in verschärfte Konkurrenz zueinander und geben sich internationalistisch: »*Wir können auch anders, nämlich ins Ausland gehen, wenn der Standort Deutschland nicht nach unseren Bedingungen gestaltet*

wird.« Die Folge: Die gesamte politische Klasse kapituliert vor der Macht des Kapitals und scheint sich nur noch darum zu kümmern, ihrerseits die Globalisierung voranzutreiben. Soziale und ökologische Standards fallen der Standort-Konkurrenz zum Opfer. Und nun der Euro? Manche Linke hoffen, daß in dem größeren EU-Wirtschaftsraum die Politik (die staatliche und die »von unten«) wieder mehr Macht gegenüber dem Kapital haben wird: ein »Comeback« der Politik. Aber dies ist nicht nur eine Frage des Könnens, sondern auch des Wollens. Wir machen uns keine Illusionen über einen angeblich interessensneutralen Staat. Die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern zeigen: Auch sozialdemokratische Regierungen folgen mittlerweile nur noch dem Diktat des Neoliberalismus. Wir hoffen, daß die westeuropäische Integration zu einer besseren Verständigung der sozialen Bewegungen untereinander führen wird – und so eine europäische »Politik von unten« möglich wird. Dagegen steht allerdings die mangelnde Demokratie in der EU – selbst nach den mageren bürgerlich-parlamentarischen Standards. Beispiel Euro: Die nationalen Parlamente geben ihre Entscheidungsbefugnis über Währungspolitik ab, das EU-Parlament ersetzt dies nicht. Die europäische Zentralbank wird nicht politisch kontrolliert. Die EU-BefürworterInnen haben bis jetzt fast jedes Argument aus dem Hut gezaubert, aber mit *»mehr Demokratie«* haben sie aus gutem Grund noch nie geworben. Zu deutlich haben die Menschen mitbekommen, daß es gegenüber der zentralistischen EU-Bürokratie keine politische Beteiligung von unten mehr gibt. Welchen Stellenwert Demokratie für das »Haus Europa« hat, zeigt sich besonders kraß an den Repressionsorganen (z.B. Europol). Die sowieso minimalen (aber historisch erkämpften) BürgerInnenrechte innerhalb der Nationalstaaten finden sich in der EU nicht wieder. Dies hat auch Konsequenzen für die Möglichkeit linker Politik.

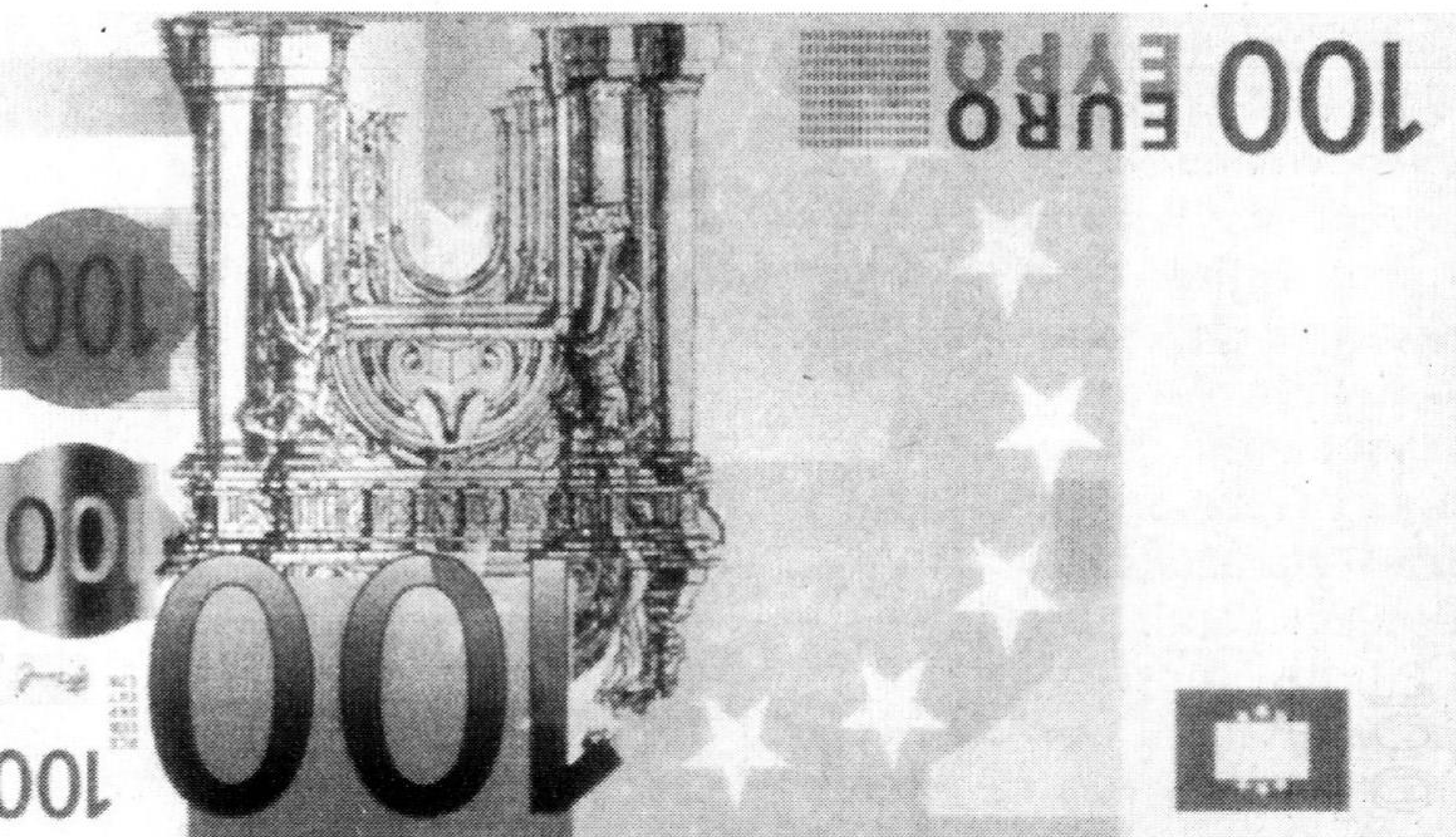
Gewinner und Verlierer...

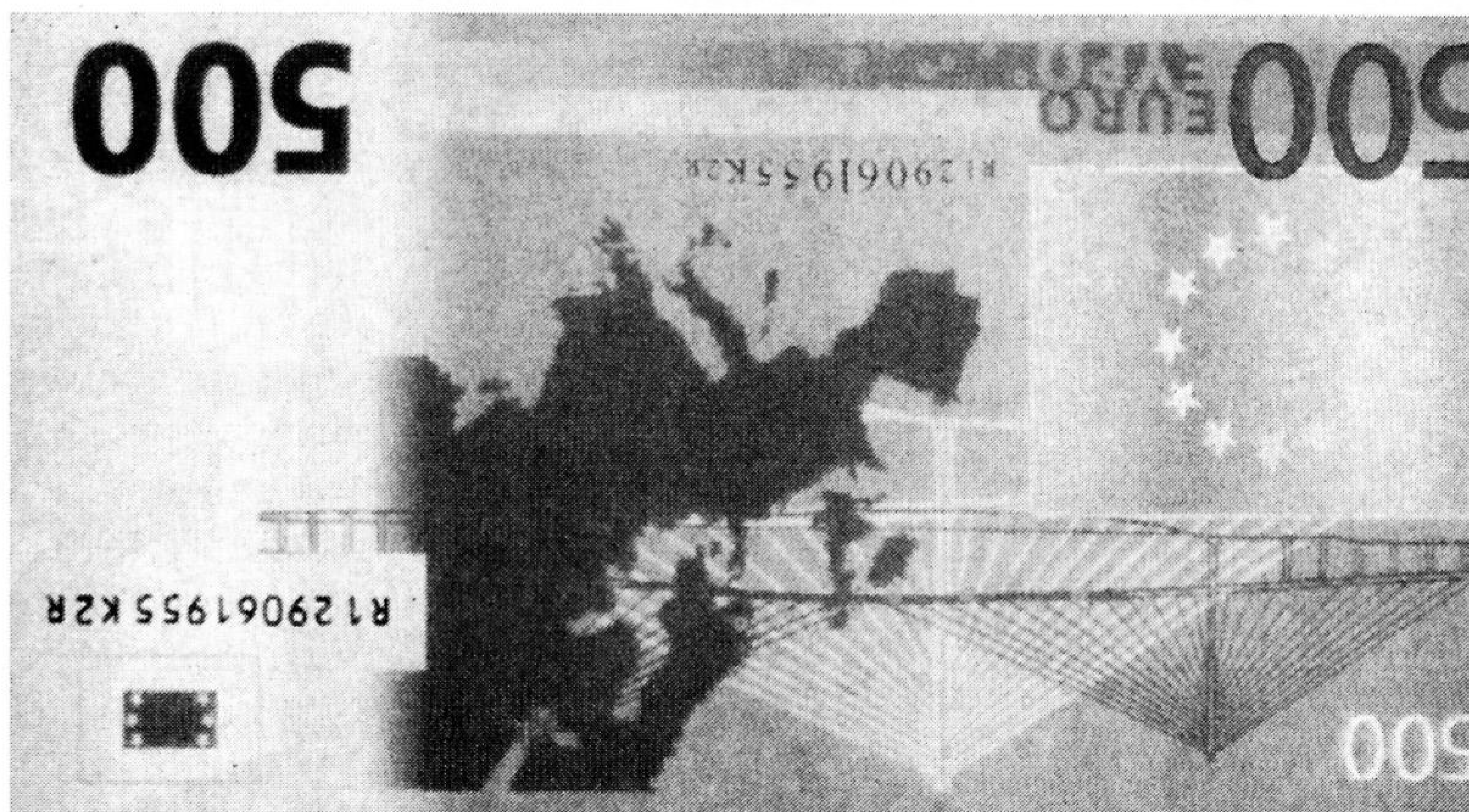
Entlarvend für das Projekt der europäischen Integration ist es, daß eine entscheidende Frage nicht mehr gestellt wird: *»Wem nützt es?«* Unsere Aufgabe ist es, diese Frage auf den Tisch zu bringen. Sei es nun mit dem Euro oder mit dem internationalen Wettbewerbsdruck begründet – die Verlierer sind die gleichen: Erwerbslose müssen immer schlechtere Jobs annehmen; »ArbeitsplatzbesitzerInnen« müssen immer mehr schuften, während die »Reservearmee« wächst; Frauen werden aus dem geregelten Erwerbsleben hinaus in die ungesicherte Heimarbeit abgedrängt; sogenannte »Scheinselbständige« arbeiten auf eigenes Risiko für die gleichen Firmen, bei denen sie vorher angestellt waren; Familien können Kita, Schulbus und Studienkosten nicht mehr bezahlen; usw.

Hauptgewinner der europäischen Integration und des Euro sind dagegen die Konzerne und Banken. Europaweit tätige Großfirmen profitieren besonders davon, daß die bisherigen Umtauschkosten entfallen, und sie sich nicht mehr gegen Wechselkurs-Schwankungen absichern müssen. Sie können ihre Beschäftigten besser erpressen (mit der Drohung einer Standort-Verlagerung), ihre Steuern werden gesenkt, und im Dschungel der EU-Bürokratie haben sie noch bessere Einflußmöglichkeiten als ohnehin schon im bürgerlichen Parlamentarismus.

... innerhalb Europas:

Für die weniger finanzkräftigen Länder der EU kommt hinzu, daß ihnen ein letztes Mittel nicht mehr zur Verfügung steht, mit dem sie bisher Wirtschaftskrisen abfedern konnten: die Abwertung der eigenen Währung. Weil dadurch die eigenen Exportgüter billiger und Importe teurer wurden, konnte die heimische Wirtschaft (vorübergehend) gestützt werden. Jetzt bleibt den schwachen Ländern nur noch ein Ausweg, um bei einer Krise international konkurrenzfähig zu bleiben: Löhne, Sozialleistungen und Umweltstandards müssen noch weiter sinken. Um zur Euro-Zone dazu zu gehören, müssen die schwächeren Mitgliedsländer (und diejenigen, die erst noch beitreten wollen) jede noch so katastrophale innenpolitische Maßnahme in Kauf nehmen. Um die sogenannten Konvergenzkriterien zu erfüllen, müssen sie vor allem die staatlichen Schulden abbauen und Sozialleistungen senken. Wer beim Euro nicht dabei ist, muß seine Zinsen erhöhen, um überhaupt noch an Geldkapital heranzukommen und würgt damit die eigene Wirtschaft ab. Das Ganze ähnelt dem Verhältnis vieler Trikontländer zum kapitalistischen Weltmarkt: Mitmachen ist teuer, Nicht-Mitmachen ist fatal. In Europa wird die Folge eine weitere Spaltung zwischen einem relativ reichen Kerneuropa und einer armen Peripherie sein. Durch den Euro wird der Markt größer und einheitlicher – vor allem gegenüber Nordamerika und Japan. Der Wettkampf um Märkte und Rohstoffe wird sich weiter verschärfen. Es muß noch billiger produziert und noch rücksichtsloser abgesetzt werden. Die Konflikte zwischen den drei großen Machtblöcken werden zunehmen. Die Leidtragenden werden vor allem die Menschen in den Ländern des Südens sein. Als InternationalistInnen lehnen wir diesen Wettbewerb zu Lasten der Schwächeren ab.





Die rechten Euro-Gegner

Mit unserer internationalistischen Kritik am Euro haben wir in der deutschen Gesellschaft nicht viele Verbün-

dete. Die einen (Regierungskoalition, Gewerkschaften, Sozialdemokratie) wollen den Euro, um damit den »Standort Deutschland« zu stärken, die anderen (von Biedenkopf über den Bund Freier Bürger bis hin zu offenen Nazis) sind zwar gegen den Euro, aber aus anderen Gründen als wir: Sie trauern um »unsere D-Mark« und sorgen sich um die »deutsche Identität«. In unseren Antifa-Herzen freuen wir uns auf den Tag, an dem wir den D-Mark-FetischistInnen mit den verhaßten »Esperanto«-Geldscheinen zuwedeln können. Aber unsere Freude wird nicht lange währen: Die Nationalisten werden auch aus der Einführung des Euro politisches Kapital schlagen. Bei jeder Sozialkürzung, bei jeder Schweinerei des Kapitals wird es dann heißen: »*Daran ist der Euro schuld. Wenn wir doch nur die DM noch hätten, dann müßten wir nicht die Portugiesen durchfüttern.*« So einfach, wie es die bereits genannte Antifa-AG der Uni Hannover sieht (Broschüre: Die Linke und Maastricht, Hannover 1997), wollen wir es uns allerdings nicht machen. Weil sämtliche »*bestimmende Sektoren des deutschen Kapitals*« auf den Euro setzen, müßten Linke uneingeschränkt dagegen sein.

Daß Rechte ebenfalls gegen den Euro agitieren, stört die HannoveranerInnen nicht. »*Sollte die Linke deshalb etwa – aus Angst, dem Antisemitismus Vorschub zu leisten – auch ihren Kampf gegen das Kapital einstellen?*« (Kurz davor grenzt sich die Antifa-AG auch gegen »*bürgerliches Kosmopolitentum*« ab.) Zudem fühlen sich die HannoveranerInnen dadurch beflügelt, daß wir gegen den Euro endlich einmal »*stimmungsmäßig die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns*« haben (gemeint ist die deutsche Bevölkerung). Sie zitieren eine Umfrage, nach der 71 Prozent der Deutschen mit dem Euro einen »*Anstieg der organisierten Kriminalität*« befürchten, 63 Prozent eine höhere Arbeitslosigkeit und »nur« 31 Prozent einen »*Verlust der eigenen nationalen Identität*«. Also keine Gefahr, beschwichtigt die Antifa-AG, daß ein »*Kampf gegen das Europa des Kapitals Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen*« sein könnte. Als ob die Hysterie wegen »organisierter Kriminalität« nichts mit Rassismus zu tun hätte! Wir müssen unsere Agitation gegen »das Europa des Kapitals« deutlich von den Rechten abgrenzen – sowohl von dem Standort-Gejammer der Bürgerlichen, als auch von der »antikapitalistischen« Demagogie der Nazis. Wenn wir öffentlich auftreten, müssen wir darauf achten, daß wir nicht mit den DM-Fetischisten verwechselt werden: An unseren internationalistischen Argumenten sollt Ihr uns erkennen. Wir sind nicht gegen den Euro, weil wir für eine »starke DM« sind – sondern gegen Sozialdumping. Wir sind nicht gegen das Kapital, weil wir für die Volksgemeinschaft sind – sondern für die internationale Solidarität.

Was tun?

Die europäische Integration wird die deutsche Vormacht zementieren, soziale Spaltungen in Europa vertiefen, die Profite der Banken und Konzerne auf Kosten der Arbeitenden und Nichtarbeitenden steigern und die Festung nach außen ausbauen. Politik wird stärker noch als bisher von vorgeschobenen und realen ökonomischen Sachzwängen bestimmt und damit unmöglich gemacht werden. Der Euro wird als ein weiterer Hebel zur Durchsetzung einer neoliberalen Politik benutzt. Sozialabbau, Privatisierung, Deregulierung und Konzentration werden durch den Euro (und seine Konvergenzkriterien) noch beschleunigt. Aber diese Prozesse gäbe es auch ohne die neue Währung. Entscheidend ist nicht die Währung, sondern die dahinter stehende neoliberale Politik mit allen ihren sozialen Katastrophen. Daher sollten wir uns die Frage auch nicht als »*Ja oder Nein*«-Glaubensfrage aufdrängen lassen. Zu diesem Euro »nein« zu sagen, heißt noch lange nicht, daß wir die D-Mark verehren oder daß wir die Herrschaft der deutschen Bundesbank über Europa gutheißen. Unsere Gegenwehr darf nicht beim »Nein zu dieser EU« verharren. Auch die neue Währung werden wir nicht mehr aufhalten können. Statt dessen müssen wir jetzt danach streben, die verschiedenen sozialen Bewegungen und Kämpfe in Europa (und außerhalb) zu vernetzen – ob »Euro-Märsche« und internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Erwerbslosigkeit, Umweltaktionen von Greenpeace und Robin Wood, internationalistische Kongresse, gegenseitige Solidarität der Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Frauenbewegungen, der Flüchtlings- und MigrantInnengruppen. Das Kapital organisiert sich längst transnational. Es ist Zeit, daß wir es auch tun. ■

Kontakt: ZAK, Belthlestr. 40, 72070 Tübingen

Der BfB und der Euro

Der Bund Freier Bürger-Offensive für Deutschland, Die Freiheitlichen (BFB/OFD) versucht im Wahljahr 1998 mit der Forderung nach dem Erhalt der D-Mark auf Stimmenfang zu gehen und sich als Oppositionspartei gegenüber den etablierten Altparteien zu profilieren. Sein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Mittelstand, den er durch das Schüren von Ängsten für sich gewinnen will.

Das Hauptaugenmerk bei der Argumentation gegen die Währungsunion 1999 richtet sich auf den erwarteten Stabilitätsverlust der Währung. Der weiche Euro contra die harte deutsche Mark. Die Stabilitätsgefährdung liege vor allem im strukturschwachen Süden Europas, den Deutschland mitzufinanzieren habe. Dabei wird das alte Prinzip »Nord gegen Süd« propagiert und der daraus entstehende Rassismus forciert. So hätten diese strukturschwachen Länder die Konvergenzkriterien[1] nur durch Manipulationen erfüllt und würden nach der Fusionierung zusammenbrechen, wodurch eine Abwanderung von Arbeitskräften zu erwarten sei, die den Lohndruck auf Deutschland erhöhen würde. Die Kosten der Finanzierung Europas durch Deutschland werden mit denen der Wiedervereinigung 1990 verglichen und eine ähnliche Wirtschaftskrise prognostiziert. Neben einer Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit sei auch eine Schwächung der Rente zu erwarten, da bei einer europaweiten Angleichung der Renten diese durch ärmere Länder gedrückt würden. Weiterhin sieht der BfB in der Koordinierung des Euros durch eine Zentralbank eine Gefahr der finanz- und allgemeinpolitischen Entmachtung Deutschlands wie auch einer Entdemokratisierung der Politik.

Wählerfang

Mit diesen Argumentationsmustern sollen die Ängste besonders des gutsituierten Mittelstandes direkt geschürt werden. So verstärken Vergleiche mit der Wiedervereinigung und der daraus resultierenden Massenarbeitslosigkeit die Angst um den eigenen Lebensstandard und die Altersversorgung. Dabei versucht der BFB/OFD besonders dadurch seriös zu wirken, daß sogenannte Finanzexperten in Publikationen immer wieder den »*Wahnsinn*« der Währungsunion betonen. Verknüpft wird dies meist mit direkten Finanztips für Kleinunternehmer und Mittelständische. So bürgernah schaffte es der BFB/OFD dann auch, nach eigenen Angaben ca. eine Viertelmillion Unterschriften für eine Volksabstimmung über den Euro zu sammeln und diese am 28. März diesen Jahres durch einen Staffellauf der Bundesbank in Bonn zu überreichen. Vorrausgegangen war eine Demonstration von ca. 1000 EurogegnerInnen vor der Frankfurter Paulskirche, bei der das konservative bis rechtsradikale Publikum mit nationalistischen Parolen wie: »(Der Euro als) *Einstiegsdroge für die Auflösung Deutschlands*«, angestachelt wurde. Linke DemonstrantInnen wurden dabei nach einigen Rangeleien zu Anfang der Demonstration von der Polizei zurückgedrängt.

Neben diesen öffentlichkeitswirksamen Aktionen versucht der BFB/OFD auch auf juristischem Wege die D-Mark zu bewahren. So reichte Manfred Brunner am 1. April diesen Jahres eine Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, die Deutschland daran hindern soll, dem Euro zuzustimmen, bevor nicht alle beteiligten Länder die Konvergenzkriterien einhalten. Unterstützt wurde er dabei von seinem Prozeßbevollmächtigten Professor Dr. jur. Dieter Murswiek von der Universität Freiburg. Der Prozeß war jedoch nicht mit Erfolg gekrönt, das Bundesverfassungsgericht lehnte nur einen Tag später Klagen gegen die Einführung des Euros generell als ungerechtfertigt ab. Direkten Druck versucht der BFB/OFD auf den Ministerpräsidenten von Bayern, Edmund Stoiber, auszuüben. Unter dem Motto: »*Bayern darf die D-Mark nicht verraten*« mobilisierte der bayerische BFB/OFD-Landesverband zu einer Demonstration vor der Münchener Staatskanzlei, auf der auch Manfred Brunner als Münchener Stadtrat das Wort haben sollte. Edmund Stoiber sollte dazu bewegt werden, im Bundesrat gegen den Euro zu stimmen und so seine Glaubwürdigkeit als Gegner der neuen Währung unter Beweis zu stellen.



»Reim Dich oder ich schüttel Dich«: Fascho-Kids mit einem der zahllosen BFB/OFD-Plakate bei der Kundgebung vor der Frankfurter Paulskirche am 28. März

Weiterhin wird auf regionaler Ebene durch Veranstaltungen und Reden versucht, direkten Kontakt zu den Bürgern herzustellen. Dabei soll durch repräsentative Veranstaltungsorte und seriöses Auftreten Vertrauen geschaffen und das Nazi-Schmuddel-Image verhindert werden. Besonders beliebter Redner bei solchen Anlässen ist der ehemalige FDPler und Gründer der Offensive für Deutschland, Heiner Kappel, mit seinem charismatischen Auftreten. Bei genauer Betrachtung der Redetexte fällt jedoch der stark nationalistische und rassistische Inhalt auf.

Beurteilung

Der BFB/OFD schaffte es seit seiner Fusion mit der Offensive für Deutschland im Januar diesen Jahres, an politischem Gewicht zu gewinnen. Er zählt insgesamt 3000 Mitglieder und nach eigenen Angaben bis zu 25.000 Interessierte. Landesverbände wurden in fast allen Bundesländern bis auf Brandenburg und Bremen gegründet. Großes Manko des BFB/OFD ist jedoch die klare Ausrichtung auf das Bürgertum unter Ausklammerung des »kleinen Mannes auf der Straße«. So nimmt er sich selbst große Teile des Wählerpotentials, welche mit der hochgestochenen Sprache der Publikationen nichts anfangen können. Dennoch spiegelt der klar nationalistische Charakter der Argumentation und die rassistische Angst vor fremden »Arbeitsheeren« die Meinung breiter Teile der Bevölkerung wieder und erlangt so seine Brisanz. Ob der BFB/OFD es jedoch im September diesen Jahres schafft, in den Bundestag einzuziehen, bleibt fraglich. ■

1) Als Konvergenzkriterium wird jede Bedingung bezeichnet, welche zur Aufnahme in die Europäische Währungs-Union erfüllt sein muß. Dabei spielt die Auslandsverschuldung und Inflationsrate eine große Rolle.

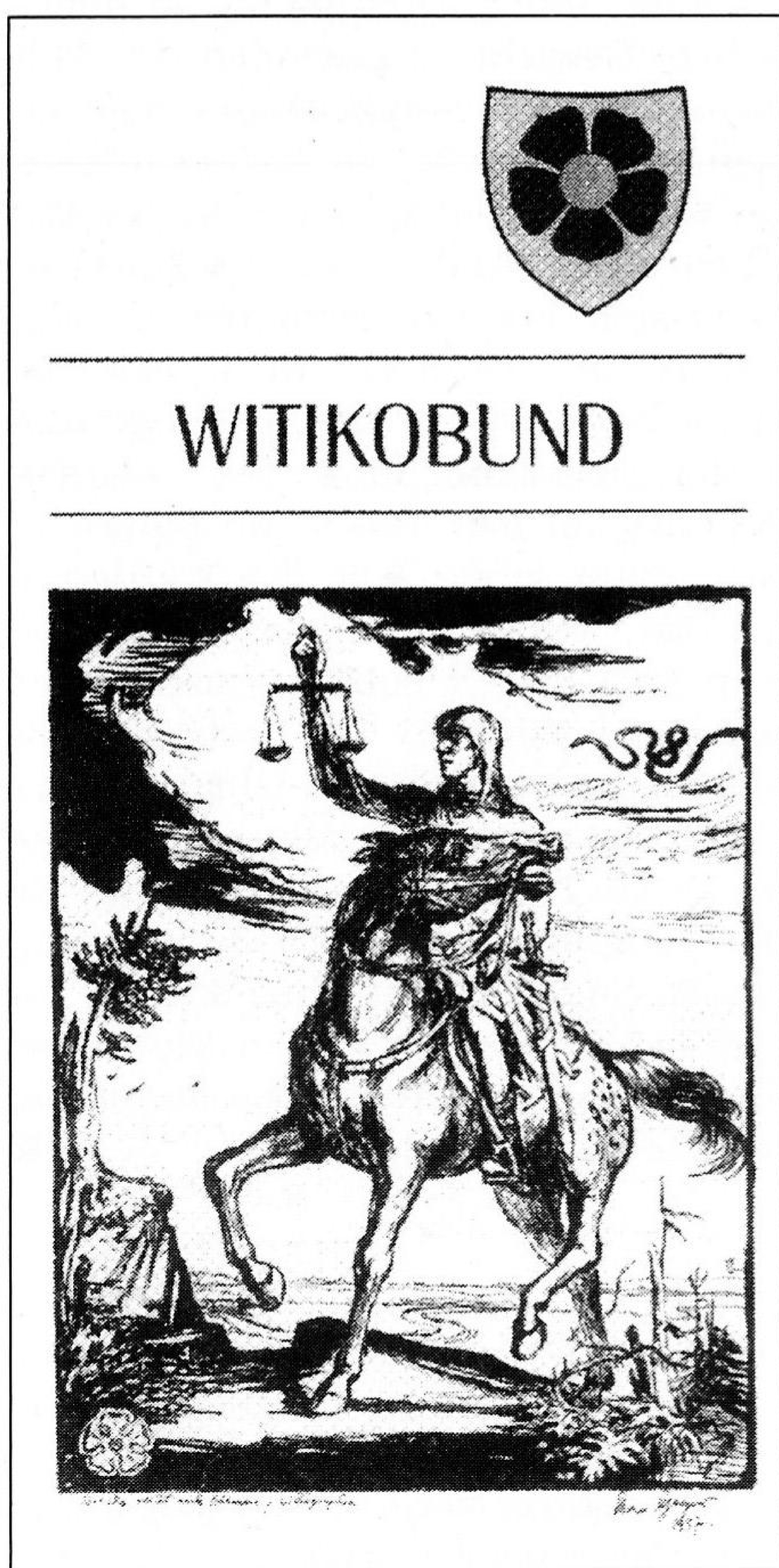
»Versailles ohne Krieg«

Der Witikobund zu einem vereinigten Europa

Die Agitation des Witikobundes gegen die europäische Wirtschafts-, und Währungsunion (WWU) folgt im Wesentlichen der rechten Hetze gegen das vereinte Europa.

Dabei werden durch den Strukturwandel verursachte Ängste aufgegriffen und mit revisionistischen Forderungen verknüpft. Deutschland, so der Witikone Rolf-Josef Eibicht, würde »*mit vollem Recht auch als der Zahlmeister Europas bezeichnet.*« »*Maastricht, das ist dasselbe wie der Versailler Friedensvertrag – ohne Krieg*«, wie Le Figaro zustimmend kommentiert. Hier steht, da sind sich der rechte Flügel der Union, die Offensive für Deutschland von Manfred Brunner und Heiner Kappel und die Witikonen einig, die »Nationale Souveränität« auf dem Spiel. So wird insbesondere gegen Frankreich gewettert. Frankreich wolle Deutschland durch die WWU klein halten und die Macht der Bundesbank brechen. In ihrem Großmachtwahn reicht den Witikonen eine »*Teilvereinigung ohne Ostdeutschland und das Sudetenland*« längst nicht aus. Mit Ostdeutschland meinen die Witikonen Westpolen und die Region Kaliningrad.

Broschüre des Witikobundes



Bereits 1992 berichtete der Witikone Werner Obst, daß »*wir (...) in gar nicht allzulanger Zeit Pommern und Schlesien*« zurückbekämen und zwar »*weil Warschau den Deutschen diese Länder anbieten wird.*« Weder konnte dies umgesetzt werden, noch wurde die geforderte erste Rate der 50 Milliarden DM für den Rückkauf der Region Kaliningrad an Rußland überwiesen. Obst versichert, seine Thesen seien nicht etwa »*mit Revanchismus oder dem Versuch zu verwechseln, nachträglich den II. Weltkrieg zu gewinnen*«, sondern lediglich »*ein Managementproblem*«. Ähnliches hat der Witikobund auch sonst zu vermelden, wie etwa bei seinem Anliegen, das sogenannte Sudetenland zurückzugewinnen. Man ist über den Verlauf der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit im sogenannten Zukunftsfonds enttäuscht und lehnt die 1997 verabschiedete Deklaration grundlegend ab. Dem Witikobund-Bundesvorsitzenden, Horst Rudolf Übelacker, fehlen darin die »normalen« Sudetendeutschen, also auch NS-Täter, Handlanger und Mitläufer, die »entschädigt« werden müßten. Doch damit nicht genug: Laut einer Deklaration zur deutsch-tschechischen Erklärung sei »*für die sudetendeutschen Gebiete (...) als erster Schritt innerhalb der Tschechischen Republik eine autonome Zone zu schaffen, welche allen ehemaligen Bewohnern und deren Nachkommen ein kommunales Wahlrecht auch dann gewähre, wenn ein lokaler Wohnsitz nicht, bzw. noch nicht vorhanden sei.*« Ausnahmslos alle aus der Tschechoslowakei 1945 vertriebenen und geflüchteten Sudetendeutschen mitsamt Nachkommen sollten Entschädigungszahlungen vom tschechischen Staat in Höhe von 3935 Milliarden DM erhalten, wie Rolf Kosiek und Karl »Der Rechner« Baßler bereits an anderer Stelle ausgerechnet hatten. Zum Vergleich: Das Bruttosozialprodukt Tschechiens betrug 1994 76,9 Milliarden US$.

Zur Durchsetzung seiner Politik verknüpft der Witikobund den tschechischen EU-Beitritt mit der Forderung Horst-Rudolf Übelackers nach »*Einhaltung der Europäischen Hausordnung*«. Diese zynische Wortschöpfung wird seitdem auch vom Sprecher der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer (CSU), öffentlich verwandt. Die Benes-Dekrete, die 1945 zur Ausweisung der Deutschen aus der Tschechoslowakei geführt hatten, sollen aufgehoben und den Sudetendeutschen das volle »Heimatrecht« als kollektiver Freibrief für eine Rückkehr nach Tschechien gewährt werden. Dort soll eine kulturell wie politisch weitgehend »Autonome Sudetenland-Zone« entstehen.

Zur ideologischen Flankierung seines Grenz- und Geschichtsrevisionismus dient dem Witikobund die völkische Definition Europas. Die offen nationalsozialistische Variante vertritt dabei der 74jährige Karl Baßler, der als Multifunktionär und Referent der NS-Szene bekannt ist. In einer Rede auf dem 7. Gesamtdeutschen Kongreß der Gesellschaft für Freie Publizistik (GfP) 1996 unter der Überschrift »*Die Zukunft Europas – Schöpferische Kultur oder todbringende Multikultur?*«, definiert Baßler Europa kurzerhand als »*die germanische Welt*« und das »*germanische Freiheitsbewußtsein*« als »*prägende Kraft Europas*«. Mit Rückgriffen auf die Geschichte des Germanentums, auf Goethe, Hegel und Hitler konstruiert er ein Europa unter deutscher Führung. Hauptmerkmal ist dabei eine krude Mischung aus biologistischem und kulturellem Rassismus, Kriegsschuldleugnung, Hitlerverehrung, Verschwörungstheorien und Größenwahn. So abseitig die aktuellen Forderungen einiger Witikonen auch klingen mögen, sie haben zumindest erreicht, den deutsch-tschechischen Annäherungsprozeß über zwei Jahre lang zu behindern. Geholfen hat ihnen dabei unter anderem der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der sich an diesem Punkt offen mit dem Kurs der Bundesregierung, sprich mit Außenminister Kinkel, angelegt hat. Ob der Witikobund angesichts der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung und dem europäischen Führungsanspruch der Bundesregierung der Verwirklichung seines Europakonzeptes näherkommt, sollte lieber nicht abgewartet werden. Besser wäre es, den Versuchen vor allem publizistischer Einflußnahme – hier liegt die momentane Hauptaktivität des Witikobundes – rechtzeitig und wirksam entgegenzutreten. ■

Quellen:
Der Witikobrief Jg. 97/98;
/CL/ANTIFA/NEUE_RECHTE: Durchtriebene Vertriebene; Deutsche Annalen. Jahrbuch des Nationalgeschehens, Leoni am Starnberger See 1992.; GfP: Kongreßprotokoll 1996.; Helmut Diwald. Sein Vermächtnis für Deutschland – Sein Mut zur Geschichte, Tübingen 1994; Franz Neubauer. Heimatrecht für Nazi-Erben?, in: Junge Welt 28.05.1996, S.2.

Teilerfolge und gärende Konflikte

Antifaschistischer Widerstand am 1. Mai und die Nazi-Szene nach ihrer Großkundgebung

»*Über 7.000 Nationalisten ließen sich von dem undurchsichtigen Verbotsgerangel nicht beirren und fanden sich in Leipzig ein.*« Mit diesen Worten kommentierte das NPD-Parteiblatt Deutsche Stimme[1] den Aufmarsch von vorwiegend jungen Neonazis am 1. Mai vor dem Leipziger Völkerschlachtdenkmal. Wie nicht anders zu erwarten, sollte die von der Neonazi-Partei organisierte und als »*erste große öffentliche Wahlkampfkundgebung*« deklarierte Veranstaltung zu einem vollen Erfolg hochgejubelt werden. Daß im Vorfeld – und wohl mehr der Mobilisierung dienend – Zahlen von 15.000 zu erwartenden TeilnehmerInnen ausgegeben worden waren, scheint vergessen. Parteichef Udo Voigt versteigt sich gar in den Glauben, den 1. Mai bereits in der Tasche zu haben: »*Die Gewerkschaften spüren Konkurrenz und fürchten, daß es uns nun gelingt, den 1. Mai inhaltlich zu besetzen.*«[2] Tatsächlich waren es 4.000 bis 5.000 Neofaschisten gewesen, die am 1. Mai dem Aufruf der NPD gefolgt waren, nachdem die Gerichte mehrere Verbote der Nazi-Kundgebung aufgehoben hatten, und lediglich der geplante Aufmarsch untersagt blieb. Ein Teilerfolg für die im Aufwind befindliche Partei und ihre Anhängerschaft: Einerseits ist es ohne Rückendeckung durch CSU und Braunzone gelungen, eine ähnliche Teilnehmerzahl zu mobilisieren wie ein Jahr zuvor in München und somit die größte neofaschistische Kundgebung in Ostdeutschland seit Kriegsende auf die Beine zu stellen. Andererseits blieben die Teilnehmerzahlen hinter den Erwartungen zurück und die geplante Spektrumserweiterung aus. Über die Tatsache, daß die von der Parteiführung herbeigesehnten »deutschen Arbeiter« der Kundgebung fernblieben, konnte auch nicht hinwegtäuschen, daß vereinzelt Nazis in neuem Overall und Bauhelm erschienen waren. Mehr als ein Ärgernis für die Neofaschisten stellte der Widerstand von Tausenden von AntifaschistInnen in Leipzig an diesem Wochenende dar.



Mit verschiedensten Aktionen zeigten AntifaschistInnen ihren Widerstand gegen die Nazi-Kundgebung am 1. Mai



Bereits am Vorabend des 1. Mai fand am Völkerschlachtdenkmal ein antifaschistisches, von GewerkschafterInnen organisiertes Konzert mit BAP, Messer Banzani, Mitgliedern der Prinzen und anderen statt: Tausende von tanzenden BesucherInnen vom Punk bis zum Gewerkschafter im besten Alter setzten einen kulturellen Kontrapunkt zu den gleichförmigen Reihen und Gestalten der NPD und den dumpfen Parolen, die am kommenden Tag an dieser Stelle zu hören sein sollten.

Am 1. Mai selbst zog ein in luftiger Höhe am Völkerschlachtdenkmal über den Nazis wehendes Transparent besonderen Haß auf sich, das in riesigen Lettern die Botschaft »Nie wieder Faschismus« weithin sichtbar verkündete. Ein breites Spektrum von Autonomen bis hin zu PDS und Gewerkschaften zeigte mit unterschiedlichsten Aktionen aktiven Widerstand gegen die Nazi-Veranstaltung. Während sich in der Innenstadt eine Bündnisdemonstration formierte, die bis zum Schluß versuchte, zu dem Platz vor dem Denkmal zu kommen, hielten andere die Viertel rund um das Völkerschlachtdenkmal besetzt: Straßen wurden blockiert, Barrikaden errichtet und immer wieder neu entstehende Demonstrationszüge versuchten, zu den Neonazis vorzudringen. Die anreisenden NPD-Anhänger konnten zumeist nur im Konvoi, unter Polizeischutz oder im Spießrutenlauf zu der Kundgebung gelangen. Zahllose Busse und PKWs erlitten Glasbruch, und nicht wenige der Nazis fanden sich in Auseinandersetzungen mit Antifas wieder, bevor sie überhaupt einen ihrer 4.000 »Kameraden« zu Gesicht bekommen hatten.

Letztendlich aber war der antifaschistische Widerstand an diesem Tag auch nur zum Teil ein Erfolg: Einerseits gelang es, eine Nazi-Kundgebung so massiv zu behindern wie schon lange nicht mehr; der breite Widerstand war unübersehbar und überlagerte teilweise sogar die Berichterstattung über die NPD. Die meisten Menschen gingen mit einem guten Gefühl nach Hause. Andererseits wäre an diesem Tag in Leipzig politisch mehr möglich ge-



4.000 bis 5.000 Nazis kamen zur NPD-Kundgebung nach Leipzig. Gegen Ende versuchten einige Hundert den verbotenen Aufmarsch durchzusetzen und scheiterten an zwei Dutzend Polizisten



wesen; zumindest die Chance, den Kundgebungsplatz der NPD zu besetzen, hat sich die antifaschistische Bewegung aus der Hand nehmen lassen: Zwar war geplant, den Platz vor dem Denkmal nach dem Konzert am Vorabend besetzt zu halten. Da aber niemand kontinuierlich zu diesem Vorhaben aufrief, mobilisierte und es organisatorisch trug, waren es schließlich gerade einmal 200 Menschen, die in den frühen Morgenstunden vom Platz geräumt wurden, um diesen für die Nazis freizumachen. Nach einer organisierten Möglichkeit zur Platzbesetzung hatten wesentlich mehr AntifaschistInnen gesucht.

Die IG Metall nahm nach dem Konzert am Vorabend Abstand von einer von ihr für den nächsten Morgen auf dem Platz angemeldeten Kundgebung, da diese nur aus taktischen Gründen angemeldet worden sei, und man nun zur zentralen Kundgebung in der Innenstadt mobilisieren wollte. Die AntifaschistInnen aber, die am Morgen des 1. Mai direkt zu den Nazis wollten und sich großenteils auf die Kundgebung der Gewerkschaft verlassen hatten, standen nun mit leeren Händen da: Sie wurden von der Polizei nicht in die Nähe des Völkerschlachtdenkmals gelassen. Wäre es gelungen, den Platz vor dem Denkmal am 1. Mai mit einigen tausend Menschen zu besetzen – sei es, indem man über Nacht dort geblieben wäre, sei es, daß im Vorfeld stärker auf die Durchsetzung der Kundgebung am Morgen gesetzt worden wäre – hätte dies die Auseinandersetzungen um die Nazi-Kundgebung auf die Spitze getrieben. Entweder wäre den Nazis der Platz versagt geblieben, oder die antifaschistische Fassade, die sich die Stadt Leipzig zugelegt hatte, wäre zusammengebrochen, indem sie den Platz am Morgen hätte räumen lassen. So konnte sich die Stadt noch relativ galant aus der Affäre ziehen und die Nazi-Veranstaltung wie geplant stattfinden.

Die örtlichen MetallgewerkschafterInnen müssen sich nun den Vorwurf gefallen lassen, daß ihr antifaschistisches Engagement nicht viel mehr als ein fauler Zauber ist und daß sie kein Interesse an einer wirklichen, konsequenten Verhinderung der Nazi-Kundgebung hatten.

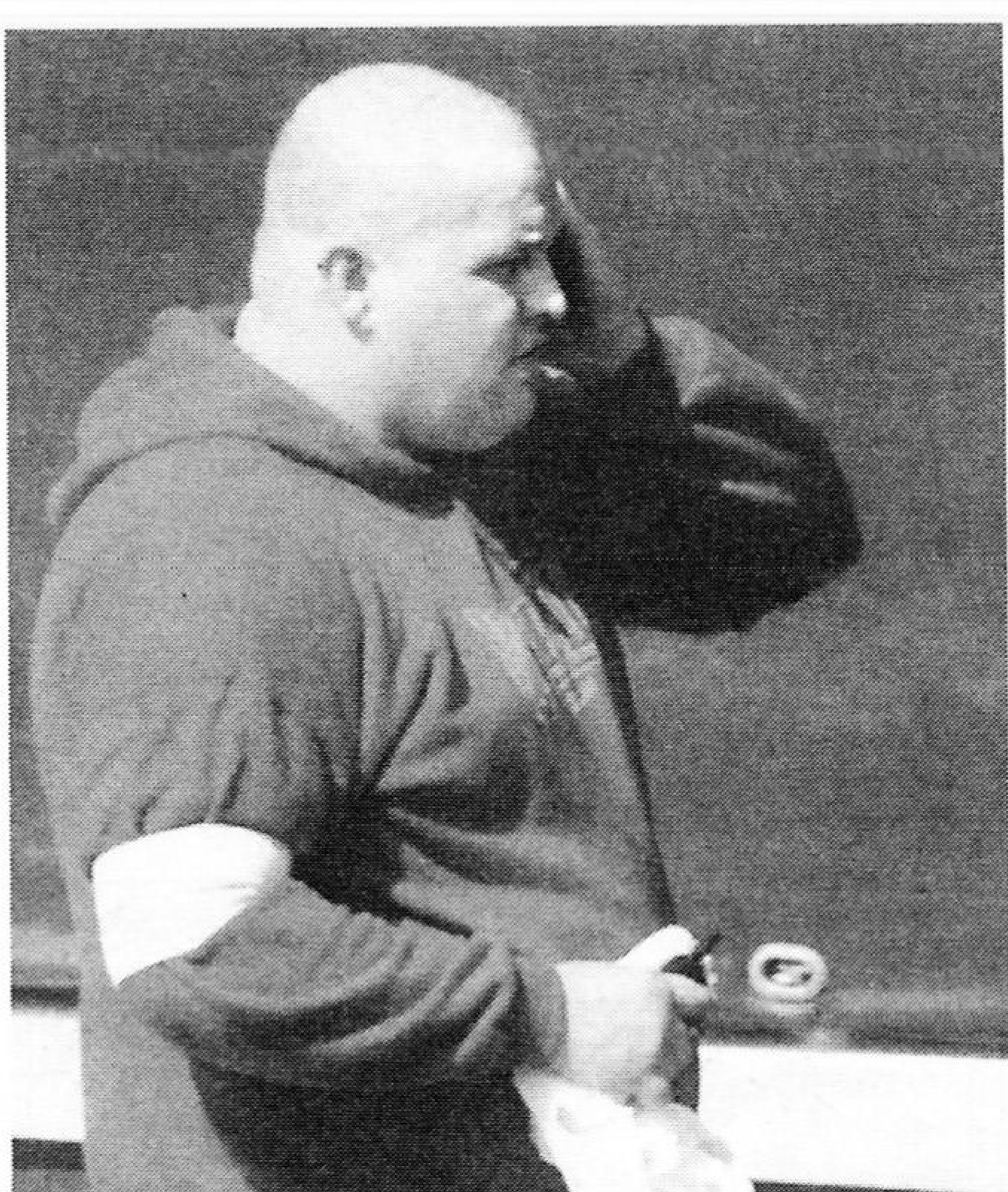
Die antifaschistische Bewegung muß sich zumindest fragen lassen, warum sie sich in der Bündnisarbeit so sehr auf die Gewerkschaft verlassen und sich nicht selber um die Kundgebung am Morgen gekümmert hat. Oder – und das wäre politisch fataler – warum sie nicht auf eine politische Verhinderung/Behinderung der Nazi-Veranstaltung gesetzt hat, sondern auf die direkte Auseinandersetzung, die letztendlich übrig blieb. Zwar war dieser Weg im Fall Leipzig so erfolgreich, wie sonst nie. Auf der Hand liegt aber auch, daß es sich dabei um eine Ausnahme handelt und daß eine Verhinderung der NPD-Kundgebung so nicht zu bewerkstelligen war.

Mit ihrem Teilerfolg am 1. Mai in Leipzig setzen die NPD und die sich in weiten Teilen an ihr orientierende Nazi-Szene ihren Aufschwung fort, dessen Ende bislang noch nicht in Sicht ist. Nach München, Dresden und Passau konnten beide zusammen erneut mehrere tausend Anhänger und ein Spektrum von REPS über die den größten Teil ausmachenden Neonazis und NPD-Anhängern bis hin zu NS-Nostalgikern zu einer der für sie wichtigen Massenveranstaltungen mobilisieren.

Mit unverhohlenem Bezug zum Nationalsozialismus, stärker werdender antikapitalistischer Rhetorik und Thematisierung der sozialen Frage ist die NPD insbesondere in Ostdeutschland bemüht, ihren Aufschwung weiter in Steigerungen der Mitgliedszahlen, feste Strukturen und somit mittelfristig in Wahlerfolge umzusetzen.[3] Nach wie vor bedient sich die Partei dabei der Nazi-Szene unter dem Label von der »*nationalen außerparlamentarischen Opposition*«, die für die Partei den »*Kampf auf der Straße*« führen soll. Neben dem »*Kampf um die Köpfe*« und dem »*Kampf um die Parlamente*« nehme dieser in dem Konzept, das »*derzeit die Arbeit*« bestimme, »*eine herausragende Position*« ein.[4] Schon die Formulierung macht deutlich, daß die NPD keine Skrupel hätte, sich auch wieder von der Nazi-Szene loszusagen, wenn sie selbst genug Stärke erreicht hat.

Ein Teil der Nazi-Szene, allen voran die alteingesessenen NS-Nostalgiker um CHRISTIAN WORCH und THOMAS »STEINER« WULFF, hat Lunte gerochen und will sich von der NPD nicht vor den Karren spannen lassen. Dieser zumeist als FREIE NATIONALISTEN und KAMERADSCHAFTEN auftretende Teil der Szene arbeitet zwar punktuell mit der NPD zusammen und kann sich deren Aufschwung nicht gänzlich entziehen, aber der Konflikt gärt, wie sich insbesondere in Leipzig gezeigt hat. Nachdem die NPD sich geweigert hatte, Christian Worch als Vertreter der »*freien Strukturen*« sprechen zu lassen, verteilten diese auf der Kundgebung Flugblätter.[5] Dort mokiert man sich über das Verhalten der NPD und wirft dieser »*Schar politisch mittelmäßiger Parteifunktionäre*« vor, »*große Teile des nationalen Widerstandes für die Selbstdarstellung und Interessen ihrer Partei vereinnahmen*« zu wollen. Die alten NSler sind beleidigt, daß angesichts ihrer Erfolge in den vergangenen Jahren die NPD sich nun der »*bisherigen 'Schmuddelkinder' der Szene, die man lange Zeit (...) fernzuhalten suchte*«, bedient, um »*gegen die Übermacht vor allem der in Sachsen-Anhalt unlängst erfolgreichen Rechtspartei überhaupt noch 'im Geschäft' zu bleiben*«.

Doch mit dem Flugblätter-Verteilen war es nicht getan, man wollte auch eige-



SASCHA WAGNER hatte erhebliche Probleme bei der Leitung des Ordnerdienstes in Leipzig. Die NPD hatte den Neonazi-Mob, der immer wieder an die Absperrungen stürzte und ganz offensichtlich die Auseinandersetzung suchte, alles andere als unter Kontrolle. Seine Kameraden werfen ihm nun vor, vollkommen versagt zu haben. Außerdem nutze der JN-Kader jede »Gelegenheit, um gegen 'NS-Nostalgiker' und 'Nazi-Spinner' zu wettern.« Besonders Skinheads seien ihm »ein Graus, er hält sie ganz pauschal für dumm und versoffen.«

ne Akzente auf der Kundgebung setzen. Einige hundert Skinheads und »freie Nationalisten« unter Führung von Thomas Wulff versuchten sich gegen Ende der Kundgebung darin, den verbotenen Aufmarsch doch noch durchzusetzen. Nicht nur, daß dieses Vorhaben nach kurzer Zeit und wenigen hundert Metern von gerade mal zwei Dutzend Beamten der bayrischen USK-Sondereinheiten beendet wurde. Die alte NS-Fraktion zog sich mit dieser Aktion selbstredend auch den Unmut der NPD zu, deren Ordnerdienst nicht in der Lage war, die Randale zu verhindern: Im NPD-Parteiblatt ist von *»außenstehenden Provokateuren«* die Rede, die Idealismus und Opferbereitschaft für ihre Ziele verheizen würden. Dort beeilt man sich, zu beteuern, daß die *»oberste Maxime«* sein müsse, *»gewaltfrei für seine Ziele einzutreten«.*[6]

Zwischen der alten NS-Fraktion auf der einen und der NPD auf der anderen Seite zu vermitteln, versucht die AKTIONSGEMEINSCHAFT NATIONALER SOZIALISTEN IN UND AUßERHALB DER NPD (AGnS) um THEKLA KOSCHE und die Berliner CHRISTIAN WENDT, ANDREAS SCHULZ und MIKE PENKERT. Die Neonazis plädieren für eine vorsichtige, kritische Zusammenarbeit mit der NPD, *»dem kleingeistigen Gehabe der zum Teil selbsternannten Führungsfiguren zum Trotz«*[7], in dem Glauben, daß die Einheit mit der NPD zum Erfolg verhelfen werde oder man die Partei zumindest für die eigenen Zwecke nutzen könne. Dieser Glaube gipfelt in der Vorstellung, *»daß eine parlamentarische Vertretung als quasi 'legaler Arm' (nach dem Motto SinnFein/IRA) durchaus nützlich sein kann«.*[8] Den »freien Nationalisten« wirft die AGnS, die sich nach eigenen Angaben mit Inhalten und Strategien befaßt und bereits mehrere interne Seminare mit einigen Dutzend TeilnehmerInnen durchgeführt haben will, vor, sie seien lediglich regionale Stammtische ohne Konzept und Führungspersonal, die nur vom Selbstzweck getrieben würden. Nötig wären statt dessen *»'zielorientierte Aktions- und Arbeitsgemeinschaften' (...), aber auch Initiativen mit durchaus gesellschaftlichem Anspruch, wie etwa nationale Mietervereine, Bürger- oder Arbeitsloseninitiativen«.*[9] Damit sei man von der NPD unabhängig und im Falle eines Parteiverbotes nicht betroffen.

Im Zuge ihres Aufschwungs gelingt es der NPD noch, ihre Gratwanderung fortzusetzen. Wie lange sie die gärenden Konflikte deckeln kann, scheint aber fraglich. Während die Partei mittel- und langfristig auf Wahlerfolge setzt und dementsprechend Gewaltfreiheit heuchelt, machen Teile der Nazi-Szene, auf die die Partei immer noch angewiesen ist, keinen Hehl daraus, daß sie andere Ziele haben. *»Über die Aussichten, Sitze in Parlamenten erringen zu können, muß wohl kein weiteres Wort verloren werden. Ebenso wenig wie über den Nutzen einer in Parlamenten vertretenen Rechtspartei, die nur vorgibt, den ganzen Widerstand zu repräsentieren.«*[10] Selbst die der NPD gegenüber aufgeschlossene AGnS setzt auf andere Konzepte, auch wenn sie sich Vorteile von einer in Parlamenten sitzenden Partei verspricht.

Ob die Konflikte zwischen NPD und Nazi-Szene eskalieren, weil die NPD der alten NS-Fraktion nicht den von dieser geforderten Einfluß und Mitsprache einräumt, oder weil die unterschiedlichen Vorstellungen und Konzepte in einem Ende des derzeitigen Aufschwungs oder beispielsweise bei Wahlerfolgen aufeinanderprallen; denkbar wären zwei Ergebnisse: Einerseits könnten sich mit der Nazi-Szene auch weite Teile des Potentials von der Partei abwenden, Strukturen wegbrechen und die NPD damit wieder zu dem machen, was sie war: Eine erfolglose Kleinpartei mit überholtem Konzept. Möglich wäre aber auch, daß es der NPD bis zum Zeitpunkt des Bruchs gelungen ist, eine weite Einigung rechts der DVU und Integration der Nazi-Szene zu erreichen, mehr Strukturen aufzubauen und Mitglieder zu werben, so daß sie das Abwenden eines Teils der Nazi-Szene ruhig mit angucken kann, da dieser damit seine Schuldigkeit getan hätte. ■

Die Polizei ging immer wieder grundlos gegen protestierende AntifaschistInnen vor





1) »Deutsche Stimme« Nr 4-5/98, April/Mai 1998, S. 1
2) ebd., S. 2
3) Siehe Artikel »Alle gegen Alle« in diesem Heft
4) »Deutsche Stimme« Nr 4-5/98, April/Mai 1998, S. 8
5) Flugblatt »Kampftag des Nationalen Widerstandes oder Bundestreffen nur einer Partei?« vom Nationalen Widerstand Villingen-Schwenningen, April/Mai 1998; Flugblatt »Der Nationale Widerstand hat viele Gesichter!« vom Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland, April/Mai 1998
6) »Deutsche Stimme« Nr 4-5/98, April/Mai 1998, S. 8; Anhänger der NPD fanden mitunter noch härtere Worte, als die Partei offiziell verlauten ließ. So heißt es in einer unter dem Pseudonym »Hagestolz« im Thule-Netz verbreiteten Nachricht: »Doch wer waren die Separatisten? Der Steiner soll dabei gewesen sein, Worch auch, vermutlich auch unsere Thekla. Dem Schweigert bin ich auf unserem Weg zur Kundgebung begegnet wie er gerade in anderer Richtung ging – ich hatte mich noch gewundert...??? (...) Wo es gilt Geschlossenheit und Disziplin zu zeigen, versuchen die ihr destruktives NS-Süppchen zu kochen! (...) Die NPD ist die einzige Partei, die den Mut hat, auch den 'rechten Narrensaum' bei ihren Veranstaltungen zu dulden. Das heißt aber nicht, daß sie sich von ihm an der Nase führen lassen will! (...) Wenn der NS-Szene die Vorgehensweise der NPD nicht paßt, so soll sie einfach weg bleiben und ihre eigenen Dinger machen (...) zur eigenen Selbstdarstellung umfunktionieren zu wollen, ist einfach asozial, zeckenmäßig!« (Rechtschreibung im Original)
7) Christian Wendt, »NPD: 'Erfolg durch Einheit'?«, Internetausgabe der Berlin Brandenburger Zeitung vom 14. Mai 1998
8) ebd.
9) ebd.
10) Flugblatt »Der Nationale Widerstand hat viele Gesichter!« vom Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland, April/Mai 1998

Ein Einblick in die Struktur von JN und NPD in Frankfurt an der Oder

Anti-Antifa in Brandenburg

In zwölf brandenburgischen Städten und Gemeinden will die NPD an den diesjährigen Kommunalwahlen, die Ende September parallel zur Bundestagswahl stattfinden werden, teilnehmen. Nach einer Infratest-Umfrage können sich 12% der BrandenburgerInnen vorstellen, einer rechten Partei ihre Stimmen zu geben. Damit steigen die Chancen der NPD, erstmals in einem ostdeutschen Bundesland in die Kommunalparlamente zu kommen. Am Beispiel von Frankfurt/Oder wird deutlich, wie die NPD/JN ihren »Wahlkampf« führt.

In Frankfurt (Oder) verbreitet schon seit Monaten die NPD/JN–Gruppe um JÖRG HÄHNEL, JN-Kader, NPD-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl im Land Brandenburg und Nazibarde, ihre rassistische und faschistische Propaganda. Es bleibt jedoch nicht beim Verteilen von Aufklebern und Flugblättern. Mit offensiven Auftritten in der Öffentlichkeit versucht Hähnel, sich bei seinen potentiellen WählerInnen bekannt zu machen. Den Anfang dazu bildete ein eigens von Hähnel für den 25. April angemeldeter NPD-Stand in der Innenstadt von Frankfurt (Oder). Die etwa 30 Neonazis, deren Materialtisch fast gänzlich von protestierenden Frankfurter BürgerInnen und AntifaschistInnen umstellt war, mußten schließlich weit entfernt versuchen, ihre *»30 Argumente«* unter die Menschen zu bringen. In den folgenden Tagen störte der gleiche Nazikreis mit einer Flugblattverteilaktion und Transparenten wie *»Schluß mit der Befreiungslüge«* sowie *»Nationalisten gegen Drogen«* einen Infostand der PDS, die Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal am 9. Mai sowie die »Legalize-it« Demonstration linker Gruppen zur Legalisierung weicher Drogen mit anschließendem »Smoke In«, die auch am 9. Mai stattfand. Der Versuch der Nazigruppe um Jörg Hähnel, wenige Tage später an einer Veranstaltung der Vereinigung »Jung-Demokraten/Junge Linke« teilzunehmen, die diese in Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Studentischen Ausschuß der Europa-Universität Viadrina zu einer rassistischen Flugblattkampagne des Bundesgrenzschutzes an TaxifahrerInnen in Frankfurt/Oder durchführte, scheiterte dann an der entschiedenen Gegenwehr der VeranstalterInnen.

Während die Gruppe um Jörg Hähnel einerseits öffentlich auftritt und beispielsweise durch eine Baumpflanzaktion im Frankfurter Plattenbauviertel versucht, sich bürgernah zu geben, wird aus den gleichen Neonazikreisen parallel dazu auf die »Anti-Antifa-Karte« und Einschüchterung gesetzt. Anfang des Jahres erschien in Frankfurt (Oder) ein neues Blättchen mit dem Titel FRANKFURTER FRONTBERICHTER, kurz »FF«. Dieses im DIN-A5 Format kopierte Heftchen, das laut Impressum (allerdings ohne Kontaktadresse) von der ANTI-ANTIFA-FRANKFURT (ODER) in einer Auflage von 60 Exemplaren herausgegeben wird, ist laut Editorial eine Reaktion auf die Ereignisse in der Stadt Ende letzten Jahres, als Frankfurter Bürgerinnen und Bürger mit einer Lichterkette gegen einen rassistischen Übergriff auf einen polnischen Studenten der Europa-Universität Viadrina protestierten und eine Initiative eine Kampagne gegen die JN und Jörg Hähnel startete. Die Autoren, die in NPD/JN-Kreisen um Jörg Hähnel zu suchen sind, erklären in dem FRONTBERICHTER unter der Überschrift *»Die Anti-Antifa ist wieder da«*, ihre Aufgabe sei es, *»herauszufinden, wer hinter dem roten Terror steckt, wer im Hintergrund die Fäden zieht und agiert«*. Und wenige Zeilen später: *»Doch gegen diese Systemknechte werden wir uns jetzt wehren. Um gewonnene Erkenntnisse einer größeren Masse von Gleichgesinnten zugänglich zu machen, wird das Kampforgan der Anti-Antifa, der 'Frankfurter Frontberichter', veröffentlicht.«* In der ersten Ausgabe findet sich ein Artikel über die vor kurzem im Land Brandenburg neu gegründete MOBILE EINSATZGRUPPE GEGEN GEWALT UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT (MEGA); sodann wird auch schon gegen die verschiedensten Menschen und antifaschistischen Aktivitäten gehetzt – gegen Lehrer, Lichterketten und vermeintlich aktive AntifaschistInnen. In einer Adressenliste wird sowohl für die DEUTSCHE STIMME als auch für die HUTTENBRIEFE oder das LEITHEFT, einen Rundbrief der Kameradschaft ehemaliger Soldaten der Waffen-SS, sowie für den DONNER-VERSAND u.a. geworben. Bestandteil dieses Blättchens sind außerdem zwei Seiten mit Listen, die zum einen Auto-/Motorradkennzeichen mit Personenzuordnung, zum anderen Namen und Anschriften von Mandatsträgern von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS sowie unabhängigen AntifaschistInnen und Lehrern enthalten – mit der Aufforderung *»Kameraden, laßt Euch was einfallen.«*

Neonazis am Rande der Demo gegen Jörg Hähnel am 6.12.1997 in Frankfurt/Oder





Das Anti-Antifa-Heftchen »Frankfurter Frontberichter«

Erst nach massiven Protesten von Betroffenen wurde dann bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt nach §126 des Strafgesetzbuches wegen *»Aufforderung zu Straftaten«* und *»Störung des öffentlichen Friedens«* gegen die Macher des FRONTBERICHTERS eingeleitet. Gleichzeitig wurde über die Medien abgewiegelt, daß von der »Anti-Antifa« ja keine Gefahr ausgehen würde. Ende Mai erschien dann die zweite Nummer des FRONTBERICHTERS mit weiteren Namenslisten. Offensichtlich versuchen die Macher, an die Arbeit des von dem Frankfurter Neonazi

DANNY SOWADE betreuten NATIONALEN PRESSEARCHIVS (NPA) anzuknüpfen. Sowade hatte bis Ende 1996 im NPA ebenfalls Anti-Antifa-Listen gesammelt und im NATIONALEN BEOBACHTER veröffentlicht. Nach einer erfolgreichen Kampagne von Frankfurter AntifaschistInnen, hat sich Danny Sowade nach Berlin abgesetzt; das NPA wirbt allerdings weiter mit einer Postfachadresse in Frankfurt/Oder in diversen Nazipublikationen. Die Anti-Antifa in Frankfurt/Oder läßt es allerdings längst nicht mehr »nur« bei Hetzpropaganda gegen AntifaschistInnen bewenden, wie deren Aktivitäten auf der Straße zeigen. In der Stadt ist es seit Jahresbeginn wiederholt zu Angriffen gegen ausländische und linke Jugendliche durch Neonazis und rechte Skinheads gekommen. Für Schlagzeilen sorgte Mitte März ein Überfall auf einen antifaschistisch aktiven polnischen Studenten. Der vorbestrafte 21 Jahre alte Neonazi ANDRE WERNER, der zu den engsten Vertrauten von Jörg Hähnel gehört, hatte dem polnischen Studenten aufgelauert und eine Gaspistole an den Kopf gehalten, während sein Mittäter, der 19jährige Enrico Klaus G., das Opfer fotografierte. Dann verabschiedeten sich die beiden Nazis mit den Worten *»Viele Grüße von der Anti-Antifa«*. Andre Werner und Enrico G. wurden wenige Tage nach dem Angriff festgenommen. Bei Hausdurchsuchungen wurden dann zwar jede Menge Nazipropagandamaterial, aber keine Fotos gefunden – die bewahrt die Anti-Antifa offenbar mittlerweile an einem anderen Ort auf. Werner, zu dessen Aufgabenbereich nicht nur Anti-Antifa-Aktionen, sondern auch die Betreuung von in Brandenburger Knästen inhaftierten Nazis gehört, wurde in einem Schnellverfahren unter Anrechnung einer ohnehin noch offenen Bewährungsstrafe zu zwölf Monaten Haft verurteilt.

Das Problem hat sich mit Werners Inhaftierung keineswegs erledigt. Die »Frankfurter Initiative gegen die JN« hat eine Dokumentation von sechs weiteren Vorfällen vorgelegt, bei denen Jugendliche, die durch ihre Kleidung und Frisur der linken Szene zugeordnet wurden, von Neonazis im Innenstadtbereich angegriffen und fotografiert wurden. Ende März beteiligte sich auch Jörg Hähnel persönlich an einer Einschüchterungsaktion von mehreren Neonazis gegen eine Gruppe, die Plakate für eine Veranstaltung über das Asylrecht kleben wollte. Dabei fotografierte ein stadtbekannter rechter Schläger die Gruppe vor den Augen der Polizei. Hähnels öffentliche *»Gewaltverzichtserklärung«* für den NPD-Stützpunkt Frankfurt/Oder kann da nur als taktisches Mittel verstanden werden, um der Medienaufmerksamkeit und Repression auszuweichen. Zumal Hähnel ausdrücklich schreibt: *«Gleichzeitig betonen wir, daß wir nicht für alle Kameraden im Stadtgebiet sprechen können.«* Die Zustimmung, die die NPD/JN in der Stadt beispielsweise für ihre Baumpflanzaktion erhalten hat, zeigt exemplarisch für Brandenburg, daß es – nicht nur – in Frankfurt/Oder ein WählerInnenpotential gibt, das die NPD in Kommunalparlamente und 1999 vielleicht sogar in den Landtag bringen könnte. Wie groß dieses Potential ist, zeigte sich bei der erwähnten Infratest-Umfrage auch beim Thema »Ausländerpolitik«. Knapp ein Viertel der Befragten fand, daß die DVU in »Ausländerfragen« einen überzeugenderen Standpunkt habe als andere Parteien. Im Kampf gegen die NPD/JN kommt es daher darauf an, auf ihre Gefährlichkeit hinzuweisen, sowie ihren Mitgliedern und ihrem Umfeld so wenig wie möglich öffentlichen Raum zu bieten.

Wie die Frankfurter NPD, liegt auch die örtliche Anti-Antifa mit ihren Aktivitäten im bundesweiten Trend. Auf den Internet-Seiten der BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ) erschien Mitte März ein Aufruf zur Unterstützung der Anti-Antifa-Arbeit, die in den vorangegangenen Monaten neu organisert worden sei. Nun nicht mehr nur anlassbezogen, regional und eher nebenbei durchgeführt, habe die Datensammlung angeblich erste Erfolge gezeitigt. Die Neonazis rufen dazu auf, Antifa-Demos und Aktionen zu melden, damit Beobachter dorthin geschickt werden können. Für größere Demos sollen nach Angaben der BBZ-Schreiberlinge in Zukunft *»Doku-Trupps«* zusammengestellt werden, *»welche spezielle Aufgaben bekommen«*. ■

Wie man sich vor Nazi-Terror schützen kann

Im Zuge der wieder verstärkt betriebenen Anti-Antifa-Arbeit ist zu erwarten, daß auch Bedrohungen, Telefonterror und Überfälle auf Antifas wieder zunehmen. Gerade diejenigen, die gegen Nazis recherchieren oder offen auftreten, sind gefährdet. Daher ist es ratsam, einige Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, vor allem aber nicht in Panik zu geraten, da dies die beabsichtigte Wirkung der Anti-Antifa ist.

1. Ihr solltet Eure Beobachtungen auf Foto, Video, Tonband oder Papier dokumentieren. Sammelt Aussagen von ZeugInnen und nehmt Drohanrufe auf Tonband auf. Diese Unterlagen können im Zweifelsfall als Beweismaterial dienen.

2. Sichert Euer Büro und Eure Wohnung. Das beinhaltet doppelte Führung von Disketten, ausgelagerte Kopien von Dokumenten. Sorgt dafür, daß die Nazis nicht wissen, wo Ihr zu finden seid, soweit das möglich ist.

3. Seid vorsichtig bei Droh- oder sonstigen verdächtigen Anrufen und geht nicht zu großzügig mit Informationen um. Laßt Euch im Zweifelsfall eine Rückruf-Nummer geben und prüft diese.

4. Nehmt Euch auf Demonstrationen und anderen Aktionen vor Anti-Antifa-Fotografen in acht. Auf diesem Weg sammeln die Nazis die meisten Informationen und sie haben mittlerweile auch gelernt nicht sofort aufzufallen. Wenn Euch also jemand verdächtig vorkommt, sprecht ihn/sie an und schaut, wie er/sie reagiert.

5. Paßt auf, was Ihr erzählt, wenn Euch bei Demos oder sonstwo Leute anquatschen, die Ihr nicht kennt.

6. Vereinzelt haben Nazis versucht, Spitzel – vorzugsweise Frauen – in Antifa-Initiativen und offene Treffen einzuschleusen. Erzählt deshalb nicht jeder Person gleich alles; bevor Ihr mehr zusammen macht, lernt Euch besser kennen. Seid aber auch nicht zu mißtrauisch und abweisend: Spitzelparanoia ist der Tod jeder politischen Arbeit und ein gewünschter Effekt. Prüft im Verdachtsfall die persönliche Geschichte nach, die Euch die Person erzählt.

7. Schafft Öffentlichkeit und berichtet über Vorfälle. Schließlich geht es alle an und oft sind es die gleichen Gesichter, die sich in der Anti-Antifa-Arbeit versuchen.

Heidentum und Faschismus

Sie tragen Thorshammer oder Irminsul, besuchen Runenlehrgänge und behaupten, die »Tradition der alten Germanen« neu aufleben zu lassen. Ob Sonnwendfeier, Wikinger-Schaukämpfe oder Jul-Fest: »back to the roots« ist angesagt. Auf der »Suche nach Sinn und Heil« wächst die neuheidnische Szene. Häufig wird übersehen, daß diese Szene weder unpolitisch ist, noch von »harmlosen Spinnern« geführt wird.

Versatzstücke neuheidnischer Ideologie finden sich nicht nur massenhaft in der Esoterik-Szene (z.B. Runenlehrgänge), ökologischen Gruppierungen (die Erde als Gott, als Gaja), bei mancher Okkult-Gruppe und in Hexenzirkeln wieder, sondern insbesondere in allen Facetten der faschistischen Bewegung. Was macht Neuheidentum für Faschisten interessant? Neuheidentum hat nicht nur eine religiöse Funktion; die in ihm vertretenen Werte und Normen sind gleichzeitig auch ein Angriff auf die Idee der Gleichheit aller Menschen. Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus und überhaupt alles, was Menschen gleiche Rechte im Sinne der französischen Revolution oder des Humanismus zubilligt, wird als Universalismus bekämpft.

Faschismus ist nicht nur eine Herrschaftsform des Kapitals (Herr Dimitroff hatte eben recht, als er dies behauptete). Faschismus ist eine Weltanschauung, die dem »Individuum Faschist« auch ein geschlossenes, bestimmte Werte vermittelndes Weltbild bieten muß. Von vielen AntifaschistInnen wird die Tatsache verkannt, daß der *»arteigene«* neuheidnische Glaube zur Untermauerung dieses Weltbildes dient, daß er für die Kader der Bewegung eine Legitimation ihres Handelns bietet und ihrem Leben erst einen (höheren) Sinn gibt. Das Neo-Heidentum, das mit einem historischen Germanentum wenig zu tun hat, bietet ideale Möglichkeiten, dieses faschistische Weltbild auszufüllen. Als Themengebiete sind ausgeprägter Antisemitismus, Rassismus, biologistisches Menschen- und Weltbild, eine romantisch verklärte Naturnähe und eine Teilhabe am Göttlichen zu nennen. Faschisten glauben an eine Ideologie von *»Blut und Boden«*. Sie glauben zu wissen, daß ihr Volk und dessen Tradition nur überleben kann, wenn es sein *»rassisches Erbe«*, sein Blut *»reinhält«*. Blut steht in diesem Bild als *»rassische«* Traditionslinie zum *»Arier«*. Die Komponente »Boden« meint den *»germanisch-nordischen Lebensraum«*, der dieser Ideologie zufolge die dort über Generationen lebenden Menschen geprägt habe. Diese Prägung fände, so die Ideologie, ihren Ausdruck in einer bestimmten Kultur, zu der auch eine bestimmte Religiösität gehöre. Endpunkt dieser Ideologie ist die Volksgemeinschaft, die durch Fremde – *»nichtarische Rassen«* – bedroht wird. Die Völkermischung sei verantwortlich für Rückentwicklung und letztendlichen Niedergang der Kultur und Religiösität und damit verbunden mit dem Aussterben der am weitesten entwickelten Rasse – der arischen Rasse. Führende Neofaschisten wie der verstorbene Michael Kühnen, Christian Worch, Jürgen Rieger, Meinolf Schönborn und Arnulf Priem bekennen sich zum Neuheidentum. Thematischen Trendsettern der »Neuen Rechten« wie Alain de Benoist und Henning Eichberg ist dieses Thema so wichtig, daß sie ihm ganze Bücher widmen.

Im folgenden sollen die Themengebiete und Begründungen dargestellt werden, die das Neuheidentum für Faschisten so interessant machen. Ein wesentlicher Punkt ist in diesem Zusammenhang der Rassismus. Neben der plumpen Erklärung, daß die angeblich aus *»Nordland«*, Thule oder Indien stammenden Arier die höchstentwickelte Rasse seien und die Germanen deren Nachfahren, existiert noch eine Begründung über den germanischen Schöpfungsmythos. Diesem zufolge zeugte der Göttersohn Heimdall mit den Urmenschen drei menschliche Hauptrassen. Da diese *»Rassen«* gottgewollt seien, sei Rassenmischung ein Eingriff in die Natur.

Antisemitismus

Israel ist nach Benoist im Gegensatz zu *»Germanien«* ein durch Wüste und Öde gekennzeichnetes Land. Deshalb habe sich dort eine der Landschaft entsprechende jüdische Religiösität entwickelt, die naturfern und abstrakt sei. In diese – einen grundsätzlichen Antisemitismus verschleiernde – pseudo-religiöse Begründung wird auch das Christentum einbezogen, da es aus dem jüdischen Glauben entwickelt wurde und die gleichen universalistischen Werte verkörpert. Die Frontstellung der Faschisten richtet sich daher gegen ein von ihnen behauptetes *»Judäochristentum«*. Dies wird als Ausgangspunkt aller Gleichheit einfordernden Ideologien angesehen. Die »Neuen« Rechten verbrämen diese Frontstellung dann als antiimperialistischen Kampf, in dem das *»deutsche Volk«* sich uns von *»der Fremdbestimmung«* zu befreien und zurück zu seiner *»arteigenen«* Kultur und Religiösität zu finden hätte.

Organisches Menschen- und Weltbild und verklärte Naturnähe

Wenn es nach der heidnischen Ideologie geht, so hat auch in der Volksgemeinschaft jede/r seinen Platz. Begründet wird das damit, daß ja auch jedes Organ im Körper einen festgelegten Platz habe. Dieser Platz ist dann angeboren, schicksalsbedingt oder karmisch vorgegeben und mit einer bestimmten Funktion versehen. Auf diesem Wege werden Herrschafts- und Machtverhältnisse zugewiesen und ze-

Die bedeutendsten heidnisch-faschistischen Gruppierungen

Der Armanenorden und die Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stämme Europas (ANSE)

Diese beiden eng verzahnten Gruppierungen berufen sich auf Guido von List. Geleitet werden sie von den beiden »Großmeistern« Adolf Schleipfer und dessen Ex-Frau Sigrun Schleipfer von Schlichting. Die ANSE kann als Vorfeldorganisation des Armanenordens bezeichnet werden. Sie arbeitet mit einem an Regionalismus und Esoterik angelehnten Konzept. Wichtig sind die guten Verbindungen zur NF über Heinrich Jörn Schönlaub und Meinolf Schönborn. Multifunktionär des bundesdeutschen Faschismus und Mitglied des Armanenordens ist auch der Unternehmensberater Klaus Dieter Ludwig.

Die Artgemeinschaft

Die Artgemeinschaft unter der Führung des Nazi-Anwalts Jürgen Rieger ist »traditionalistischer«, NS-orientierter ausgerichtet. Gute Verbindungen bestehen unter anderem zur verbotenen Wiking Jugend.

Die Goden und Bund der Goden

Beide Gruppierungen sind stark antisemitisch und kosmisch gläubig ausgerichtet. Es ist zu hoffen, daß sie vor ihrem baldigen biologischen Ende stehen. Die Goden werden von G. Gabke angeführt; der Bund der Goden von A.F. Ventker geleitet. Eine Verjüngungskur könnten

für die Bundestagswahl im September 1998.
★ In Lübeck beteiligten sich mehrere Hundert AntifaschistInnen an einer Demonstration unter dem Motto "Bleiberecht für alle! Die Täter zur Verantwortung ziehen". Am Abend fand eine Diskussionsveranstaltung zum rassistischen Brandanschlag statt.
18. Januar - In Dresden wurde die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« eröffnet.
★ In Klötze (Sachsen-Anhalt) griffen 20 bis 25 Nazis ein Wohnhaus an, in dem angeblich ein Linker wohnt.
★ Fast zeitgleich zum Anschlag in Klötze überfielen teilweise vermummte Nazis einen Freizeittreff in Mügeln nahe Wittenberg. Durch Reizgas, Schüsse aus Schreckschußwaffen und Schläge mit Eisenstangen verletzten sie fünf junge Leute. Die Polizei nahm fünf Tatverdächtige fest.
20. Januar - Der »Cannstatter Kreis« veranstaltete im Kursaal von Bad Cannstatt bei Stuttgart eine Vortragsveranstaltung mit Helmuth Seliger.
★ Der Bundesgerichtshof bestätigte die Urteile, die in Brandenburg gegen die beiden Nazis Jan W. und Francesco H. gefällt worden waren (15 und 8 Jahre Jugendstrafe). Beide hatten im September 1996 den italienischen Bauarbeiter Orazlo Giamblanco zum Schwerbehinderten geschlagen. Giamblanco konnte erst nach zwei Notoperationen aus dem Koma geholt werden. Heute sitzt er im Rollstuhl und ist traumatisiert.
21. Januar - Die Staatsanwaltschaft Mannheim erklärte, daß sie seit Anfang des Jahres gegen zwei Nazis aus dem belgischen Antwerpen ermittelt. Gegenstand der Ermittlungen sei eine 40seitige Hetzschrift mit dem Titel »Antwort auf die Goldhagen- und Spielberg-Lügen«. Das Pamphlet werde seit Anfang 1997 von Belgien aus ins ganze Bundesgebiet vertrieben. In Belgien stelle dies keinen Straftatbestand da.
★ Im Jenaer Haus der Burschenschaften (Westbahnhofstr. 3 a, 07745 Jena, Tel: 03 641 / 616 570) veranstaltete die Studentenverbindung »Jenesia« eine Veranstaltung zum Thema »konservatives Denken in Deutschland«.
22. Januar - Bei einer Podiumsdiskussion in Dresden »Die Reemtsma-Ausstellung - Aufklärung oder Hetze?« waren als Gäste u.a. auch Rechtsextremisten wie Alfred Mechtersheimer, Sprecher der »Deutschland-Bewegung«, anwesend.
23. Januar - In Gera verteilten der NPD-Kreisverband und die freien Kameradschaften Flugblätter, in denen sie den Abriß der sowjetischen Ehrenmäler forderten.
★ Bei einer Wohnungsdurchsuchung in Reutlingen stellte →

ausgegangene Urteil des Amtsgerichts Hannoversch-Münden. In dem Prozeß ging es um die Nazidemo am 1. Mai 1997 in Hann.-Münden, wo nach dem Verbot der geplanten NPD-Großdemo in Leipzig u.a. unter Hupkas Führung 300 Neonazis eine ***DGB***-Kundgebung gestört hatten. Als die Nazis einige Zeit später von ca. 80 Antifas angegriffen wurden, gab es zwölf Verletzte, etwa 100 Menschen, überwiegend Nazis, wurden festgenommen. In der Verhandlung bekannte sich Hupka als Organisator des Nazi-Aufmarsches. Er habe die versprengten »Kameraden« über Kassel nach Hann.-Münden gelotst, wo man sich zu einer »spontanen« Demonstration formiert habe.

MAD wußte von Terrorplänen

taz 27. 4. '98 - Mit Hilfe von als V-Männer eingesetzten Soldaten hatte der ***Militärische Abschirmdienst (MAD)*** bereits vorab Erkenntnisse über Aktivitäten von Nazigruppen und deren Terrorpläne erhalten. Nach Informationen der Frankfurter Rundschau wußte der MAD bereits drei Jahre vor dem Verbot der ***Nationalistischen Front (NF)*** 1992, daß die NF den Aufbau eines terroristischen »***nationalen Einsatzkommandos***« (***NEK***) plante. Der Bundeswehrgeheimdienst hatte 1989 einen Fallschirmjäger als V-Mann in die NF geschleust. Laut MAD sollte das NEK Anschläge auf Bundeswehreinrichtungen verüben. Nachdem die Pläne für das NEK 1991 der Polizei in die Hände gefallen waren, verlagerten sich diese Aktivitäten in den ***Deutschen Hochleistungskampfkunstverband (DHKKV)***, wo in Solingen unter der Leitung des VS-Mannes **Bernd Schmitt** auch die Mörder der Familie **Genc** trainierten.

Neue »Braune Hilfe«

VSB, bnr 25. 3. '98 - Seit 1997 tritt eine neue Vereinigung in Erscheinung, deren Ziel es ist, der rechtsradikalen Szene rechtliche Grundkenntnisse zu vermitteln und langfristig eine eigene Anwaltskanzlei aufzubauen. Die ***Vereinigung zum Schutz der Bürgerrechte (VSB)*** hat ihren Sitz im südbadischen Wehr (Kreis Waldshut-Tiengen) und wird bisher ausschließlich von **Rolf Melzner**, Oberhofstr. 8, 79664 Wehr, vertreten, der auch für die Januar-Ausgabe der ***HNG***-Nachrichten verantwortlich zeichnete. Melzner zeichnete sich auch presserechtlich verantwortlich für einen Spendenaufruf *»Kameradschaft ist mehr als nur ein Wort!«* zugunsten von **Kurt** und **Ursula Müller**, der HNG-Vorsitzenden. Veröffentlicht hat die VSB bisher verschiedene Infomaterialien und eine umfassende Infoliste mit Adressen von Behörden, Institutionen und *»nationalen Anschriften«*, vom ***Ostpreußenblatt*** bis hin zu diversen Nazizeitungen, -verlagen, -versänden und -organisationen. Bei Bedarf werden auch Rechtsanwälte vermittelt. Die VSB betreibt auch ein ***NIT*** für Baden-Württemberg. Längerfristig will die VSB selber Nazis zu Rechtsanwälten ausbilden und diese dann beschäftigen. Dazu will sie ein System der Fördermitgliedschaften errichten, wodurch sie Stipendien und bezahlte Stellen für die *»Kameraden«* finanzieren will. Da für eine Stelle jedoch 300 Fördermitgliedschaften notwendig sind und die VSB erst 35 Fördermitglieder mit einem jährlichen Spendenaufkommen von 3160 DM hat, dürfte die Verwirklichung dieser Idee noch eine Weile auf sich warten lassen. Es sind allerdings schon drei Stipendien an angehende Abiturienten vergeben worden.

Generalbundesanwaltschaft vermittelt Nazianwalt gegen Kurden

AK gg. den Kurdenprozeß 24.5. 1998 - Der Nazianwalt **Günter Lamotte** aus dem hessischen Friedberg, auf dessen Konto die Spenden für die Urheber des Hetzpamphletes *»Der Völkermord am deutschen Volk«* (siehe WGA Nr. 23) eingehen, fungierte ungefähr seit Mai 1994 als Anwalt eines Kronzeugen im §129a-Prozeß gegen drei kurdische Politiker in Frankfurt a. M. Der Kronzeuge **Sermet** wechselte den Anwalt auf eigenen Wunsch. Nach Angaben des BKAlers **Wallwei** wurde Lamotte an Sermet jedoch von einem Herrn **Schluckebier** der Generalbundesanwaltschaft vermittelt. Es stellt sich natürlich die Frage, ob die Generalbundesanwaltschaft von den Naziaktivitäten Günter Lamottes wußte oder nicht. Bei den rechtskonservativen bis rechtsradikalen Umtrieben des Ex-Generalbundesanwalts und ***FDP***-Rechten **Alexander v. Stahl** wäre dies jedoch nicht unwahrscheinlich, zumal davon auszugehen ist, daß die Generalbundesanwaltschaft in einem so wichtigen Prozeß den Anwalt ihres Belastungszeugen etwas genauer unter die Lupe nimmt.

NF endgültig verboten

Presse 25. 3. '98 - Am 24. März 1998 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht die NF-Verbotsverfügung des Bundesinnenministers vom 27. November 1992 und wies die Klage des ehemaligen NF-Vorsitzenden **Meinolf Schönborn** ab. Er war 1995 wegen Weiterführung der NF zu zwei Jahren und drei Monaten verurteilt worden.



Schönborn

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

NPD/JN

Presse, Sachsenstimme, DS - Am 19. Januar 1998 führte die ***NPD*** unter starkem Polizeischutz in Erfurt eine Demonstration durch. Abgesehen von acht festgenommenen NPD-Nazis kam es zu keinen »Zwischenfällen«.

Wie der sächsische NPD-Beisitzer **A. Heintje Peter** vom ***NPD KV Plauen-Vogtland*** am 20. Januar 1998 in einer Presseerklärung bekannt gab, plante er zusammen mit seinem NPD-Kreisverband, eine Mahnwache gegen einen ***DGB***-Bus durchzuführen, welcher am 11. Februar 1998 zur Wanderausstellung *»Verbrechen der Wehrmacht«* fahren wollte.

Das 1000. NPD-Mitglied im ***NPD-LV Sachsen*** , das am 25. Januar 1998 vom NPD-Chef **Udo Voigt** und dem Kreisgeschäftsführer **Uwe Leichsenring** im ***NPD-KV Sächsische Schweiz*** aufgenommen wurde, heißt nun **Carmen Steglich** und nicht mehr **Karin Woltersdorf**. Eine 32jährige Sekretärin aus Bad Schandau sollen aber beide gewesen sein.

Am 21. März 1998 demonstrierten etwa 350 NPD-Nazis in Zittau. Etwa 100 Menschen führten eine antifaschistische Gegendemonstration durch.

Am 26. März 1998 gründeten 29 *»Bürgerinnen und Bürger«* den ***NPD-KV Freiberg***. Zum Kreisvorsitzenden wurde der Antikhändler **Ullrich Lambrecht** gewählt.

Da der Mitgliederzuwachs im bis zum März 1998 bestehenden ***KV Dresden/Meißen*** zu groß wurde, wurde der ***KV Meißen/Radebeul*** von Dresden abgenabelt. Kreisvorsitzender wurde der sächsische NPD-Beisitzer **Matthias Paul**.

Ein **Bernd Grett** sucht im NPD-Blatt ***Sachsenstimme*** alles über die ***NDPD*** in der ehem. DDR, da er einen polit. Gesprächskreis mit ehem. Funktionären und Mitgliedern gründen will. Außerdem wirbt **Veronika Morche** (Niederdorfstraße. 15, 01855 Saupsdorf, Tel./Fax: 035974/50456) für ihren Landgasthof & Pension in der Sachsenstimme.

Am 9. Mai 1998 demonstrierten rund 200 Nazis aus Thüringen und Nordbayern in Neuhaus. Mit dem Aufmarsch, der bereits seit mehreren Jahren stattfindet und auch dieses Jahr von der NPD/JN organisiert wurde, wollten die Nazis auf den Tod von **Sandro Weilkes** aufmerksam machen. Dieser war am 6. Mai 1995 während einer Auseinandersetzung mit linken Jugendlichen von einem 15jährigen erstochen worden, nachdem er mit weiteren Nazis den Bruder des Täters brutal zusammengeschlagen hatte.

Prozeß gegen Nazimörder

Nach erfolgreicher Revision standen die beiden Neonazis **Richard »Richi« Lorenz** und **Dieter Müller** Ende April '98 nun erneut vor Gericht. Die beiden hatten im September 1995 den homosexuellen Busfahrer **Klaus-Peter Beer** brutal zusammengeschlagen und anschließend in die Vils geworfen, wo er dann ertrank (siehe WGA # 9). Dafür wurden sie vom Landgericht Amberg wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu zwölf bzw. acht Jahren Haft verurteilt. Lorenz legte gegen das Urteil Revision ein, die vom Bundesgerichtshof zugelassen wurde, so daß der Prozeß noch einmal von vorne aufgerollt werden mußte. Nach bekannter Manier beschuldigten sich die Angeklagten gegenseitig und behaupteten, der jeweils andere hätte Beer zusammengeschlagen. Neu war jedoch ihre Aussage, nach der Tat die Kleider im Wald verbrannt zu haben. Grund hierfür waren die Angaben der Ex-Verlobten Müllers am Vortag des ersten Verhandlungstages bei der Staatsanwaltschaft, womit sie die beiden stark belastete. Dort gab sie u.a. an, die beiden in den Wald gefahren zu haben. Zudem hatte ihr Dieter Müller gesagt, daß sie *»vielleicht jemand umgebracht haben«*. Ihre Aussage vor Gericht fand unter Ausschluß der Angeklagten statt, da sie Angst vor Rache der beiden Täter sowie vor »Kameraden« aus der Nazi-Szene hat. Weitere Zeugen, die sich während der Verhandlung äußerten, belasteten die Angeklagten so stark, daß es das Gericht als erwiesen sah, daß die beiden Beer getötet haben; es bestätigte in der Urteilsverkündung das bei der ersten Verhandlung festgelegte Strafmaß. Allerdings wurden sie diesmal wegen Totschlag verurteilt. Nur aufgrund ihrer Alkoholisierung während der Tat wurden die beiden Neonazis nicht wegen Mordes belangt.

Die beiden Angeklagten wurden schon öfter wegen Übergriffen auf ausländische Menschen und Punks verurteilt. Zudem hatten die beiden bundesweite Verbindungen zu anderen Nazis. Richard Lorenz nahm z.B. an Aufmärschen der ***NF*** wie z.B. 1992 in Kehlheim teil. Die ***Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene (HNG)*** führt Lorenz in ihren Listen auf. Dieter Müller will sich hingegen von seinem rechten Gedankengut verabschiedet haben; angeblich betreibe er nun autogenes Training und meditiere. Die Verhandlungen wurden von mehreren bekannten Ambergern Nazis besucht, die es sich auch nicht nehmen ließen einen anwesenden Reporter mit den Worten *»Du bist der Nächste«* zu bedrohen.

die Polizei 6.500 rechtsradikale Hetzschriften sicher. Der Wohnungsbesitzer steht in Verdacht, in Baden-Württemberg ein Vertriebsnetz für die Broschüre aufbauen zu wollen. Außerdem habe der 46jährige 10.000 rassistische Bücher aus Österreich bezogen. Gegen den Neonazi wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet. Bei einer gleichzeitigen Wohnungsdurchsuchung im bayerischen Dillingen fand die Polizei 650 Exemplare des österreichischen Nazibuches.

★ Die Junge Freiheit schrieb, daß zum neuen Vorsitzenden der Republikanischen Jugend in Baden-Württemberg Markus Burkhard aus Karlsruhe gewählt wurde. Stellvertreter wurden Heiko Auchter aus Heilbronn und Thomas Schäfer aus Karlsruhe.

★ Unter dem Motto »Warum die Republikaner für Deutschland wichtig sind?« fand in Höchberg bei Würzburg ein »Republikanischer Bürgertreff« statt. Ort war die Gaststätte »Zur Linde« in der Sonnenmannstr. 24. Das Info-Telefon (09 303 / 84 89) wurde von Berthold Seifert, Wolfspfad 18, 97246 Eibelstadt eingerichtet.

24. Januar - In Hamburg hielt die rechtsextreme »JLO« (Junge Landsmannschaft Ostpreußen) eine Feier anläßlich des Jahrestages der »Reichsgründung« in der Kapelle in Friedrichsruh ab. Info-Telefon war der Anschluß der Landsmannschaft Ostpreußen (Parkallee 84, 20144 HH), 040 / 414 008 - 0.

★ In Berlin fand ein außerordentlicher Bundesparteitag des »Bund freier Bürger« (BfB) statt, in dessen Mittelpunkt die Fusion mit der »Offensive für Deutschland« stand. Im Anschluß fand ein »geselliger Abend« des BFB - Die Freiheitlichen im Restaurant Nolle, S-Bahnbogen 203 in Berlin-Mitte statt.

★ Die Polizei verhinderte im brandenburgischen Massen bei Finsterwalde ein Naziskinkonzert. Obwohl das Konzert am Tag zuvor verboten wurde, reisten zahlreiche Nazis an, die auf dem Rückweg von der NPD-Demo in Dresden waren. Zwei Nazis wurden vorübergehend festgenommen.

26. Januar - Das Amtsgericht Hainichen verurteilte den 19jährigen Steven Poch wegen Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole zu einer Geldstrafe von 2 900 Mark. Poch hatte im Juli 1996 auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald aus einer Gruppe von zwölf Nazis heraus den Hitlergruß gezeigt, um die TeilnehmerInnen eines Antifa-Jugend-Workcamps des Bundes der Antifaschisten (BdA) zu provozieren.

★ Bündnis 90 / Die Grünen starteten im Bundestag eine Initiative, um ArbeitnehmerInnen ein Verweigerungsrecht für die Produktion

und Weiterverbreitung rechtsradikaler Propaganda einzuräumen.

27. Januar - Am Berliner Bahnhof Grunewald wurde ein Mahnmal für die von den Nazis deportierten Berliner Juden enthüllt. Das Gleis Nummer 17, von dem die Züge in Richtung Osten abfahren, wurde mit einem Stahlgußband eingerahmt. Auf 168 Stahlbauelementen sind die Daten der einzelnen Transporte und die Zahl der jeweils Deportierten vermerkt.

★ Vor dem Mahnmal in der Großen Hamburger Straße in Berlin-Mitte fand eine Kundgebung statt, um der bereits in einem »Berliner Appell« erklärten Forderung nach Entschädigung und politischer Anerkennung aller überlebenden NS-Opfer Nachdruck zu verleihen. Am Abend fand im Senatssaal der Berliner Humboldt-Uni eine Podiumsdiskussion zum Thema »Verfolgung überlebt...und heute?« statt.

28. Januar - Auf ein Flüchtlingsheim in Wald an der Alz (Landkreis Altötting) wurde ein Brandanschlag verübt. Der Brandsatz verfehlte knapp ein Fenster im ersten Stock und fiel zu Boden. HeimbewohnerInnen konnten den Brand löschen. Die Täter hatten an eine Mauer ein Hakenkreuz gesprüht.

★ In Oschersleben (Sachsen-Anhalt) überfielen vier Jungnazis einen Inder und verletzten ihn. Als Motiv gaben die Täter »Fremdenfeindlichkeit« an.

★ Der 22jährige Naziskin Michael H., der im August 1997 in der Berliner Kneipe »Heinersdorfer Krug« einem in zivil gekleideten Polizisten mit einer Stahlrute einen Schädelbruch und ein Hirntrauma zugefügt hatte, ist vom Landgericht Berlin zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden. Gegen andere Nazis wird noch ermittelt. Michael H. war erst Monate später bei einem Konzert des JN-Klampfenquälers und Funktionärs Jörg Hähnel von einem Polizisten wiedererkannt worden. Die Kneipe »Heinersdorfer Krug« war im Herbst '97 ein beliebter Treffpunkt von Nazi-Skins und Hooligans. Zeitweise trafen sich dort bis zu 100 Nazis. Es kam dort mehrere Male zu Übergriffen gegen MigrantInnen.

★ Im mittelhessischen Momberg wurde ein jüdischer Friedhof geschändet. Die Täter sprühten Nazisymbole auf 49 Grabsteine und warfen zehn Grabsteine um.

★ In Gießen fand im Haus der Burschenschaft »Dresdensia-Rugia« (Großer Steinweg 21) eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema »Antifaschismus als Kampf- und Manipulationsinstrument der Linksextremisten«. Eingeladen war u.a. Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter.

29. Januar - Der DVU-Kreisverband Ostholstein/Plön veranstaltete einen Stammtisch. Info- →

REPs

JF 27.3.'98, DESG-Inform 2./3.'98, Der Rep 3/98 - Zum Spitzenkandidaten der ***REP***s in Oberbayern für die Landtagswahl am 13. September 1998 ist der Rosenheimer Kreisrat **Gottfried Schubert** gewählt worden. Auf dem zweiten Platz der Bezirksliste landete der Erdinger Kreisrat **Martin Huber** (Ex-CSU). Bei der REP-Aschermittwochsveranstaltung in Geisenhausen rief der bayerische REP-Landesvorsitzende **Johann Gärtner** und der REP-Bundesvorsitzende **Rolf Schlierer** zum *»Sturm auf das Maximilianeum«* auf. Die REPs sollen in Bayern 5000 Mitglieder mit steigender Tendenz (500 Neuzugänge) haben. Auf dem Landesparteitag der badenwürttembergerischen REPs in Dettingen an der Erms wurden die Kandidaten für die Bundestagswahl nominiert. Auf Platz eins der Landesliste landete Rolf Schlierer, gefolgt von dem Berufsoffizier **Herbert Bastl**, dem Kriminalbeamten **Rüdiger Helfer**, dem Industrie- und Handelskaufmann **Karl August Schaal** und dem Fischzuchtmeister **Wolfgang Meier**. Der REP-Landesvorsitzende **Christian Käs** begründete den Verzicht auf eine Kandidatur damit, daß auch nach dem Einzug in den Bundestag die Landtagsfraktion und der Landesverband weiterarbeiten müßten. Obendrein hat ein Gericht in Heilbronn in letzter Instanz entschieden, daß der REP-Abgeordnete **Schonath** sein »Bürgerbüro« in Schwäbisch-Hall auch gegen den Willen des Vermieters bis ins Jahr 2001 behalten darf.

Nazi-Schulungszentrum

Sonnenbanner 14.-/15. 1998 - Der ***Freundeskreis Nationaler Sozialisten/ Aktion Volkswille (FNS/AV)*** aus Thüringen plant die Einrichtung einer *»Nationalen Politischen Lehr- und Bildungsanstalt für Kader- und Eliteschulung«*. Im nächsten Jahr soll *»ein Gebäude mit genügend großer Fläche»* gekauft werden. Geplant sind hier die *»Schaffung gemmeinnütziger Arbeit«* wie z.B. die *»Pflege hilfsbedürftiger Veteranen/Veteraninnen«*, *»Schulungen zur Weiterbildung befähigter Kameraden/innen«* und natürlich *»Sport und Leibesübungen«* zur *»Stählung des eigenen Körpers«*. Verantwortlich für dieses Projekt zeichnet sich der ehem. ***FAP***'ler **Michael See**, der auch als V.i.s.d.P. für die ***Partei der Arbeit in Deutschland (PdA)*** fungiert und auf der Telefonliste für den Rudolf-Hess-Marsch 1996 in Worms stand (siehe AIB # 42). Bis zu seinem Ausschluß 1994 war Michael See Ortsgruppenleiter der ***Aktion Sauberes Deutschland (ASD)*** in Leinefelde und Funktionär der ***IHV***. Später gründete See die ***Aktion Volkswille***, die sich 1995 mit dem Freundeskreis Nationaler Sozialisten von **Michael Neubauer** zusammentat. Neubauer war bis zu seinem Ausschluß 1994 Ortsgruppenleiter der ASD in Mühlhausen und IHV-Funktionär. Momentan sitzt Neubauer wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Hildburghausen im Gefängnis. Nach eigenen Angaben will er aber eine Verlegung in eine therapeutische Einrichtung beantragen, um seine Haftzeit zu verkürzen und seine Haftbedingungen zu verbessern.

Dienel & Co.

Der aus der Haft entlassene Nazi-Kader **Thomas Dienel** macht wieder von sich reden. So belebte er zusammen mit **Falco Pareigis** (auch Kontaktanschrift für das Nazi-Knast-Zine ***Weißer Wolf*** und Macher der ***Kameradenhilfe***, vormals ***Kameradschaftshilfe***) seine ***Deutsch Nationale Partei (DNP)*** wieder, betreibt das ***NIT Deutschlandsturm*** (03641/5403685) und gibt die ***Mitteldeutsche Stimme*** (Verlag & Redaktion, Georg-Muche-Weg 6 in 99085 Erfurt, Telefon/Fax: 0361-5403684)) heraus. Dienel hat eine Karriere vom ***SED***-Mitglied und ***FDJ***-Funktionär zum Landesgeschäftsführer der ***Deutschen Sexliga*** zum Chef der ***NPD*** in Thüringen hinter sich. Am 20. Juli 1992, kurz nach dem Tod des damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, **Heinz Galinski**, warf Thomas Dienel zusammen mit drei anderen Nazis zwei Schweinekopfhälften in den Vorgarten der jüdischen Gemeinde in Erfurt. Auf einem beigefügten Zettel stand zu lesen: *»Dieses Schwein Galinski ist endlich tot. Noch mehr Juden müssen es sein.«* Dienel arbeitet auch als Redakteur und Mitbegründer im ***Verlag Neues Denken*** mit, dessen Verleger **Wolfgang Bernhardt** Mitglied der NPD sein soll. Dieser Verlag wurde nach Presseberichten vom Thüringer Sozialministerium mit 23.000 Mark Existenzgründungsbeihilfe unterstützt. Außerdem soll die Polizei bei Dienel eine Kopie einer vertraulichen Fotokartei über die rechtsextremistische Szene beschlagnahmt haben, die aus einer Polizeidienststelle »verschwand«. Thüringer Nazis wollten dieses Dokument für eine hohe Summe dem Thüringer Innenministerium zurückverkaufen. Daraufhin wurden zwei Nazis in Kranichfeld festgenommen und die Original-Akte beschlagnahmt. Die Erfurter Staatsanwaltschaft schließt nicht aus, daß die Akte der Nazi-Szene von einem Polizeibeamten zugespielt wurde. Am 13. März '98 soll sich in Erfurt der ***Jungsturm*** der DNP mit 52 Mitgliedern gegründet haben.

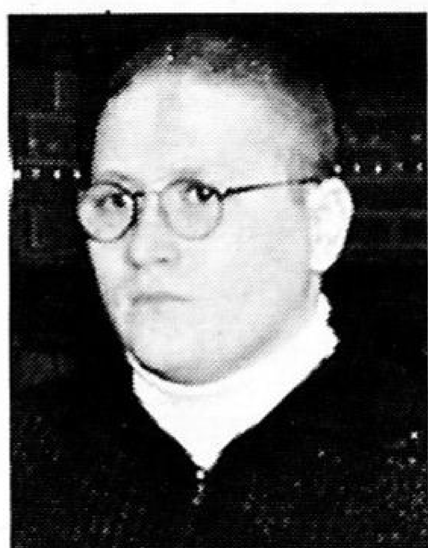


Thomas Dienel

Berlin

Kameradschaften u.a.

Presse - Am 8. April 1998 wurde der 17jährige **Patrick Demmig** zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt, da er zusammen mit **Carsten Müller** einen Bombenanschlag auf ein ***PDS***-Mitglied vorbereitet hatte (siehe WGA #22). Müller, ebenfalls Mitglied der ***Kameradschaft Treptow (KT),*** wurde am 20. Mai 1998 zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Im Zuge der Ermittlungen gegen die KT wurden Ende Mai 1998 die Wohnungen des Kameradschaftsführers **Henryk Wurzel** und seines Stellvertreters durchsucht, da beide strafbare Schriften versandt haben sollen. Unterdessen darf auch der Kameradschaftschef der ***KS Beusselkiez,*** **Mike Penkert**, im Offenen Kanal Berlin wieder auf Sendung gehen, da das Sendeverbot gegen ihn abgelaufen ist. Am 17. April 1998 beschlagnahmte die Polizei unter anderem beim **VBR-Verlag** im Wohnhaus des ***NPD***-Kaders **Frank Schwerdt** etliche CDs der Nazi-Band ***Volksverhetzer***. Schwerdt muß aller Vorraussicht nach bald seine 9-monatige Haftstrafe wegen Verbreitung von NS-Propaganda antreten, da der Bundesgerichtshof seine Revision verwarf. Zum Geburtstag des Hitler-Stellvertreters Hess am 26. April 1998 demonstrierten ca. 40 Nazis vom S-Bhf. Albrechtshof zur Dorfkirche. Ein starkes Polizeiaufgebot begleitete den Marsch, der als Gedenkfeier für die Gefallenen des 1. und 2. Weltkrieges angemeldet worden war. Nach Absingen der »*Wacht am Rhein*« legten die Kameraden noch schnell zwei Kränze am örtlichen Kriegerdenkmal nieder und beendeten ihren Aufmarsch. Am 11. Mai 1998 erhielten die Räumlichkeiten der ***BBZ***-Redaktion in der Waldstraße 21 in Adlershof Besuch von autonomen AntifaschistInnen, welche diese mit Buttersäure und Nebelgas beschädigten. Hier wohnen u.a. **Rita Boenisch** (Ex-***REP, HFB***) , **Rudolf Kendzia** (Ex-NPD, ***Nationale***) und **Rabe**. Auch Frank Schwerdt und diverse Nazi-Firmen nutzen das Gebäude für ihre Aktivitäten.



Patrick Demmig

JN/NPD

Die Berliner ***NPD/JN*** tritt nach wie vor hauptsächlich mit kleineren internen Veranstaltungen und dem Verbreiten ihrer Propaganda auf. So werden in Vierteln mit vielen MigrantInnen (z.B. Kreuzberg) Hauswurfsendungen »*Berlin muß deutsch bleiben*« verteilt und bei Fußballspielen regelmäßig mit Parolen wie »*Kein Pfennig für Deutschlandhalle und Olympiastadion? Aber: Millionen für Besatzer- und Holocaustdenkmäler?!*« agitiert. Da diese Handzettel in den Vereinsfarben gedruckt waren und u.a. den Aufdruck »*NPD für Hertha*« trugen, erwirkte Hertha eine einstweilige Verfügung gegen die NPD, das Flugi nicht weiter zu verbreiten. Andere Flugblätter kann die NPD/JN aber trotzdem unters Fußballvolk bringen, ohne mit Stadionverbot belegt zu werden. Nachdem ca. 20 JN/NPD'ler unter der Führung des profilneurotischen **Andreas Storr** am 11. April 1998 am S-Bhf. Frankfurter Allee ihren Schund verteilt hatten, wurden sie allerdings von engagierten Antifas in die Flucht geschlagen und mußten so ihre Propaganda und einige Kameraden zurücklassen. Ein zweiter Versuch, dort am 16. Mai 1998 zu verteilen, wurde ebenfalls durch das offensive Auftreten von Antifas unterbunden.

Andere & Anderes

Am 26. April 1998 hatten die Rechtsaußen-***CDU***'ler **Ortwin Kuhn** und **Georg Klaffus** den sog. ***Wannseekreis*** zu einer Diskussion mit dem Nazi-Theoretiker und Bundeswehrgeneral a.d. **Reinhard Uhle Wetter** geladen. An der Veranstaltung in der Raststätte Grunewald nahmen ca. 60 CDU-Konservative und Rechtsaußenmitglieder teil. Passenderweise am 1. Mai 1998 stellte der neurechte Publizist **Ansgar Graw** zusammen mit dem RAF-Mitbegründer und jetzigem ***Junge Freiheit***-Star **Horst Mahler** sein neuestes Werk im Hotel Interconti vor. In der Nacht zum 1. Mai, gegen 0.30 Uhr, versammelten sich mehrere rechte Hools im »Gasthaus zur Wurzel« und verprügelten mehrere Besucher des nahegelegenen Walpurgisfestes, woraufhin es zu Auseinandersetzungen mit einigen eher linken Jugendlichen kam. Trotz der übermäßig hohen Polizeidichte im Prenzlauer Berg an diesem Tag griff die Polizei erst nach ca. 20 Minuten ein. Zwei größere Veranstaltungen mit **Manfred Brunner** und **Heiner Kappel** und jeweils einigen hundert Teilnehmern führte auch der ***Bund freier Bürger/Offensive für Deutschland*** durch, am 8. April 1998 im Berlin Pavillon und am 4. Mai 1998 in der Kongreßhalle am Alexanderplatz. Bei beiden Veranstaltungen blieben die Junge Freiheit (JF) lesenden Mittvierziger nebst einigen Jungnazis weitestgehend unter sich. Am 19. Mai 1998 fand seit längerer Zeit wieder eine Vortragsveranstaltung der faschistischen Kaderschmiede ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V. (BKP)*** statt. Hier trat **Felix Buck** (***NPD***, **GfP**) als Redner auf.

Nummer war: 0 45 03 / 59 85 (Bernd Hoffmann, Birkenallee 64, 23669 Timmendorfer Strand).
★ Der Tübinger REP-KV organisierte im nahegelegenen Rottenburg (Ba-Wü) eine öffentliche Vortragsveranstaltung in der Gaststätte des Kleintierzüchterheims im Rutenweg 11, Infotelefon: 07 472 / 223 42.
31. Januar - Der DVU-Landesverband Berlin organisierte eine Veranstaltung. Info-Nummer: 030 / 411 80 59 (DVU, LV-Berlin, Oranienburger Str. 8, 13437 Berlin).
★ Der Landesverband NRW des rechtsextremen »Witikobundes« organisierte in Düsseldorf eine Vortragsveranstaltung mit ihrem Bundesvorsitzenden Rudolf Übelacker. Thematisch ging es um die »Sudetendeutsche Frage im innertschechischen Konflikt«. Das Treffen fand im »Gerhart-Hauptmann-Haus« in der Bismarckstr. 90 statt. Das Infotelefon (02 389 / 511 39) wurde von Hans-Werner Wanie, 59192 Bergkamen) eingerichtet.
★ In Blankenburg wurde ein Inder von sechs Männern überfallen und beraubt. Dabei wurden ihm Schnittwunden im Gesicht zugefügt. Einer der Täter wurde bereits ermittelt.
★ In Düsseldorf fand eine Antifademo der Antifa KOK anläßlich des 65. Jahrestages der Machtübertragung an die Faschisten mit ca. 1200 Personen statt. Im Stadtteil Flingern wurde vor den Wohnhäusern der Betreiber des faschistischen NIT Rheinland demonstriert.
1. Februar - Ein »Arbeitskreis Unsere Deutsche Sprache« (ARKUS) gründete sich, der vom Mechtersheimer-Verein »Unser Land - Wissenschaftliche Stiftung für Deutschland« getragen wird. Stellvertretender Vorsitzender ist Hannes Kaschkat, Burschenschaftsmitglied und Autor der Nazi-Zeitung »Junge Freiheit«.
3. Februar - Zum Thema »Schicksalsjahr 1998?« führte der REP-KV-Frankfurt/Main eine öffentliche Infoveranstaltung mit ihrem Kreisvorsitzenden Christoph Schlicher durch. Ort der Veranstaltung war die Gaststätte »Frankfurter Hof« in der Hanauer Landstr. 507.
5. Februar - Der »Bund freier Bürger« lud über die »JF« zu einer Vortragsveranstaltung unter dem Motto »Medienalltag in Deutschland - Anspruch und Wirklichkeit« nach Pforzheim. Redner war Thomas Kötter. Das Treffen fand im »Benchiser Hof (Habermehlstr. 30) statt. Das Infotelefon (07 21 / 573 962) gehört Bernd Eschenbrenner, Bertold-Brecht-Str. 90, 76189 Karlsruhe.
★ In Bonn fand im Haus der »Alten Breslauer Burschenschaft der Razeks« (Johannes-Henry-Str. 18) eine Vortragsveranstaltung zum Thema »Strafjustiz als politisches Herrschaftsinstrument von SED und MfS« statt.

→

★ Während einer Demo gegen Arbeitslosigkeit in Altenburg verteilten mehrere Nazis Flugblätter. In den Tagen davor und danach wurden in Altenburgs Neubaugebieten Nord und Süd-Ost Flugblätter der Reps in Briefkästen gesteckt.
★ Der Nazi Erhard Kemper wurde vom Schöffengericht Münster wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einem Jahr Haft verurteilt. Der 69jährige hatte 1984 den Landesverband NRW der FAP gegründet und unterhielt jahrelang des FAP-Postfach. Er war auch im Landesvorstand. Desweiteren tritt er auch als freier Mitarbeiter der im »Nationalen Medienverbund« organisierten »Zeitungen der nationalen Erneuerung« auf.
6. Februar - Unbekannte schändeten den jüdischen Friedhof in Guben. Neun Grabsteine und ein Gedenkstein wurden umgeworfen.
★ Acht Tatverdächtige des Brandanschlags auf das Alternative Jugendcafé in Angermünde wurden ermittelt. Drei wurden verhaftet, gegen vier wurden Haftbefehle wegen versuchten Mordes beantragt, darunter zwei Jugendliche und ein Heranwachsender.
★ Die »JF« schrieb, daß die REPs im nordbadischen St. Leon-Rot zwei Direktkandidaten für die Bundestagswahl aufgestellt haben. Für Heidelberg wurde der 43jährige Sinsheimer Augenarzt Albert Baumgärtner nominiert, im Wahlkreis Rhein-Neckar wurde der 44jährige Radio- und Fernsehtechniker Hubert Jungbauer nominiert.
★ In Neu-Ulm wurde ein Kreisverband des »Bund freier Bürger - Offensive für Deutschland« (BfB-OfD) gegründet. Zum Vorsitzenden wurde der Arzt Cornelius Junghans gewählt.
★ In Wittstock wurde ein Brandanschlag auf einen türkischen Imbiß verübt. Vier Jugendliche wurden festgenommen, am nächsten Tag jedoch wieder freigelassen.
★ In Heidelberg verübten autonome AntifaschistInnen einen Anschlag auf einen Reisebus der Firma Kaeferstein und hinterließen die Botschaft »Keine Nazibusse nach Passau - NPD-Kongress verhindern«.
★ In Dettingen fand der Parteitag der Republikaner statt. Dagegen protestierten bei einer Kundgebung etwa 600 AntifaschistInnen.
9. Februar - Im Dolgenbrodtprozeß vor dem Landgericht Frankfurt/Oder nahm die Verteidigung des Fliesenlegers Pierre S. die Berufungsbeschwerde zurück, so daß dieser seine Bewährungsstrafe wegen Falschaussage behält.
★ In München hielt Wilfried Biedermann, Kreisvorsitzender des BfB, im Restaurant »Rhaetenhaus« (Luisenstr. 27) bei einer Veranstal- →

Brandenburg

Razzia bei Nazis

BeZe, Tsp, taz 7.5./12.5.1998 - Die Polizei hat am 6. Mai 1998 ca. 40 Wohnungen von Mitgliedern faschistischer Vereinigungen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt durchsucht. Mit Eberswalde, Lehnin, Cottbus, Schwedt, Belzig, Beelitz und Senftenberg lag der Schwerpunkt in Brandenburg. In Lehnin und Belzig wurden 130 Sprenggranaten, 5 Karabiner, Munition und Sprengstoff gefunden. Nun ermittelt die Potsdamer Staatsanwaltschaft gegen 39 Nazis wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung.

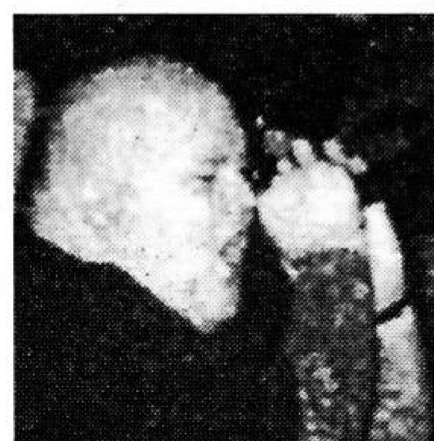
Demoverbot für Antifas

BeZe, taz, Tsp, ND 11.5.1998 - Eine Demonstration Antifaschistischer Gruppen in Premnitz anläßlich des 8. Mai 1945 wurde bereits im Vorfeld vom Polizeipräsidium Oranienburg wegen »zu erwartender Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« verboten. Anlaß dafür war eine vom Berliner Nazikader **Frank Schwerdt** angemeldete Gegendemonstration unter dem Motto: »*8. Mai - Kein Tag der Befreiung*«. Bei der Demonstration handelte es sich um eine Scheinanmeldung, die das Polizeipräsidium dankend zum Anlaß nahm, die antifaschistische Demonstration zu kriminalisieren.

Jugendamt förderte Nazis

ND, BM, JW, BeZe 15. 4. 1998 - Das Potsdamer Jugendamt hat über mehrere Jahre die Naziband ***Prossenheads*** gefördert. Die Band hatte von 1994 bis April 1998 im ***Club 18*** des Plattenbauviertels am Stern einen Proberaum genutzt und organisatorische sowie technische Hilfe erhalten. Seit 1996 tritt der Sänger **Uwe Menzel**, der bis 1992 der ***Nationalistischen Front (NF)*** angehörte, regelmäßig mit seinen »Kameraden« bei illegalen Konzerten der Naziszene auf, u.a. in Leisning, Brüssow oder am 17. Januar 1998 in Pirna bei Dresden. Nach dem Konzert in Leisning, welches aufgrund großen öffentlichen Drucks unterbunden wurde, zogen bewaffnete Konzertbesucher zum örtlichen Flüchtlingsheim. Staatsschutz und Stadtverwaltung übten sich nach dem Bekanntwerden der Vorfälle im Verharmlosen und schlossen die Band am 6. April 1998 schließlich aus dem Jugendclub aus.

Sänger: Uwe Menzel



NPD/JN Brandenburg

Presse - Bei den kommenden Kommunalwahlen in Brandenburg will die ***NPD*** in 12 Gemeinden kandidieren. Im Mittelpunkt der Wahlwerbung soll die »*Verhinderung des weiteren Zustroms von Asylbetrügern nach Brandenburg*«, der Abriß antifaschistischer Denkmäler sowie die Abschaffung der Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragten stehen. Die eingesparten Gelder sollen dann in »*nationale Jugendprojekte*« fließen. Daß sich die NPD/JN im Wahlkampf nicht nur mit dem Pflanzen von deutschen Roteichen wie am 6. April 1998 in Frankfurt/Oder beschäftigen wird, verdeutlichten sie am 13. April 1998 in Selchow. Nur 15 Minuten nach der telefonischen Absage für evtl. Räume im Medien-Hotel für die NPD fuhren mehrere Autos mit insgesamt 15 Nazis vor, um mit den Worten: »*Kein Zimmer, du Kanakenliebling*« das Hotel zu stürmen und den Portier mit einer Schreckschußpistole zu beschießen. Und obwohl der Angestellte sich dann ebenfalls mit einer Gaspistole verteidigte, konnten die Täter trotz eingeleiteter Ringfahndung unerkannt entkommen. Bereits Ende März 1998 wurde der 20jährige **Andre Werner** aus dem engen Umfeld der ***JN*** zu einem Jahr Haft verurteilt, weil er am 12. März 1998 zusammen mit dem 19jährigen **Enrico Klaus G.** einen polnischen Studenten mit Waffengewalt fotografierte. Von dem Studenten, der sich in der ***Antifaschistischen Initiative*** engagierte, verabschiedeten sie sich mit den Worten: »*Gruß von der Anti-Antifa*«. Seit Mai 1998 kursieren in Frankfurt/Oder die ***Frankfurter Frontberichte*** der sog. ***Anti-Antifa***, unter den dort aufgelisteten Adressen von vermeintlichen Linken in der Oderstadt findet sich die Aufforderung: »*Kameraden, laßt euch was einfallen*«.

Cottbus

Am 2. April 1998 verübten bisher Unbekannte einen Brandanschlag auf das Eine-Welt-Haus in Cottbus. Da die Besucher des nahen Jugendbegegnungszentrums das Feuer im Eingangsbereich schnell löschen konnten, entstand kein größerer Schaden. Am darauffolgenden Tag demonstrierten dann ca. 120 AntifaschistInnen aus Cottbus und Umgebung lautstark und ohne Störungen in der Innenstadt. Am Abend rotteten sich dann 40-50 Nazis 50 Meter vom Eine-Welt-Haus entfernt an der Kneipe «Trinkhaus Nr. 1« zusammen. Die Polizei reagierte mit Platzverweisen gegen die etwa 100 noch anwesenden Antifas.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Rechte Parteien zur Wahl

Presse - Eine rechte Listenvereinigung aus ***DSU, REPs*** und der ***Demokratischen Erneuerung (DE)*** wurde wegen Formfehlern nicht zur Sachsen-Anhalt-Wahl zugelassen. Spitzenkandidatin war die Magdeburgerin **Eve Reinhold** von den REPs, auf Platz zwei folgte der DSU-Landesvorsitzende **Joachim Nothdurft** und als Dritter trat für die DE **Peter Walde** an. Die Landesliste des **Bund freier Bürger (*BfB*)** in Meck-Pomm wird angeführt von **Achim Fahs**, auf den weiteren Plätzen folgen **Sibylle Valentin, Willy Lehmann, Ronny Polack** und **Frank Bölter**.

In Hamburg landete der BfB-Landesvorsitzende **Kristof Berking** auf Platz 1 der Landesliste, auf den weiteren Plätzen folgen **Lothar Anders, Jochen Dohrmann, Bettina Landmesser** und **Karsten Schönfeld**.

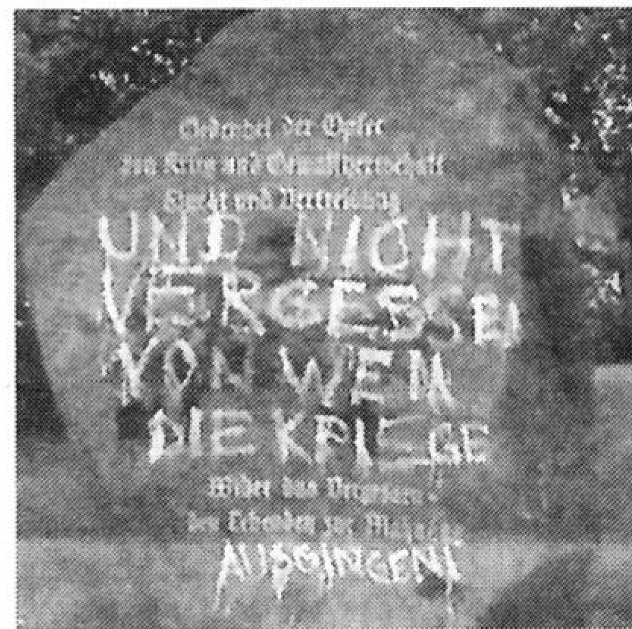
Die REP-Landesliste für Schleswig-Holstein wird von dem Lübecker Versicherungsmakler **Henning Raffel** angeführt. In den baden-württembergischen Wahlkreisen kandidieren **Rudolf Förster** und **Heinz P. Barth** als Direktkandidaten. In Frankfurt wurde **Klaus Sauer** erneut zum Fraktionsvorsitzenden der REPs in den Römer gewählt, Stellvertreter wurden **Hein Lämmer** und **Ralf Staudt**.

Die beiden einzigen kommunalen Mandatsträger der REPs in Hannover, **Gerhard Wruck** und **Günter Lüdtke**, haben ihre bisherige Partei verlassen. Zuammen mit den Kommunalpolitikern haben noch weitere 25 REP-Mitglieder ihren Austritt erklärt, *»da nur eine deutlich rechtere Politik die Substanz des Volkes bewahren kann«*. Mit den REPs sei für sie kein Staat mehr zu machen. Zudem dürfte der REP-Landesverband faktisch pleite sein, obwohl er mit der aktivste in Niedersachsen war. Ein weiterer Aspekt, der den niedersächsischen REPS nicht gerade zu Ruhm verhalf, war die Fälschung von Unterschriftenlisten in Hameln. **Uwe Pilz**, Kreisvorsitzender der REPs Lüneburg, erklärte in einem rechtsextremen Online Dienst ohne dienstliche Konsequenzen, er sei der höchste aktive Dienstgrad in der Bundeswehr, der für die REPs eintrete. Dagegen wurde der REP-Kreisrat und Bundestagskandidat im Wahlkreis Lörrach-Mülheim, **Siegfried Dieck**, als Stabsfeldwebel der Reserve von allen dienstlichen Veranstaltungen ausgeschlossen, da er gegen die politische Treuepflicht verstieße.

Nazidemos behindert

Alhambra & Antifa in Stralsund - Am 5. April 1998 kam es in Cloppenburg/Münsterland zu einer Demonstration von ca. 100 Nazis unter dem Motto: *»Todesstrafe für Kinderschänder«*. Ca. 70 AntifaschistInnen versuchten den Aufmarsch zu beenden, was leider von der Polizei vereitelt wurde. Siehe Artikel in diesem AIB.

Für Samstag, den 9. Mai 1998 , hatte ein bis dahin unbekannter ***Arbeitskreis 9. Mai*** einen Demonstrationszug durch die Stralsunder Innenstadt unter dem merkwürdigen Motto "*Gegen Vertreibung, Gewaltherrschaft und Faschismus*" angemeldet. Obwohl es sich bereits in der Stadt herumgesprochen hatte, daß Nazis aufmarschieren wollen, sahen die Stadtverwaltung, die Parteien und Gewerkschaften keine Veranlassung, den möglichen Naziaufmarsch zu verhindern. Es blieb - wie schon so oft in den letzten Monaten - die Sache der Antifas, sich den Nazis in den Weg zu stellen. Obwohl sie zu wenige waren, griffen sie den Treffpunkt der Faschisten an. Überrascht von einem solchen Protest, suchten die Nazis hinter einer Polizeikette Schutz. Bereits auf dem Hinweg wurden mehrere von Ihnen angegriffen und vertrieben, darunter der ***NPD***-Kreisvorsitzende Stralsund **Matthias Meyer** und der Pressesprecher **Axel Möller**. Während Sondereinsatzkräfte der Schweriner Polizei unter lautstarkem Protest die Demonstrationsroute immer wieder freiräumten und dabei einzelne Antifas in Seitenstraßen abdrängten, zogen die cirka 120 Nazis mit NPD-Transparenten und JN-Fahnen schweigend durch die Stadt. Ziel ihrer Demo war ein beschmierter Gedenkstein für Opfer von Vertreibung, der vor einem Jahr vom ***Bund der Vertriebenen*** errichtet worden war. In der Nachbereitung des Wochenendes hat sich ein erfreulich großes Spektrum zusammengefunden und beschlossen, in Zukunft gemeinsam besser aufzupassen und Initiativen zu entwickeln, daß die Nazis wieder in die Defensive gedrängt werden.



BDV-Stein: »Und nicht vergessen von wem die Kriege ausgingen«.

Um die Fahrt zum NPD/JN - Naziaufmarsch am 1. Mai 1998 zu behindern, zündeten Antifaschistische Gruppen in der Nacht des 30. April 1998 den VW-Bus des hannoveranischen Nazi-Aktivisten **Tobi Quellmalz** an. Bei **Dirk Arnemann**, ebenfalls ein Hannoveraner Nazi, gingen die Scheiben zu Bruch.

tung des BfB einen Vortrag über die »Euro-Lüge«.

10. Februar - In Frankfurt/Oder wurde der 19jährige Enrico J. festgenommen, der im Oktober 1997 einen polnischen Studenten geschlagen hatte.

★ In Berlin-Prenzlauer Berg beschäftigte sich der Kinder- und Jugendhilfeausschuß mit dem Jugend-Club »Baracke«, in dem laut Bund der Antifaschisten (BdA) Neonazis verkehren.

★ In Frankfurt/Main führte der städtische Kreisverband der Reps eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit »Mandats- und Funktionsträgern« durch. Ort: Sport- und Kulturhalle Unterliederbach, Hans-Böckler-Str. 4.

12. Februar - Im Offenen Kanal Berlin fand erneut eine Sendung des »Radio Germania« statt. Das Radio wird vom Neonazi Mike Penkert von der »Kameradschaft Beusselkiez« organisiert. Moderator ist Siegfried Quaißer.

★ Das Bundesverwaltungsgericht entschied in Berlin, daß die Reps keine rechtsfähige politische Stiftung errichten dürfen, weil diese auf die Mißachtung der Menschenwürde der in Deutschland lebenden Ausländer und die Abschaffung der pluralistischen Demokratie gerichtet sei.

13. Februar - Im Kursaal von Stuttgart-Bad Cannstatt fand eine Veranstaltung des rechtsradikalen »Cannstatter Kreises« mit Harald Neubauer zum Thema »Political Correctness und Meinungsfreiheit« statt.

★ Im Rathaus Berlin-Tempelhof fand eine Veranstaltung der Reps mit Otto Oesterle statt. Infotelefon war die Nummer 030 / 606 86 14 aus Berlin-Neukölln.

★ In Dresden rief der DVU-KV zu einer Kranzniederlegung »zum Gedenken an die Bomben-Opfer« auf. Infotelefone waren 03 51 / 890 03 88 sowie 09 11 / 261 258.

★ Im thüringischen Altenburg wurde ein Jugendlicher von zwei maskierten Nazis, die in einem grauen VW Passat unterwegs waren, zusammengeschlagen.

★ In Wittstock sangen mehrere Nazis rechte Lieder und gröhlten Nazi-Parolen. 14 Nazis (Alter: 14 bis 19 Jahre) wurden festgenommen.

14. Februar - Der REP-KV-Speyer (Rheinland-Pfalz) organisierte ein Schlachtfest, welches in der Gaststätte »Gut Flug« in Speyer-Taubenheim stattfand.

15. Februar - Ein politischer Frühschoppen, organisiert vom Kreisverband der REPs in Heilbronn, fand in der Gaststätte »Silberne Kanne« (Mönchseestr. 57) statt. Eingeladen war Kreisvorsitzender Alfred Dagenbach (MdL), der wiederum seine private REP-Homepage besitzt: http://home.t-online.de/home/dagenbach/termine.htm.

mentiert. Zur Begründung muß die Natur herhalten: Der neuheidnische Faschist wähnt sich im Einklang mit der Natur, die Natur wird als positives Vorbild für die menschliche Gesellschaft genommen. Es gilt »*fressen und gefressen werden*« sowie das Recht des Stärkeren. Weder gäbe es ein Recht auf Leben, noch gäbe es in der Natur Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer oder gar Solidarität. Was hier als naturnah daherkommt und sich mit den Gesetzen des Kosmos in Einklang wähnt, sind kaum verhüllte Frontalangriffe auf emanzipatorisches Denken und den Versuch, gesellschaftliche Zustände zu erklären. Auch die angeblich durch ihre Gebärfähigkeit und ihren Zyklus der Natur nähere Frau wird mit dieser Argumentation nur auf ihre Rolle an Heim und Herd festgeschrieben.



Zeichen für den Einfluß des Heidentums in der Nazi-Szene: Der Nazi-Band NORDWIND WIKINGER dienen Name und Symbol zu Marketingzwecken, da sich beides gut verkaufen läßt

Teilhabe am Göttlichen

Aus Feuer und Eis wurden der neuheidnischen Religion zufolge Welt und Götter in einem Zug geschaffen. Aus diesem Schöpfungsmythos leiten Faschisten her, daß auch ihnen und damit auch ihrem menschenverachtenden Tun etwas Göttliches inne sei. Im »*Judäochristentum*« hingegen erschuf Gott die Welt aus dem Nichts, hier stehen sich Gott und Mensch also gegenüber. Verkleistert wird diese Selbstvergöttlichung im Neuheidentum mit dem Begriff der »*Ganzheitlichkeit*«.

Dieses ideologische Grundgerüst ist mit verschiedenen kleineren Abweichungen für die gesamte neuheidnische Szene gültig. Auch wenn »neurechte« Ideologen wie die genannten Alain de Benoist und Henning Eichberg diese Grundsätze neu-formulierten und dabei sprachlich darauf bedacht waren, daß breitere Kreise z.B. der Esoterikszene oder der Ökologiebewegung für diese Inhalte empfänglich wurden, sind diese Theorien nicht neu. Wichtige Vordenker waren zum Beispiel JÖRG LANZ VON LIEBENFELS (1874-1954) und GUIDO VON LIST (1848-1919). Letzterer verfaßte Werke über das »*ario-germanische Weistum*«. Er entwickelte die moderne Runenlehre und eine spezielle Rassentheorie. Auf dem Höhepunkt der menschlichen Entwicklung befände sich die arische Rasse. Die »Ariogermanen« werden als Ausgangs- und Endpunkt göttlicher, kulturschöpfender Entwicklung bezeichnet. Nach List ist die Weltherrschaft der Germanen schicksalhaft und vorbestimmt. Seine Lehren sind extrem antisemitisch und frauenfeindlich; Frauen sind für ihn aufgrund »*ihrer Lasterhaftigkeit*« »*rassezersetzende*« Sünderinnen. Jörg Lanz von Liebenfels beschreibt die Menschheit zweigeteilt. Neben den »*blonden, kulturbringenden Ario-Heroen*« stehen die »*dunkelhäutigen, kulturzersetzenden Sodomsäfflinge*«. Liebenfels, den der Historiker Daim als »*Mann, der Hitler die Ideen gab*« bezeichnete, gründete um 1900 den NEUTEMPLER-ORDEN (ORDI NOVI TEMPLIS, ONT). Der ONT galt als »*arische Streitergemeinschaft gegen Untermenschentum und Minderrassigkeit*«. Im ONT und in seinen Schriften produzierte sich Liebenfels mit Rassezucht, Zwangsarbeit und Sterilisation als Retter des Ariertums. Hier wurden Gedanken formuliert, die Krieg als Planungsmittel zur Umsetzung der Rassezucht einschlossen.

Ein germanengläubiger Zirkel, die THULE-GESELLSCHAFT, war auch die Keimzelle der NSDAP. Auf der Grundlage jenes germanisch-arischen Weltbildes, das Männer wie Liebenfels und List vorfomulierten, trafen sich hier Personen wie HIMMLER, ROSENBERG, HEß, STREICHER und auch HITLER. In der Tradition dieser historischen THULE GESELLSCHAFT steht heute das THULE SEMINAR in Kassel. Neben »neurechten« Agitationsfeldern wie »*Nationale Identität*« oder »*Ethnopluralismus*« (s. AIB Nr. 42 u. 43) ist Neuheidentum fester Bestandteil des Programmes des Thule-Seminars und seiner Zeitschrift ELEMENTE.

Aber nicht nur in der faschistischen Ideologie spielt das Neuheidentum eine Rolle. In der BRD existieren eine Vielzahl verschiedenster germanentümelnder Organisationen, deren Relevanz weniger in ihrer Größe, als vielmehr in ihrer Funktion für ihre faschistischen Führer liegt. Neben diesen primär heidnischen Organisationen finden wir Versatzstücke des Neuheidentums – z.B. in Form von Sonnwendfeiern – auch bei anderen faschistischen Organisationen. Hier geht es um Gemeinschaftserlebnis, mystische Bindung und Zugehörigkeit. Durch die Esoterikszene verbreitet sich germanentümelndes Neuheidentum in immer breitere gesellschaftliche Kreise. Dabei verändern sich die Argumentationen und die vertretenen Werte meist kaum, lediglich Wortwahl und Begründungsmuster sind oft an die Landvolk-, Alternativ- und Kommunebewegung angepaßt. ■

die Goden allerdings erfahren, da sie durch Ventker gute Verbindungen sowohl zum burschenschaftlichen, als auch zum militant-faschistischen Bereich halten. Wichtige Mitglieder dieser Gruppierungen sind die beiden Naziterroristen MANFRED ROEDER beim Gund der Goden und GUNNAR PAHL bei den Goden.

Die Ludendorffer / Bund für Gotterkenntnis (BfG)

Die von MATHILDE LUDENDORFF, der Frau des Weltkriegsgenerals ERICH LUDENDORFF, gegründete und ideologisch geprägte Gemeinschaft wurde nach dem Krieg kurzzeitig verboten. Heute wird sie von GUNTHER DUDA geführt. Interessant ist die alteingesessene Gemeinschaft durch prominente Mitglieder und gute Kontakte, wie z.B. zu den Geschichtsrevisionisten ROLAND BOHLINGER und ALFRED SCHICKEL.

Die Germanische Glaubensgemeinschaft (GGG)

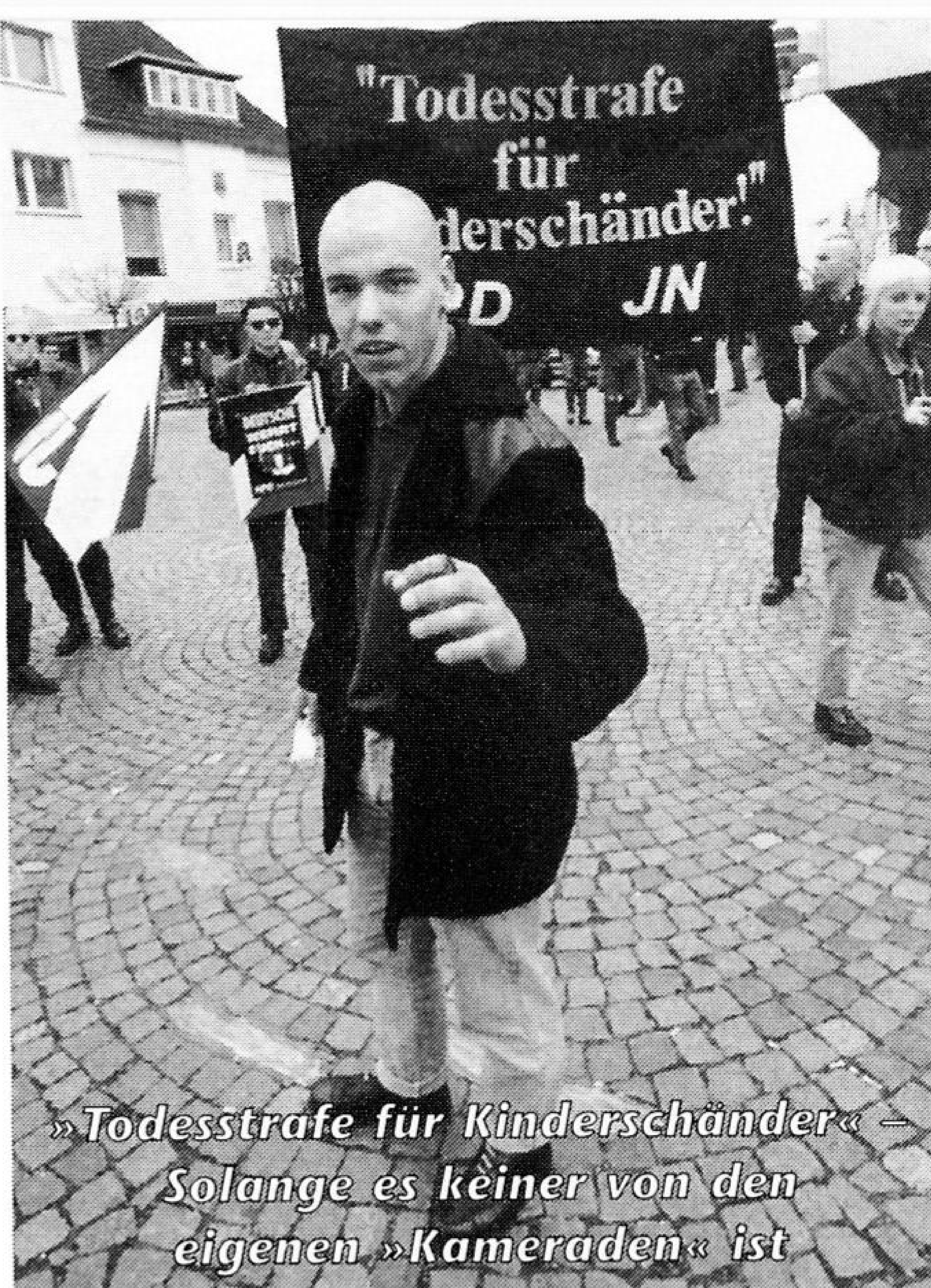
Ideologischer Kopf dieser Gruppe ist der grüne (ex)-Armane GEZA VON NEMENYI. Er argumentiert mit »neurechten« Begründungen, versteckt ihren Rassismus am geschicktesten und hat die besten Verbindungen in die Alternativszene. Einigen dürfte noch der Skandal um den Berliner Landesverband der GRÜNEN, der wegen neofaschistischer Tendenzen aus den Grünen ausgeschlossen wurde, in Erinnerung sein. Die GGG war der Hintergrund dieses Skandals.

Deutsche Unitarische Religionsgemeinschaft (DUR)

Die 1947 von NS-Kadern gegründete Gemeinschaft hat inzwischen an Bedeutung verloren. Sie existiert heute in zwei Gruppen weiter, zum einen in der ideologisch ausgerichteten durch die »neurechte« SIEGRID HUNKE geprägten DUR, zum anderen in dem praxisorientierteren BUND DEUTSCHER UNITARIER, der bis heute gute Verbindungen in die neofaschistische Szene hat.

Weiterführende Literatur:
- Kratz, Peter: Die Götter des New Age, Berlin 1994
- Gugenberger, Eduart und Schweidlenka, Roman: Mutter Erde, Magie und Politik, Wien 1978
- Haack, Friedrich Wilhelm: Wotans Wiederkehr, München 1981
- Schnurbein, Stefanie: Religion als Kulturkritik

Sexueller Mißbrauch an Mädchen und Jungen wird gerne verschwiegen und als »feministisches Kampfthema« diffamiert. Eine Auseinandersetzung um die Ursachen von Mißbrauch und Vergewaltigungen – eine patriarchale Gesellschaft, in der Männer u.a. über Sexualität ihre Macht über Frauen ausüben – findet nach wie vor kaum statt. Stattdessen »entdecken« Medien und Politiker Sexualverbrechen an Kindern als »Thema«, bei dem sich alle gruselnd über die Täter empören, weiße Westen zeigen und härtere Strafen fordern können. Angesichts der herrschenden Doppelmoral wundert es kaum, daß auch Neonazis versuchen, auf den Zug aufzuspringen, und lauthals »die Todesstrafe für Kinderschänder« fordern, wie am 5. April bei einem Aufmarsch in Cloppenburg.



»Todesstrafe für Kinderschänder« – Solange es keiner von den eigenen »Kameraden« ist

Der Ruf nach Todesstrafe

Die niedersächsische Kleinstadt Cloppenburg hatten sich die Anmelder von der NPD/JN nicht ohne Grund ausgesucht. Wenige Tage vor dem Aufmarsch fiel eine 11jährige einem Sexualmord zum Opfer. Diese Tat ereignete sich in der rund 15 Kilometer von Cloppenburg entfernten Ortschaft Strücklingen. Die Neonazis hofften, daß sie mit der Forderung ihres Aufmarsches in der Öffentlichkeit auf Zustimmung treffen würden, schließlich lag die grausame Tat erst wenige Tage zurück.

Um nicht noch mehr Aufsehen um die neonazistische Demonstration und den Mord an dem Mädchen zu machen, hatten die Cloppenburger Behörden kurzerhand den rechten Aufmarsch genehmigt. Gekommen waren unter anderem GdNF-Kader CHRISTIAN WORCH und seine norddeutschen Neonazikameradschaften. Und ohne Worch lief an diesem Tag nichts.

Anfangs versuchten AntifaschistInnen, dem rechten Mob entgegen zu treten. Doch schon beim ersten Versuch, den Nazis den Platz streitig zu machen, bekamen sie dann zu spüren, was es heißt, sich einer genehmigten Neonazi-Demonstration in den Weg zu stellen. MEK-Gruppen der Polizei sicherten mit ihren Knüppeln die gesamte Aufmarschroute. Jeder und jede, die nicht in das klassische bürgerliche Umfeld von Cloppenburg paßte und zugleich den Eindruck erweckte, eine antifaschistische Grundhaltung zu haben, wurde, wenn er/sie noch Glück hatte, nur des Platzes verwiesen. In der Regel wurden die AntifaschistInnen aber erst einmal ins Polizeigewahrsam gebracht. In der rechten Internet-Zeitschrift PERSPEKTIVE liest sich dies – wen wundert es – ganz anders: *»Es kam zu einem Angriff (...) auf die Teilnehmer der Demo. (..) Die Polizeibeamten, die den Demonstrationszug begleiteten, suchten erst einmal das Weite. (..) Das Losrennen von 40 jungen Nationalisten auf den roten Mob zu, reichte aus, um diese in die Flucht zu schlagen.«* Die erhoffte Zustimmung aus der Bevölkerung erhielten die Neonazis in Cloppenburg allerdings nicht. Zwar hatte die Polizei alle offensichtlichen Linken von dem Aufzug fernhalten können. Aber sie war nicht in der Lage, »ordentliche« Cloppenburger BürgerInnen von der Straße zu prügeln. Immer wieder hörte mensch von ihnen: *»Aufhören, seid doch still.«* So zog der Aufmarsch, geschützt von Polizei und neonazistischen Ordnern, unter denen sich auch der Bielefelder Neonazikader BERND STEHMANN befand, schnellen Schrittes durch die Kleinstadt.

Die Parole »Todesstrafe für Kinderschänder« scheint derzeit in rechten Kreisen ein beliebtes Agitationsfeld zu sein. Im Frühjahr diesen Jahres hat sich eine sogenannte INITIATIVE – TODESSTRAFE FÜR KINDERSCHÄNDER, die bundesweit Unterschriften sammelt, gegründet. In einem Aufruf bittet die Initiative den Justizminister des Bundes, sie bei ihrer Forderung nach einer Strafrechtsverschärfung zu unterstützen. Presserechtlich verantwortlich und Kontaktanschrift für die Initiative ist der Neonazi K. MAAßEN aus dem nordrhein-westfälischen Bochum. In den HNG-NACHRICHTEN der HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGEN (HNG) sucht Maaßen Kontakt zu Kameraden, die mit ihm die Initiative führen wollen.

Daß es sich bei dem scheinbaren Kampf der Neonazis gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern nur um öffentlichkeitswirksame Aktionen und nicht um einen Kampf gegen sexuelle Gewalt und Unterdrückung handelt, liegt auf der Hand. In Bundeswehrvideos stellen Neonazis Vergewaltigungsszene nach, so als gehörten sie zum guten Ton. Und der dreifache Neonazimörder und Vergewaltiger THOMAS LEMKE aus Gladbeck erfreute sich in seinem Prozeß vor dem Essener Landgericht größter Solidarität aus der bundesweiten Naziszene. Den Prozeß beobachteten neben dem HNG-Funktionär ERHARD KEMPER auch die JN-Kader MELANIE DITTMER und ANDREAS POSSELT. Sie amüsierten sich sichtlich bei der Verlesung der Protokollaussagen zu den Vergewaltigungen und witzelten zu den Aussagen der Gerichtsmediziner, als diese die Verletzungen der von Lemke vergewaltigten und ermordeten Frauen beschrieben. Und im WEIßEN WOLF, einem Nazirundbrief, der bis Ende 1996 in der JVA Brandenburg hergestellt und vertrieben wurde, wird zur Solidarität für Lemke aufgerufen.

Auch wenn sich insgesamt nur ein harter Kern von knapp 150 Neonazis vor allem aus Norddeutschland in Cloppenburg zum Marschieren einfand, machte der Aufmarsch doch eine Entwicklung in der westdeutschen Naziszene deutlich: Seit der Haftentlassung des ehemaligen Führungskaders der NATIONALEN LISTE, CHRISTIAN WORCH im Herbst 1997, ist zu beobachten, daß die alten GDNF-Strukturen wieder vermehrt die Aktionen auf der Straße suchen. Zunächst waren Worch und Co. vor allem in Schleswig-Holstein, u.a. bei den Aufmärschen des »BÜNDNIS RECHTS FÜR LÜBECK« unterwegs, bis sie dann den Norden Niedersachsens als neues Aufmarschgebiet entdeckten. Inzwischen haben Worch und seine rechte Hand THOMAS (STEINER) WULFF, Hamburger Führungskader der FREIEN NATIONALISTEN (s. AIB Nr. 43), ihren Aktionsradius noch mehr erweitert. Bei einem Treffen von rund 100 Neonazis aus ganz Nordrhein-Westfalen am 28. März in Düsseldorf war Wulff eingeladen worden, über die weiteren Perspektiven der militanten Neonaziszene zu debattieren. Denn auch in Nordrheinwestfalen versuchen die organisierten Neonazistrukturen, vom momentanen gesellschaftlichen Rechtstrend zu profitieren. Am 4. April lud das DEUTSCHE KULTURWERK nach Bonn. HANS ROBERT KLUG, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Bonn, hatte den verurteilten Naziterroristen MANFRED ROEDER zu einem Vortrag über die Bundeswehr eingeladen. Unter den rund 100 Zuhörern befanden sich neben den biederen Altnazis im Anzug und Krawatte auch die Stiefelfaschisten vom Lüdenscheider DONNER-VERSAND. Eines haben diese Veranstaltungen alle gemeinsam: Sie können in der Regel stattfinden, ohne daß die Organisatoren befürchten müßten, mit staatlichen Stellen Ärger zu bekommen. Das Treffen in Düsseldorf fand pikanterweise in Sichtweite zur dortigen Bereitschaftspolizeikarserne statt. ■

Szenen aus dem braunen Porno-Business

»Strolche und Irre«

Daß deutsche Neonazis sich zunehmend an gesellschaftlichen Themen versuchen, die fernab jeder rechten Mitsprache liegen, ist in den letzten Monaten nicht so ganz neu. Kreise der FREIEN NATIONALISTEN im Raum Norddeutschland wollen seit Beginn dieses Jahres ausgerechnet beim Thema Kindesmißbrauch kräftig mitmischen. »*Kinderschänder = Todesstrafe*« lautet einhellig der rechte Konsens. Doch das Thema »Kinderschänder« könnte zum gewaltigen Bumerang für sie werden. Neonazis scheuen sich nämlich – wenn sie nicht gerade Transparente schwingen – nicht, mit Kinderprostitution und Kinderpornographie Geld zu verdienen. Aber Moral gibt es in dieser Branche ja bekanntlich nicht.

Junge Männer in Bomberjacken – Als Darsteller in Bleischs Filmen agierten nicht selten Angehörige der rechten Szene Schwerins



Als am 16. September 1996 um 18.10 Uhr ein Sondereinsatzkommando der Polizei einen verfallenen Flugzeughangar auf dem Militärgelände der einstigen Sowjetarmee bei Techentin stürmte, um den Schweriner Pornofilmer NORBERT BLEISCH beim Drehen mit vier Jugendlichen (zwischen 15 und 16 Jahre alt) auf frischer Tat festzunehmen, war das nur der Anfang vom Ende einer langen Affäre, die die Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns bis heute nicht zur Ruhe kommen läßt. Der Haftbefehl vom Amtsgericht Hagenow (Oktober 1996) sprach deutliche Worte: Der Beschuldigte sei unter dem Künstlernamen SEBASTIAN BLEISCH in einschlägigen Kreisen bekannt für die Fertigung von Filmen mit pornographischen Inhalten. Dargeboten würden durchweg sexuelle Handlungen zwischen männlichen Jugendlichen im Alter von etwa 16 Jahren. Als sexuelle Handlungen wurden Masturbation und Oralsex sowie auch Analsex festgestellt. Ein delikates Detail steht nicht im Haftbefehl: Bleisch, der zwischen 1991 und 1996 mit rund 150 Schweriner Jungen Pornofilme drehte, rekrutierte nicht wenige seiner teils minderjährigen »Darsteller« aus der rechten Skinhead-Szene der Stadt. Es entstanden Filme mit so sinnigen Namen wie *»Strolche und Irre«, »Die Knabenburg«, »Das Schloß der Geilen Boys«, »Erste Versuche«* oder *»Sperma Service«*. Anvisierte Käufergruppe: Pädophile und Päderasten.

Es ist schon halbwegs erstaunlich, wie bei dem Stigma der Homoerotik in der rechten Szene ausgerechnet sorgfältig gescheitelte Jungmannen für das entsprechende Kleingeld mehr als nur die Hüllen in »Gay-Pornoproduktionen« fallen ließen. Auch ohne Namen zu kennen, ist Schwerin schon peinlich genug berührt. Dank der Diskretion der Schweriner Staatsanwaltschaft wissen sowohl die Eltern der meisten Jugendlichen als auch große Teile der rechten Szene bis heute nicht, welche Jungnazis bei Bleisch ihr Taschengeld aufgebessert haben.

Doch die Zitterpartie um das nachträgliche »Nicht-Erkanntwerden« ist in Schwerin noch lange nicht zu Ende. Auch wenn mit einer großangelegten Durchsuchungsaktion in deutschen Sex-Shops und bei der Düsseldorfer Vertriebsfirma GERO-VIDEO die meisten Kopien beschlagnahmt wurden. Über die Schweizer Gero-Dependance und niederländische Pornoketten sind die Videos aber nach wie vor im Verkauf. Die Verhaftung und Inhaftierung Bleischs sowie die Beschlagnahme haben Nachfrage und Preise für die »Kult-Videos« erst richtig in die Höhe getrieben. Sex gab es nicht nur vor der Kamera. Entsprechende Gefälligkeiten erwiesen die Jungs neben ihrem Regisseur Bleisch auch dem früheren Chef und heutigen Teilhaber von Gero-Video, GEORG GUHERT. Er war von Anfang an so entzückt von Bleischs Darstellern, daß er einige der Jüngsten gleich zu einer »Privataudienz« in seine Düsseldorfer Villa bat, um persönlich Hand bzw. Peitsche anzulegen. Später wurden dann Auserwählte zu Produktionen im Ausland herumgereicht. Während Norbert Bleisch »nur« rund 800 000 Mark mit seinen Videos kassierte, durfte sich Guhert über ein Mehrfaches dieses Betrages in seiner Kasse freuen. Sebastian Bleisch-Filme verkauf(t)en sich bestens im internationalen Porno-Geschäft.

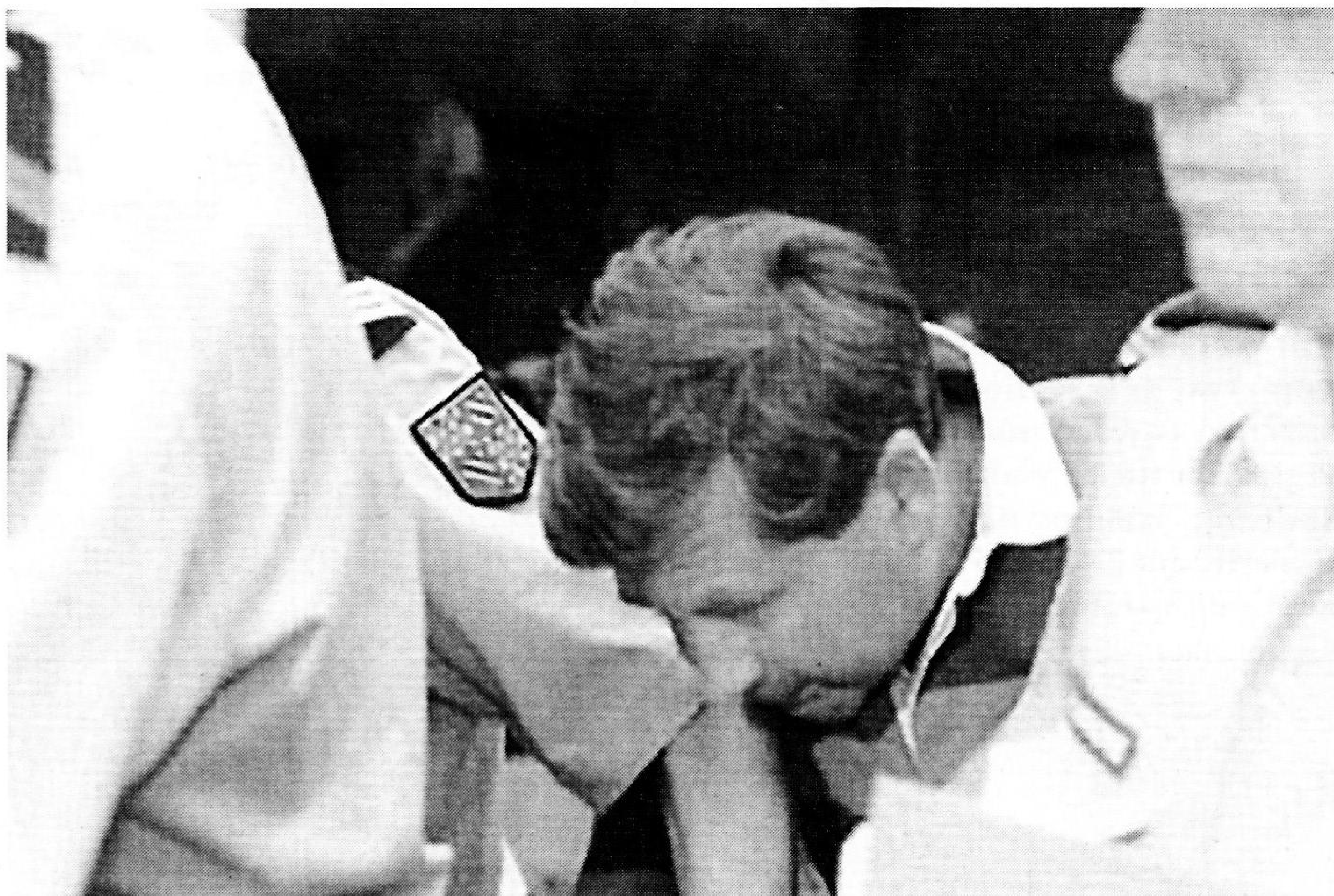
»Seine Jungs« sind dem Videofilmer sogar treu geblieben: Gegenwärtig sitzt Norbert Bleisch noch in der JVA Neumünster ein und wartet auf seine (vorzeitige) Entlassung. Für diesen Fall erklärten einige der inzwischen fast volljährigen »Darsteller«, daß sie wieder mit ihm drehen wollen.

Szenenwechsel: Magdeburg Hauptbahnhof. Wie die Bilder sich gleichen. Bereits seit 1993 treibt die Prostitution im Bahnhofsumfeld ungekannte skurrile Blüten, über die sich selbst die Polizei verwundert die Augen reibt. Um es dezent auszudrücken: »Sehr junge Neonazis« tragen ihren Körper zu Markte. Die Nummer gibt es zum Kampfpreis: 30 Mark, ohne Gummi. Die Freier, meistens Schwule, sind die, für die die Nazis bei ihren Aufmärschen auf den mitgeführten Transparenten gern die Todesstrafe fordern. Ähnliche Beobachtungen lassen sich auch in Berlin, Leipzig oder Dresden machen.

Ganz andere Berichte über die so vielbeschworene »Kameradschaft« und »rechte Solidarität« sind auch von der Inhaftierungsfront zu vermelden. In Sachsen-Anhalts Jugendknast in Halle, gern auch als die »Hölle von Halle« betitelt, führten sich regionale Nazi-Größen wie Tiere auf. Sie hielten sich jüngere Mithäftlinge aus der eigenen Szene als »Sklaven«, die man nach Gutdünken Schlägen und Vergewaltigun-

gen aussetzen konnte. Die Schließer haben vor lauter Angst lieber weggeguckt. Auch im Internet findet sich für jede sexuelle Geschmacksrichtung bei genauerem Hinsehen das gewünschte Material. Eine Chatgroup innerhalb des IRC, die eindeutig von Rechten frequentiert wird, hat sich beispielsweise auf den Tausch mit Bildern nackter und kopulierender Skinheads spezialisiert, natürlich gerne auch minderjährig! Schließlich muß ja auch das Potential der Frustrierten, heimlichen Schwulen und Pädosexuellen in der rechten Szene ihr Triebventil finden.

Die norddeutschen »Kameraden« brauchen beim Thema weiche Kinderpornographie gar nicht in die Ferne zu schweifen. Einer der unangefochtenen deutschen Marktführer bei der Produktion, der Einfuhr und dem Verkauf sogenannten »FKK-Materials« mit minderjährigen Jungen und Mädchen ist der Lübecker Pojkart-Verlag samt angeschlossener KiB. Kunstbild-Vertriebs-GmbH. Mit einem Bein steht man dort offenbar bestens im internationalen Geschäft, mit dem anderen fest auf braunem Boden. Im Katalog führen verklärende Pfadfinderromane oder Titel wie »*Noch 40 Kilometer bis Stettin*« ein harmonisches Nebeneinander mit den Büchern »*Memory*«, »*Zittergras*« oder »*Studio-Kinder*«, die insbesondere pornografische Fotos von Jungen abbilden.



Pornoproduzent und GRECE-Aktivist Bernard Alapetite bei seiner Festnahme

Auf Vermittlung des Pojkart-Verlages stieg vor reichlich 10 Jahren auch der Franzose Bernard Alapetite ins Geschäft mit dem »zarten Fleisch« ein. Während man sich in Lübeck noch um einen moderaten Anstrich bemühte, schmiedete Alapetite zusammen mit den ebenfalls szenebekannten Jean-Manuel Vuillaume und Michel Caignet in Frankreich binnen kürzester Zeit einen weitverzweigten Ring für die Herstellung und Verbreitung von Hardcore-Kinderpornos. Alapetite und Caignet unterhielten bis zu ihrer Festnahme im Juni 1997 enge Kontakte zur deutschen Neonazi-Szene. Caignet war Weggefährte des verstorbenen homosexuellen ANS/NA-Chefs Michael Kühnen.

Die französische Zeitung »Le Monde« titulierte Caignet unverblümt als den »*Freund der deutschen Neonazis*«. Caignet gilt als Hitlerist und übersetzte »Die Auschwitz-Lüge« ins Französische. Caignet, formals Funktionär der Europäischen Bewegung, beannte sich offen zu seiner Homosexualität und wurde daraufhin 1986 aller seiner Ämter innerhalb der NS-Szene enthoben. Im Sog der daraufhin einsetzenden und überhaus heftig geführten Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen NS-Szene, kam es zur Spaltung. Michael Kühnen, der sich mit Caignet solidarisierte und Caignets und seine Homosexualität mit der Schrift »Homosexualität und Nationalsozialismus« vor der eigener Szene »rechtfertigen« wollte, mußte sich heftigen Angriffen erwehren und verlor zunehmend an Einfluß.

Die durch diesen Konflikt entstandenen Gräben zwischen Kühnengetreuen und den Anhängern seines schärftsen Widersachers Jürgen Mosler, vermochte die deutschen Naziszene erst Jahre später wieder zu schließen. Auch Bernard Alapetite ist politisch kein unbeschriebenes Blatt. Er engagierte sich in der faschistischen Bewegung Grece. Vuillaume hingegen betrieb in Bogota ein exklusives Bordell für Homosexuelle, in dem die meisten Kinderpornos gedreht worden sind.

Alle drei werden die nächsten Jahre viel Zeit hinter Gittern verbringen. Beim Pojkart-Verlag wird es mit Nachschub in Form von Neuproduktionen langsam eng, seit die Franzosen einsitzen. Und nicht nur das. Auch den Medienvertrieb Peter Schnaubelt (30.000 Mark Monatseinkommen) als treuen Zulieferer haben deutsche Fahnder kurzerhand dicht gemacht. Ebenso dürfen die Videos des Berliner Janssen-Verlags nicht mehr per Versandhandel angeboten werden.

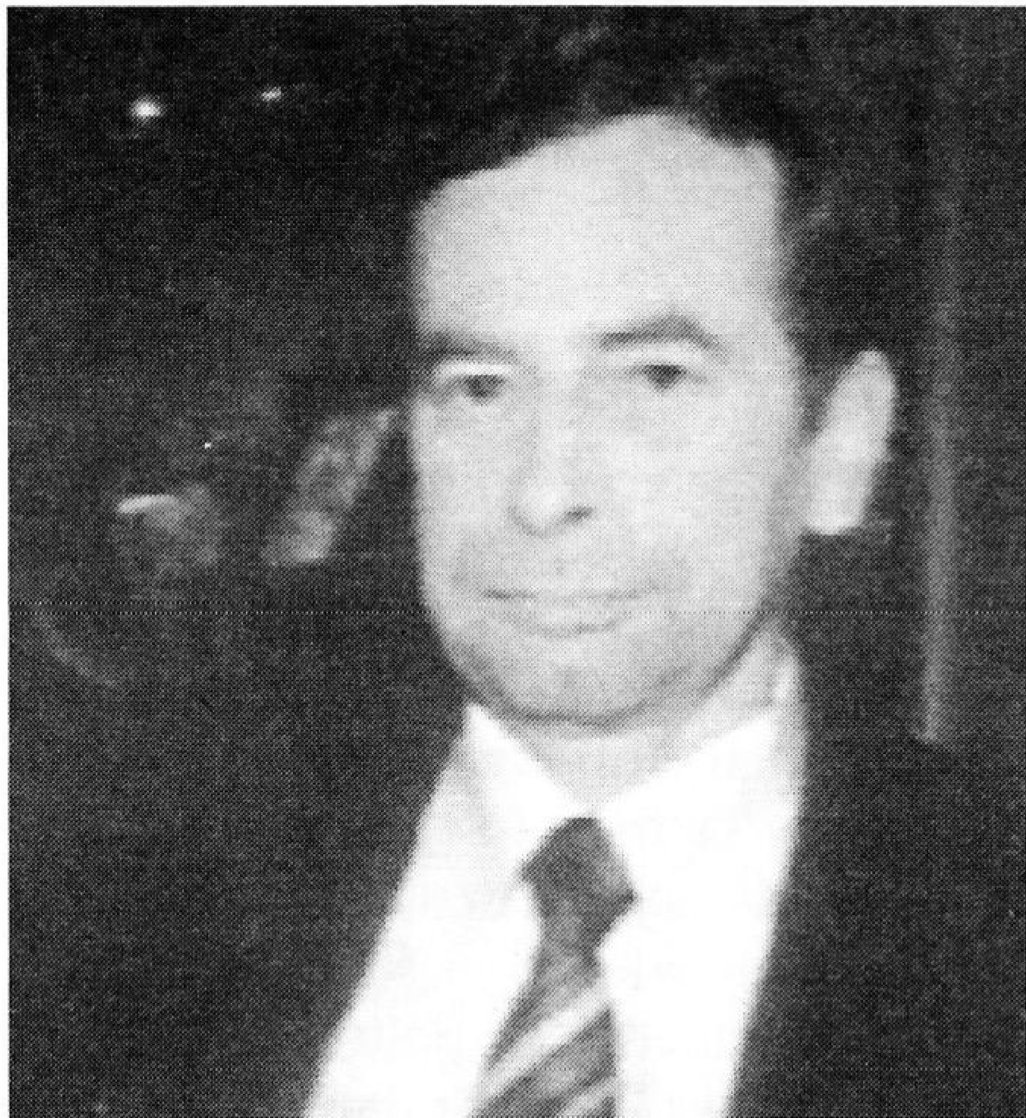
Bleibt nur noch abzuwarten, ob demnächst Freie Nationalisten ihre Transparente auch vor den Gesinnungsfreunden vom Pojkart-Verlag ausrollen werden. ■

Quellen:
- Goyke, Frank; Schmidt, Andreas: Der Oskar Wilde von Schwerin. Die Chronik der Pornoaffäre Sebastian Bleisch. Berlin, 1998
- Gero Video Gesamtkatalog, verschiedene Jahrgänge
- Sebastian Bleisch Video review
- Schweriner Volkszeitung.
- Neues Deutschland, Nr. 54, 5.3.1993, S. 3
- Liebhaber zarten Fleisches. Stern, Nr. 27, 26.6.1997
- Edition Pojkart-Katalog 1997

Wahl in Sachsen-Anhalt: DVU sahnt ab

Eine antifaschistische Wahlnachlese

Mit einer finanziellen Investition von etwa drei Millionen Mark, rassistischen Parolen und ohne eine einzige öffentliche Wahlkampfveranstaltung erreichte die DVU bei den Wahlen am 26. April 1998 12,9 Prozent der Stimmen.



Ausstrahlung wie alte Socken – DVU-Franktionsvorsitzender Helmut Wolf



Von der Blockflöte zur Frey-Pfeife. Rudi Wiechmann, Alterspräsident des sachsen-anhaltinischen Landtages, war vor 1989 Mitglied der CDU.



»Kein Kommentar« – Sehr treffend beschreibt der frischgebakkene Landtagsabgeordnete HANNO MERTENS das Wahlprogramm der DVU

Mit fast 13 Prozent der Stimmen wird die DVU im neuen Landtag von Sachsen-Anhalt 16 Abgeordnete stellen. Überrascht von einem solchen Erfolg und sich wohl selbst der Qualität seiner *»erstklassigen Kandidaten«* (O-Ton des DVU-Vorsitzenden GERHARD FREY) nicht sicher, gab der am Wahlabend in Magdeburg anwesende Frey seinen von den Medien umlagerten Schützlingen die Anordnung: *»Nichts sagen!«*. Wes schwachen Geistes Kind diese tatsächlich sind, offenbarte sich dann in den letzten Wochen bei den zahlreichen Interviews, welche die Abgeordneten in spe JournalistInnen gaben. So kündigte HELMUT WOLF, künftiger Fraktionsvorsitzender der DVU im Landtag, am Dienstag nach der Wahl an, in vier Jahren werde man die Regierung stellen. Bis dahin möchte sich die DVU *»als eine knallharte Opposition«* profilieren, so Wolf. Auch die Äußerungen der anderen Abgeordneten zeugen von wenig politischer Kompetenz: Der Abgeordnete MIRKO MOKRY (19) aus Nachterstedt forderte das Ende staatlicher Transferleistungen nach Ostdeutschland, und der mögliche Alterspräsident des Landtages RUDI WIECHMANN aus Gräfenhainichen rief dazu auf, keine Autos der Marken Audi und VW zu kaufen, da deren Motoren in Ungarn hergestellt werden. Beim Thema »Kriminalität« – deren Bekämpfung die DVU vehement fordert –, weisen einige DVU-Abgeordnete eine besondere Form der Kompetenz auf. Der schon erwähnte Helmut Wolf soll seine Ex-Frau mit einer Pistole bedroht und ein neunjähriges Mädchen mißhandelt haben; ein Verfahren gegen Mirko Mokry wegen Hakenkreuz-Schmierereien wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Wahlkampf

Wie schon aus anderen Bundesländern bekannt, führte die DVU auch in Sachsen-Anhalt ihren Wahlkampf ohne landespolitischen Bezug. Alle Wahlkampfmaterialien kamen aus der Parteizentrale in München und wurden über ein Postfach in Halle an der Saale vertrieben. Die Koordination des Wahlkampfes erfolgte nach Einschätzung des Verfassungsschutzes von einem Büro im Raum Halle/Merseburg aus. WahlkampfhelferInnen wurden wahrscheinlich über die Abonnentenliste der NATIONAL-ZEITUNG angeworben. Flächendeckend wurden Parolen wie *»Diesmal Protest wählen!«*, *»Arbeitsplätze zuerst für Deutsche«* und *»Laß Dich nicht zur Sau machen!«* geklebt bzw. auf Flugblättern verteilt. Außerdem bediente sich die DVU der Daten der Einwohnermeldeämter. So bekamen beispielsweise alle Jung- und ErstwählerInnen einen Standardbrief zugesandt. Nur in Dessau verweigerte der SPD-Bürgermeister die Herausgabe der Meldedaten an die DVU. Deren Versuch, die Herausgabe gerichtlich einzuklagen, scheiterte. Öffentliche Veranstaltungen während des Wahlkampfes fanden nicht statt – nach DVU-Angaben aus Sicherheitsgründen, wahrscheinlich aber, um Skandale im Zu-





sammenhang mit dem Auftreten von abschreckend aussehenden Nazi-Skins bzw. linken Protesten zu vermeiden. Selbst der Landeswahlparteitag fand außerhalb der Landesgrenzen in Niedersachsen statt.

Die DVU in Sachsen-Anhalt ...

ist faktisch nicht existent. Nach Angaben des Verfassungsschutzes hat die Partei in Sachsen-Anhalt nur etwa 50 aktive Mitglieder. Nach eigenen – weit übertriebenen – Aussagen sind es 1.500 Mitglieder, zu denen täglich etwa 100 hinzukommen würden. Die Partei verfügt bislang über keinerlei arbeitsfähige Strukturen und war in der Zeit vor dem Wahlkampf nicht in der Öffentlichkeit präsent. KeineR der zukünftigen Abgeordneten hat eine politische Biographie im rechtskonservativen/neofaschistischen Spektrum oder überhaupt Erfahrung mit politischer Arbeit. Es darf insgesamt bezweifelt werden, daß die Abgeordneten zu einer ernsthaften Ausschuß- oder Parlamentsarbeit in der Lage sind oder diese leisten werden. Allerdings erhält die Partei eine nicht zu unterschätzende Öffentlichkeit für ihre rassistischen Parolen

Einschätzung

In Sachsen-Anhalt führte diese Art des Wahlkampfes zum Erfolg. Allein in den Wahlkreisen Dessau II und Wolfen erhielt die Partei 17,5 Prozent der Stimmen. Auch in den Großstädten Halle und Magdeburg erreichte die DVU ca. zehn Prozent WählerInnenanteil. Unter den Jung- und ErstwählerInnen im Alter von 18 bis 24 Jahren wurde die DVU mit 28 Prozent gar stärkste Partei. Dieses Ergebnis ist Ausdruck der in Ostdeutschland zur Normalität gewordenen rechten bzw. rassistischen Grundeinstellung von Jugendlichen. Diese WählerInnenschicht wählte die DVU bewußt wegen ihrer rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Inhalte.

Der Erfolg bei den älteren WählerInnen ist vor allem auf die Polemik *»gegen die da Oben«* und die Aufforderung, *»Protest zu wählen!«* zurückzuführen. Für diese Schicht sind die bürgerlichen Parteien nach wie vor vertraute Adressaten ihres politischen Willens, die allerdings mittels »Protest-Wahl« unter Druck gesetzt werden sollen. Bei dieser Wahl wurde dafür das Angebot der DVU genutzt. Die DVU ist nicht wie der französische FN eine Partei, die wegen ihres Programms gewählt wird oder weil WählerInnen ihr die Lösung von bestehenden bzw. empfundenen Problemen zutrauen. Diese WählerInnen votierten damit nicht für einen radikalen Politikwechsel im Sinne einer »nationalen Revolution«, wie die NPD sie anstrebt. Während die PDS von ProtestwählerInnen trotz ihrer – von Ausnahmen abgesehen – vor allem historisch ausgerichteten antifaschistischen Politik gewählt wird, entscheiden sich die WählerInnen für die DVU eher wegen ihrer rassistischen Inhalte – unter Ausblendung der offenen faschistischen und revanchistischen Ausrichtung der Gesamtpartei. Allein mit den Inhalten der NATIONAL-ZEITUNG wären im Unterschied zu den Wahlkampfparolen der DVU breite WählerInnenschichten wahrscheinlich nicht zu gewinnen. Dies gilt allerdings nicht – wie oben beschrieben – für die Gruppe der JungwählerInnen. Nach der Wahl kündigte der Landesvorsitzende der DVU Berlin, OLAF HERRMANN, in einem Fernsehinterview beim MDR an, daß die DVU in Sachsen-Anhalt mit dem Aufbau von Jugendstrukturen beginnen wollen. Außerdem unternimmt die Partei jetzt den Versuch, in allen Wahlkreisen *»Bürgerberatungsbüros«* zu eröffnen. Im Anschluß daran sollen dort entsprechend handlungsfähige Kreisverbände entstehen.

Das Wahlergebnis der DVU in Sachsen-Anhalt ist insgesamt gesehen Spiegelbild der spezifisch ostdeutschen Gemengelage aus rassistischer Grundstimmung, Ostalgie, Arbeitslosigkeit und der Dominanz rechter Jugendkultur sowie dem Scheitern der westdeutschen Gesellschaftskonzeption im Osten. Eine »zivilgesellschaftliche« Pufferzone gegen das offene Auftreten von Neonazis und ihrem kulturellen Umfeld – wie sie im Westen eine vor Ort oft funktionierende Linke und die restliberale Öffentlichkeit darstellen – existiert im Osten nur ansatzweise in den größeren Städten. ■

NPD und Reps bei der Sachsen-Anhalt-Wahl

Auch die REPS versuchten in Sachsen-Anhalt, mit rassistischer Propaganda und Sozial-Populismus bei der Landtagswahl den langersehnten Sprung in ein Ost-Landesparlament zu schaffen. Anders als die DVU bekam der sachsen-anhaltinische Rep-Landesverband dabei nur zögerlich Unterstützung durch den Bundesvorstand der Partei, denn mit diesem liegt er im offenen Streit.

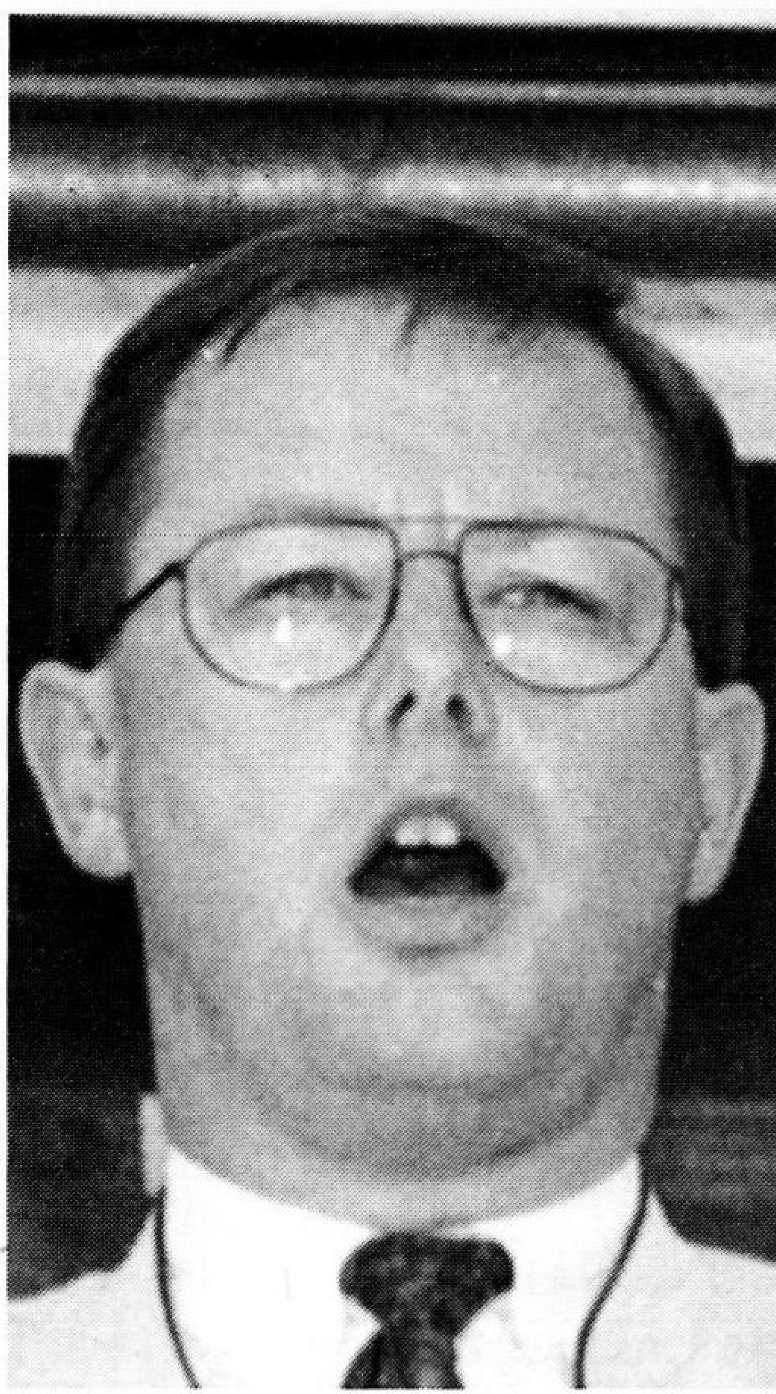
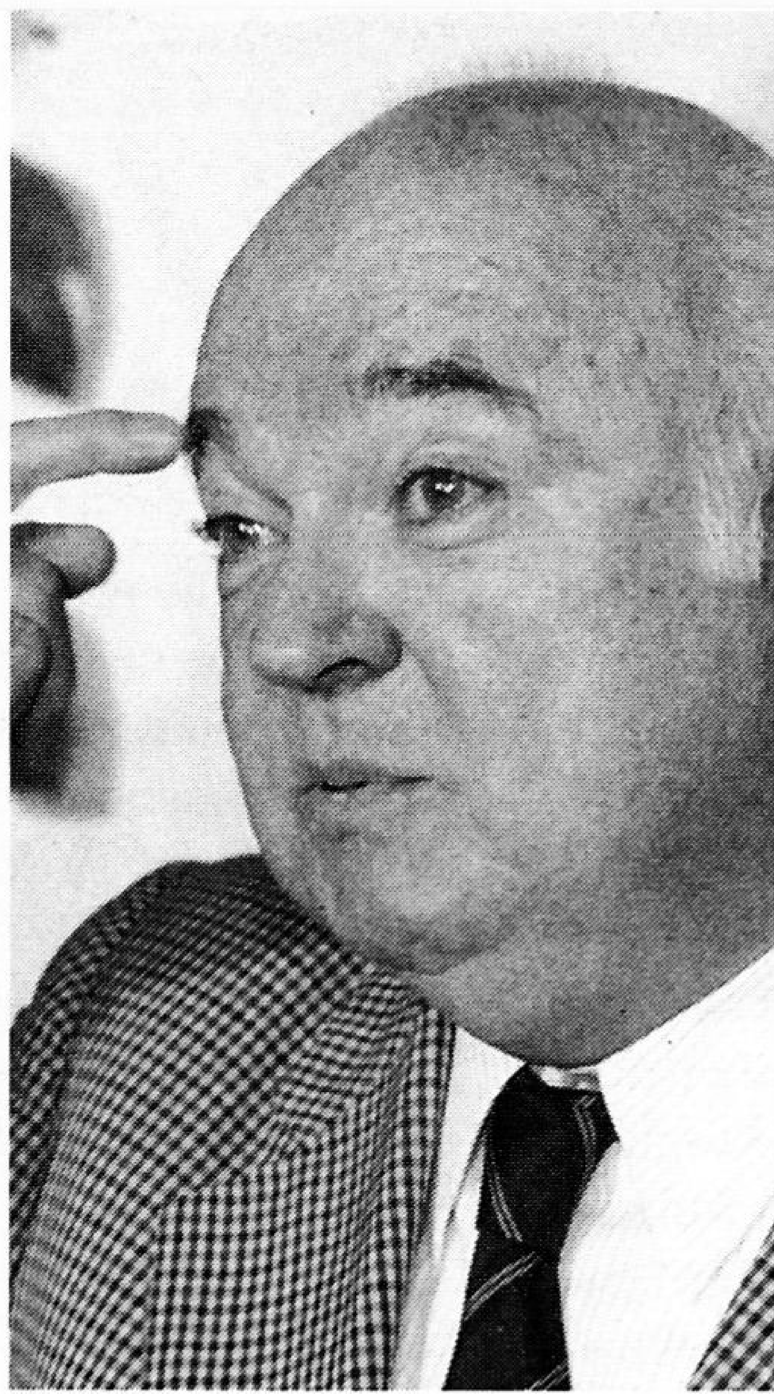
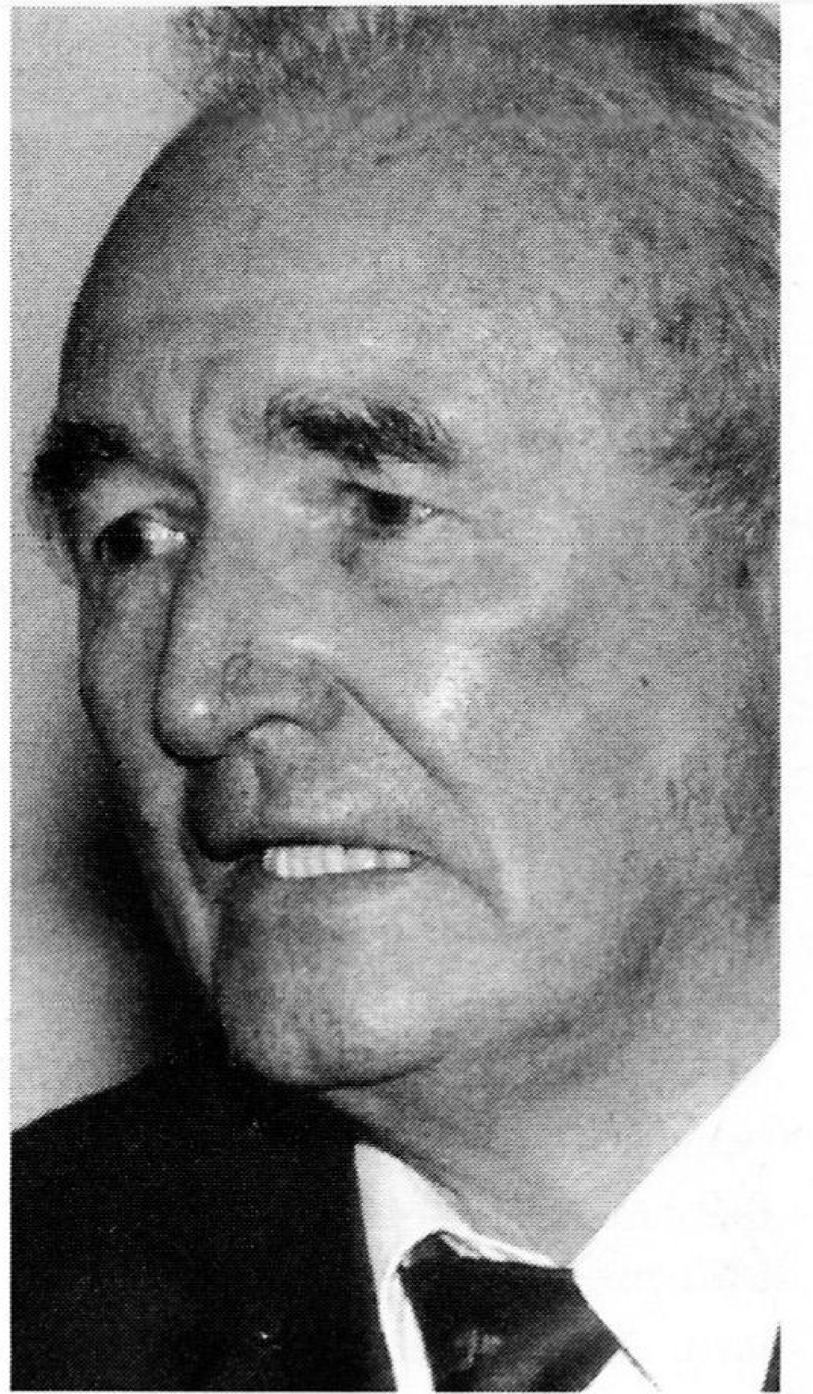
Der Bundesvorstand war nämlich Anfang des Jahres zu der Einschätzung gekommen, der Landesvorstand in Sachsen-Anhalt wäre nicht arbeitsfähig, und setzte diesen kurzerhand ab. Nur zwei Getreue, die Vorstandsmitglieder ANDREAS KRAUSE und BERND HENNEBO, durften weiterarbeiten. Ihnen wurde – ohne Wahl durch einen Landesparteitag – eine »Kommissarische Schriftführerin«, EVE REINHOLD, als drittes Vorstandmitglied vom Bundesvorstand zugeteilt. Grund für diese Schritte war wohl vor allem die Weigerung der restlichen Vorstandsmitglieder, mit der nationalkonservativen DSU und der Kleinstpartei DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG (DE) des Ex-Reps EKKEHARD BIRKHOLZ, ein Wahlbündnis einzugehen, wie es der Bundesvorstand geplant hatte.

Da die Absetzung des Landesvorstandes von Sachsen-Anhalt und das Zurückziehen der Wahlzulassungsbewerbung durch einen von oben bestimmten Ersatzvorstand aber unzulässig ist, wurden das »Nationale Wahlbündnis« und damit auch die DSU und die DE im einzelnen nicht zugelassen. Da half es auch nicht, daß der unterlegene Rep-Flügel extra den stellvertretenden Bundesvorsitzenden CHRISTIAN KÄS herangekarrt hatte, welcher sogleich mit einer Anfechtung der Wahl drohte. Der durch diesen Streit entstandene Riß geht durch den gesamten Landesverband, welcher nach eigenen Angaben etwa 200 Mitglieder hat.

Trotz Streit und geplatztem Wahlbündnis hatten die Reps zwölf KandidatInnen für die Wahl aufgestellt. Aber auch die letztendlich doch noch eintreffende Unterstützung durch den Bundesvorstand und scharfe Anti-DVU-Polemik auf Rep-Flugblättern, konnten der Partei keinen nennenswerten Anteil der WählerInnenstimmen verschaffen.

Die in Sachsen-Anhalt mit etwa 40 Mitgliedern recht schwache NPD unter Führung des langjährigen Nazikaders STEFFEN HUPKA schaffte es im Vorfeld der Landtagswahl nicht, die benötigten 1.000 Unterstützungsunterschriften rechtzeitig einzureichen. Selbst Hupkas persönliches Erscheinen bei der Sitzung des Landeswahlausschusses am 1. April in Magdeburg und sein Insistieren darauf, daß die etwa 40 fehlenden Unterschriften auf dem Postweg abhanden gekommen seien, konnten daran nichts ändern.

Wie die NPD in Sachsen-Anhalt sich in der Zukunft entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Mit dem erfahrenen Kader Hupka an der Spitze könnte es ihr durchaus gelingen, den Anschluß an den momentanen Höhenflug anderer NPD-Landesverbände – wie beispielsweise des sächsischen – zu schaffen. Entscheidend dafür wird sein, ob es gelingt, Boneheads, Nazis und rechte Jugendliche organisatorisch einzubinden. Die potentiellen WählerInnen der NPD, vor allem die militante Nazi-Skinhead-Szene, werden mangels Alternative diesmal wohl für die DVU gestimmt haben.

Fotos v.l.n.r.: Udo Voigt, Rolf Schlierer, Gerhard Frey, Franz Schönhuber

Nach dem DVU-Erfolg in Sachsen-Anhalt dreht sich das rechte Parteienkarussell wieder. Um das gestiegene Wählerpotential wird heftig gerungen

Alle gegen Alle

Jahrelang schien rechts von der Union alles klar: Die NPD war mehr Sekte als Partei; die DVU konnte zwar kleine Erfolge erzielen, ihre politische Wirksamkeit blieb dank GERHARD FREYS Geld- und Machtstreben aber stark begrenzt; die REPS befanden sich nach ihren Erfolgen Ende der achtziger Jahre auf dem absteigenden Ast; der Sammlungsversuch DEUTSCHE LIGA war gescheitert. Neugründungen in diesem Spektrum blieben nicht zuletzt angesichts des augenscheinlich begrenzten Wählerpotentials rechts von der Union bedeutungslos. Nach dem Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt werden die Karten neu gemischt. Einerseits hat die Frey-Partei nun einen Vorsprung im Wettrennen der extrem rechten Parteien. Andererseits – und das ist wesentlich entscheidender – hat sich das extrem rechte Wählerpotential erweitert, sich damit als Ausdruck der gesellschaftlichen Gegebenheiten selbigen angepaßt und steht zur weiteren Ausschöpfung bereit: Rechts von der Union wittert man Morgenluft.

Eine Beschreibung, wer im Rennen die Nase vorne hat, wo die Trümpfe stecken und wie in Zukunft die Chancen für das extrem rechte Parteienspektrum aussehen könnten.

Neben diversen Kleinstparteien, die im besten Fall regionale Bedeutung haben, sind es vor allem die drei aussichtsreichsten Kandidaten DVU, Reps und NPD, die um das extrem rechte Wählerpotential ringen. Der Anti-Euro-Zusammenschluß BUND FREIER BÜRGER / OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND saugt zwar immer wieder Miniorganisationen auf, seine Erfolgsaussichten scheinen derzeit aber begrenzt: Zu klein ist das bearbeitete Themenfeld und das daraus folgende Wählerpotential, das vor allem dem Mittelstand und kleinen Unternehmertum entstammt. Auch wenn der BfB noch jung und ein endgültiges Urteil noch nicht zu fällen ist: Angesichts der im Vergleich zu den Konkurrenten relativ geringen Mitgliederzahlen hätte die Partei ohne ihre Führungsfiguren MANFRED BRUNNER und HEINER KAPPEL wohl kaum Chancen.

Zwischen Reps, DVU und NPD hat das Ringen unterdessen längst begonnen und ein Bündnis der neofaschistischen Parteien ist nicht in Sicht: Die Reps fahren unter ihrem Bundesvorsitzenden ROLF SCHLIERER unvermindert den alten Abgrenzungskurs. Hobby-Parteiführer Gerhard Frey ist mit seiner DVU vor allem auf den eigenen Erfolg aus, was taktischen Absprachen allerdings nicht im Wege steht: Feldherr Frey bot der NPD an, auf einen Antritt bei der Kommunalwahl in Brandenburg zu verzichten und der Neonazi-Partei im kommenden Jahr auch bei der Landtagswahl in Sachsen, wo die NPD über die besten Strukturen und ihren stärksten Landesverband verfügt, das Feld zu überlassen. Gleiches sollte die NPD im Gegenzug im Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern tun, wo am 27. September neben der Bundestagswahl auch Landtagswahlen stattfinden. NPD-Chef UDO VOIGT jedoch lehnte ab: Die NPD verläßt sich – nach Passau und Leipzig im Erfolgsrausch – lieber auf ihre jungen Neonazi-Anhänger, einen verjüngten Führungskader und straffe Strukturen.

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Somit treten die drei Parteien weiterhin in Konkurrenz zueinander an und bereiten sich auf den nächsten Showdown im besonders heiß umkämpften Osten vor: Die parallel zur Bundestagswahl stattfindende Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Die DVU tritt in dem nördlichen Bundesland mit ihrem hinlänglich bekannten Konzept an. Viel Geld – ein bis zwei Millionen Mark – und eine großangelegte Werbekampagne sollen die Frey-Partei in den Schweriner Landtag bringen, denn eine eigene DVU-Struktur gibt es auch im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern nicht. Die ab 1992 aufgebauten Kreisverbände sind längst zusammengebrochen und lediglich zwei Ortsverbände im Bereich Rostock und Wismar traten gelegentlich mit der Verteilung von Propagandamaterial in Erscheinung. Gerade versucht der 27jährige Fleischer und Landesvorsitzende BIRGER FUß, aus verbliebenen Aktivisten der DSU und Naziskins eine neue DVU-Struktur zu zimmern. Der Berliner Landesvorsitzende OLAF HERRMANN reist derweil durch das Land, um unter den zahlreichen Bewerbern die geeigneten Kandidaten für die Landesliste auszusuchen.

Die NPD setzt im Gegensatz zur DVU ganz auf öffentliche Auftritte und Aufmärsche. Wesentlich aktiver als die Frey-Partei bringen die Neonazis in Zusammenarbeit mit regionalen KAMERADSCHAFTEN Propagandamaterial unter die Leute und bauen vor Ort verankerte Strukturen auf. Unter der Regie des ins mecklenburgische Goldenbow zugezogenen Landesvorsitzenden und Rechtsanwalts HANS-GÜNTER EISENECKER, der zum Parteiaufbau aus dem Westen entsandt wurde und auch Mitglied im Bundesvorstand ist, wollen die Neonazis nun übers Land ziehen und Wahlkampf betreiben. Die 17köpfige Landesliste wird von dem 26jährigen Fliesenleger THORSTEN KOWALSKI angeführt.

Die Stimmung für die Neofaschisten ist auch in dem nordöstlichen Bundesland

gut: Nach einer Umfrage stimmten immerhin 83 Prozent der WählerInnen der rassistischen Parole »*Kriminelle Ausländer raus*« zu, und 59 Prozent unterstützen den Slogan »*Deutsches Geld für Deutsche Arbeitsplätze*«. Fraglich scheint nur noch, welche der beiden Parteien mehr Erfolg haben wird. Die DVU schwimmt auf der Erfolgswelle von Magdeburg und wird eine Materialschlacht entfachen, bei der die NPD schlecht mithalten kann; die NPD verfügt im Gegensatz zu dem Frey-Verein über Strukturen vor Ort und ist insbesondere unter den jungen Neonazis besser angesehen. Letztendlich wäre auch das Potential vorhanden, um beide Parteien in den Landtag zu bringen: Emnid meldet, daß sich bis zu 16 Prozent vorstellen können, eine der neofaschistischen Parteien zu wählen. Wenig Platz zwischen den beiden Konkurrenten bleibt nichtsdestotrotz für die Reps, die ebenfalls antreten wollen.

DVU: Im Erfolgstaumel von Magdeburg

Auf der Erfolgswelle von Sachsen-Anhalt schwimmend erklärte die DVU am 15. Mai auch ihre Teilnahme an den Bundestagswahlen am 27. September, nachdem sie wegen mangelnder Erfolgsaussichten 1994 nicht in Bonn angetreten war. Die von dem autoritären Mittsechziger Frey und einer Handvoll enger Mitarbeiter geführte Partei will in allen Bundesländern mit Ausnahme von Bayern mit eigenen Listen antreten. Die Investitionen für den Wahlkampf, den die DVU schwerpunktmäßig in Berlin führen will, sollen alles bislang Dagewesene in den Schatten stellen.

Für das Vorhaben Bundestagswahl konnte Frey den ehemaligen Rep-Vorsitzenden FRANZ SCHÖNHUBER gewinnen, der auch bei der Europa-Wahl im kommenden Jahr für die DVU ins Rennen geht. Schönhuber will zwar nicht Mitglied der ehemaligen Konkurrenzpartei werden, sieht in der für ihn derzeit erfolgreichsten neofaschistischen Partei aber ein Mittel, sein Ziel von der Einigung der Rechten voranzutreiben. Daß Schönhuber, der alte Herr der extrem rechten Wahlparteien und Redner mit Charisma, das Zeug dazu hat, gewichtige Teile der Rechten zur Wahl der DVU zu bewegen, steht außer Frage. Bezweifelt werden darf allerdings, ob sich die aus Altnazis und debilen Rassisten im mittleren Alter bestehende DVU langfristig zur führenden Kraft im Spektrum der faschistischen Wahlparteien entwickelt. Insbesondere die autoritäre Alleinherrschaft Freys und die daraus resultierenden Kandidaturen profilloser Nobodies stehen dem im Wege. Der Partei können zwar Wahlsiege gelingen, die das gesellschaftliche Klima weiter nach rechts verschieben, und sie wird auch weiterhin ihre rassistische und faschistische Hetze wirkungsvoll unter die Leute bringen. Selbständige politische Veränderungen und ein Konzept, das ihr längerfristig Erfolg sichert, sind von der DVU aber kaum zu erwarten. In diese Bresche zu springen, macht sich eine andere Partei bereit:

Bei der NPD werden kleine Brötchen gebacken

Nachdem sich die alte neofaschistische Partei mit Hilfe der militanten Neonazis saniert hat, zur Sammlungsorganisation rechts von DVU und Reps geworden ist und sich im Aufschwung befindet, schlagen die Mannen um Parteichef Voigt langsam wieder den Weg in Richtung parteipolitische Bühne ein. Zwar wird weiterhin der Kampf auf der Straße propagiert, und die Neonazis sind immer noch gut genug, um den Parteiaufbau weiter voranzutreiben, aber die Linie ist vorgegeben: Neben der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern und der ebenfalls parallel zur Bundestagswahl stattfindenden Kommunalwahl in Brandenburg, wo die NPD in den vergangenen Monaten stark zugelegt hat und in zwölf Gemeinden kandidieren will, werden die Bundestagswahl und die Landtagswahl in Sachsen im kommenden Jahr anvisiert. Während die Bundestagswahl vor allem zum Einstreichen der Wahlkampfkostenrückerstattung dienen soll, will die Neonazi-Partei in Sachsen in den Landtag einziehen. Die 1.200 Mitglieder und verhältnismäßig gute Strukturen, die die NPD in dem Bundesland hat, lassen dieses Ziel durchaus als realistisch erscheinen. Ganz richtig analysiert der langjährige Neonazi und das NPD-Bundesvorstandsmitglied FRANK SCHWERDT in der Internetausgabe der BERLIN BRANDENBURGER ZEITUNG, daß es nur darum geht, das beachtliche neofaschistische Wählerpotential richtig anzusprechen. Der NPD rechnet er dabei gute Chancen aus: »*Gerade die Jungwähler in Mitteldeutschland tendieren nach rechtsaußen und ziehen eine konsequente politische Haltung vor.*«

Auch wenn es der NPD immer noch an Geld und einem charismatischen Führer mangelt, hat sie unter den drei Parteien doch die besten Voraussetzungen für längerfristige Erfolge. Mit ihrer auf lange Sicht angelegten Strategie, erneuerten ideologischen Konzepten, die vor allem in Ostdeutschland auf Zuspruch stoßen, den jungen und im Vergleich zu den anderen Parteien zumindest in einigen Bundesländern straffen Strukturen und einem erfahrenen Führungskader kann sie Wahlniederlagen besser wegstecken und ist nicht auf Wahlerfolgswellen angewiesen. Zwar ist offen, wie lange die Nazi-Szene die Partei noch unterstützen wird, wenn diese erstmal in einem Landtag sitzt. Bis dahin bleibt aber noch genug Zeit, um den Parteiaufbau voranzutreiben. Sollte sich die NPD dauerhaft auch auf parlamentarischer Ebene etablieren können, geht von ihr sicherlich die größte Gefahr unter den extrem rechten Parteien aus. Auch weil es für sie kein Problem wäre, mögliche Zerfallsprodukte der Reps ebenso wie enttäuschte DVU-Wähler einzusammeln.

Reps auf dem absteigenden Ast

Verlierer der gegenwärtigen Entwicklungen sind die Reps, denen nicht nur Geld und Strukturen fehlen. Ihr gemäßigter Kurs zielt auf ein Potential, das mittlerweile lieber konservativ wählt oder sich der extremeren und auf der Erfolgswelle schwimmenden DVU andient. Ungeachtet der Androhung von Strafen durch die Parteiführung regen sich überall an der Parteibasis zunehmend Bestrebungen, mit DVU und NPD zusammenzuarbeiten oder gleich das Parteibuch zu wechseln. Besonders verheerend auswirken dürfte sich da die Kandidatur des ehemaligen Parteichefs Schönhuber für die DVU. Nach wie vor kann sich der vor vier Jahren wegen Verlassen des Abgrenzungskurses und Gesprächen mit DVU-Chef Frey geschaßte Mittsiebziger an der Parteibasis vielerorts großer Symphathien erfreuen.

Ganze Landesverbände stehen im offenen Kampf mit Parteichef Schlierer & Co, und eine Abwanderung scheint nur eine Frage der Zeit. Insbesondere in Sachsen-Anhalt, wo dem Landesverband von oben untersagt worden war, Schönhuber als

DVU und NPD: Bietet auch das Wählerpotential genug Platz für beide?





Trotz vehementer Abgrenzung der Rep-Führung zeigt die Parteibasis keine Berührungsängste: Reps bei der Nazi-Kundgebung am 1. Mai in Leipzig

Zugpferd für den Wahlkampf zu engagieren, hat dessen Kandidatur für die DVU fatale Folgen für die Reps: Auf einem vom ehemaligen Landesvorsitzenden RUDOLF KRAUSE einberufenen Landesparteitag beschlossen die sachsen-anhaltiner Reps, bei der Bundestagswahl auf eine eigene Liste zu verzichten und dafür für die DVU zu kandidieren. Eine Tatsache, die kaum verwundern kann, nachdem der Landesverband mit dem aufgezwungenen Kurs der Bundesführung bei den Landtagswahlen gerade mal 0,7 Prozent bekam und angeblich nicht geringe Geldsummen aus dem Osten ins Rep-Stammland Baden-Württemberg umgeleitet werden. Selbstredend erklärte die Rep-Bundesführung umgehend den gesamten Landesparteitag mitsamt seinen Beschlüssen für ungültig, da er nicht satzungsgemäß einberufen worden sei, schloß jede Zusammenarbeit mit der DVU auch in Sachsen-Anhalt grundsätzlich aus und setzte die Landesspitze ab.

Nicht zuletzt deswegen zeigt der Landesverband derzeit einen besonders hohen Verschleiß bei seinen Vorsitzenden: Der ehemalige Landeschef Rudolf Krause hat mittlerweile seine Bereitschaft zu einer Kandidatur für die DVU erklärt und die Reps als chancenlos abgeschrieben. Nach seinem Rücktritt vom Amt des Landesvorsitzenden und dem ungültigen Parteitag war er – wie viele andere Gegner des Schlierer-Kurses auch – mit Parteiordnungsverfahren belegt und schließlich aus der Partei ausgeschlossen worden. Ebenso erging es seinem Stellvertreter und kommissarischen Nachfolger ANDREAS KRAUSE: Der 28jährige hatte versucht, zwei Lebensmittelkonzerne zu erpressen und war bei der fingierten Übergabe der fünf Millionen Mark Lösegeld geschnappt worden. Der darauf folgende WOLFGANG HÖBER gefiel wegen seines Schmusekurses mit Gruppierungen, die der Rep-Führung unliebsam waren, ebensowenig und wurde gleichfalls abgekanzelt.

Aber auch auf der Führungsebene der Reps kommt nicht zuletzt angesichts der vernichtenden Wahlergebnisse von Hamburg und Sachsen-Anhalt langsam heftiger Unmut gegen den Schlierer-Kurs auf. Nachdem sich bereits Rudolf Krause aus der Bundesführung verabschiedet hat, formuliert jetzt auch CHRISTIAN KÄS, Bundesvize und Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, Gedanken über ein Zugehen auf die DVU, die der 43jährige Schlierer nur verwerfen kann, wenn er sein Gesicht wahren will. Schließlich hatte er seinerzeit Franz Schönhuber aus dem Amt gekippt, als dieser einen Schritt in Richtung DVU gemacht hatte.

In diesem schwelenden Konflikt zwischen Schlierer und dem rechten Parteiflügel um Rechtsanwalt Käs dürfte die Absage des für Mitte Juni in Berlin geplanten Parteitages – aus finanziellen Gründen, wie es offiziell heißt – nicht gerade beruhigend gewirkt haben. Käs will nun ein *»alternatives Wahlprogramm«* vorlegen, da er die Inhalte seines Flügels angesichts der ausgefallenen Debatte um das Schlierer-Programm auf dem Parteitag nicht genügend berücksichtigt sieht.

Auch wenn die Reps mit ihren offiziell 15.000 Mitgliedern neben der DVU nach wie vor die größte Partei der extremen Rechten sind, befinden sie sich spätestens seit dem Rauswurf Schönhubers 1994 auf dem absteigenden Ast. Wenn es der Schlierer-Partei Mitte September nicht gelingen sollte, bei den bayrischen Landtagswahlen einen Erfolg zu verbuchen, der die beiden mehr oder weniger verfeindeten Flügel wieder ein Stück eint, besteht die konkrete Gefahr der Spaltung und des Abstiegs zu einer baden-württembergischen Regionalpartei. Bayern aber ist angesichts der nach rechts rückenden CSU ein hartes Pflaster. Daran kann auch die Tatsache, daß die DVU nicht antreten wird, nur wenig ändern, und die Reps müssen darauf hoffen, daß die Sympathien für die CSU gesunken sind, was ihnen zugute kommen würde.

Die Wahl von Sachsen-Anhalt: Ursachen und Folgen

Politikwissenschaftler schätzen, daß es ein Reservoir an Rechtswählern von über 20 Prozent in ganz Deutschland gibt. Auch wenn verschiedene Umfragen in der Geschichte der Bundesrepublik unter den Befragten immer wieder einen Anteil von zwölf bis 17 Prozent mit geschlossenem neofaschistischen Weltbild ausmachten, hat sich das Wählerpotential für neofaschistische Parteien damit in den vergangenen Jahren entscheidend vergrößert und spiegelt als Ergebnis des Rechtsrucks seit der Wiedervereinigung die gesellschaftliche Situation wider.

Das Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt hat einmal mehr bestätigt, was jüngste Umfragen mittlerweile ebenfalls untermauern: Rechts wird nicht aus Protest gewählt und die Wähler neofaschistischer Parteien lassen sich nicht in das Klischee vom sozial deklassierten, arbeitslosen Modernisierungsverlierer pressen. Die DVU wurde flächendeckend gewählt; die Unterschiede in den einzelnen Wahlkreisen waren nicht außergewöhnlich groß; die Wähler lassen sich nicht über einen Kamm scheren: Sie kommen aus verschiedenen Milieus, der überwiegende Teil hat Arbeit und vielmehr scheint allgemein die Angst, diese zu verlieren, Motivation für die Wahl neofaschistischer Parteien zu sein.

Ein Großteil der 18-24jährigen, unter denen die Frey-Partei mit einem Drittel der Stimmen stärkste Partei wurde, hat die DVU wegen der Übereinstimmung mit ihren Parolen gewählt. Dies deckt sich mit den auch von offiziellen Stellen immer häufiger übernommenen Schätzungen, daß ein Drittel der Jugendlichen in Ostdeutschland neofaschistisch eingestellt ist.

Parallel zur Erweiterung des Wählerpotentials in den vergangenen Jahren ist es der DVU auch mehr gelungen, dieses für sich zu gewinnen. Verantwortlich dafür ist nicht alleine der äußerst massive Wahlkampf, sondern auch der derzeitige Aufschwung der extremen Rechten, die schwindende Attraktivität der CDU und die SPD-geführte Landesregierung: Erfahrungsgemäß rückt das gesamte rechte Spektrum einschließlich der Konservativen unter SPD-Regierungen nach rechts und die Bereitschaft wächst, extrem rechts zu wählen. Darüber hinaus kam der DVU zugute, daß Konkurrenz aus dem eigenen Lager quasi nicht vorhanden war: Die NPD konnte mangels Unterstützungsunterschriften gar nicht erst antreten, und die Reps beschäftigten sich vor allem mit ihren internen Streitigkeiten.

Gefährlich ist letztendlich nicht die DVU, sondern die Leute, die sie wählen. Das neofaschistische Wählerpotential ist kaum parteigebunden, und auch Reps und NPD hätten mit einem derart massiv geführten Wahlkampf ein ähnliches Ergebnis erzielen können. Der Unterschied ist, daß jede andere Partei in der Lage wäre, mehr aus dem Wahlerfolg zu machen, als die DVU es vermag. Von daher ist der Wahlsieg der DVU unter Umständen sogar das kleinere Übel, dessen fatale Folge »nur« zweierlei Dinge sind: Einerseits erfüllen die

Konservativen Frey nun eines seiner erklärten obersten Ziele, indem sie noch weiter nach rechts rücken, sich in verdächtige Nähe zu DVU-Parolen begeben und somit einen Antritt der Partei bei den Wahlen in Bayern zwei Wochen vor der Bundestagswahl überflüssig machen (die DVU verzichtet freiwillig auf eine Kandidatur). Andererseits dürfte der rechte Wahlerfolg eine Signalwirkung entfalten, die das rechte Wählerpotential ermutigt, in kommenden Wahlen auch extrem rechts zu wählen.

Ausblicke

Besonders in Ostdeutschland, wo liberale oder gar emanzipatorische Ideen kaum verbreitet sind und eine ausgeprägte Zivilgesellschaft fehlt, könnte sich diese Signalwirkung verheerend auswirken. Nach Mecklenburg-Vorpommern stehen im kommenden Jahr auch Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg auf dem Programm. Ist der Osten erstmal erobert, würde dies vermutlich eine Welle auslösen, von der auch der Westen und der Bund nicht verschont blieben. Mal abgesehen davon, daß es dort auch alles andere als rosig aussieht. Aber auch schon für die Bundestagswahl im September scheint der Sprung der auf der Erfolgswelle schwimmenden DVU über die Fünf-Prozent-Hürde nicht mehr ausgeschlossen. Kombiniert mit Wahlerfolgen der extrem rechten Parteien in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wäre dies der Bruch des Dammes, in dem der sachsen-anhaltiner DVU-Wahlerfolg schon der erste große Riß war.

Das Wählerpotential für eine Partei rechts von der Union ist vorhanden und das Vertrauen in die traditionellen Volksparteien CDU und SPD sinkt weiter. Sollte sich – in diesem Jahr oder später – einer der drei aussichtsreichen Kandidaten im Rennen um das extrem rechte Potential durchsetzen und längerfristig etablieren können – was wahrscheinlicher als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik ist und durch einen SPD-Sieg bei der Bundestagswahl verstärkt werden würde –, scheint eine Entwicklung wie in Frankreich mit dem Front National wahrscheinlich: Ergebnisse von 13 Prozent werden normal und führen zu alles anderem als einem Aufschrei; die Berührungsängste der Konservativen schwinden.

Ganz langsam erkennt man auch außerhalb der Linken, daß vor allem rassistisches Gedankengut dank des gesellschaftlichen Rechtsrucks der vergangenen Jahre heute gesellschaftlich mehrheitsfähig ist und daß in dieser Tatsache eine entscheidende Ursache auch für den DVU-Wahlerfolg zu suchen ist. Daß diese späte Erkenntnis die Entwicklungen noch aufhalten kann, ist unwahrscheinlich. Umkehrbar ist sie jedenfalls nicht. ■

DVU: Geschichte und Profil einer Phantom-Partei

Gegründet wurde die Deutsche Volksunion (DVU) 1971 unter Führung und Vorsitz Gerhard Freys als Verein, dessen Ziel die Sammlung des neofaschistischen Lagers ist. Da es unrealistisch erschien, rechts von der Union Wahlerfolge zu erzielen, sollte die DVU als überparteiliche Organisation von rechts Einfluß auf die Konservativen ausüben. In der Tat gelang es dem Frey-Verein in den folgenden Jahren, Personen aus dem Spektrum von Union bis hin zu ehemaligen NSDAP-Mitgliedern zu mobilisieren und für seine Groß-Veranstaltungen zu gewinnen. Unter Federführung der Wochenzeitungen aus dem Hause Frey bemüht sich die DVU propagandistisch vor allem um die Rehabilitierung des Nationalsozialismus und die Verharmlosung seiner Verbrechen.

Vor dem Hintergrund der Enttäuschung vieler Rechter über die seit 1982 amtierende konservative Regierung begab sich die DVU 1986 schließlich doch auf die parteipolitische Bühne. Zusammen mit der NPD wurde das Wahlbündnis Deutsche Volksliste gegründet, das 1987 in DVU-Liste D umbenannt wurde und in Konkurrenz zu den Reps agierte. In der Folge traten die beiden Parteien mit gemeinsamen Listen an oder verzichteten zugunsten der anderen Partei auf eine Kandidatur. Die Liste D erhielt 1987 bei den Bremer Landtagswahlen in Bremerhaven 5,4 Prozent und damit einen Abgeordneten. Als die NPD, zu deren Gunsten die DVU auf eine Kandidatur verzichtet hatte, bei der Bundestagswahl 1990 ein vernichtendes Ergebnis einfuhr, beendete Frey das Wahlbündnis. 1991 wurde der Zusatz Liste D gestrichen, und die DVU agierte zukünftig alleine als Partei, die weitgehend identisch mit dem 1971 gegründeten Verein ist, der nach wie vor besteht.

1991 erhielt die DVU bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 6,18 Prozent der Stimmen und fünf Abgeordnetensitze, die Fraktion löste sich kurze Zeit nach den Wahlen wegen interner Konflikte auf. In Bremerhaven kam sie sogar auf 10,26 Prozent und konnte bei der dortigen Stadtverordnetenwahl 1995 5,7 Prozent der WählerInnenstimmen halten. In Schleswig-Holstein stimmten bei den Landtagswahlen 1992 6,3 Prozent der WählerInnen für die DVU, die damit sechs Mandate erhielt. Die Fraktion zerfiel innerhalb weniger Monate, einzelne Abgeordnete traten zur Deutschen Liga über. Bei den nächsten Landtagswahlen 1996 verpaßte die DVU dann den Einzug in den Kieler Landtag mit 4,3 Prozent knapp. Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg Anfang 1997 scheiterte die DVU mit 4,9 Prozent nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde.

Obwohl die DVU in allen Bundesländern Landesverbände unterhält und mit 15.000 bis 27.000 Mitgliedern (die Angaben hierzu schwanken stark) neben den Reps die größte neofaschistische Partei in der BRD ist, existieren Parteileben und -strukturen praktisch nicht und sind auch nicht gewünscht: Kandidaten werden per Telefon oder schriftlich unter Bestellern von DVU-Infomaterial gesucht; Wahlkämpfe werden generell unter Millionenaufwand mit Hauswurfsendungen, Plakatwänden und anderen Werbemitteln in Massenauflagen von der Parteizentrale in München aus geführt. Ohne Gerhard Frey und seine Millionen wäre die DVU, die letztendlich nur den organisierten Teil der Kundschaft von Freys Verlagsimperium darstellt, und ihre Wahlerfolge nicht denkbar. Finanziert werden die Parteiaktivitäten durch die Mitgliedsbeiträge der DVU und der ihr angeschlossenen sechs Aktionsgemeinschaften sowie Spenden, zu denen Frey ungeniert wie kein anderer aufruft, und Wahlkampfkostenrückerstattung. Hinzu kommen Gelder, die die Fraktionen in den Landtagen erhalten und Millionen aus dem Hause Frey. Letztendlich dürfte Frey über sein Wirtschaftsimperium, zu dem neben den Verlagen auch Immobilien und ein Reisedienst gehören, aber wesentlich mehr Geld aus der Partei abschöpfen, als er hineinsteckt. Schließlich erhält er über Kredite an die Partei nicht nur jährliche Zinszahlungen in sechsstelliger Höhe, sondern findet in den Parteimitgliedern auch eifrige Abnehmer für seine Wehrmachtsdevotionalien, Videos, Bücher und Zeitungen. Bis heute sind seine beiden Wochenzeitungen Deutsche National-Zeitung und Deutsche Wochenzeitung mit einer geschätzten Auflage von zusammen 140.000 Exemplaren die mit Abstand größten Publikationen der extremen Rechten.

Trotz der Finanzstärke des Frey-Imperiums, des gesellschaftlichen Einflusses seiner Propagandamaschinerie und auch trotz des Wahlsieges von Sachsen-Anhalt sollte die DVU nicht überbewertet werden. Außer populistischen Parolen hat die Partei programmatisch nichts zu bieten und erreicht von Wahlen abgesehen fast ausschließlich die mittlere und ältere Generation. Ihre parlamentarische Arbeit erschöpft sich in der Inszenierung von Skandalen und dem Stellen von Anträgen, die in der Parteizentrale in der Münchner Paosostraße formuliert werden und politisch bedeutungslos bleiben. Angesichts der Erfahrungen in Bremen und Schleswig-Holstein kann davon ausgegangen werden, daß auch die DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt innerhalb kurzer Zeit mit heftigen internen Konflikten und Streitereien mit der Münchner Parteizentrale beschäftigt sein wird, die bemüht ist, jede eigenständige Aktivität der Fraktionen zu unterbinden. Da aber insbesondere im Spektrum der extremen Rechten bekanntermaßen zumeist nicht politische Praxis sondern Parolen gewählt werden, sind auch zukünftige Wahlerfolge der DVU nicht ausgeschlossen. Ob dies weitergehende politische Folgen haben wird, ist eine andere Frage.


DVU-Kundgebung in Passau 1991

Pech für Reps in Saarbrücken

Großkundgebung geriet zur Blamage

Großspurig kündigten die REPS eine gemeinsame Kundgebung zusammen mit dem FRONT NATIONAL und dem VLAAMS BLOCK gegen den Euro und »*für ein Europa der Vaterländer*« an. Es wurde ein peinlicher Auftritt. Mehrere tausend AntifaschistInnen demonstrierten dagegen, über hundert wurden festgenommen.

Für den 30. Mai 1998 riefen die REPS gemeinsam mit dem französischen FRONT NATIONAL (FN) und dem belgischen VLAAMS BLOCK (VB) zu einer internationalen Großkundgebung am deutsch-französischen Grenzübergang unter dem Motto »*Gegen die Einführung des EURO, für mehr Sicherheit und Ordnung und ein Europa der Vaterländer*« auf. Das Besondere an dieser Kundgebung sollte sein, daß »*zum ersten Mal in der europäischen Geschichte Anhänger europäischer rechter Parteien auf einer gemeinsamen Kundgebung gegen den Souveränitätsverlust der Länder, gegen die Diktatur einer europäischen Bürokratie, für nationale Identität und die Demokratie in Europa demonstrieren*« (aus dem REP-Aufruf). Anschließend sollte gemeinsam in einem Demonstrationszug die Grenze nach Frankreich überschritten werden, um auf den Spicherer Höhen den Soldaten des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 zu gedenken.



Ein peinlicher Auftritt – Deutsche Maulhelden in Saarbrücken

Bei Bekanntwerden dieses Vorhabens der Rechten – zwei Wochen vor der geplanten »Großkundgebung« – regte sich im Saarland und im angrenzenden Frankreich Widerstand. Im Saarland bildete sich ein Bündnis gegen Rechts (BgR), in dem sich trotz unterschiedlicher politischer Ansätze und Methoden eine vielfältige Bandbreite von Gruppen und Personen zusammenfanden. Der DGB distanzierte sich von Anfang an von diesem Bündnis und rief zu einer eigenen Demo in der Saarbrücker Innenstadt auf, mehrere Kilometer von der faschistischen Kundgebung entfernt. Das BgR rief zu verschiedenen Gegenaktivitäten auf.

Die Stadt Saarbrücken verbot zunächst aufgrund des breiten Protestes das komplette Vorhaben der Rechten, was aber – wie nicht anders zu erwarten – von den zuständigen Gerichten wieder rückgängig gemacht wurde. Lediglich der Demonstrationszug der Rechten wurde untersagt. Die Reps, die die Kundgebung anfänglich für 400 TeilnehmerInnen anmeldeten und von der größten Veranstaltung vor den kommenden Bundestagswahlen sprachen, redeten dann von bis zu 2000 zu erwartenden TeilnehmerInnen. Interessant ist auch, daß die saarländische JN sich nach dem Bekanntwerden der Antifa-Mobilisierung den REPs als Ordnerdienst angebot und über das NATIONALE INFOTELEFON RHEINLAND zu der Veranstaltung mobilisierte. Der FN hatte seine Teilnahme am Tag zuvor zurückgezogen, da für die Kranzniederlegung auf der französischen Seite ein vollständiges Verbot ergangen war. Den Parteimitgliedern wurde von der Führung untersagt in die BRD zu reisen. Am Tag der Kundgebung selbst versammelten sich dann lediglich 350 bis 400 Faschisten an der Goldenen Bremm. Der Kundgebungsplatz wurde von einem starken Polizeiaufgebot abgeriegelt. So konnten die REP-Anhänger, zusammen mit einem VB-Häuflein, sowie einigen, entgegen dem Verbot angereisten FN-Vertretern in trostloser Umgebung den Reden des REP-Landesvorsitzenden KARL WERNER WEISS, dem Fraktionsführer des VB, WIM VERREYCKEN und dem REP-Bundesvorsitzenden ROLF SCHLIERER lauschen. Nur kurzzeitig gestört durch pöbelnde und zum Teil stark betrunkene Mitglieder der FREIEN KAMERADSCHAFT HORST WESSEL SAARLAUTERN und tieffliegende Transporthubschrauber des Bundesgrenzschutzes. Die durch Bier und Sonnenschein schwer gezeichneten »Freien Kameraden« beschimpften den REP-Landesvorsitzenden Weiss als »*Polizeispitzel*« und REP-Chef Schlierer als »*Verräter am Deutschen Volk*«. Parolen, die die Todesstrafe für Kinderschänder forderten, wurden allerdings von Umstehenden begrüßt. Nach offiziellen Angaben waren über 1800 Polizeibeamte aus drei Bundesländern im Einsatz. Es gab massive Vorkontrollen. So gelang es den etwa 500 AntifaschistInnen, die sich zur Platzbesetzung entschlossen hatten, nicht, bis zum Versammlungsort der FaschistInnen vorzudringen, sondern sie wurden an der KZ-Gedenkstätte »Neue Bremm« gestoppt. Dort versammelten sich dann im Laufe des Tages, nachdem noch zahlreiche TeilnehmerInnen der DGB-Demo auf Initiative des BgR zur Neuen Bremm demonstrierten, bis zu 2000 Menschen. Gegen Ende der faschistischen Kundgebung gelang es etwa 350 autonomen Antifas unbemerkt von der Polizei mit einem Demonstrationszug auf die Straße zu gelangen, die die FaschistInnen für ihre Heimreise vorgesehen hatten. Dort wurden dann Barrikaden errichtet und die anrückende Polizei verjagt.

Es mangelte jedoch an Entschlossenheit, so daß nach Anrücken weiterer Polizeieinheiten die Blockade aufgegeben wurde und sich alle zurückzogen. Danach wurden willkürlich nahezu 100 Antifas festgenommen. Am Abend versuchten vierzig Neonazis aus Saarlouis und Ludwigshafen mit Transparenten einen Aufmarsch vom Haupbahnhof in die Innenstadt, der jedoch von der Polizei gestoppt wurde. Anschließend fuhr die Mehrzahl der Neonazis mit dem Zug nach Saarlouis, von wo sie am Mittag gemeinsam mit CHRISTIAN HEHL aus Ludwigshafen angereist waren.

Da die faschistische Kundgebung stattgefunden hat, kann nicht von einem Erfolg für die Antifa gesprochen werden, denn das gesetzte Ziel wurde nicht erreicht. Allerdings gelang es in der kurzen Mobilisierungszeit über 500 Antifas auch aus dem übrigen Bundesgebiet zu mobilisieren. Außerdem sind anläßlich dieses Tages wieder zahlreiche Menschen und Gruppen aufgewacht und aktiv geworden. Bleibt zu hoffen, daß es sich nicht um ein Strohfeuer handelte, sondern sich breiter Widerstand gegen die Rechten in der Region entwickelt. ■

Kontakt: Antifa Saar - Aufbaugruppe, c/o Verein für kommunikatives Wohnen & Leben e.V., Postfach 10 32 07, 66032 Saarbrücken

Keine Abgrenzug nach rechts

Die Landsmannschaft Ostpreußen feiert ihr fünfzigjähriges Bestehen

Richtig ist, *daß Vertriebenenfunktionäre der Landsmannschaft Ostpreußen keine Verrenkungen vorgenommen haben, um sich nach rechts abzugrenzen und eine Selbstreinigung zu vollziehen, weil eine Abgrenzung nach rechts nicht notwendig ist, da sie rechtsextremistische Positionen nicht vertreten hat und nicht vertritt.«* Diese Passagen hätte die LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (LO) gerne als Teil einer Gegendarstellung in der Frankfurter Rundschau (FR) untergebracht. Doch dazu kam es nicht. Wie eigentlich in einer Erstsemesterveranstaltung für angehende JuristInnen zu lernen sein dürfte, war das vorangegangene Werturteil nicht gegendarstellungsfähig. Und dabei hatte die FR im wesentlichen nur berichtet, daß die LO ihren neu aufgebauten PREUßISCHEN MEDIENDIENST vom neofaschistischen Verlag SIEGFRIED BUBLIES betreuen läßt.[1] Hierzu ein weiterer – ebenfalls unveröffentlichter – Punkt aus dem Gegendarstellungsbegehr der LO: *»Richtig ist, daß der Verlag Siegfried Bublies nicht rechtsextrem ist.«* Es wäre aus antifaschistischer Perspektive müßig, sich genauer mit einer Organisation auseinanderzusetzen, der der Bublies-Verlag nicht als *»rechtsextrem«* gilt, würde die LO in diesem Jahr nicht – als erste BdV-Landsmannschaft – ihren 50. Geburtstag begehen und wäre sie nicht ein Teil der bundesdeutschen Außenpolitik, die im Verborgenen abläuft.

Die Landsmannschaft Ostpreußen wurde 1948 gegründet und ist ordentliches Mitglied im BUND DER VERTRIEBENEN (BdV). Sitz ihrer Geschäftsstelle ist Hamburg. In einer Selbstdarstellung heißt es, daß die LO der *»Zusammenschluß der Ostpreußen«* sei und daß sie *»Ostpreußen in seiner Gesamtheit und in seinen Stadt- und Landkreisen«* fortsetze. Laut Eigenangaben handelt es sich bei diesem Zusammenschluß der »Ostpreußen« um eine 500.000 Mitglieder zählende Organisation. Die LO verfügt über Landesgruppen in allen Bundesländern. Parallel zu diesen Landesverbänden existieren noch die »Heimatkreisvereinigungen«, die analog der Städte und Kreise des ehemaligen »Ostpreußens« aufgebaut sein sollen. In der LO gibt es von diesen »Heimatkreisvereinigungen« insgesamt 40, die alle über »Patenschaftsträger« – eine bundesdeutsche Stadt – verfügen. Neben diesen Gliederungen, auf die die VVN-BdA Stade exemplarisch anhand der LO-Kreisgemeinschaft Goldap in einer Broschüre hingewiesen hat[2], steht der LO ein komplexer Vorfeldapparat für ihre Arbeit zur Verfügung.

Die Funktion der ideologischen und methodischen Kaderschulung erfüllt das OSTHEIM. Diese sollen für den Kampf gegen *»totalitäre, antireligiöse Bestrebungen«* gerüstet werden, damit sie gegen die *»Gegner des deutschen Rechtsanspruchs«* bestehen können. Der Trägerverein Ostheim e.V. wurde 1956 in Bad Godesberg von der LO und der DEUTSCH-BALTISCHEN LANDSMANNSCHAFT (die 1963 aus dem Ostheim e.V. ausgetreten ist) gegründet. Zwei Jahre später wurde das ehemalige Sanatorium Buchingen in Bad Pyrmont (Weserbergland) erworben, als Ostheim benannt und kurz



Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Wilhelm von Gottberg

darauf komplett in das Eigentum der LO überführt. Ende 1994 wurde der CDU-Politiker und Sprecher der LO, WILHELM VON GOTTBERG, auch zum 1. Vorsitzenden des Ostheim e.V. gewählt.

Zudem nimmt das vom Bund und dem Land Niedersachsen finanziell geförderte OSTPREUßISCHE LANDESMUSEUM (OL) in Lüneburg die *»selbstverständliche Verpflichtung einer Kulturnation«* wahr, damit *»die jahrhundertelange Geschichte Ostpreußens und das aus der Region stammende Kulturgut im Bewußtsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes«* erhalten bleibe. Nach Angaben der Bundesregierung erhielt das Museum in den vergangenen zehn Jahren fast 19 Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt. Die Leitung des OL, das 1987 eröffnet wurde, obliegt DR. RONNY KABUS. Bei der Eröffnungsveranstaltung sagte der damalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenministerium, DR. HORST WAFFENSCHMIDT, daß, wenn die *»vielversprechenden Ansätze«* des OL weiterentwickelt werden würden, es in Zukunft möglich sein könnte, daß man in der *»ostdeutschen Kulturarbeit von einem 'Modell Ostpreußen' sprechen«* werde. Um die Arbeit der LO auf eine verwissenschaftlichte Grundlage zu stellen, wurde 1981 das Deutschordenschloß Ellingen der LO vom Freistaat Bayern zur Verfügung gestellt. Hier befindet sich das zentrale Archiv der Organisation mit umfangreicher Bibliothek. Weitere Teile des Kulturzentrums Ostpreußen, das von WOLFGANG FREYBERG geleitet wird, werden zur Präsentation von Dauer- und Wechselausstellungen genutzt. Eine große Anzahl von völkischen Verbänden sind wiederum über die STIFTUNG OSTPREUßEN miteinander vernetzt, die als Braintrust der LO fungiert. Zu den zwölf Stiftern zählen neben dem Ostheim e.V. und der LO selbst beispielsweise die AGNES-MIEGEL-GESELLSCHAFT E.V., die PRUSSIA-GESELLSCHAFT E.V., die GEMEINSCHAFT EVANGELISCHER OSTPREUßEN E.V. (GeO), die HISTORISCHE KOMMISSION FÜR OST- UND WESTPREUßISCHE LANDESFORSCHUNG und der VEREIN ZUR ERHALTUNG UND FÖRDERUNG DER ZUCHT DES TRAKEHNER PFERDES E.V.. Jedem dieser Verbände fällt eine sehr spezifische Aufgabe im Bereich von Schulung und Betreuung der Aktivisten zu, die von religiöser Seelsorge über kulturell-historische Forschung, die deutschen Kontinuitätslinien beweisen soll und bis hin zu linguistischen Arbeitsfeldern reicht. Die Stiftung Ostpreußen erfüllt die Vorfeldarbeiten, die notwendig sind, wenn sich eine Menschengruppe als nationales Konstrukt formieren und als solches agieren will. Daß dabei Kultur und insbesondere Sprache die wesentliche Rolle spielen, ist hinlänglich bekannt.[3]

Bezüglich der Struktur der LO sind zwei Momente wesentlich: Ihr Jugendverband, die JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO), sowie das Organ der LO, das OSTPREUßENBLATT (OB).

Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen

Die JLO, die im April 1991 gegründet wurde, versteht sich als *»Jugendorganisation für Ostpreußen«* (Potsdamer Programm der JLO). Nach Aussage Wilhelm von Gottbergs sind die Sprößlinge als Teil der *»Bekenntnisgeneration«* zu verstehen, die sich *»den an Ostpreußen gebundenen Heimatbegriff nicht nehmen«* lassen wollen. Die jungen »Ostpreußen« sind jedoch mehr als nur die Erben des deutschen Volkstums. Im unregelmäßig erscheinenden JLO-Mitteilungsblatt FRITZ finden sich neben gän-

gigen rassistischen, völkischen und geschichtsrevisionistischen Stereotypen neue alte Qualitäten. Für die *»Entwurzelung des Menschen und die ethnische Durchmengung der Völker«*, die *»zum Verlust traditioneller Kulturen und Werte, zu einer Form des Artensterbens in der Vielfalt der Völker, wie es ansonsten nur durch einen Atomkrieg zu erreichen gewesen wäre«*, führen soll, hat die JLO einen Grund ausgemacht: die Globalisierung. Sie sei *»Totalisierung«* und würde den *»Willen der Völker zum Objekt des kapitalistischen Schachers«* machen. So weit, so völkisch. Doch hinter der Globalisierung stehe das *»nomadisierende Kapital«* und die *»Kaste der Globalkapitalisten«*, welche sich durch drei Aspekte auszeichne: *»Sie ist anonym, sie ist international, und sie ist ungebunden.«* Das *»Globalkapital«* sei im übrigen *»nicht haftbar zu machen«*, habe *»kein Gesicht«* und stehe *»namenlos hinter Nummernkonten und Aktiendepots«*. Außerdem habe es sich der *»Kontrolle der nationalen Regierungen weitgehend entzogen«*. Dieser Verrat der nationalen Ideale und der Bruch mit der völkischen Tradition wird aus JLO-Perspektive noch fortgesetzt durch die *»praktische Gleichschaltung der internationalen Presse«*, wobei angeblich ein *»weltweiter Nachrichtenmarkt das Denken der Menschheit zu einer Knetmasse in der Hand der großen Medienkonzerne«* macht. Die beiden dieser Weltverschwörungstheorie zugrundeliegenden Argumentationsmuster der finanziellen Kontrolle und der medialen Macht sind ebenso einfältig wie alt. Die *»Phantasmagorie der jüdischen Weltverschwörung«* (Ernst Piper) bedarf - wie der Antisemitismus im allgemeinen - nicht der Juden. Vielmehr stellt die Zusammensetzung aus nationalem Identitätswahn und aus der Angst entstammendem Haß eine Basis dar, von der aus sich der der Latenzform entwindende Antisemitismus wieder wird erheben können zum allgemeinverbindlichen, gesamtgesellschaftlichen Konsens. Nach dem rassistischen Brandanschlag Ende Mai 1993 in Solingen hatte die JLO auch schon gegen die *»Mediokraten, die Machthaber über Funk und Fernsehen«*, gehetzt, weil diese ihre *»politischen Gegner als Schuldige«* (d.h. die Neonazis; d. Red.) hätten präsentieren wollen. *»Zu allem Überfluß«* habe sich auch der *»jüdische Vergangenheitsbeschwörer Giordano«* zu Wort gemeldet und dabei *»eindeutig den Jordan der Gewaltlosigkeit«* überschritten.[4] Im Fritz kann man aber auch Sätze wie den folgenden lesen: *»(...) wenn man die Erfolge des Dritten Reiches (z.B. die Wiederherstellung des Selbstwertgefühls des Volkes nach der Demütigung durch Versailles oder auch einfach nur 'die gute Autobahn') auf ewig negiert, wenn man alles von vornherein negativ betrachtet und dabei nie versucht, sich in die Lage der Menschen von damals zu versetzen, dann wird man auch nie verstehen, warum Millionen Deutsche ihrem Führer bis zuletzt gefolgt sind«*.

Daß es in der Ideologie und ihrer symbolischen Aufbereitung für die Junge Landsmannschaft Ostpreußen keine Grenzen gibt, beweist ihr Logo. Neben schwarzem Adler und Organisationseigenbezeichnung gehört zu ihm noch eine weitere Aussage: *»Suum cuique!«* - zu deutsch: *»Jedem das Seine«*. Am Tor des Konzentrationslagers Buchenwald stand nichts anderes.

»Das Ostpreußenblatt«[5]

»Das 'Ostpreußenblatt' ist auf dem Wege zu einer großen überregionalen konservativen Wochenzeitung« stellte Hans B. von Sothen glücklich in einer Besprechung des Ostpreußenblattes in der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) Mitte letzten Jahres fest. JF-Redakteur von Sothen hat recht: Das OB ist eines der zentralen Periodika der extremen Rechten geworden und auf dem besten Weg, der JF den Rang abzulaufen. Auf diese Tendenz hat jüngst auch einer der antifaschistischen Experten zur JF, Alfred Schobert, in Der Rechte Rand (Mai/Juni 1998, Nr. 52) hingewiesen.



Heute, nach dem Ende von *»Stalinismus«* und *»Hitlerismus«*, so das Ostpreußenblatt, gelte es *»die Fragen von Identität, Nation, sozialer Sicherung, Gemeinschaft und Individualität«* neu zu beantworten. Hierzu sollen die *»Fundamente des völkischen Zusammenlebens«* gesichert werden, zu denen *»ganz bestimmte Grundbegriffe, wie Ehre, Anstand, Sitte, Treue und Redlichkeit«* gehören. Desweiteren heißt es im LO-Organ, daß *»im Volk und in der Sprache des Volkes der Mensch am unmittelbarsten angesprochen«* werde. Schlußfolgerung: *»Das Volk kann daher als 'Heimat' des Menschen gedeutet werden.«* Klar, daß das *»immer auch ein Sich-gegen-andere-Behaupten«* miteinschließt. Und deshalb kämpft das Ostpreußenblatt auch gegen *»eine Propaganda für unbeschränkte Einwanderung fremder Völkerschaften«*. Denn: *»Die meisten Einwanderer besitzen kulturell und verhaltensmäßig nicht die Voraussetzungen, um irgendwann deutsch zu werden, entstammen sie doch einem völlig anderen Kulturkreis. (...) Deshalb können wir uns einer Auseinandersetzung mit den Einflüssen, die unsere Kultur und damit unsere Identität bedrohen, nicht entziehen.«* Es sei aber auch so, daß *»die verwirrten Deutschen von heute«* sich *»moralisch«* auf *»alles mögliche«* verpflichten lassen würden, allerdings nicht *»auf die Pflege der Erinnerung an die Leiden des eigenen Volkes«*. Nicht nur, daß es einige Menschen gibt, die die Verwendung des Begriffes Vertreibung in bezug auf die Umsiedlung der Volks- und Grenzlandsdeutschen infolge des Nationalsozialismus für revisionistisch und Teil einer völkischen Propaganda halten, nein – auch mit der deutschen Sprache, dem »Garant des deutschen Volkstums«, sieht es laut OB schlecht aus: *»Diese natürliche Ordnung - jedem Volk seine ihm eigene und gemäße Sprache - und damit ein unermeßlicher kultureller Reichtum der Erde, steht heute auf dem Spiel. (...) Immer mehr Völker erkennen diese Gefahr und ergreifen Maßnahmen gegen diese Bedrohung ihrer Identität. Nur die deutschen scheinen eine Ausnahme machen zu wollen.«* (Fehler i. Orig.)

Ein perspektivisches Konzept, das auch im Ostpreußenblatt intensiv diskutiert wird, ist die *»geopolitische Orientierung«*. Im Klartext wird ein regionalistisches bzw. völkisches Konzept des Partikularismus propagiert: *»Mit den Russen könnten wir heute (...) auch über Kooperation im nördlichen Ostpreußen sprechen, über wirtschaftliche Hilfen, über Maßnahmen zu Schutz, Erhalt und Pflege deutscher Kulturgüter.«*

Zurück in der Heimat

Um das Ziel der deutschen Hegemonie durchzusetzen, wird das Selbstbestimmungs- und Heimatrecht der deutschen Minderheiten eingefordert. Hierzu dienen im Wesentlichen zwei Konzepte: das des völkischen und das des regionalistischen Partikularismus. Das Erstgenannte ist ein direkt deutschbestimmtes, das Zweite eines, das mittelbar deutscher Politik zugutekommt. Beiden gemein ist die Parzellierung von nicht unter deutscher Verwaltung stehenden Gebieten. Während die völkische Variante darum bemüht ist, historische und kulturelle Linien deutscher Identität zu erdenken, die den Vorstellungen von kultureller Hegemonie und ökonomischer Abhängigkeit dienen, geht die zweite staatlich-territorial orientiert vor. Hier besteht die Prämisse im politischen Autonomieprinzip, also der faktischen Abtrennung von einzelnen Regionen aus einem Nationalstaat (z.B. Baskenland von Spanien), was wiederum zur Schwächung desselben und zu weltpolitischer Irrelevanz führt. Während durch die Umsetzung von regionalistischen Prinzipien die politische und militärische Potenz deut-





Eindrücke vom »Deutschlandtreffen der Ostpreußen« am 17./18. Mai vergangenen Jahres in Düsseldorf.
Links oben ist der Chor der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen zu sehen.

scher Antipode zunichte gemacht wird, erstellt die völkische Einflußnahme kulturell-sprachliche Hoheiten, die die parzellierten Gebiete Deutschland zur ökonomisch freien Verfügung stellen. Militärische Landnahme wird so überflüssig, weil jedem die Wahl seiner »Heimat« frei steht, zumindest so lange, wie ihm die de facto-Kontrolle der Territorien obliegt. Anders ausgedrückt: so es sich um Deutschland handelt.

Der komplexe völkische Apparat der Landsmannschaft Ostpreußen ließe sich – ebenso wie die gesamte Organisation des Bundes der Vertriebenen – nicht ohne die Finanzierung aus dem Bundeshaushalt aufrecht erhalten: Der BdV erhält jährlich um die 3,5 Millionen Mark an institutioneller Förderung; die Landsmannschaft Ostpreußen ca. eine halbe Million Mark.

Teil einer Ausstellung, die auf dem »Deutschlandtreffen der Ostpreußen« gezeigt wurde.



Hinzu kommen noch Millionenbeträge für die Förderung von einzelnen Projekten. Neben den direkten Mitteln für den BdV findet sich die Bundesregierung noch zu weiteren völkisch-nationalen Taten bereit: So hat zum Beispiel das Bundesinnenministerium von 1990 bis 1997 für die *»deutsche Minderheit«* in Polen über 175 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Mit dem Geld wurde vor allem die Förderung der deutschen Sprache finanziert.

Auch die LO ist im ehemaligen Ostpreußen sehr aktiv. Beispielsweise baut die Junge Landsmannschaft Ostpreußen ein Haus *»in Ostpreußen«*, das vor allem als deutsche Sprachschule dienen soll (andererseits ist die JLO aber auch darum bemüht, einen »ostpreußischen Vertriebenenwald« im Großraum Hannover anläßlich der Weltausstellung EXPO im Jahr 2000 zu errichten!). Mehrere Landwirte aus Schleswig-Holstein haben bei Tschernjachowsk 400 Hektar Land gepachtet. Der Verein PARTNERSCHAFT OSTPREUßEN E.V. unterhält mit Unterstützung der »KREISGEMEINSCHAFT LABIAU« in der Landsmannschaft Ostpreußen im Großraum Polessk einen holzverarbeitenden Betrieb. Die ARBEITSGEMEINSCHAFT NORD-OSTPREUßEN (AGNO), ein Zusammenschluß von 19 Organisationen – darunter zehn LO-Kreisgemeinschaften und der Verein zur FÖRDERUNG DER RUßLANDDEUTSCHEN IN TRAKEHNEN E.V. – koordiniert zahlreiche »Germanisierungsprojekte«, zum Beispiel Deutschunterricht im Kaliningradskaja Oblast (zur AGNO vgl. AIB Nr. 42). Eine der Organisationen, die die Politik der kleinen Schritte vor Ort umzusetzen sucht, ist auch die OSTPREUßISCHE LANDESVERTRETUNG (OLV), ein Zusammenschluß von Vertretern der »Heimatkreisvertretungen« der Landsmannschaft Ostpreußen und Delegierten der LO-Landesgruppen. Es handelt sich bei dieser Vereinigung um eine Art von der LO organisierte deutsche Exilregierung. Auf der Tagung der OLV Ende November letzten Jahres in Bremen wies Wilhelm von Gottberg darauf hin, daß *»die materielle Unterstützung der Bevölkerung durch die Heimatkreisgemeinschaften und diverse andere Organisationen«* Früchte trage. Von Gottberg faßte die Situation vor der OLV treffend zusammen: *»Das Königsberger Gebiet hängt am Tropf der Bundesrepublik«*. Weiter führte er aus: *»Im Rahmen der bevorstehenden Ost-Erweiterung der EU wird dem Königsberger Gebiet eine Brückenfunktion zwischen Ost und West zukommen. Deshalb ist es für die Ostpreußen wichtig, auf unterer Ebene Kontakte zu knüpfen und auszubauen; und mit der Unterstützung für Rußlanddeutsche und Russen Freunde zu gewinnen, die wir vielleicht noch einmal brauchen werden.«* Im Juli dieses Jahres ist es dann für die Landsmannschaft Ostpreußen soweit: Ihre Jubiläumsfeierlichkeiten finden in Berlin statt, der ehemaligen Reichshauptstadt. Die LO ist zurück in der Heimat – vorerst noch ideologisch. ■

1) Vgl. Salzborn, Samuel: Rechts(d)ruck bei den Ostpreußen - Landsmannschaft beschäftigt deutsch-nationalen Verlag, in: Frankfurter Rundschau vom 16. Januar 1998
2) Vgl. VVN-BdA Stade: Revanchistische Patenschaften kündigen. Die Kreisgemeinschaft Goldap, die Landsmannschaft Ostpreußen und der deutsche Revanchismus, Stade 1997
3) Vgl. Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a.M. / New York 1996; Hobsbawm, Eric J.: Nationen und Nationalismus, Mythos und Realität seit 1780, München 1996
4) Zum Antisemitismus der JLO vgl. Salzborn, Samuel: Königsberger Klops - Wie die Bundesregierung revanchistische Propaganda finanziert, in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung vom 8. Januar 1998
5) Vgl. zum »Ostpreußenblatt«: Bündnis Keinen Fußbreit den Faschisten: Das Ostpreußenblatt, in: dass. (Hg.), Antifaschistische Informationen - Rechte Organisationen in Hamburg, Hamburg 1995; Büro Ulla Jelpke: Das »Ostpreußenblatt« - Leugnung der Shoah und polenfeindliche Tiraden, in: ak vom 6. Juli 1994; BT-Drs. 12/8042 (Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke: Das »Ostpreußenblatt« und der Rechtsextremismus II) und BT-Drs. 12/8362 (Antwort der Bundesregierung); Salzborn, Samuel: Konkurrenz für die Junge Freiheit, in: Jungle World vom 19. März 1998



Jugend- und Antifaarbeit in Strausberg

mit der Antifa Strausberg



AIB: Wie hat Antifaarbeit in Strausberg angefangen?

Alfons: Angefangen hat es 1989/90, als es ganz verstreut linke Jugendcliquen gab, die sich ersteinmal untereinander nicht kannten. In den Wirren der Wendezeit bot es sich an, ein Haus zu besetzen, um einen Anlaufpunkt zu haben, sich dort zu treffen und die Arbeit zu organisieren. Nachdem das erste Haus im Sommer 1990 aufgegeben wurde, gab es bis 1991 eine Leerlaufphase. Im Herbst 1991 wurde dann mit einigen Leuten und viel Unterstützung aus Berlin beschlossen, ein größeres Haus mit dem Konzept zu besetzen, dort zu wohnen und Antifa- und Jugendarbeit zu machen. Die Villa Eckertstein gab es dann dreieinhalb Jahre. Es gab eine Kneipe, viele Konzerte, Infoveranstaltungen, Feste usw. Dadurch wurde das Jugendbild in Strausberg ziemlich geprägt. Außerdem gab es Straßenmilitanz, so daß Versuche der Faschos, feste Strukturen zu organisieren, im Keim erstickt wurden.

AIB: Und wie seid Ihr an die Jugendlichen herangekommen? Ihr seid doch völlig anders als der Rest der Bevölkerung in Strausberg. Gab es da Berührungsängste?

Anna: Wir haben gar nicht so große Bemühungen in der Richtung unternommen. Wir waren eben von der Stadtverwaltung akzeptiert als anerkannter Anbieter für Jugendarbeit. Dadurch hatten wir keinen Streß mit Räumungen. Wir konnten auch immer in der Lokalzeitung Ankündigungen und Werbung plazieren, und standen in Kontakt mit der Stadtverwaltung. Dadurch hatten wir einen legalen Anschein. Dann läuft viel über persönliche Kontakte – in der Schule und bei der Arbeit. Darüber konnte man viele Leute ansprechen. Damals hatten wir schon gute Kontakte zu der Streetworkerin in Strausberg. Die hat dafür gesorgt, daß die Villa Eckertstein ein Anlaufpunkt für Kids wurde. Sie konnten nachmittags in die Villa kommen und hatten ein paar Räume, wo sie »die Sau rauslassen« konnten. Aber vieles lief gar nicht so organisiert. Die Leute kamen durch Mundpropaganda. Natürlich haben wir auch gehört, daß sich Leute nicht zu uns getraut haben – von wegen besetztes Haus und Autonome. Daran haben wir aber nicht weiter gearbeitet.

AIB: 1995 wurde die Villa Eckertstein rückübereignet. Welche Konsequenzen hat der Umzug in ein neues Haus, einen ehemaligen Kindergarten, nach sich gezogen? Schließlich mußte ja erst einmal eine massive Kampagne losgetreten werden, um die Stadt dazu zu bewegen, das Haus zu vermieten. Und was hat sich da innerhalb der Jugendszene so getan?

Alfons: Ein Umzug von einem illegalen in ein legales Haus hat natürlich immer Vor- und Nachteile. Der Vorteil ist, daß man sich keine Gedanken um einen Rausschmiß machen muß. Problematisch ist aber, daß wir durch den Umzug den Kiez gewechselt haben, wir uns erst wieder eine Basis von Leuten erarbeiten mußten, die mitarbeiten. Und daß wir in der Legalität viel mehr Arbeit haben mit Förderanträgen für Jugendarbeit, mit Mitteln, die man braucht, man muß fürs Finanzamt irgendwelche Berichte schreiben... Der legale Charakter eines solchen Hauses ist natürlich auch nicht mehr so interessant für die Kids. Der Reiz des Verbotenen fällt weg. Ein legales Haus ist eben nur so ein Jugendklub. Der Umzug hat mindestens ein halbes Jahr Leerlauf mit sich gebracht. Wir haben fast wieder bei Null angefangen, unsere Strukturen zu organisieren.

> **»Der legale Charakter eines solchen Hauses ist natürlich auch nicht mehr so interessant für die Kids. Der Reiz des Verbotenen fällt weg.«**

AIB: Was gibt es an Angeboten für Jugendliche im Haus?

Anna: Die schon angesprochenen besseren Möglichkeiten in einem legalen Haus haben sich bemerkbar gemacht. Es gibt jetzt eine Töpferwerkstatt, eine Metallwerkstatt, einen Sportraum, ein »Kidsprojekt«, das momentan als Schulklub läuft. Dann gibt es eine Kneipe, die als Anlaufpunkt eigentlich das Wichtigste ist. Und einen Konzertsaal, wo Veranstaltungen in einem größeren Rahmen gemacht werden können.

Die Jugendlichen bekommen die Räume, die Technik und finanzielle oder organisatorische Unterstützung. Aber sie sollen selber aktiv werden und sehen, wenn etwas entstehen soll, muß man es auch selber machen.

AIB: Gibt es in Strausberg Klubs, in denen sich die Rechten treffen? Haben die ihre eigenen Zentren?

Anna: Rechte hängen schon hin und wieder in städtischen Klubs ab. Aber es gibt keinen, der sich als Naziclub etabliert hat. Weil es von uns und von städtischer Seite immer Bestrebungen gab, so etwas nicht aufkommen zu lassen. Wir sind als Projekt auch zu anderen Vereinen gegangen, um darüber zu reden und sich auszutauschen, wie Jugendarbeit passiert und darüber eine kleinen Anstoß zu geben. Es gab immer Klubs, wo die Nazis hingingen. Aber es waren immer noch andere Jugendliche drin. Logischerweise haben sie es manchmal geschafft, diese zu verdrängen, wie überall, aber das wechselt.

AIB: An vielen Orten gibt es ja ein sehr gespanntes Verhältnis zwischen linken Projekten und der Stadtverwaltung. Habt Ihr Euch bewußt für Verhandlungen entschieden? Wie sieht das bei Euch aus?

Anna: Wir hatten von Anfang an die günstige Voraussetzung, daß wir in der Stadtverwaltung einige Fürsprecher hatten, die sich selbst auch als antifaschistisch sehen und uns unterstützt haben. Sie hatten vielleicht auch Kritikpunkte an uns und wir an ihnen, aber man kann ja Kompromisse finden. Dann kommt dazu, daß in Strausberg durch das Ministerium für nationale Verteidigung, also die NVA, viele ehemalige

»Aus unseren Erfahrungen würde ich sagen, daß es für Gruppen in kleineren Städten total wichtig ist, den Kontakt zu Institutionen und zur Stadtverwaltung zu halten.«

SED- und jetzt PDS-Mitglieder leben. Die PDS hat in der Stadtverwaltung gute Kontakte. Die unterstützen doch eher ein linkes Projekt als einen Naziclub – anders als in Schwedt oder Wurzen. Noch ein Problem für die Stadtverwaltung war, daß alle Jugendarbeit zugrunde ging, sie kein Geld hatte und nicht wußte, wie sie Jugendarbeit, Konzerte usw. neu aufbauen sollte. Da waren wir sehr willkommen. Wir haben uns auch so gesehen, daß wir Jugendarbeit für die Stadt Strausberg machen, haben aber auch darauf bestanden, daß unsere Forderungen erfüllt werden.

Alfons: Aus unseren Erfahrungen würde ich sagen, daß es für Gruppen in kleineren Städten total wichtig ist, den Kontakt zu Institutionen und zur Stadtverwaltung zu halten. Die Leute in den Verwaltungen oder Vereinen wollen äußerlich nette Jugendliche vor sich sehen und sind dann auch bereit, mit denen zu reden. Darauf haben wir uns im Laufe der Zeit eingestellt. Das kann in einer kleinen Stadt nicht anders laufen, weil jeder jeden kennt. Wenn man sich selbst ausgrenzt, kriegt man nirgends einen Fuß in die Tür. Da finde ich es angebracht, diesen Kompromiß zu gehen, um unsere Ideen umsetzen und Antifaarbeit machen zu können.

AIB: Was ist denn die Antifaarbeit in Strausberg noch über das Angebot für die Jugendlichen im Ort hinaus?

Karina: Die Antifa Strausberg hat sich erst vor knapp anderthalb Jahren gebildet. Wir haben mit Plakaten, Flugblättern und Demonstrationen angefangen. Wir haben ein ziemlich stetiges Treffen, zu dem auch Menschen kommen, die nicht direkt in der Antifa sind. Die erzählen, wo wieder was passiert ist und dann wird diskutiert, was man machen kann.

AIB: Könnt Ihr nochmal was zur Struktur innerhalb der rechten Szene in Strausberg sagen? Gibt es Kontakte nach außerhalb, und wie wirkt sich das aus?

Alfons: Es gibt einen härteren Kern von 10 bis 15 Nazis im Alter zwischen 17 und 30 Jahren. Sie sind nicht sehr viele, aber militant. Die Faschokids – »die Braunzone« – sind zahlenmäßig mehr, auch wenn sie sich nicht als **die** Naziclique verstehen oder in unmittelbarem Kontakt zum harten Kern stehen. Von dem harten Kern bestehen auf jeden Fall private Kontakte durch einen Nazi, der im Gefängnis war, in andere Städte, nach Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde. Zwar ist in Strausberg bis jetzt nichts Großes passiert, aber es kann einfach jeden Tag passieren. Es gab bisher immer nur einzelne Übergriffe, aber keine Zusammenrottung oder Organisierung der Nazis. Übergriffe gibt es eher auf alternativ aussehende Jugendliche, nicht auf Flüchtlinge, von denen es in Strausberg auch nicht viele gibt. Da ist das Thema nicht so präsent.

AIB: Ist das linke, etablierte Haus ein Angriffsziel für Nazis?

Anna: Vor einigen Wochen gab es Provokationen am Haus. Die Nazis fahren bewußt daran vorbei und gucken sich um. Und es sind Gerüchte aufgetaucht, daß große Sachen geplant werden. Bisher ist das Haus aber von größeren Aktivitäten verschont geblieben.

AIB: Um Strausberg herum gibt es ja lauter Kleinstädte, wo die rechte Jugendszene wesentlich dominanter ist. Engagiert Ihr Euch in der Regionalarbeit?

Klaus: In Orten, wo es keinen Ansprechpartner gibt, ist es wahnsinnig schwer für uns. Aber auch, wenn es Informationen gibt, daß die Situation in einigen Orten sehr zugespitzt ist, ist es schwer, etwas zu machen. Wir sind keine so große Gruppe, daß wir wie eine Feuerwehr agieren können. Es geht nur in Zusammenarbeit mit den Leuten in der Region. Mit den Personen sind wir bemüht, zusammenzuarbeiten.

AIB: Wenn man sich die Jugendszenen in Brandenburg nur oberflächlich anguckt – wie die meisten bürgerlichen Medien – kann manchmal schon der Eindruck entstehen, daß es nur noch rechte Jugendliche gibt. Wie findet man denn linke Jugendliche bzw. was ist die Voraussetzung dafür, daß Jugendliche links werden?

Alfons: Letztendlich ist das eine Frage der Erziehung. Da muß man sie ergreifen und prägen. Sie werden vom Elternhaus, von den Medien und von älteren Nazis erstmal rassistisch geprägt. Die Hetze läuft ja in breiten Schichten der Gesellschaft ab. Man muß die Leute in einem Alter zu sich kriegen, in dem sie gerade anfangen, Sachen politisch zu reflektieren. Vielleicht schon im Alter von 12, 13, wo sie sich heutzutage meistenteils Bomberjacken anziehen und die Haare abscheren lassen. Da muß man Alternativen aufzeigen. Da muß man ein Konzept finden, was für die Jugendlichen interessant ist. Sie nicht einfach nur mit linken Parolen vollschwallen, sondern auch interessante Kultur bieten. Es geht darum, sie zu begeistern, sie einzubinden und ihnen eine andere Lebensweise vorzuleben, ohne sie agitieren zu wollen.

AIB: Habt Ihr jemals auch mit rechten Jugendlichen gearbeitet? Wie ist da Euer Konzept?

Klaus: Wichtig ist für jedes Projekt, daß Jugendliche, die mit Aufnähern kommen oder eindeutig faschistoid aussehen, möglichst in allen Bereichen völlig ausgegrenzt werden. Beispielsweise »Runde Tische« mit Nazis zu machen, halte ich für völlig sinnlos. Sie erhalten so ein Gesprächsforum, können sich etablieren, werden gesellschaftlich integriert. Diese Konzepte der akzeptierenden Jugendarbeit sind überall fehlgeschlagen, weil die Nazis durch ihre Ideologie, die ja aggressiv und militant ist, immer die Oberhand gewinnen. Weil für viele Kids Gewalt entweder einschüchternd oder sehr interessant ist. Weil Gewalt einem eine gewisse Macht gibt. Diese Macht strahlen die militanten Neonazis aus, und das muß verhindert werden. Deshalb gehört in keinen Jugendclub ein Nazi rein. Was anderes sind die Kids, die mitlaufen, sich eine Bomberjacke anziehen und denken, »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche«, plappern wir jetzt einfach mal nach. Mit denen kann man vielleicht noch arbeiten. Aber das muß auf anderen Ebenen passieren, außerhalb von linken Häusern und Projekten.

»Weil die Lehrer nicht bereit sind, sich mit dem Rechtsruck an den Schulen auseinanderzusetzen und mit den Jugendlichen umzugehen.«

Anna: Deshalb haben wir unsere Arbeit auch etwas verändert. Wir planen, für die Schulen in Strausberg Angebote zu schaffen, beispielsweise Veranstaltungen für die Jugendlichen anzubieten.

Es geht einfach darum, Bildung aufzuholen, was an den Schulen vernachlässigt wird. Ich rede jetzt nicht von Gymnasien, sondern von Realschulen und Gesamtschulen. Das ist etwas, was Zukunft hat. An den Schulen Bildungsarbeit zu leisten. Weil die Lehrer nicht bereit sind, sich mit dem Rechtsruck in den Schulen auseinanderzusetzen und mit den Jugendlichen umzugehen. Sie haben Angst vor ihnen, und die muß man ihnen nehmen.

AIB: Danke für das Gespräch. ■

Jahr gegen Rassismus: Antirassismus als Farce

Ministeriale Mogelpackung

Nach dem Ende des »Europäischen Jahres gegen Rassismus« kommt nun die Zeit der Bilanzen und Resümees. Während antirassistische Gruppen ernüchtert feststellen müssen, daß das Europäische Jahr zumindest in Deutschland kaum mehr als eine Farce war, listet das Bundesinnenministerium auf mehr als 100 Seiten und unter dem Titel »Veranstaltungen und Projekte für das Europäische Jahr gegen Rassismus« nahezu 800 Projekte auf, die ihrer eigens eingerichteten Geschäftsstelle mitgeteilt und dort mit dem Logo des Europäischen Jahres versehen wurden – bei näherer Betrachtung ein ziemlich dreistes Stück von Etikettenschwindel.

Verantwortlich für diese Auflistung, herausgegeben am 17. Dezember 1997, zeichnet der Nationale Koordinierungsausschuß (NKA), eine ad-hoc-Maßnahme des Innenministeriums (BMI), die im Oktober 1996 kurzfristig geschaffen wurde, nachdem die politisch Verantwortlichen auf einmal befürchten mußten, daß das Europäische Jahr ganz ohne ihre Teilnahme vonstatten geht. Der NKA unter Leitung von Ministerialdirektor Reinhard Rupprecht hatte die Aufgabe, ein Programm zu erarbeiten, eine *»wichtige Vermittlerrolle«* bei der Durchführung der verschiedenen Projekte auszufüllen und *»ein Votum im Hinblick auf die Förderungswürdigkeit von Projekten abzugeben, die von deutscher Seite bei der EU wegen finanzieller Unterstützung eingereicht wurden.«* Die Praxis des NKA allerdings sah so aus, daß die Aktivitäten der einzelnen Gruppen und Initiativen ganz banal in einem »nationalen Programm« unter dem Briefkopf des NKA und dem Logo des Europäischen Jahres zusammengeschrieben wurden. Die Tatsache, daß viele Initiativen, die – von den staatlichen Institutionen bislang kaum beachtet oder gar gefördert – beständig um ihre Existenz kämpfen, ihre Arbeit heute unter dem Stempel des NKA wiederfinden, legt den Verdacht nahe als wolle sich hier jemand mit fremden Federn schmücken.

Die Initiativen und Projekte, die sich darüber finanzielle Unterstützung aus dem Topf der EU erhofft hatten und die, insgesamt gesehen, eine immense Anzahl von Arbeitsstunden allein in die Ausformulierung der Projektanträge investierten, sahen sich schon bald eines Anderen belehrt. Denn die EU sah eine Projektförderung von 50 Prozent vor, deren Vergabe an die Bedingung gekoppelt war, daß die jeweiligen Träger die Restfinanzierung selbst übernehmen bzw. aus nationalen Töpfen auftreiben sollten. Doch auf nationaler Ebene waren kaum Gelder vorhanden und die überaus bescheidenen Mittel, die etwa das BMI zur Verfügung stellte, wurden vom NKA unter anderem für das pompöse Eröffnungszeremonial im März 1997 in Berlin verpulvert. Die Konsequenz daraus war wiederum, daß lediglich 26 Projekte mit EU-Geldern gefördert wurden und daß etliche geplante Seminare, Projektwochen, Veranstaltungen usw. nur in minimierter Form oder eben überhaupt nicht stattfinden konnten, sich aber in der Auflistung vom 17. Dezember zum Teil als »durchgeführte« Veranstaltung wiederfinden. Lediglich im Vorwort gesteht das NKA ein, daß *»manche Projekte (...) verändert oder verkleinert«* werden mußten, um sich gleich darauf daran zu erfreuen, daß viele Projekte *»trotz Ablehnung einer Mitfinanzierung (...) realisiert werden konnten«.* So vermittelt die Aufzählung allenfalls den Eindruck, als habe eben nicht alles im vorgesehenen Umfang stattfinden können, was bei der beträchtlichen Anzahl von Projektplanungen auch eher normal gewesen wäre.

Die Auswahl der aufgelisteten Projekte läßt nach stichpunktartiger Überprüfung den bösen Verdacht aufkeimen, das NKA habe recht wahllos Projektvorstellungen und -anträge aufgelistet, um am Jahresende mit einem prall gefüllten Veranstaltungskalender national und international protzen zu können. Dieser Verdacht wird untermauert durch ein Schreiben der nationalen »Geschäftsstelle« (mit dem hochtrabenden Namen Forum gegen Rassismus), welche zur Zeit mit der Erstellung der offiziellen Dokumentation der *»im EU-Jahr durchgeführten Veranstaltungen und Projekte«* beauftragt ist und sich deswegen bereits Anfang Februar von den Trägern kurze Projektbeschreibungen erbeten hatte. Auf diese Bitte, so heißt es in dem Schreiben vom 27. April, hätten von 324 angeschriebenen Projektträgern lediglich 64 geantwortet und *»um eine aussagekräftige Dokumentation erstellen zu können, reicht die Zahl der Antworten aber nicht aus«.* Die politische Bilanz des Jahres 1997, selbstverständlich nicht unter dem Logo des Europäischen Jahres gegen Rassismus, sieht indes noch bedrückender aus. Der Rassismus in der Gesellschaft nimmt stetig zu, Menschen wurden zu Tausenden in Bürgerkriegsländer abgeschoben, weitere Abertausende sind in Abschiebeknästen eingesperrt oder in Wohncontainer eingepfercht. Und schlußendlich, pünktlich zum Ende des Europäischen Jahres, liegt die Gesetzesnovelle zur Kürzung von Sozialleistungen von Asylsuchenden auf dem Tisch, die GutachterInnen nicht nur als menschenunwürdig sondern gar als offensichtlich verfassungswidrig und gegen internationales Recht verstoßend bezeichnen. So wird es die Aufgabe der antirassistischen Bewegung sein, eine eigene Bilanz dieses Jahres zu ziehen und dem Protzpapier des BMI die nüchterne Realität gegenüber zu stellen. Es bleibt zu hoffen, daß Herr Rupprecht, der den antirassistischen Initiativen »Ernst und Durchsetzungsvermögen« bescheinigt, wenigstens in diesem einen Punkt Recht behält. ■



Reinhard Rupprechts Lebenswerk (3. von links mit T-Shirt): Für das Europäische Jahr gegen Rassismus ließ er 13.000 T-Shirts herstellen

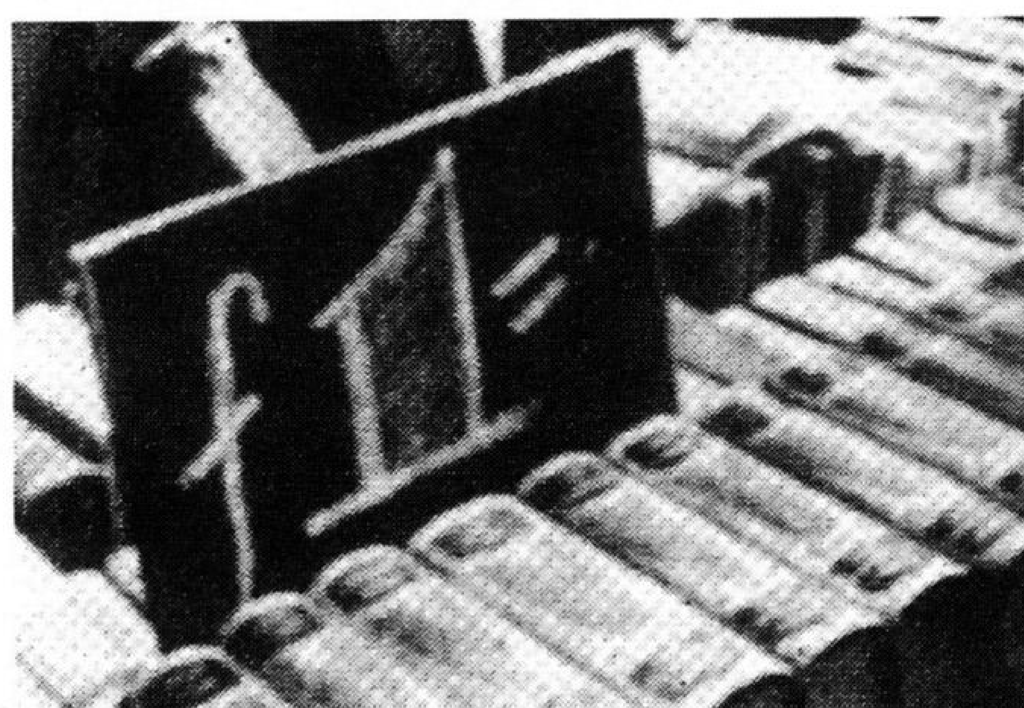
Wir dokumentieren an dieser Stelle eine Erklärung des »Ökumenischen Netzwerkes Asyl in der Kirche in NRW e.V.« vom 28. Mai

»Hier wird kein Recht gesprochen«

Wir Pfarrerinnen und Pfarrer haben uns vor der Kölner Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge angekettet. Wir tun das, weil wir erschüttert, ja entsetzt sind darüber, wie in diesem Amt Menschenschicksale abgeurteilt werden: Vorgestern hat der kurdische Flüchtling Süleyman Yadirgi im Beisein seines Rechtsanwalts einen Asylfolgeantrag gestellt. Denn er ist nach seiner Abschiebung in die Türkei Mitte März von der türkischen Polizei gefoltert und mit dem Tod bedroht worden. Das hat er uns nach seiner zweiten Flucht nach Deutschland glaubhaft berichtet und gegenüber dem Bundesamt an Eides statt erklärt. Trotzdem hielt der zuständige Einzelentscheider im Bundesamt es gestern nicht einmal für nötig, für Süleyman ein formelles Asylverfahren zu eröffnen. Er erklärte den Antrag für abgelehnt.

Wir fragen, mit welchem Recht das Bundesamt die Aussagen eines Folteropfers einfach vom Tisch wischt. Wir fragen, warum das Bundesamt die Augen vor der Gefährdungssituation kurdischer Flüchtlinge in der Türkei verschließt. Wir fragen, was dem Bundesamt das Menschenrecht auf Asyl noch wert ist. Eigentlich müßte jedem Beamten in den Asylbehörden klar sein, daß Abschiebung in die Türkei heute moralisch einer Beihilfe zur Folter gleichkommt. Wir hoffen und wünschen sehr, daß das Schicksal erneuter Verfolgung, Bedrohung und Folter Süleyman Yadirgi, seiner Familie und allen kurdischen Flüchtlingen erspart bleibt. Wir fordern, daß Süleyman Yadirgi sofort aus der Abschiebehaft entlassen wird. ■

Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme



Hattingen – Lübeck. Die Brandanschläge in der Barbarisierung der Gesellschaft. Berlin, Göttingen: Vlg. d. Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße 1998, 264 S., DM 18,-.

Wo Mutmaßungen zu Fakten werden, und diese Fakten zu ideologischen Konstrukten gerieren, die mit zwei Sätzen gleich die widersprüchlichen Machtverhältnisse ganzer Gesellschaften erklären, da sind wir wieder mittendrin – mitten im Diskurs einer antideutsch-deutschen Linken, wie er gerade in der Arbeit um den Lübecker Brandanschlag vom 18. Januar 1995 besondere Blüten getragen hat. Zwar fehlen bis heute die Belege, dennoch werden schnell alle Beteiligten, seien es vermeintliche Belastungszeugen gegen Safwan Eid oder vier durchschnittliche »Rechte« aus Grevesmühlen, zu organisierten Faschisten. Und Feuerwehrleute sowie Polizisten mutieren per se zu blutrünstigen Rassisten: »*Überlebende werden (in der Brandnacht, d. Red.) daran gehindert, andere zu retten*«. Wer, wie das Lübecker Bündnis gegen Rassismus, gar für das Bleiberecht der Flüchtlinge mit Sozialdemokraten und Kirchen um eine humanitäre Geste kungelt, will demnach angeblich mit populistischer Ansprache Elite und Mob des rassistischen Konsens gewinnen. Die deutsche Volksgemeinschaft präsentiert sich schließlich am einfachsten als analytisches Gesamtwerk, als Holzschnitt, der kaum mehr Platz für gesellschaftliche Intervention bietet. Die Fronten sind also klar, mit denen sich die »AG zu rassistischen Ermittlungen« in einem Beitrag des Buches mit dem etwas kryptischen Titel »Die Brandanschläge in der Barbarisierung der Gesellschaft, Hattingen-Lübeck« präsentiert. Aus »ungeteilter Parteilichkeit« und der richtigen Erkenntnis, daß bei Bränden in Flüchtlingsheimen bis zum Beweis des Gegenteils immer von deutscher Täterschaft auszugehen ist, zieht die AG schlichte Konsequenzen: Grautöne werden ausgeblendet und Wahrheiten nach den Anforderungen der eigenen Thesen zurechtgebogen.

Dabei finden sich auf den 264 Seiten neben den Beiträgen der Hamburger Gruppe, die selbst in der Solidaritätsarbeit aktiv war, wesentlich differenziertere und interessantere Texte über die »wundersame Verwandlung der Opfer in die Täter und der Angreifer in die Opfer«. So beschäftigt sich der »Autonomie-Theoretiker« und Rechtsanwalt Detlef Hartmann in seinem Artikel »Der Strafprozeß als Sozialprozeß« mit der gesellschaftlichen Inszenierung, die parallel zum Verfahren gegen Safwan Eid stattgefunden hat. Und er widerspricht den verschwörungstheoretischen Thesen vom Komplott einer einseitig ermittelnden Staatsanwaltschaft. Die mitherausgebende »Prozeßgruppe zum Fall Hattingen« beschreibt, wie die Verfolgungsbehörden nach dem Anschlag auf das Haus der türkischen Familie gegen die Bewohner ermittelt und konsequent jeden faschistischen Hintergrund ausgeblendet hatten. Nicht zuletzt kommen auch die überlebenden Opfer des Lübecker Brandes zu Wort, schließlich waren es vor allem sie, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz dafür gekämpft haben, daß Safwan Eid freigesprochen werden mußte.

Daß jedoch trotz einiger ähnlich orientierter Texte die Widersprüche unter den Autoren und Autorinnen bereits bei der Produktion des Buches dominierten, läßt sich kaum verleugnen. So werden die Beiträge von einem Vor- wie auch Nachwort des Verlages umrahmt, die bemüht sind, Positionen der »AG zu rassistischen Ermittlungen« Paroli zu bieten: »*Bisher haben wir uns in unserer Begrifflichkeit den nationalen Homogenisierungen immer verweigert, weil wir die Konstruktionen der herrschenden Politik nicht nachvollziehen und bestätigen (...) wollten.*« Gerade diese Ambivalenzen machen das Buch lesenswert – zumal die »AG gegen rassistische Ermittlungen« selbst eine brauchbare Kritik an antideutschen Ansätzen formuliert.

Bitzan, Renate (Hg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen. Berlin: Elefantenpress 1997, 310 S., DM 39,90.

Dieser Sammelband verschiedener Autorinnen ist eine der Neuerscheinungen zum Thema »Rechte Frauen«. Nachdem diese Problematik, die bis Anfang der neunziger Jahre eher weniger Beachtung fand, endlich die nötige Aufmerksamkeit bekommt, ist sie in diesem Buch sehr breit ausgeleuchtet worden.

Die Autorinnen haben sich mit den meisten Facetten der extremen Rechten und seiner Randgebiete mit dem Blick auf die Frauen und welche Rolle sie in diesen Strukturen spielen beschäftigt. Zu Anfang wird das Spektrum, in dem sich rechte Frauen und Mädchen bewegen, mit den wichtigsten ideologischen Strömungen von den rechtskonservativen bis rechtsextremistischen vorgestellt. Im ersten Teil liegt der Blick auf den »Ideologie produzierenden« Frauen, wie Zeitschriftenautorinnen und Autorinnen der »Neuen Rechten« und deren Vorbildern aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Daneben wird der gern in den bürgerlichen und alternativen Medien verdrängte Aspekt der »Nationalfeministinnen« oder »faschistischen Feministinnen« angesprochen und versucht die Überschneidungsanfälligkeit zum Feminismus der Frauenbewegung darzustellen. Auch die rechten Bezüge zum Neuheidentum und Verbindungen zur Esoterik finden Beachtung. Gleichzeitig werden auch Frauen/Mädchen in rechtsextremen Parteien/Organisationen und politische Aktivistinnen im militanten neofaschistischen Spektrum, wie Skinhead-Strukturen, betrachtet. Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich mit dem gesellschaftlichen Umgang mit diesem Thema. Medienberichterstattung und die Ansätze in der Sozial- und Jugendarbeit mit rechten Mädchen werden hier neben den Analysen und Interpretationen der feministisch-sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung zusammengefaßt und kommentiert. Im dritten Teil gibt es einige Kurzbiographien rechter Frauen.

Der vorliegende Band ist eine Zusammenfassung der Recherche- und Forschungsergebnisse der letzten 5 bis 6 Jahre. Vorteilhaft ist die breite Thematik. Gleichzeit wurden verschiedene Publikationen, wie Artikel, Diplomarbeiten, andere selbständige Publikationen und Primärquellen in den verschiedenen Beiträgen ausgewertet. Positiv ist auch, daß nicht nur nach den Beiträgen die verwendete Literatur verzeichnet ist, sondern auch eine Auswahlbibliographie und ein Personen- und Sachregister vorhanden sind. Leider ist das Buch aber eben »nur« eine Zusammenfassung der bisher erschienenen Publikationen zu diesem Thema. So wäre es sehr spannend gewesen, mehr über Frauen in den Kameradschaften oder deren Rolle in der rechten Subkultur zu erfahren, oder die Kurzbiographien aktueller zu gestalten. Im Ganzen ist zu sagen, daß das Buch als Handbuch geeignet ist um einen größeren Überblick über rechte Frauen und ihre Betätigungsfelder zu bekommen.

Briefe an das AIB

Die Briefe sind Meinungsäußerungen unserer LeserInnen. Fragen versuchen wir, zu beantworten, Meinungen bleiben unkommentiert.



AIB Nr. 41/1997: »Beschleunigte Verfahren«, S. 35 ff.

Seit 1994 gibt es das neue sog. »Schnellverfahren« (»beschleunigtes Verfahren«, § 417ff StPO) und seit 1997 die neue sog. »Hauptverhandlungshaft« (§ 127 b StPO).

Mit dem Schnellverfahren soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß »auf frischer Tat« gefasste Straftäter sofort nach der Festnahme, i.d.R. am nächsten Tag, vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Dazu sind prozessuale Schutzrechte der Angeklagten massiv eingeschränkt worden, z.B. braucht keine schriftliche Anklage erstellt zu werden, die Beweiserhebung ist eingeschränkt, ZeugInnen müssen nicht unmittelbar aussagen, sondern es kann aufgrund verlesener Vernehmungsprotokolle verurteilt werden usw. Voraussetzung für ein Schnellverfahren ist ein »einfacher Sachverhalt«, eine »klare Beweislage« und ein nicht allzu schweres Delikt (höchstmögliche Strafe im Schnellverfahren ist 1 Jahr Freiheitsstrafe, bzw. in dem Fall, daß kein/e VerteidigerIn anwesend ist, 6 Monate). Das Schnellverfahren wurde eingeführt mit dem ausdrücklichen Hinweis, es sei geeignet u.a. für »reisende Gewalttäter«, also DemonstrantInnen.

Da sich schnell herausstellte, daß die wenigsten Menschen einen solchen »kurzen Prozeß« freiwillig mitmachten und zum Schnellprozeß oft einfach nicht erschienen, wurde diese Vorschrift ergänzt durch die Hauptverhandlungshaft. Danach kann ein Festgenommener, der für ein Schnellverfahren vorgesehen ist, bis dahin (bis zu einer Woche) auch ohne »Haftgrund« (das ist: Fluchtgefahr oder Verdunklungsgefahr, die Gründe, aus denen Untersuchungshaft verhängt werden kann) eingeknastet werden. Dieses Institut ist auch unter bürgerlichen JuristInnen umstritten, da hier einige Tage Haft für Delikte verhängt werden, für die als Strafe in der Regel nur Geldstrafen in Betracht kommen.

Diese Instrumente werden in neuester Zeit tatsächlich gegen uns angewandt: vgl. z.B. taz vom 24.3.98, S.9: zweimal vom Amtsgericht Heilbronn (wegen Anti-Castor-Aktionen); bekannt sind uns weitere Fälle aus Erfurt (Anti-Autobahn), München und Göttingen (jeweils Antifa), alle aus den letzten Monaten. Wir müssen uns also damit beschäftigen, darüber aufklären, Verhaltenstips erarbeiten und weitergeben und gegen die Vorschriften und ihre Anwendung politisch Druck machen. Insofern ist es höchst erfreulich, wenn im Antifaschistischen INFO-Blatt ein Artikel dazu mit Verhaltenstips erscheint und dieser auch in Rote-Hilfe-Publikationen (z.B. Regionalinfo Lingen) nachgedruckt wird. Dieser Artikel ist auch zu zwei Dritteln gut und nützlich, enthält jedoch in seinem letzten Drittel Verhaltensvorschläge, denen wir deutlich widersprechen!

Zunächst weist der Artikel ganz richtig darauf hin, daß Betroffene auf jeden Fall einen Anwalt oder eine Anwältin verlangen sollten. Für den Fall, daß sie das Schnellverfahren gegen Euch durchziehen wollen, ohne daß Ihr einen Anwalt habt, wird in dem Artikel gesagt, daß Ihr »Anträge stellen müßt, um das Verfahren doch noch abzuwenden«; es wird empfohlen, sich dabei auf »Artikel 6 Absatz 3b der Menschenrechtskonvention« zu berufen; es wird weiter empfohlen, Beweisanträge zu stellen und sogar ZeugInnen zu Deiner Entlastung zu benennen, etwa in der Art: »XY war auch dabei und kann bezeugen, daß ich nicht...«. Das halten wir für grundfalsch und saugefährlich!

Die Rote Hilfe rät zur konsequenten und umfassenden Aussageverweigerung, egal ob als Zeuge oder Beschuldigte, egal ob vor Polizei, Staatsanwaltschaft oder Richter! Auf jeden Fall solange, bis Gelegenheit zu ungestörtem Anwaltsgespräch und zu ruhigem Überlegen ist: auf gar keinen Fall also irgendetwas sagen, nachdem Du überraschend verhaftet wurdest und/oder eine Nacht im Knast verbracht hast! Name, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Beruf (allgemein) und Familienstand – das sind die »Angaben zur Person« und sonst nix! Die einzigen Worte, die darüberhinaus über unsere Lippen kommen sind allein: »Ich verweigere die Aussage!« und »Ich will sofort eineN AnwältIn sprechen!«.

Erstmal ist es nicht nötig, sich auf irgendetwas zu berufen oder irgendwelche Anträge zu stellen! Wer gar nichts sagt, gerät auch nicht in Gefahr, zu irgendetwas sein/ihr »Einverständnis« zu geben, z.B. zur Verlesung von Aussagen oder zum Rechtsmittelverzicht – Schweigen reicht, entgegen dem Eindruck, den der Artikel erweckt, wenn er schreibt: »Die Zustimmung dazu müßt Ihr natürlich verweigern.«. Ob das Verfahren gegen die Menschenrechtskonvention verstößt (die »ausreichende Gelegenheit zur Verteidigung« vorschreibt), sollte mal in einem geeigneten Fall vor einen Europäischen Gerichtshof getragen werden, die Rote Hilfe wäre bei der Finanzierung eines Musterprozesses sicherlich dabei – dafür ist es aber völlig unerheblich, ob die Betroffene sich am Anfang darauf berufen hat oder nicht! Auch wird der/die RichterIn, der Dich verurteilen will (und nicht einmal auf DeineN AnwältIn wartet!), sich auch nicht von einem solchen Hinweis plötzlich einschüchtern lassen und das Verfahren abbrechen. Die Berufung darauf ist schlicht überflüssig und mensch sollte Leute, die auf 'ne Demo gehen wollen, nicht noch damit belasten, sie müssten sich Artikel der Menschenrechtskonvention o.ä. merken, weil es wichtig sei, sie gegebenenfalls parat zu haben – diesen Eindruck erweckt der Artikel aber (»Ihr müßt einen Antrag mit folgendem Wortlaut schreiben...«; »Ihr müßt als allererstes darauf bestehen...«) und das ist, Stichwort »Angstmachen«, eher kontraproduktiv! Keine Aussagen außer Personalien machen, EA- und Anwalts-Telefonnummer parat haben, das ist alles, was DemonstrantIn »im Fall des Falles« wirklich draufhaben muß, sonst nix!

Richtig falsch und gefährlich werden die Ratschläge aber unsrer Meinung nach dort, wo geraten wird, ZeugInnen zu benennen: Damit reitet Ihr andere mit rein! Um Himmels Willen nicht sagen, wer (»Name, Adresse...«) wo dabei war! Daß das erstens nichts nutzt und zweitens schadet, ist schon in o.g. taz-Artikel nachlesbar: Trotz drei von ihm benannter EntlastungszeugInnen wurde der Angeklagte verurteilt und die drei EntlastungszeugInnen noch im Gerichtssaal festgenommen und angeklagt wegen Meineides! Auch wenn's nicht ganz so schlimm kommt: etwas Besseres kann den Repressionsorganen gar nicht passieren, als wenn wir unter diesen Bedingungen (Verhaftung bei der Aktion, Nacht im Knast, unberaten, ohne Rücksprache mit FreundInnen, politischen Gruppen, EA, Roter Hilfe...) zu plaudern beginnen, ihnen alles erzählen, von dem wir glauben (ohne irgendwelche Akten gesehen zu haben!), es könnte uns entlasten o.ä. Dann hätten sie ein wichtiges Ziel des Schnellverfahrens, nämlich zu verhindern, daß unsere Soli- und Prozeßvorbereitungs-Strukuren zu greifen beginnen, erreicht!

Was stattdessen? Jede Aussage verweigern, immer wieder nach dem Anwalt verlangen! Möglicherweise werden sie schon, wenn sie merken, daß Du konsequent und nicht einzuschüchtern bist, auf ein Schnellverfahren verzichten, dies ist ja für »einfache Sachverhalte« gedacht. Wenn sie es dennoch durchführen wollen, kannst Du sie in dieser Situation nicht daran hindern – dann lass' es über Dich ergehen wie einen Regenschauer. Unmittelbar danach ist erstmal Ruhe, sie lassen Dich raus und Du kannst sofort zur/zum AnwältIn/EA/Rote Hilfe, Du legst innerhalb von einer Woche Berufung ein und bereitest Dich in aller Ruhe auf den Berufungsprozeß vor. (Sollte die Berufung in Bagatellverfahren wegen § 313 StPO ausnahmsweise nicht möglich sein, so wäre dies ein Fall, der einmal bis in die höchste Instanz getrieben und öffentlich besonders angeprangert werden müsste! Das Schlimmste aber, was auch theoretisch in einem solchen Fall passieren kann, ist einen Geldstrafe von maximal 15 Tagessätzen.) Inhaltliche Anträge (Beweisanträge) solltest Du auf gar keinen Fall stellen! Eingelegte Proteste oder formale Anträge des ersten (Schnell-)Verfahrens spielen im Berufungsverfahren sowieso keine Rolle, aber was eine Rolle spielen kann, und zwar in der Regel gegen Dich, sind die gemachten Aussagen im ersten Verfahren, von Dir und von den ZeugInnen! Also: Keine Aussagen im Schnellverfahren, keine inhaltlichen Anträge (in denen in irgendeiner Weise zum Strafvorwurf Stellung genommen wird), vor allem keine ZeugInnen-Benennungen!

Zum Schluß: Wir sind in der Verhaftungs-Situation immer die aktuell Schwächeren! Der Gegner bestimmt die Umstände, bis hin zur Raumtemperatur, der Beleuchtung, unserer

Übermüdung usw. Unsere ganze Stärke zeigen wir hier, indem wir uns in ein Schneckenhaus zurückziehen und wie eine kaputte Schallplatte monoton »Ich mache keine Aussage« leiern – nicht, indem wir Bullen oder Richtern vorzuführen versuchen, was wir für ein toller Kerl sind oder was wir juristisch alles drauf haben.

Wenn wir aber von der Situation, und auch das kommt mal vor, einmal nicht eingeschüchtert sein sollten und uns gut und stark fühlen, können wir andere Sachen machen, die sich nicht ihrer Regie unterwerfen und ihnen maximalen Ärger und Umstände verursachen: In Gefangenensammelstellen kann mensch oft die Einrichtung, die elektrische Anlage usw. zerlegen; niemand muß freiwillig in den Gerichtssaal gehen, mensch kann sich schleifen oder tragen lassen; mensch kann nachts einen Arzt verlangen und am nächsten Tag dagegen, daß keiner kam, protestieren; alles protokollieren lassen (solange sie dabei mitspielen); sich für gesundheitlich verhandlungsunfähig erklären; usw. Ihr könnt natürlich auch all die schönen formalen Anträge stellen, von denen in dem o.g. Artikel die Rede ist, z.B. die Verhandlung zu unterbrechen zwecks Verteidigungsvorbereitung, Befangenheitsanträge gegen RichterInnen u.ä. – die werden alle nichts nützen und vor allem: Ihr »müßt« das nicht, aber ihr könnt es tun und es schadet nichts. Mensch kann die Schnell-Verhandlung permanent stören, sich nicht setzen, ständig dazwischenrufen, auf den Tisch trommeln usw. – ob ein Schnellverfahren auch in Abwesenheit des wegen Störung ausgeschlossenen Angeklagten (§ 231 b StPO) überhaupt weitergeführt werden darf, ist bisher noch nicht ausprobiert worden!

Das Wichtigste ist aber, daß es den Repressionsorganen auch mithilfe dieses Mittels nicht gelingen darf, von uns Aussagen zu erpressen!

Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg

Stellungnahme des Ermittlungsausschuß Berlin

Wir haben das Informationsblatt zum Schnellverfahren mitherausgegeben und ziehen es nun aus dem Umlauf. Es ist sehr richtig, daß die RH zu dem Teil, wo ZeugInnen mit Namen und Anschrift benannt werden sollen, einschreitet. Wir könnten uns aus der Affäre ziehen und sagen: das war ein Test, die RH hat´s als erste und einzige bemerkt. So ist es aber nicht. Das Schnellverfahren ist für uns Neuland und es wurde versucht, es erstmal auf der juristischen Ebene zu begreifen. Dabei haben wir in der Eile unsere eigenen politischen Selbstverständlichkeiten völlig außer acht gelassen.

Die Kritik der RH bezieht sich außerdem auf die Kompliziertheit und den Umfang der Anträge, die vor dem »Schnellverfahren« gestellt werden können. Klar ist es richtig, daß mensch das Schnellverfahren durch Aussageverweigerung über sich ergehen lassen kann und später mit anwaltlicher Hilfe Berufung einlegen kann. Es ist in diesen Verfahren jedoch sehr wohl möglich, daß mensch nach der Verhandlung bis maximal sechs Monate eingeknastet werden kann, weil mensch z.B. schon einige Vorstrafen hat.

Ziel des Informationsblattes war es jedoch, den Leuten die juristischen Möglichkeiten aufzuzeigen, das Schnellverfahren mit den gleichen Waffen zu schlagen oder auch nur zu blockieren. Wir wollten es nicht als »Muß« verstanden wissen, sondern lediglich Tips geben. JedeR entscheidet selbst, ob er/sie mit diesen Tips etwas anfangen kann. Wir denken nicht, daß die Anträge immer gleich vom Richter abgebügelt werden, manchmal geschehen ja noch Wunder...

Wir werden die Infos jetzt erneut überarbeiten und diskutieren und versuchen es dann noch mal. In diesem Sinne danken wir für die konstruktive Kritik.

EA Berlin

AIB Nr. 43/1998: »Nazistrukturen im Schatten der NPD«, S. 23 ff.

Liebe GenossInnen, da der FREIHEITLICHE VOLKSBLOCK (FVB) in Heidenheim und Umgebung ziemlich stark vertreten ist, wollten wir euch noch einige nähere Info's zukommen lassen. Der FVB übernimmt die Rolle als Auffangbecken für die HEIMATTREUE VEREINIGUNG DEUTSCHLAND (HVD) voll und ganz. Fast die komplette HVD ist in den FVB ein-, bzw. übergetreten. Daneben ist der FVB auch Sammlungsorganisation für bislang unorganisierte Naziskins und Springerstiefelfaschisten.

Wichtigster Führungskader im Raum Heidenheim ist dabei JÜRGEN BOER aus Niederstotzingen (auf den Bildern im aib #43, Seite 24, 3.v.l., mit Brille). Dieser betreibt seit etwa zwei Jahren einen Militärshop in der Heidenheimer Wilhelmstraße, in dem auch Kameradschaftsabende stattfinden. Bei diesen Treffen werden Jungnazis ausgebildet und dann zu weiteren nach Neu-Ulm eingeladen. Jürgen Boer verfügt über gute Kontakte zu Nazirockergangs und allen faschistischen Organisationen im Raum Heidenheim. Für kurze Zeit versuchte er auch im Internet unter www.ruestzeug-boer.de Fuß zu fassen, was aber durch antifaschistische Hacker verhindert wurde. Wahrscheinlich ist er jetzt aber im THULENETZ zu finden.

Kritik an eurem Artikel müssen wir nur an der Stelle äußern an der es heißt, das der FVB aus etwa 50-100 Personen bestehen würde und nicht ernst zu nehmen sei. Allein in Heidenheim, Ulm und Umgebung ist er mit über 70 Personen vertreten. Darunter sind größtenteils militante Naziskins. Der FVB ist vielleicht auf parteipolitischer Ebene nicht ernstzunehmen, aber auf der Straße ist er dafür um so gefährlicher. So häufen sich in letzter Zeit immer mehr die Übergriffen auf Antifas und Punks durch FVB-Mitglieder. So stürmten am 19. März acht FVB'ler in ein Klassenzimmer, zogen einen Antifa heraus und verprügelten ihn. Als eine Lehrerin dazwischengehen wollte, wurde sie angegriffen und als *»linke Votze«* beschimpft. Auch der Direktor der Schule wurde angegriffen. Ein weiterer Antifa der ihnen am gleichen Tag über den Weg lief, wurde angegriffen und mit dem Tode bedroht, wenn er nicht sofort mit dem *»Antifascheiß«* aufhören würde. Am 1. April zogen mehrere Naziskins pöbelnd durch die Innenstadt von Heidenheim und griffen Punks an.

Sie drohten dabei, daß 300 »Kameraden« nach Heidenheim kommen würden, die dann *»alle platt machen«* würden. Am folgenden Tag griffen mehrere Nazis drei Antifas an, sie konnten zum Glück in einen Dönerstand flüchten. Die Nazis stürmten hinterher, wurden aber von kurdischen GenossInnen vertrieben. Am nächsten Tag war der Dönerstand mit Hakenkreuzen beschmiert und eine Scheibe eingeschlagen. Diese Beispiele zeigen: auch wenn der FVB bei anderen faschistischen Parteien und Organisationen nicht sehr beliebt ist, so ist es dennoch wichtig ihm entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Antifaschistische Aktion Heidenheim

AIB Nr. 43/1998: »Neustrelitz. Bündnis gegen Naziaufmarsch«, S. 40

Hallo! Im AIB Nr.43/1998 ist Euch in dem Artikel »Neustrelitz: Bündnis contra Naziaufmarsch« [S.40] ein Fehler unterlaufen: Der stellvertretende hessische NPD-Vorsitzende heißt nicht Manfred Zutt aus Heringshausen, sondern ALFRED ZUTT aus Eringshausen. Der wohnt da mit [Ehe-?] Frau Doris in der Bahnhofstraße 2, die auch Parteizentrale ist.

So, das dazu. Weiterhin will ich Euch auf diesem Wege gerademal ein dickes Lob aussprechen. Das AIB ist imernoch das Allerbeste was es so an entsprechenden Veröffentlichungen gibt. Weiter so! In diesem Sinne: Fuck fascism before it fucks You!

Ein Antifa (der letzte?)
aus dem Lahn-Dill-Kreis.

kein mensch ist illegal

Aufruf

zum antirassistischen Aktionscamp an der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze im Landkreis Görlitz vom 24. Juli bis 2. August 1998.

Das Camp findet im Rahmen der Kampagne »kein mensch ist illegal« statt, die 1997 gestartet wurde und mehr als 100 antirassistische und antifaschistische Gruppen bundesweit vernetzt. Teilnehmen werden Gäste aus Tschechien, Polen sowie weiteren Ländern Europas. Neben den öffentlich mobilisierten finden auch dezentrale, spontane Aktionen statt. Außerdem gibt es zahlreiche Workshops, kulturelle und politische Veranstaltungen: ein Umzug mit Musikwagen etc., eine Denkmalaufstellung, Straßentheater, Kundgebung(en), Demonstration(en), eine Neiße-Regatta unter dem Motto »Spiel ohne Grenzen« und natürlich ein Rave sowie ein Abschlußkonzert!

Kontakt: Sommercamp c/o Forschungsstelle Flucht und Migration, Gneisenaustr, 2a, 10961 Berlin, Tel. 030/6935670, Fax.: 030/6938318, email: grenze@ibu.de, http://www.contrast.org/borders

Spenden bitte an: FFM, Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00, Kto.-Nr.: 610024264, Stichwort: Spiel ohne Grenzen

Bundesweite Hausdurchsuchungen nach §129

Antifa + Passau = kriminell?

Am 12. Mai durchsuchte die Polizei bundesweit Wohnungen von 28 Personen. Ihnen wird die Bildung einer kriminellen Vereinigung nach dem Ermittlungsparagraphen § 129 vorgeworfen. Behauptungen der Münchner Staatsanwaltschaft zufolge sollen die Beschuldigten für über 100 Straftaten im Raum Passau verantwortlich sein. Das Verfahren ist Teil der Bemühungen, AntifaschistInnen einzuschüchtern und in der Öffentlichkeit als »kriminell« zu isolieren.

Laut Durchsuchungsbeschluß war das Ziel der Razzia, den *»Bezug der Beschuldigten zum antifaschistischen Spektrum«* zu belegen. Insbesondere die Zugehörigkeit zu *»Gruppierungen des antifaschistischen Spektrums«* gilt dem Staat heutzutage offenbar schon als kriminell. Seit spätestens 1993 soll eine Gruppe von insgesamt 39 Personen innerhalb eines organisatorischen Rahmens Straftaten begangen haben. Das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wurde offiziell im März 1997 eröffnet, stützt sich aber auf angebliche Staatsschutzerkenntnisse, deren Sammlung Anfang der 90er begann. Durchsucht wurde jetzt in Passau, München, Nürnberg, Berlin, Hamburg, Göttingen, Mühldorf und Bielefeld.



Viele der Betroffenen wohnen schon seit 1993 nicht mehr in Passau. Die Verbindung zwischen ihnen besteht lediglich in ihrer Herkunft aus Passau und ihrem antifaschistischen Engagement. Zu *»spektakulären Funden«*, so Oberstaatsanwalt MANFRED WICK, sei es bei den Durchsuchungen nicht gekommen. Beschlagnahmt wurden allerdings etliche Computer, Handies, Kontoauszüge sowie persönliche Aufzeichnungen. Insgesamt ist durch die Durchsuchungen ein Sachschaden von über 50 000 Mark entstanden. Zum politischen Hintergrund der Kriminalisierungsversuche: Seit über zehn Jahren findet in der niederbayerischen Kleinstadt Passau (50.000 EinwohnerInnen) jährlich eine Großveranstaltung der rechtsradikalen DVU statt. Gegen eines der europaweit größten Nazi-Treffen (jedes Jahr ca. 5.000 TeilnehmerInnen) hat sich über die Jahre eine Antifa-Bewegung entwickelt, die sich insbesondere unter Jugendlichen einiger Beliebtheit erfreut. Höhepunkt der antifaschistischen Proteste in der Stadt stellten am 7. Februar 1998 die Gegenaktionen gegen den Bundeswahlparteitag der NPD dar. Dagegen entstand u.a. die »Passauer Aktion Zivilcourage«, mit der mehrere hundert BürgerInnen zu einer Blockade der Nibelungenhalle aufriefen. Gegen die Initiatorin dieser Aktion, eine Passauer Rechtsanwältin, wird nach einer Anzeige der NPD ebenfalls staatsanwaltschaftlich ermittelt.

Die Kriminalisierungsmaßnahmen stehen offensichtlich im Zusammenhang mit dem bayerischen Wahlkampf, in dem sich die CSU zum Ziel gesetzt hat, mit harten Sprüchen zu den Themen »Innere Sicherheit« und »Ausländerkriminalität« ein Abwandern ihres Wahlpublikums zur rechten Konkurrenz zu verhindern. In Bayern hat die DVU bereits zugunsten der CSU auf eine Kandidatur verzichtet. Nicht zufällig stellte der Freistaat am Tag der Durchsuchungen seine neue *»Sicherheitsoffensive«* vor, mit der das von CSU-Politikern erst erzeugte Bedrohungsgefühl der BürgerInnen bedient werden soll. Die Hetze gegen Linke steht hoch im Kurs: Der CSU-Vorsitzende THEO WAIGEL erklärte zunächst die PDS zur *»kriminellen Vereinigung«* und schreckt neuerdings auch nicht vor dem Vorwurf zurück, auch Gerhard Schröder stehe nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. In einem solchen Klima verwundert es nicht, wenn auch gegen antifaschistische Gruppen die Keule des § 129 ausgepackt wird. Neben der Einschüchterung der zumeist jugendlichen Passauer Antifas geht es den Staatsschutzbehörden offensichtlich auch um ein Ausspionieren der bundesweiten Antifa-Strukturen in der BRD: In einem der Durchsuchungsbeschlüsse, der sich gegen einen Göttinger Buchladen richtet, ist ausdrücklich von der Suche nach Mitgliedslisten des Rechtshilfevereins »Rote Hilfe e.V.« sowie der »Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation« die Rede. Diese Organisationen sollen durch die Nähe zu einer angeblichen »kriminellen Vereinigung« ebenfalls kriminalisiert werden.

Die Existenz einer »kriminellen Vereinigung« scheint die Staatsanwaltschaft offenbar aus der gemeinsamen Herkunft der Beschuldigten ableiten zu wollen. Im aktuellen bayerischen Verfassungsschutzbericht werden die entsprechenden Konstruktionen hierfür publizistisch vorbereitet. So wird darauf verwiesen, daß angebliche Mitglieder der Passauer Antifa-Szene auch nach ihrem Wegzug eine wichtige Rolle in der antifaschistischen Szene spielen. Der Verfassungsschutz behauptet weiterhin, Szene-AktivistInnen hätten im ersten Halbjahr 1997 durch Verkleben von Aufklebern und Wandschmierereien Sachschäden in Höhe von 40.000 Mark verursacht. Rechnet man dies auf einen Zeitraum von fünf Jahren hoch, so ergibt sich daraus eine knappe halbe Million Mark – genau die Summe des angeblich von der »kriminellen Vereinigung« verübten Sachschadens. Als weiteres Indiz muß im VS-Bericht die Personalienfeststellung von drei ehemaligen Passauern in Göttingen in der Nähe einer eingeworfenen Fensterscheibe herhalten. Aber: Das Verfahren wurde längst wegen mangelnder Beweise eingestellt.

Und nun? So lächerlich die Begründung des Verfahrens auch zunächst anmutet, so ernst müssen wir als Linke und Antifaschisten die Bemühungen des Staates nehmen, die Antifa-Bewegung mittels solcher Vorwürfe zu kriminalisieren. Die Antwort: Solidarität mit den Betroffenen und die Fortsetzung der antifaschistischen Politik, die der Staat für kriminell erklären will. ■

Kriminalisierung kostet Geld!
Spenden bitte auf folgendes Konto:

Rechtshilfefonds Passau
Konto-Nummer 360 82 98
Raiffeisenbank Passau
BLZ 740 900 00
Stichwort: »12.Mai«

Frühling in Göttingen

Polizeiterror und Freisprüche im Mackenrode-Prozeß

Der »Mackenrode-Prozeß«, bei dem es um eine Antifademonstration aus dem Jahr 1991 gegen ein Nazischulungszentrum ging, wurde am 7. Mai 1998 bereits frühzeitig mit Freisprüchen in allen Anklagepunkten beendet. Im Vorfeld des Prozesses ermittelte eine Sonderkommission der Polizei in der Stadt. Nach §§ 129 bzw. 129a wurden Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) sowie gegen einen linken Buchladen geführt. Ein dritter Prozeß begann am 15. April vor dem Göttinger Landgericht (zur Vorgeschichte s. AIB Nr. 43). Allen fünf Angeklagten wurde schwerer Landfriedensbruch, je einem versuchter Totschlag bzw. versuchte Brandstiftung vorgeworfen. Grundlage waren Aussagen der Nazis Thorsten Heise, Stefan Koller und Michael Homeister. Als weitere Zeugen waren Klaus Görtelmeier und Glenn Goertz geladen.

Auch Oberstaatsanwalt Heimgärtner mußte am Ende des Prozesses nach dem Grundsatz »Im Zweifel für den Angeklagten« auf Freispruch plädieren. Im Anschluß an die Plädoyers präsentierte auch noch der Hauptangeklagte sein Alibi: er war am betreffenden Tag nachweislich nicht in Mackenrode, ja nicht einmal in Göttingen gewesen. So entpuppte sich der Prozeß, wie so viele vor ihm, als Farce. Interessant daran ist, wie Staatsanwaltschaft, Göttinger Polizei und LKA sich für ihre Durchleuchtungsinteressen der Schützenhilfe faschistischer Zeugen bedienten.

So hatte die SoKo 606 »Strafsache Mackenrode«, bestehend aus Beamten des LKA und der Göttinger politischen Polizei, über 60 Fotos aus dem Einwohnermeldeamt zusammengetragen. Aufgrund der politischen Gesinnung der Betroffenen wollte die SoKo – wie ein Beamter zugab – die örtliche Antifa-Szene erfassen. Diese Lichtbildmappe ist eine »Feindakte«, in der die Zeugen bei den Ermittlungen vermeintliche Autonome studieren konnten und sich die TäterInnen aussuchen durften.

Schon Jahre vor Beginn des Prozesses trat der Verdacht gezielter Beeinflussungen durch SoKo-Beamte auf. So wurde der Name des Hauptangeklagten schon Ende 1991 in den Akten erwähnt. Erst im Februar 1992 griffen die Nazizeugen diese Anschuldigung auf. An ihren gleichlautenden Aussagen wurde deutlich, wie aktiv sich die Nazis an der Repression beteiligten. Homeister wurde übrigens während eines Haftaufenthaltes vom LKA-Beamten Taake (SoKo 606) über vier Stunden vernommen. Ergebnis waren allerdings gerade zwei Seiten Protokoll – atypisch für das in anderen Bereichen akribisch arbeitende LKA. Der Verdacht, Homeister sei hier präpariert worden, drängte sich den örtlichen ProzeßbeobachterInnen geradezu auf.

Es ist erstaunlich, wie offen diese Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Nazis und Polizei eingefädelt worden ist. Die jahrelange Schnüffelei – zunächst nach § 129a, dann nach § 129 – hat dem Staatsschutz sicherlich genug genutzt, so daß seine Niederlage im Mackenrode-Prozeß zweitrangig ist. Razzien, abgehörte Telefonate, Festnahmen, der permanente persönliche Druck auf die Betroffenen und ihr Umfeld erfüllen auch so ihre Funktion.

Auch Folgeprozesse sind nicht auszuschließen, die sich aus der vollkommen überzogenen Video- und Fotoüberwachung des Prozesses ergeben könnten. Kaum ist die letzte Lichtbildmappe von einem Gericht als Beweismittel abgelehnt worden, da legt die Polizei schon wieder neue Mappen an – diesmal anscheinend aus dem Material der Prozeß-Observation.

Wieder einmal zeigt sich: die meisten § 129a-Anschuldigungen – fast ausschließlich gegen Linke gerichtet – sind vor Gericht unhaltbar. Die Funktion dieses Paragraphen ist die Durchleuchtung linker Zusammenhänge. Er bietet den juristischen Vorwand, mit dem die politische Polizei ihre Ermittlungen rechtfertigen darf. So werden auch die laufenden Ermittlungen gegen Passauer Antifas nicht zu Verurteilungen nach § 129a führen, dafür aber den Gesinnungsschnüfflern Material bieten und die Linke binden und verunsichern. ■



Nur unter Polizeischutz konnte Thorsten Heise, vorne rechts, mit seinen Kameraden zum Gericht

Weitere Informationen:
Mackenrode-Soligruppe
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen

Kriminalisten im Erfassungsrausch

Alle Gene sind verdächtig

Gastbeitrag von **Oliver Tolmein**

Als Ende der siebziger Jahre die Wellen der Empörung über die Methoden der Rasterfahndung kurzzeitig über dem BKA zusammenschlugen wurde heimlich, still und leise Abschied von dieser Ermittlungsmethode genommen: Daß zehntausende von Stromrechnungen, Zahlungsbelegen, Grenzübertritten und sonstigen äußerlichen Merkmalen zusammengetragen und in den Polizeicomputern gegeneinander abgeglichen wurden, schien selbst der Deutscher-Herbst-trainierten Öffentlichkeit übertrieben und nicht hinzunehmen. Das Aus für die Fahndungsmethode, das insbesondere den langjährigen BKA-Präsidenten Horst Herold erbitterte, blieb ohne Folgen: Heute ist das aufwendige, in die Rechte von Unbeteiligten eingreifende Verfahren in der Strafprozeßordnung erlaubt. Und längst interessieren nicht mehr nur vergleichsweise langweilige Überweisungsbelege.



Eindeutig kriminell. Genanalyse nach Kanther-Art

Im ausgehenden 20. Jahrhundert darf es, zumal in Deutschland, gern ein bißchen mehr sein: Blut und Boden – hier, nicht mehr auf geduldigem Papier, finden sich neuerdings nämlich die Spuren, mit denen die Kriminalisten ihre Programme und Computer füttern, um Tatverdächtigen auf die Spur zu kommen. Vor allem die Ausdehnung der Möglichkeiten mithilfe der Spuren von Körperflüssigkeiten Personen einer Tat zuordnen zu können, hat die Kriminalisten und Kriminalpolitiker in einen Erfassungsrausch versetzt: Im niedersächsischen Vechelde ließ das LKA alle 1300 männlichen Bewohner eines Dorfes zum Gen-Test antreten. Die DNA der Speichelproben sollten mit der DNA des Haares eines Unbekannten verglichen werden, das die Polizei bei der Ermordeten gefunden hatte. Daß der Mörder ein Einwohner des Dorfes Vechelde sein sollte, schlossen die Ermittler der Mordkommission aus Peine aus dem Fundort der Leiche: *»An diese Stelle, wo die Reste von Yasmin Stieler vergraben wurden, kommt kein Fremder.«*

In München wurden zur Aufklärung eines Mordfalles Gen-Analysen bei Dutzenden von Porschefahrern durchgeführt, weil ein Zeuge sich erinnerte, in der Tatnacht einen Porsche in der Nähe des Opfers gesehen zu haben. Ein Porschebesitzer, der die Untersuchung verweigerte, wurde vom Landgericht zur Teilnahme am Gen-Test gezwungen, seine Verfassungsbeschwerde blieb ohne Erfolg. In Helmstedt mußten sich im Herbst 1996 mehrere tausend Halter von Kombifahrzeugen überprüfen lassen. In Wunstorf forderte die Polizei 1500 junge Männer zum Gentest auf. Und wieder ging es um die Fahndung nach einem Sexualverbrecher. Das Massenscreening findet nach anfänglichem Zögern immer häufiger statt, es werden zunehmend größere und mittlerweile auch andere Gruppen einbezogen: z.B. wurden Gen-Analysen bei sechs Linken vorgenommen, die in der Nähe eines Kaiser-Supermarktes festgenommen worden waren, gegen den sich am 3. Oktober 1997 ein Angriff mit einem Brandsatz richtete, weil sich der Kaiser-Konzern an rassistischer Flüchtlingsversorgung beteiligt. Mittlerweile ist mit dem § 81e eine Vorschrift in die Strafprozeßordnung eingeführt worden, die diesen Eingriff ausdrücklich erlaubt.

Nun soll das Fahndungsinstrument zum Überwachungsinstrument perfektioniert werden. Die Bundesregierung läßt beim Bundeskriminalamt eine Datenbank einrichten, in der die Daten von DNA-Mustern von Tatortspuren und von Straftätern gespeichert werden – und zwar keineswegs nur, wie anfänglich debattiert, von Sexualstraftätern, sondern von einem erheblich größeren Personenkreis. Bundesinnenminister Manfred Kanther möchte alle potentiellen Wiederholungstäter speichern können, wenn ihre Straftaten von *»erheblicher Bedeutung«* sind. Ein interpretationsfähiger Begriff, der die gefährliche Körperverletzung ebenso umfaßt wie Vergewaltigung, Freiheitsberaubung oder Raub. Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig will den Kreis der Erfassten dagegen auf Beschuldigte konzentrieren, die wegen schwerer Verbrechen, das sind Straftaten, die nach dem Strafgesetzbuch mit einer Mindeststrafe von einem Jahr belegt sind, verurteilt wurden: Gefährliche Körperverletzung oder Freiheitsberaubung würden dann nicht darunter fallen, wohl aber Brandstiftung oder Körperverletzung mit Todesfolge. Auch das ist aber nur eine wenig effiziente Beschränkung. So oder so ist der Kreis rein pragmatisch eingegrenzt und bei Bedarf problemlos ausbaubar.

Die logische Konsequenz der derzeitigen Maßnahmen wäre der Aufbau einer umfassenden Datenbank, in der (so wie in Fingerabdruckdateien) kurze Gensequenzen der gesamten Bevölkerung oder doch wenigstens ihrer *»krimi-*

nalitätsbelasteten« Teile gespeichert werden, um dann bei Bedarf durchgerastert zu werden. Für die gesamte deutsche Wohnbevölkerung ist so ein Verfahren wohl nicht durchsetzbar – das Beispiel der Fingerabdruckdatei AFIS für Asylsuchende dokumentiert aber, daß bei ohnehin diskriminierten Bevölkerungsgruppen auch ein solches Erfassungsinstrument leicht eingesetzt werden kann. Eventuelle Einzelerfolge würden dann im übrigen sogleich weitere Repressionsschritte gegen die einmal ins Visier genommenen Gruppen nach sich ziehen.

Sowohl das Bundesjustizministerium als auch das Bundesinnenministerium wollen für die DNA-Datenbank nur die sogenannten nicht-kodierenden Abschnitte der DNA auswerten lassen: Genetische Besonderheiten und Persönlichkeitsprofile werden damit nicht erfasst, Äußerlichkeiten und Informationen über genetisch mitbedingte Krankheiten dagegen gegebenenfalls schon. Angesichts der Dynamik, mit der Anwendungsbereich und Eingriffsintensität im Bereich der DNA-Analyse ausgeweitet werden, und mit Blick auf das fieberhafte Tempo, mit dem Kriminalbiologen an der Zuordnung angeblich biologisch determinierten *»kriminellen Verhaltens«* zu auffälligen Gen-Sequenzen arbeiten, ist die Eingrenzung der Untersuchungen auf den nicht-kodierenden Teil der DNA nur vorläufig. Schon heute wird in der polizeirechtlichen Literatur durchweg bedauernd über diese *»zur Zeit«* noch bestehende Grenze geschrieben, die ihren Grund weniger in rechtsstaatlichen Bedenken, als im technischen Unvermögen hat.

Auch ohne die Möglichkeit, Persönlichkeitsprofile zu erstellen, erweist sich die auf DNA-Analysen gestützte Gen-Datenbank als äußerst bedenkliches Fahndungsinstrument: Wie schon die Rasterfahndungen nach Porsche- oder Kombifahrern oder allen männlichen Bewohnern einer Ortschaft deutlich machen, wird durch die Möglichkeit zur massenhaften Anwendung einer Personenidentifizierung der Kreis derer, die in ein Ermittlungsverfahren einbezogen werden immer mehr erweitert. Zunehmend werden Freiheitsrechte von Personen, gegen die an sich keinerlei individuell begründeter Tatverdacht besteht, eingeschränkt: Damit einher geht ein Denken, das auf der Beweislastumkehr basiert. Der Porschefahrer, der zum Gentest gezwungen wird, muß seine Unschuld beweisen, nicht mehr die Polizei seine Schuld. Das wiegt umso schwerer, als das DNA-Fingerprinting ein in hohem Maße suggestives Indiz ist: Dabei sagt die Identität von Blut-, Sperma- oder Haar-DNA von Beschuldigtem und Tatortspuren bestenfalls etwas darüber aus, daß Opfer und Beschuldigter in irgendeiner Art und Weise Kontakt miteinander hatten – und sei es, daß beide am Tag der Tat zufällig die Mäntel in der Kneipe nebeneinander gehängt haben und ein Haar vom einen auf den anderen gefallen ist.

Durch die Möglichkeit, die so gewonnenen Daten gegebenenfalls auch zu speichern, wird die Eingriffsintensität deutlich erhöht. Mit der Möglichkeit, die Gen-Daten von Beschuldigten, die noch nicht einmal rechtskräftig verurteilt sein müssen, bei *»Rückfallgefahr«* dauerhaft zu erfassen, wird die Unschuldsvermutung, die bis zur rechtskräftigen Verurteilung besteht, demontiert.

Vor allem ist die Einrichtung der Gen-Datenbank aber Ausdruck einer Umorientierung von Straf- und Strafprozeßrecht, die nicht nur durch das An-den-Rand-Drängen von Grundrechten Verdächtiger und ihrer Kontaktpersonen ausgezeichnet ist, sondern durch eine Rückwendung zum Gefährlichkeitsstrafrecht, das zuletzt im nationalsozialistischen Deutschland die Justizpraxis geprägt hat: Statt eine Tat zu ahnden, werden Maßnahmen gegen den Täter ergriffen, bei denen nicht seine Schuld, sondern seine (vermeintliche) Gefährlichkeit in den Mittelpunkt rückt. Passend dazu sind auch im Zuge der Verschärfungen des Sexualstrafrechts, aber längst nicht darauf beschränkt, Instrumente wie die Sicherungsverwahrung (die ermöglicht, »gefährliche« Menschen über die Haftzeit, zu der sie verurteilt sind, hinaus gefangen zu halten) ausgebaut und die Möglichkeiten zur vorzeitigen Entlassung auf Bewährung erschwert worden.

Der starke Staat und die totale Institution Gefängnis profitieren dabei vor allem von der allgemeinen Stimmung gegen Sexualverbrechen: Die verstärkte Konzentration des öffentlichen Interesses führt aber nicht etwa zu der dringend erforderlichen Verbesserung der Position der Opfer von Vergewaltigungen und Kindesmißbrauch in den Prozessen. Die Rechte der Geschädigten und der Nebenklage interessieren in der aufgeheizten Stimmung nicht, im Mittelpunkt steht die Verstärkung repressiver Mittel, die dem Gefährlichkeits-orientierten Polizeirecht Terraingewinne gegenüber dem (zumindest in der Theorie) auf Schuldausgleich setzenden Strafrecht bescheren.

Die öffentliche Empörung vor allem über Kindesmißbrauch, das ungezügelte Ressentiment, das sich gegen »Kinderschänder« Bahn bricht trägt so zur allgemeinen Abschaffung von Verfahrensgarantien und Zurückdrängung eines auf Integration zielenden Strafvollzugs bei, führt das Strafrecht auch ideologisch in gefährliche Nähe eines Zweckstrafrechts, dem jedes Ergebnis recht ist, wenn es nur das »Volksempfinden« stützt. ■



Gendateien als neue Waffe gegen den vermeintlichen Feind

Oliver Tolmein ist freier Journalist. Zum Thema ist sein Buch »Rechts durch Mitte - Reportagen und Gespräche über die Ordnung der Verhältnisse« im Konkret Literatur Verlag erschienen.

FN-Aufmarsch in Paris

Mehr als 12.000 Mitglieder des faschistischen FRONT NATIONAL (FN) marschierten bei ihrem traditionellen 1.Mai/Jeanne d'Arc[1] Aufmarsch durch die Straßen von Paris. Wie schon in den vergangenen Jahren wurde der Aufmarsch von jungen Faschisten in Jeanne d'Arc Kostümen und Soldatenuniformen aus dem 15. Jahrhundert angeführt. Unter Fahnenschwenken und Parolen wie »*Frankreich den Franzosen*« und »*Le Pen als Präsident*« – strömten tausende von LE PEN Unterstützern ins Stadtzentrum am Place de l'Opéra, um ihrem Führer zuzuhören.

Für AntifaschistInnen war insbesondere die Jugendsektion des FN mit rund 300 Aktivisten interessant. Diese geringe Zahl deutet darauf hin, daß die Jugendorganisation des Front National, der FRONT NATIONAL DE LA JEUNESSE (FNJ), einiges an Anziehungskraft verloren hat. Trotzdem war das Jugendkontingent sehr wichtig, da dessen Auftreten und ihr Erscheinungsbild viel unverhohlener und offener faschistisch war als bei den zurückhaltenderen älteren TeilnehmerInnen.

In den vergangenen Jahren hatten sich Le Pen und der FN auf die sozialen und gesellschaftlichen Aspekte des Datums 1. Mai konzentriert. Aber in diesem Jahr spielte die »Soziale Frage« nur eine untergeordnete Rolle, und Le Pens Anbiederungsversuche an Gewerkschaften und ArbeiterInnen fielen wesentlich spärlicher aus als noch im Jahr 1996. AntifaschistInnen führen diese Veränderung auf den relativen Mißerfolg des FN zurück, die anfänglichen Stimmengewinne unter ArbeiterInnen in eine reale Basis unter der Arbeiterschaft umzuwandeln. Obwohl der FN bei den Regionalwahlen Stimmengewinne verzeichnen konnte, gelang es ihm trotzdem nicht, sein öffentlich erklärtes Ziel zu erreichen, mehr als 300 Sitze in Regionalparlamenten und so viele Stimmen wie erhofft aus der Arbeiterschaft zu gewinnen. Die Veränderung im Zielpublikum war am deutlichsten in Le Pens Rede zu bemerken: In seiner Tirade griff Le Pen die us-amerikanischen Medien dafür an, daß sie die Globalisierung unterstützen würden, die seiner Ansicht nach »*einen Liberalismus ohne Bremsen und Grenzen*« fördern würde. In einer ganz klar antisemitischen Anspielung behauptete Le Pen, daß das »*internationale Finanzkapital Nationen zerstört, und seine Propheten sind CNN; die Washington Post und die Eurokratie in Brüssel*«. Außerdem kritisierte Le Pen die Einführung des Euro im Jahr 1999. Er hofft darauf, daß die französische Kommunistische Partei (PCF), die aus anderen Gründen die Europäische Währungsunion ablehnt, dadurch gelähmt sei, daß sie an einer Regierung beteiligt ist, die das Projekt Euro unterstützt. Le Pen erklärte, daß jetzt nur noch der FN einen glaubwürdigen Kampf gegen die Europäische Union führen könne.

Le Pen in seiner Lieblingspose: Wie auch bei dem Aufmarsch in Paris läßt sich der FN-Chef gerne von seinen AnhängerInnen umjubeln



Der Aufmarsch des FN zeigte, daß sich die gesamte faschistische Rechte in Frankreich inzwischen voll hinter Le Pen stellt und so auch mobilisiert. Die kleinen Splittergruppen beteiligten sich alle am 1. Mai-Aufmarsch des FN – oft mit ihren eigenen Transparenten. Es steht außer Frage, daß der Aufmarsch dazu diente, die FN-Mitglieder angesichts der zwei schweren Rückschläge zu beruhigen, die der FN vor kurzem einstecken mußte: Ein Gericht hatte es als erwiesen angesehen, daß Le Pen einen Antifaschisten angegriffen hatte und ihn daraufhin für zwei Jahre zum Verlust seiner Bürgerrechte verurteilt. Trotz eines Berufungsantrages von Le Pen ist davon auszugehen, daß die nächsthöhere Instanz das Urteil bestätigen wird. Wenn dem so sein sollte, wird Le Pen nicht als Kandidat bei den nächsten Europawahlen kandidieren und auch nicht die Liste der FN anführen können.

Außerdem verlor der FN seinen einzigen Sitz in der Nationalversammlung. JEAN-MARIE LE CHEVALLIER, der gleichzeitig auch FN-Bürgermeister von Toulon ist, verlor den Sitz, nachdem festgestellt worden war, daß es ernsthafte Unregelmäßigkeiten bei der Finanzierung seines Wahlkampfes gegeben hatte. Er hatte wesentlich mehr Geld für seinen Wahlkampf ausgegeben als rechtlich erlaubt ist. Im Vorwahlkampf für die Nachwahlen am 3. Mai, bei denen Le Chevalliers Sitz neu besetzt werden sollte, stellte Le Chevallier eigenmächtig seine Ehefrau als Kandidatin auf. Das verursachte enormen Ärger bei einigen FN-Mitgliedern im Süden, die argumentiert hatten, daß die Kandidatin vom Führungsgremium der Partei hätte ernannt werden sollen. Le Chevalliers Vorgehen hat die Flügelkämpfe im FN weiter angeheizt. Diese waren ohnehin schon durch die Kritik an Le Pens Führungsstil in einem Buch des langjährigen Faschisten und führenden FN-Mitglieds ROGER GAUCHER entfacht worden. Trotz der eigenmächtigen Aktion ihres Mannes, wurde CENDRINE LE CHEVALLIER sehr schnell von Le Pen unterstützt, der offensichtlich große Stücke auf ihre fanatische Loyalität zur Partei und ihre zwanzigjährige Karriere als faschistische Aktivistin hält. In der Gegend von Toulon ist das Ehepaar Le Chevallier zwar als führendes Faschistenduo etabliert, aber sie genießen bei den Parteiaktivisten nicht viel Popularität. Diese Tatsache könnte u.a. zur knappen Wahlniederlage von Cendrine Le Chevallier beigetragen haben. Im ersten Wahlgang erhielt sie 39% aller Stimmen und hatte 6% Vorsprung vor ihrem schärfsten Konkurrenten von den Sozialisten. Im zweiten Wahlgang gewann der sozialistische Kandidat dann mit einer hauchdünnen Mehrheit von genau 33 Stimmen (!) gegen Cendrine Le Chevallier. Der erste Wahlgang demonstrierte den mehr oder weniger kompletten Zusammenbruch von Chiracs konservativer RPR[2] im Süden – sie erhielt gerade einmal 22% der Stimmen. Außerdem zeigte er eine alarmierende Gleichgültigkeit unter den WählerInnen, insbesondere ehemaligen RPR-WählerInnen. Nur die höhere Wahlbeteiligung und die Tatsache, daß einige konservative WählerInnen ihre Stimme im zweiten Wahlgang den Sozialisten gaben, führte zur Niederlage des FN. Der Transfer von WählerInnenstimmen von Rechts nach Links ist ein neues Phänomen, dessen Wiederholung abzuwarten bleibt. Der FN verlangte die erneute Stimmenauszählung, wird damit aber wohl nicht durchkommen.

Angesichts des Vorgehens des FN in den Regionalparlamenten und der jüngsten Aufmärsche, gibt es keinen Grund zur Beruhigung: Denn der FN hat damit begonnen, sein Potential auszunutzen und sorgt überall für Ärger. ■

1) französische Nationalheldin
2) RPR steht für Rassemblement pour la Republique, siehe auch AIB 43

Hammerskins in der Schweiz

Wie die Koinzidenz eines Nazi-Rockkonzertes, eines Filmes und eines Staatsschutzberichtes eine unerwartete Dynamik auszulösen vermochte

Im vergangenen halben Jahr entwickelte die Westschweizer Sektion der HAMMERSKINS einen Aktionismus, der bis dahin von dieser Nazi-Skinheadfraktion wenig bekannt war oder kaum wahrgenommen wurde. Das Nazi-Rockkonzert Anfang März, bei dem etwa 800 TeilnehmerInnen aus ganz Europa gezählt wurden (siehe AIB Nr. 43), und die anschließende Medienberichterstattung markierten den Beginn eines breiteren öffentlichen Interesses für die rassistischen Skinheads in der Schweiz. Zudem verschaffte der Dokumentarfilm »Skin or die«, der mehrere westschweizer Hammerskins über einen Zeitraum von 20 Monaten begleitete und porträtiert, sowie der soeben erschienene Bericht der Bundespolizei »Skinheads in der Schweiz« einen weiteren Einblick in die auf rund 500 Boneheads geschätzte Szene. Die Debatte über den Umgang mit den Neofaschisten erhält eine weitere Dimension, da in der Schweiz am 7. Juni in einer Volksabstimmung über die Abschaffung der Politischen Polizei befunden wird.

Angefangen hatte alles mit einer Zeitungsnotiz in der unabhängigen linken Wochenzeitung (WoZ) vom 5. März. Darin wurde äußerst knapp auf ein unmittelbar bevorstehendes Nazi-Rockkonzert hingewiesen. Die Existenz einer militanten Neonazi-Szene in der Westschweiz war zwar bekannt. Die Nazis wurden jedoch als kaum mehr handlungsfähig eingeschätzt, nachdem ihre wenigen exponierten Kader vor zwei Jahren aufgrund der Antirassismusgesetzgebung verurteilt worden waren.

Die mit der Anwesenheit von Nazi-Skinheads aus Frankreich, Deutschland, Italien, Liechtenstein, Polen und der Schweiz an den Tag gelegte Mobilisierungsfähigkeit der Neuenburger (Kanton in der Westschweiz) Hammerskins strafte diese Einschätzung Lügen. Neben den im AIB Nr. 43 erwähnten Bands war zusätzlich ODINS LAW aus Kanada angekündigt. Als Organisator fungierte der 24 Jahre alte ausgebildete Feinmechaniker OLIVIER KUNZ, wohnhaft in der Stadt Neuchatel (Neuenburg). Kunz ist bereits seit einiger Zeit als Hammerskin bekannt, vor allem als ehemaliger Mitherausgeber des Skinzine MÜLNIR (Hammer des germanischen Gottes Thor), das solange es erschien offizielles Organ der Westschweizer Sektion der Hammerskins war. Aufgrund des rassistischen und antisemitischen Inhaltes des Skinzines wurde Kunz 1996 zu zwei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Mit dem Medienrummel nach Bekanntwerden der neuen Qualität des Konzerts wurden praktisch täglich neue Meldungen über im letzten Jahr in der gleichen Region von Kunz und Konsorten organisierte Konzerte und Treffen bekannt. Das größte Ereignis war ein Konzert am 15. November 1997, bei dem die Bands CELTIC WARRIOR, EXCALIBUR und die in Frankreich indizierte FRACTION HEXAGONE auftraten. Auch damals wurde unter einem Vorwand eine öffentliche Mehrzweckhalle angemietet. Doch damit nicht genug: Trotz der durch den Druck der Öffentlichkeit erfolgten Bemühungen der Justizdirektion von Neuenburg, die Kommunen für zweifelhafte Reservationsbegehren zu sensibilisieren und Nazi-Rockkonzerte zu unterbinden, wußten sich Kunz & Co zu helfen. Wenn der eine Kanton Schwierigkeiten macht, weicht man eben in den andern aus. So geschehen am Ostersamstag, als in unmittelbarer Grenznähe zu Neuenburg im Kanton Waadt wiederum ein Konzert stattfand, von dem bis jetzt noch keine genaueren Informationen vorliegen.

Machwerk oder »Aufklärung«?

Der Gerichtsprozeß gegen Kunz und einen Mitbeteiligten wegen Verstoßes gegen die Antirassismusgesetzgebung war für den Filmemacher Daniel Schweizer der Ausgangspunkt, die Hammerskins dokumentarisch zu begleiten. Auf dem Dokumentarfilmfestival von Nyon sowie auf zwei Fernsehsendern (u.a. arte) wurde das Werk nun Anfang Mai ausgestrahlt. Bereits im Vorfeld der Erstausstrahlung wurde über den Nutzen einer unkommentierten Darstellung der Hammerskins diskutiert. Verschiedentlich waren Stimmen zu hören, die eine Ausstrahlung verbieten wollten und gar von einem »Machwerk« sprachen, das letzten Endes nur der unzensierten Selbstdarstellung militanter Neonazis diene. Obwohl diese Argumentation nach Betrachten des Filmes durchaus verständlich ist, erfüllt der Film für Schweizerische Verhältnisse eine nicht zu unterschätzende Aufgabe: Indem auf die sozialen Umstände der Porträtierten eingegangen wird und nichts anderes – abgesehen von der Kurzhaarfrisur, den Tätowierungen und der Kleidung –, als ein Bild durchschnittlicher junger Schweizer Bürger erscheint, wird dem bis dahin in der Schweiz weit verbreiteten Bild der gescheiterten, arbeitslosen, alkoholisierten und in zerrütteten Familienverhältnissen aufgewachsenen »jugendlichen Gewalttäters« eine klare Absage erteilt. Auch stilistisch hat der Filmemacher gezielt diesen Aspekt der »Normalität« der Nazi-Skinheads in den Vordergrund gerückt. So wird zum Beispiel gezeigt, wie Kunz mit seinem Mo-

Titelseiten von Schweizer Hammerskin-Zines





biltelefon bei einem Kurierdienst eine Pizza bestellt. Die Szene hat eindeutig nichts mit Boneheads zu tun, sondern zeigt den »netten Jungen von nebenan« bei einer heutzutage alltäglichen Handlung. Mit der gleichen Harmlosigkeit sprechen die Hammerskins über ihre rassistischen und gewaltverherrlichenden Ideen und ihren positiven Bezug auf das »Dritte Reich«.

Daniel Schweizer geht mit seinem Konzept von einer weitgehend sensibilisierten Öffentlichkeit aus, die schockiert und empört reagiert und die Darstellungen zu kontextualisieren weiß. An diesem Punkt setzt denn auch die Kritik an. Außer im Vorspann, wo der Regisseur seine Ablehnung der Ideen der Hammerskins in zwei Sätzen kundtut, wird an keiner Stelle auch nur in irgendeiner Weise den Aussagen widersprochen. Mit so einfachen Mitteln, wie dem Einblenden von richtigstellenden Fakten zu den historischen Lügen, auf die sich die Nazi-Skins beziehen, hätte die in ihrer rassistischen Logik stimmige Argumentation ad absurdum geführt werden können.

Auch die Bundespolizei beobachtet...

Der unerwartete Aktualitätsgehalt, der dem Film mit dem bereits mehrfach erwähnten Konzert verliehen wurde, erfuhr noch einen weiteren Schub. Die Bundespolizei veröffentlichte im Mai eine erweiterte Fassung ihres vor zwei Jahren produzierten Berichtes »Skinheads in der Schweiz«. Wie zu erwarten, stehen auch bei den staatlich besoldeten Schnüfflern die Hammerskins hoch im Kurs. Die 160 Seiten starke Dokumentation veröffentlicht, was sonst bei Staatsschutz-Publikationen eher unüblich ist, aktuelle Postfach-Anschriften und sogar einzelne Telefonnummern der Neonazis.

Was allerdings die Entstehungsgeschichte der Skinheadbewegung angeht, bleibt sie genauso mangelhaft wie auch der Film »Skin or die«. Auf die Existenz von nicht- oder antirassistischen Skinheads, Bewegungen wie SHARP oder Redskins wird mit keinem Wort eingegangen. Trotz relativ genauer Kenntnisse der Nazi-Skinheadszene scheint sich die Arbeit der Bundespolizei im Schnüffeln und Dokumentieren zu erschöpfen. So kündigten die Organisatoren des oben erwähnten Konzerts (u.a. Oliver Kunz) der Politischen Polizei des Kantons Neuenburg die Veranstaltung bereits zwei Wochen im Voraus an. Die lokalen Polizeistellen taten nichts anderes, als die Kommune, in deren Saalbauten das Treffen stattgefunden hatte, vor einer Absage zu warnen, da dies zu Ausschreitungen führen könnte. Der Gemeindepräsident hatte sich nach Bekanntwerden des Hintergrundes der »Verlobungsfeier« (was es auch tatsächlich war, Oliver Kunz verlobte sich mit einer polnischen Renee) zwar gegen eine solche Veranstaltung in seinen Lokalitäten ausgesprochen, fügte sich jedoch.

Ähnlich »sehbehindert« oder gar blind auf dem rechten Auge war die Politische Polizei auch nach einem bewaffneten Überfall der Deutschschweizer Hammerskins auf das Festival für Völkerfreundschaft in der Zentralschweiz im November 1995. Ganze 48 Stunden hatten die Beteiligten Zeit, kompromittierendes Material verschwinden zu lassen, bevor die namentlich bekannten Rassisten von den zuständigen Behörden zur Verantwortung gezogen wurden.

Legitimierung des Staatsschutzes

Die bevorstehende Volksabstimmung zur Abschaffung der Politischen Polizei verleiht der Debatte eine weitere, nicht zu unterschätzende Dimension: Von Seiten der politischen Rechten und Verfechtern einer Politischen Polizei, die sich nun mit allen Mitteln gegen die Abschaffung der Schnüffelbehörden wenden, wird ausgerechnet die Überwachung und präventive Informationsbeschaffung im Bereich des Neofaschismus als Argument für die Beibehaltung der Schnüffelpolizei ins Feld geführt. Gerade aber der Überfall auf das Festival für Völkerfreundschaft wurde weder durch die Politische Polizei verhindert, noch wurden die darauf folgenden Prozesse dank Staatsschutzerkenntnissen geführt, sondern schlicht und einfach aufgrund von strafrechtsrelevanten Tatbeständen. Auch wenn die Umstände der vermehrten Beachtung neonazistischer Umtriebe, wie auch das vermehrte Auftreten der Hammerskins, durch zufällige Konstellationen zustande gekommen sind, so kann doch abschließend festgehalten werden, daß das lange gültige Bild von der Schweiz als ruhigem Hinter- bzw. Infrastrukturland endgültig überholt ist. Das vermehrte und selbstsichere Auftreten der Nazi-Skinheads, sowie deren kontinuierliches Anwachsen hat weiten Kreisen der demokratischen Öffentlichkeit gegenüber dem zu lange mit tabuisierenden Stereotypen belegten Bereich die Augen geöffnet. ■

Dieser Artikel wurde uns von der Antifa Bern zur Verfügung gestellt

»Sonst aber harmlos«

Auf Nachfragen zum DEUTSCHEN KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG) erhält man bei der österreichischen Polizei die Auskunft, es handele sich um einen Tummelplatz von Altnazis, die dort der Vergangenheit frönten, *»sonst aber harmlos sind«*.

Als ChefideologInnen des DKEG betätigen sich LISBETH GROLITSCH aus Graz und der mehrfach einschlägig vorbestrafte HERBERT SCHWEIGER aus Mürzzuschlag. Die ehemalige Gau-Unterführerin im BUND DEUTSCHER MÄDEL (BDM) und der seinerzeitige SS-Untersturmführer der Division LEIBSTANDARTE ADOLF HITLER leisten eine zentrale Vernetzungsarbeit zwischen der »alten Garde« und dem braunen Nachwuchs in Österreich und Deutschland. Als deren Knotenpunkt haben sich die »Gästewochen« der DKEG entpuppt: Jährlich treffen sich dort rund 150 Alt- und Neonazis – bis 1989 in der Steiermark, jetzt im deutschen Altenberg im Erzgebirge. Zwischen den Vorträgen werden Verbindungen geknüpft, Strukturen aufgebaut, Strategien besprochen. Ein »disziplinierter Ordungs- und Saaldienst durch junge Kameraden« mitsamt »Oberaufsicht eines Führers vom Dienst« sorgen für den reibungslosen Ablauf.

Mitglieder der WIKING JUGEND (WJ), Aktivisten der 1992 verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) wie STEFFEN HUPKA und Größen der österreichischen Neonazis wie ROBERT DÜRR von der PARTEI FÜR NEUE ORDNUNG oder EWALD FRIESACHER knüpften hier enge Kontakte.

So sehr die DKEG-Führung darauf achtet, ihre organisatorischen Tätigkeiten unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu betreiben, so offen verkünden sie ihre Weltanschauung. Im mehrmals jährlich erscheinenden Publikationsorgan des DKEG, den HUTTENBRIEFEN FÜR VOLKSTUM, KULTUR, WAHRHEIT UND RECHT, wird von einem *»IV. Reich«* geschwärmt und der Holocaust geleugnet. Unter den Abonnenten der Huttenbriefe befinden sich unter anderem der österreichische Neonazi GERD HONSIK, der sie sogar ins spanische Exil geschickt bekam, oder der Berliner Rechtsanwalt CARSTEN PAGEL. ■

An die
DEUTSCHE KULTURGEMEINSCHAFT
Strauchergasse 23
A-8020 Graz

Betr. Anmeldung zur 19. GÄSTEWCHE vom 23. – 30. September 1995

Name:	Vornam:	Anschrift:
1. Schaffer	Ursula	19128 Bln.
2.		
3.		
4.		

Es werden benötigt:
- ☐ Doppe'zimmer
- ☐ Einbettzimmer (ohne Aufschlag)
- ☒ Einbettzimmer (mit Aufschlag
- ☐ DM 70
- ☒ DM 60
- ☐ Jugend

Der Ordungs- und Saaldienst der Gästewoche 1995 in Altenberg

Gesamtverantwortlich:
AXEL SCHUNK (Stockstadt bei Aschaffenburg, Führungskader der verbotenen WIKING JUGEND, Mitglied der NPD und Führungsmitglied im FREUNDESKREIS ULLRICH VON HUTTEN)

Saalkontrolle:
HELMUT SCHATZMAYER (Kärnten, WJ-Aktivist, ex-NF-Mitglied, Karikaturist der JUNGEN FREIHEIT und deren Österreich-Ableger ZUR ZEIT)
HOLGER STEINBIß (Berlin, ex-NF-Mitglied)
SASCHA STEIN (Berlin, ex-WJ-Mitglied mit einem besonderen Hang zu Waffen und Sprengstoff)
JAN GALLASCH (ex-NF-Mitglied)
CHRISTIAN NÖRENBERG (ex-NF-Mitglied)

Rechte Ordnungshüter

Dem sozialdemokratischen Innenminister Karl Schlögl war es wichtig mitzuteilen, *»daß die Exekutive die Aufgabe hat, sowohl gegen die Gefahren des Rechts- wie auch des Linksextremismus vorzugehen. Hier muß man in beide Richtungen wachsam sein.«* Einen besseren Ort und Interviewpartner für diese Aussage hätte sich Schlögl nicht aussuchen können: Das rechtsextreme Wochenblatt »Zur Zeit« und den wegen einschlägigen NS-Delikten verurteilten österreichischen Vorzeigefaschisten JÜRGEN HATZENBICHLER.

Andere Sicherheitsexperten der SPÖ verschlägt es direkt zur FPÖ. Der Salzburger Polizist PAUL WAGNER war 18 Jahre SPÖ-Mitglied. Auf seinen Ruf als »Bluthund« ist er stolz. Lob gab es Ende des vergangenen Jahres auch vom blauen Fähnleinführer JÖRG HAIDER: *»Ein Mann, der sich mit der Mafia angelegt hat.«* Jetzt steht Polizist Wagner im Mittelpunkt einer »Datenklau«-Affäre. Dem inzwischen suspendierten Kriminalbeamten wird vorgeworfen, mit Hilfe eines Kollegen interne Daten aus der Fremdeninformationsdatei des Innenministeriums an die FPÖ weitergegeben zu haben. Haider präsentierte die Computerprotokolle bei einer Pressekonferenz am 17. Dezember – mit dem Hinweis, er habe *»Zugang zu den geheimsten und vertraulichsten Daten des Sicherheitsapparates«*. Haider kündigte an, er werde wegen Verdacht auf Amtsmißbrauch Anzeige erstatten und forderte Schlögls Rücktritt.

Wenige Tage später flog »Unbekannt« auf. Dummerweise hatte der FPÖ-Häuptling nicht bedacht, daß Computerabfragen im System protokolliert werden und lieferte so seinen Informanten Paul Wagner – im übrigen Mitglied der freiheitlichen Polizeigewerkschaftstruppe AKTIONSEINHEIT UNABHÄNGIGER UND FREIHEITLICHER (AUF) – ans Messer. Daraufhin erstattete die Salzburger Sicherheitsdirektion eine Disziplinaranzeige gegen Wagner und stellte Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Laut Salzburger Justiz wurden bei der Durchsuchung von Wagners Wohnung ein Reisepaß und ein Führerschein gefunden, die der Beamte bei Kontrollen unterschlagen haben soll. Außerdem wurden Dokumente gefunden, die Verbindungen Wagners zur Naziorganisation VOLKSTREUE AUßERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION (VAPO) nahelegen. Der Name Paul Wagner findet sich auf einer mit *»Heil und Sieg«* unterschriebenen Kontaktliste, die der derzeit inhaftierte VAPO-Chef GOTTFRIED KÜSSEL seinem Salzburger »Gauleiter« GÜNTHER REINTHALER 1991 übersandte – unter der Rubrik *»werden informiert bei Mitteilungen«*. Diese Liste samt Wagners Nennung war der Salzburger Polizei übrigens seit Jahren bekannt. Folgen hatte dies für Wagner nicht – dank des SPÖ-Innenministers. ■

Quellen: Falter 1-3/98, Standard 15.1.98, Kurier 14.1.98

»Von Barkaschovzen kontrolliert«

Die Jugendarbeit der russischen Neonazi-Organisation »Russisch Nationale Einheit«

Der folgende Brief wurde dem AIB von einer Journalistin aus der russischen Stadt Wladimir zugeschickt. Sie beschreibt darin die Ausbreitung der RNE in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen der Stadt und deren Folgen.

Immer, wenn ich neue Berichte von den antifaschistischen Organisationen aus den anderen Regionen Rußlands lese oder höre, kommt es mir vor, als wenn unsere Stadt Wladimir ein völlig außergewöhnlicher Ort sei. Bei uns existiert ganz legal eine nationalistische Organisation, die sich RUSSISCH NATIONALE EINHEIT (RNE) nennt und schon Kinder ab sechs Jahren in ihre Reihen aufnimmt. Der überwiegende Teil der Jugendabteilung der RNE setzt sich allerdings aus zehn- bis vierzehnjährigen Jugendlichen zusammen. Dabei handelt es sich keinesfalls um Einzelfälle; die Jugendlichen treten der faschistischen Organisation scharenweise bei.

Zuerst locken die Barkaschovzen (nach dem RNE-Führer ALEXANDER BARKASCHOV) die Kinder in ihre Organisation. Dann verlangen sie von deren Eltern eine unterschriebene Bestätigung, daß diese keine Einwände gegen den Beitritt der Kinder zur RNE haben. Wenn die Bestätigung nicht beschafft werden kann, wird sie gefälscht. Manchmal ahnen die Eltern auch gar nicht, daß ihre Kinder Mitglieder der RNE sind oder sich an deren Aktivitäten beteiligen. Ungefähr ein Zehntel aller betroffenen Eltern wissen davon und sind entsetzt. Viele Eltern sind jedoch froh darüber. Sie sind der Ansicht, daß es besser sei, wenn die Kinder unter Aufsicht sind und Sport treiben, anstatt sich auf der Straße herumzutreiben.


Mitglieder der RNE bei einem Aufmarsch

Die Rekrutierungsmethoden sind einfach. Wenn die Barkaschovzen das Training im städtischen Fußballstadion anleiten, halten sich dort nicht organisierte Jugendliche auf. *»Onkelchen, ist Ihr Kurs kostenlos?« – »Ja, kostenlos.« – »Nehmen Sie bitte auch uns auf!«.*

Alle anderen Sportkurse in der Stadt sind in der Regel gebührenpflichtig. Und die Eltern haben – wie überall in Rußland – kein Geld. Die RNE organisiert ungefähr seit 1992 ihre eigenen Sportkurse, heute wird der Großteil aller Sportkurse in der Stadt von den Barkaschovzen kontrolliert. Außerdem spielen viele Kinder gerne Krieg und sind von der militärischen Organisationsstruktur der RNE fasziniert. Dabei spielt auch das Erscheinungsbild eine wichtige Rolle: Schwarzes Hemd mit einer Armbinde, Hose, Armeestiefel, Barett, Abzeichen – und das alles mit Hakenkreuz und Doppelblitz versehen. Der Mitgliedsausweis der RNE mit einem persönlichen Foto löst Begeisterung unter den übrigen Jugendlichen aus – auch wenn die RNE-Vorgesetzten bitten, den Ausweis nicht jeder beliebigen Person außerhalb der Organisation zu zeigen. Aber den Erwachsenen der Stadt ist ohnehin alles egal; niemand regt sich darüber auf, daß Kinder in Naziuniform in der Stadt herumlaufen. Mit ähnlicher Gleichgültigkeit wird den Flugblättern der RNE begegnet, die überall in der Stadt hängen. Im übrigen wird auch das Flugblattverteilen den Jugendlichen überlassen. Der Vorsitzende des RNE-Ortsverbandes in Wladimir ist der seit vier Jahren arbeitslose ehemalige Polizist, WLADIMIR WLADIMIROWITSCH MALISCHEV, Mitglied im russischen Rat der Organisation. Er wurde nach zehn Dienstjahren aus der Polizei mit der formalen Begründung entlassen, daß er nicht zum Dienst erschienen sei. Heute legt Malischev jeden Tag die rund 120 Kilometer zwischen seinem Wohnort Gus'-Chrustal'nij und Wladimir per Bahn oder Bus zurück, um zu »unterrichten«. Er lehrt Kampfkünste wie Schießen und eine militärische Ausbildung. Manchmal werden den *»Kämpfern für die Befreiung des russischen Volkes«* auch von gleichgesinnten Sportdirektoren die schulischen Turnhallen zur Verfügung gestellt. Nach dem Sportunterricht gehen sie alle ins »Stab« genannte RNE-Hauptquartier, wo Lektionen zur politischen Bildung erteilt werden. Man lernt dort die Biografie und Schriften des russischen Naziführers Barkaschov, »Mein Kampf«, die »wahre« Geschichte Rußlands kennen und schaut sich Lehrfilme zu den Themen an. Die Kinder vergöttern Malischev und betrachten ihn als älteren Bruder. Jeden Tag kommen neue Mitglieder zur RNE. Die Arbeit läuft nach dem Schneeballprinzip: Jedes neue Mitglied muß mindestens noch einen Interessenten mitbringen. In der Regel sind das Schüler derselben Klasse oder Schule. Alle Schulen der Stadt sind davon betroffen.

Malischev hat sein »Netz« über viele Städte im Regierungsbezirk von Wladimir geworfen. In den Orten Susdal, Wjasniki, Murom, Kowrow und Gus'-Chrustal'nij gibt es Ortsverbände der RNE. Nach der Etablierung eines neuen Ortsverbandes sucht sich Malischev zuerst den fähigsten unter den Jugendlichen – meistens einen 15 bis 17jährigen Jungen – heraus, lernt ihn an und überläßt ihm schließlich die Arbeit, wenn er dann selber in die nächste Stadt weiterzieht.

Wenn die Zeit der Einberufung zur Armee kommt, helfen die älteren RNE-Mitglieder dem Jungen, in eine Militäreinheit aufgenommen zu werden, in der es RNE-Anhänger unter den Offizieren gibt. Nach dem Dienstantritt lassen sie den Jungen nicht aus den Augen, beobachten seinen Dienstverlauf, schicken Briefe und besuchen ihn. Wenn er aus der Armee entlassen wird, hilft man ihm bei der Arbeitssuche. Oft werden die jungen Mitglieder der RNE bei der Polizei eingestellt. Die Nationalisten helfen außerdem den Kindern, sich an den Militärschulen einzuschreiben. Angesichts des Parteiprogramms ist es nicht verwunderlich, daß die Barkaschovzen den Machtstrukturen und deren Institutionen ihre besondere Aufmerksamkeit schenken, was auch auf Entgegenkommen von deren Seite stößt. Die RNE-Zeitung RUSSISCHE ORDNUNG ist die beliebteste Zeitung unter den Militärs und Polizisten in Wladimir. Sie wird kostenlos verteilt, und die Menschen nehmen und lesen sie gern.

Woher nimmt der RNE-Ortsverband in Wladimir das Geld, um seine Aktivitäten zu finanzieren, die es Malischev ermöglichen, einen Saal für den »Stab« zu mieten,

die Uniformen für die Mitglieder der Bewegung zu kaufen, quer durch das ganze Gebiet zu fahren und der Hauptstadt Besuche abzustatten? Für die Herkunft gibt es bisher keine stichfesten Beweise.


Ein jugendliches Mitglied der RNE mit dem Organisationssymbol am Arm

Malischevs Vorgänger an der Spitze des RNE-Ortsverbandes in Wladimir war MICHAIL BOROWKOW, dem es gelang, eine starke militärische Organisation aufzubauen. Er war mit dem Direktor des Wladimirer Fischwerks befreundet, der ihn eine ganze bewaffnete Einheit von sogenannten »Wächtern« organisieren ließ, die bis zu zweihundert Mann stark war. Alle Verantwortlichen in der Stadt wußten Bescheid. Auf dem Gelände des Werks spazierten junge Männer mit Hakenkreuzen herum, trainierten und hielten Unterricht in »politischer Bildung« ab. Als Wachschützer durften sie ganz legal Waffen tragen. Im übrigen war es der Direktor des Fischwerks, der zusammen mit dem Direktor des Werks für Baumaterialien Malischevs Fahrt nach Moskau im Jahr 1993 organisiert hatte, die Malischev seinen Posten bei der Polizei kostete.[1]

Neben mehreren erwachsenen Killern, die ALEXANDER RUTSKOJ und CHASBULATOV[2] beim Putsch gegen Jelzin helfen sollten, saßen in Malischevs Auto auch mehrere Minderjährige. Schon davor war versucht worden, Malischev wegen der Verbreitung von Pornographie zu verurteilen, was jedoch am Korpsgeist innerhalb der Polizei scheiterte. Michail Borowkow verschwand danach spurlos: In der Stadt kursiert das Gerücht, dies hänge vor allem mit Streitigkeiten innerhalb des kriminellen Milieus zusammen.

Zur Zeit stehen die Kommunisten an der Spitze der Bezirksregierung von Wladimir. Wir haben einen kommunistischen Gouverneur, einen kommunistischen Vorsitzenden der gesetzgebenden Versammlung, die sich wiederum – mit wenigen Ausnahmen – aus kommunistischen Abgeordneten zusammensetzt. Die Macht reagiert in keiner Weise auf die Präsenz der RNE. Während der Wahlkampagne 1997 wurde der jetzige kommunistische Gouverneur von der RNE unterstützt. Heute sitzen zwei Barkaschovzen ganz offiziell im politischen konsultativen Rat beim Regierungschef des Bezirks. Offenbar sind auch einige Beamte der Verwaltungsbehörde Mitglieder der RNE und der RUSSISCHEN NATIONALEN BEWEGUNG (die sich von der RNE trennte, nachdem Borowkow verschwand). In der gesetzgebenden Versammlung sitzt auch der Abgeordnete GROMOV, der auf seine Zugehörigkeit zur national-bolschewistischen Partei LIMONOVS sehr stolz ist. Ein anderer, ehemaliger Abgeordneter namens EWGENIJ ILJUSCHKIN gab im lokalen Fernsehen eine Erklärung ab, *»daß der Journalist Lerner kein Recht dazu habe, ihn in der Presse zu zitieren, denn er sei ein Russe und Lerner ein Jude«*. Iljuschkin ließ seine Äußerungen auf Video aufnehmen und nutzte sie als Wahlpropaganda, als er für das Bürgermeisteramt kandidierte. Im letzen Jahr kandidierte er noch einmal und wurde dabei von der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER RUSSISCHEN FÖRDERATION (KPdRF) und der RNE unterstützt. Bisher hat es keinerlei Untersuchungen in den lokalen Medien über die Entwicklungen in der Stadt gegeben.

Junge Männer mit Hakenkreuzen spazieren bei uns in der Stadt herum, alle Häuserwände sind mit den faschistischen Flugblättern beklebt (...) Und anstelle von kritischer Berichterstattung machen einige Journalisten Interviews mit den Mitgliedern der nationalistischen Organisationen und stellen sie fast als Helden dar. Der ehemalige Stellvertreter Borokows, ILJA DENISOV, hat einmal in aller Öffentlichkeit erklärt, er könne die Stadt innerhalb von drei Tagen von allen »Schwarzen« – damit sind die Angehörigen kaukasischer Völker gemeint – reinigen. Außerdem erklärte er, daß alle Juden nach Sachalin deportiert werden sollten. Niemand ist wegen dieser Äußerung gegen ihn vorgegangen.

Seit zwei Jahren werden die jüdischen Gräber auf dem Wladimirer Friedhof von jungen Menschen geschändet. Deren Namen sind bekannt, aber die eingeleiteten Gerichtsverfahren wurden in aller Stille eingestellt. Auch die Autoren der antisemitischen Parolen, die an die Häuserwände gesprüht wurden, sind gefunden worden: Jugendliche, die von den Erwachsenen dazu angestiftet und mit Sprühdosen und Texten versorgt wurden.

Den Kindern der RNE wird erzählt, daß das Hakenkreuz vollkommen normal sei, daß an allem Übel »die Juden« schuld seien usw. Es ist enorm schwierig, Jugendliche aus der Organisation herauszuholen, insbesondere bei Kindern aus zerrütteten Elternhäusern. Hier hilft auch die Jugendinspektion der Polizei nicht. Für sie ist es viel wichtiger, daß Kinder, wenn sie unter den Einfluß von Malischev und der RNE geraten, nicht mehr trinken, rauchen und »ordnungswidrig« handeln – sie sehen ja sogar anders aus. Nach einiger Zeit werden sie aus der Kartei der Jugendpolizei entfernt. Allerdings betrachten sowohl die Polizeiinspektoren als auch aufmerksame Eltern mit Sorge die Gnadenlosigkeit, Aggressivität und Unduldsamkeit der jungen Mitglieder. Phrasen wie *»man bereitet uns für den Kampf gegen Juden vor«* müssen mißtrauisch machen. Dennoch sind in absehbarer Zeit keine realen Schritte von Seiten der offiziellen Macht im Kampf gegen die Rechtsextremisten zu erwarten.

In fünf bis zehn Jahren werden diese Kinder erwachsen sein, erlernen einen Beruf und dann wird es vielleicht so aussehen, daß wir gezwungen sein werden, den Staat um Schutz zu bitten: Dann werden wir auf ein Hakenkreuzabzeichen an der Krawatte eines Anwalts, Richters oder Polizisten stoßen, der uns gegenüber sitzt. Und dann werden wir den Kampf verloren haben. ■

1) Die Autorin spielt hier auf den versuchten Putsch von ultranationalistischen Gruppen gegen den russischen Präsidenten Boris Jelzin an, bei dem das Weiße Haus von paramilitärischen Einheiten belagert wurde. Malischev hatte die Kinder offensichtlich zur Unterstützung der Putschisten nach Moskau gekarrt.
2) Am Putsch beteiligte nationalistische Politiker.

Nachtrag der Redaktion

Im Mai wurde zum dritten Mal seit 1993 ein Bombenanschlag auf eine Synagoge in Moskau verübt. Dazu vermeldeten am 15. Mai 1998 die Nachrichtenagenturen folgendes:

Nach dem Bombenanschlag auf eine Synagoge in Moskau hat sich am Freitag ein anonymer Anrufer im Namen der rechtsradikalen Gruppe »Russische Nationale Einheit« zu der Tat bekannt. Die rechtsradikale Gruppe behauptet 50.000 »Mitkämpfer« zu haben. (...) Der Leiter der Organisation, Alexander Barkaschov, bestritt jedoch, daß seine Leute hinter dem Anschlag steckten.

Zum Zeitpunkt des Anschlags hielten sich zu einem Gottesdienst zahlreiche Menschen in der Synagoge auf. Die Wucht der Explosion riß ein großes Loch in die Außenmauer der Synagoge und beschädigte mehrere Autos. Zahlreiche Fensterscheiben gingen zu Bruch, zwei Passanten wurden durch Glassplitter verletzt.

Norwegen

Nazi-Aktionen zum Unabhängigkeitstag verhindert

Der 17. Mai ist der norwegische Unabhängigkeitstag. In den letzten zwei Jahren waren vermehrt Nazi-Aktivitäten zu bemerken, in diesem Jahr mobilisierten die norwegischen Nazis in ganz Skandinavien zu einem White Power-Konzert im Raum Oslo für Samstag, den 6. Mai. Am Tag danach sollte ein Aufmarsch im Zentrum Oslos stattfinden. Da die Polizei in Schweden in letzter Zeit massiver gegen stattfindende Nazi-Konzerte vorgeht, sahen die norwegischen Faschos hier eine Chance, ihren KollegInnen aus dem Nachbarland ein wenig unter die Arme zu greifen. Antifas aus Oslo organisierten für den Samstagabend eine Bündnisdemonstration gegen die geplanten Naziaktivitäten. Zu diesem Zweck wurden GewerkschafterInnen, Antiras und Antifas auch aus anderen skandinavischen Ländern mobilisiert. Als von den ca. 2000 TeilnehmerInnen ungefähr 350 loszogen, um zum Konzertort der Faschos zu gelangen, realisierte die Polizei, daß sie die Sicherheit der 100 KonzertbesucherInnen nicht garantieren konnte und löste die Veranstaltung der Nazis auf. Früher am Tage verwehrte die norwegische Polizei bereits ungefähr 30 schwedischen Nazis die Einreise, und am Abend wurden 40 Nazis im Stadtzentrum von Oslo festgenommen. Sie waren alle bewaffnet, und die zehn Schweden, die unter ihnen waren, wurden abgeschoben. Wegen dieses Erfolges vom Vorabend gab es am Sonntag keinen Aufmarsch, stattdessen fand ein Open Air-Konzert mit mehreren tausend Antifas und Antiras statt, unbehelligt von rechter Gewalt.

Spanien

Unterstützt den libertären Gefangenen Rafael Ballarin

Am Abend des 1. Dezember 1996 lief der aus Nordspanien stammende Rafa mit seiner Freundin Valle durch eine Hauptstraße Madrids und wurde von einer siebenköpfigen Naziskingruppe brutal angegriffen. Sie gingen beide unter einem Hagel von Ketten- und Schlagstockschlägen zu Boden. Inmitten dieses Angriffs zog Rafa ein Messer und versuchte, sich damit zu verteidigen. Er erstach einen der Angreifer, der sofort starb. Danach gelang es den beiden, vor den Faschos wegzulaufen. Drei Tage später verhaftete die Polizei Rafa, momentan wartet er auf sein Verfahren.

In den Medien wurde dieser Zwischenfall auf die Polizeiversion der Vorfälle beschränkt, worin Rafa als ein »gefährlicher Punk« beschrieben wurde, der ohne Grund einige »hilflose Studenten« angegriffen hatte. Tatsächlich sind diese »jungen Studenten« faktisch Angehörige einer ultra-faschistischen Gruppe und einige von ihnen haben Vorstrafen für ähnliche Angriffe. Wir meinen, daß Rafa das Recht hatte, sich in der Situation zu verteidigen. Wir verlangen seine Freilassung und die komplette Einstellung des Verfahrens. Außerdem fordern wir die sofortige Auflösung von faschistischen Gruppen, die zunehmend in gewalttätige Attacken in ganz Spanien involviert sind.

Wir bitten darum, Rafa Solidaritätsgrüße zu seiner Unterstützung zu senden.

Rafa Ballarin Bergua, C.P.Madrid III Modulo 6,
Carretera Pinto - San Martín de la vega, KM5.
Valdemoro 28.340 Madrid, España.

Niederlande

Parlamentswahlen enden mit Niederlage für Rechte

Anfang Mai fanden in den Niederlanden Parlamentswahlen statt. Die rassistische Partei CENTRUMDEMOCRATEN (CD) verlor drei Sitze und öffnet nach Einschätzung von AFA-Rotterdam somit die Tür für eine Reorganisierung der extremen Rechten. Demnach soll die »neu«rechte Organisation VOORPOST (Vorposten) wohl in Zukunft führende Kraft werden. Nachdem die CD im März bei Regionalwahlen schon alle Sitze bis auf einen verloren hatte, scheint es nun nach den Parlamentswahlen auf den ersten Blick Grund zur Freude zu geben. Permanente interne Querelen, aufgebauter Druck durch AntifaschistInnen und andere fortschrittliche Kräfte und vor allem Skandale wegen harter Drogen und Gewalt haben ihre Wirkung gezeigt. Die heutige aktive extreme Rechte besteht aus fünf kämpfenden Parteien. Zwei von ihnen haben je einen Sitz im Stadtrat. Das letztendliche Ausscheiden von CD bedeutet das Ausscheiden eines Mannes, der die extreme Rechte beinahe 20 Jahre lang bestimmt hat. Parteiführer HANS JANMAAT ist DIE Haßfigur Hollands. Aber zugleich ist er der Hauptverantwortliche im internen Streit. Seine totale Kontrolle über den CD, die systematische Beseitigung jeder Opposition gegen seine Meinungsführerschaft haben dafür gesorgt, daß diese eine große rassistische Partei relativ unbedeutend blieb. Jetzt, wo Janmaat nicht mehr der Repräsentant der extremen Rechten ist, können die Karten neu gemischt werden. Der Vorsitzende des VLAAMS BLOCK, DEWINTER, ist bereits zurück in Holland, nachdem er 1992 versprochen hatte, sich nicht wieder in holländische Streitereien einzumischen. Er unterstützt die flämisch-holländische Zusammenarbeit bei Voorpost. Die holländische Führung hat erst neulich zwei der wenigen intelligenten Nationalsozialisten TIM MUDDE und MARCEL RUETER übernommen. Rueter erstrebt einen Neubeginn der extremen Rechten nach der Zusammenstellung des Kaders und möchte sich einen Platz innerhalb der intellektuellen Debatte erkämpfen. Zudem begrüßt er das Ausscheiden von Hans Janmaat, weil dieser so bekannt sei, daß keine rechtsextreme Konkurrenz eine Chance zum Durchbruch hätte. In naher Zukunft wird CD wohl noch immer eine Rolle spielen. Auch einige offen nationalsozialistische Splittergrüppchen werden weiterhin aktiv bleiben. Aber all diese ExtremistInnen, die sich durchsetzen und dabei einen respektablen Anschein wahren wollen, werden sich zu Voorpost hinwenden. Soweit können AntifaschistInnen die Niederlage Janmaats feiern. Aber in Zukunft wird noch immer Arbeit zu tun sein.

Dänemark

Hess-Marsch 1998

Skandinavische Nazis von der DÄNISCHEN NATIONALSOZIALISTISCHEN BEWEGUNG (DNSB) und von der norwegischen NNSB, (Hardcore-Hitleristen, die sich früher ZORN 88 nannten), planen für den 15. August den diesjährigen Hess-Gedenkmarsch in Greve nahe Kopenhagen. Mit dabei sind auch die NATIONALSOCIALISTISK FRONT und Skandinavische BLOOD & HONOUR AnhängerInnen, die ebenfalls als Organisatoren fungieren.

Ungarn

Mit Nazi-Parolen ins Parlament

Nach den Wahlen in Ungarn am 25. Mai sitzt erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder eine neofaschistische Partei im Parlament. Die WAHRHEITS- UND LEBENSPARTEI (MIEP) von ISTVAN CSURKA erhielt 14 der 386 Sitze im Hohen Haus an der Donau. Die Bekanntheit des 64jährigen Csurka beruht vor allem auf seinen nationalistischen und antisemitischen Parolen. Der Parteichef negiert den Holocaust und spricht von einer *»Weltverschwörung«* gegen die Ungarn, *»gelenkt aus New York und Tel Aviv«*.

Die Csurka-Partei hatte mit ihren Nazi-Parolen im Wahlkampf vor allem die jüdische Bevölkerung sowie die Roma verunsichert und bedroht.

Abo & Nachbestellung

Abos

Ein Abo kostet 30.- DM für fünf Ausgaben / 60.- DM für zehn Ausgaben, bei zwei Exemplaren pro Ausgabe 50.- DM bzw. 100.- DM. Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten fünf / zehn Ausgaben. Wenn Du diese bezahlst, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.
Abos müssen bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. ____ (incl.)
- ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
- ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)

○ Geschenkabo: Ich möchte an die untenstehende Person ein Abo verschenken.

○ Knastabo: Ich übernehme ein Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus.

Nachbestellung

Die nebenstehenden Ausgaben können nachbestellt werden. Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben (siehe Liste rechts) kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM) und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: ____

Adresse:

Den Betrag von DM ____ habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

Weiterverkauf

Bedingungen

Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviele Ausgaben (mindestens drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe. Wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten. Nicht verkaufte Exemplare könnt Ihr zurückschicken.

Preise

ab drei Stück pro Ausgabe: 6,- DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das Antifa Info-Blatt weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise.

○ Bitte sendet mir ____ Hefte ab der Nr. ____ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Adresse:

Konto: J. Lehmann, Konto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Noch lieferbare AIBs

AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

AIB 19 (7/92): 4,00 DM
Wunsiedel +++ HIAG - die SS heute +++ Banknotenfälschung im KZ +++ Kroatien, CSFR, Südafrika +++ Diskussion: Organisierung & Kaindl

AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front« +++ die hist. Antifaschist. Aktion

AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung d. Naziszene

AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ FAP-Aufmarsch verhindert +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Prozeßbeginn in Berlin +++ Schweden: VAM

AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ die KZs Oranienburg & Treblinka

AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung +++ der 8. Mai und die Rechte +++ Anschlag in Oklahoma

AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Nazis i.d. Hermann-Niermann-Stiftung +++ »Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskinszene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview mit der Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus +++ Interview mit russischen Antifas

AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung +++ »WGA?«

AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ Kirchenasyl +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung« +++ »WGA?«

AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada +++ »WGA?«

AIB 42 (2/98): 5,00 DM
Schwerpunkt: Extreme Rechte, Ostexpansion & die Bundeswehr +++ NPD mit Führungsanspruch +++ Interviews: Antifas aus Saalfeld & Meck-Pom +++ Sababurgrunden +++ »WGA?«

AIB 43 (4/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: NPD – Hinter den Kulissen +++ Saalfeld: Rechter Konsens +++ Bündnis Rechts +++ »Neurechtes« Netzwerk »Synergies Européennes« +++ Rußland, Frankreich, Schweden +++ »WGA?«

AIB-Pakete !

Paket A: Ausgaben 14,17,18,19,23,25,26 für 15,- DM incl. Porto.
Paket B: Ausgaben 27,28,29,30,31,32,33 für 22,- DM incl. Porto.
Paket C: Ausgaben 34,35,36,37,38,39,40 für 22,- DM incl. Porto.

Alle AIB-Pakete zusammen gibt´s für 50,- DM incl. Porto!